

Stenographisches Protokoll

86. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 3. und Dienstag, 4. Dezember 1973

Tagesordnung

1. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974
Beratungsgruppe I: Oberste Organe
Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt
2. Änderung des Bezügegesetzes

Inhalt

Personalien

- Krankmeldung und Entschuldigung (S. 8345)
Ordnungsrufe (S. 8381 und S. 8461)

Geschäftsbehandlung

- Beschluß auf zweite Lesung des Ausschlußantrages 975 d. B. (S. 8346)
Unterbrechung der Sitzung (S. 8440)

Bundesregierung

- Vertretungsschreiben (S. 8346)

Verhandlungen

- Gemeinsame Beratung über
Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)
Generalberichterstatte: Josef Schlager (S. 8346)
Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof
Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei
Spezialberichterstatte: Lukas (S. 8348)

Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses betreffend Änderung des Bezügegesetzes (975 d. B.)

Berichterstatte: Sandmeier (S. 8351)

Redner: Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 8352), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 8358 und S. 8437), Dr. Broesigke (S. 8361), Marsch (S. 8365 und S. 8372), Dr. Schwimmer (S. 8371), Dr. Prader (S. 8372 und S. 8404), Peter (S. 8378 und S. 8455), Dr. Fleischmann (S. 8382, S. 8437 und S. 8454), Dr. Kohlmaier (S. 8386 und S. 8423), Troll (S. 8391), Schmidt (S. 8394), Ing. Rudolf H. Fischer (S. 8398), Wuganigg (S. 8401 und S. 8473), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 8404), Zeillinger (S. 8408), Staatssekretär Lausecker (S. 8409), Vetter (S. 8410) Hanna Hager (S. 8414), Dr. Gasperschitz (S. 8416), Staatssekretär Elfriede Karl (S. 8420), Dr. Pelikan (S. 8426), Bregartner (S. 8429), Dipl.-Kfm. Gorton (S. 8432), DDr. König (S. 8437, S. 8441 und S. 8484), Brauneis (S. 8446), Glaser (S. 8448), Staatssekretär Dr. Veselsky (S. 8457), Dr. Eduard Moser (S. 8461), Ing. Hobl (S. 8465), Burger (S. 8467), Steinhuber (S. 8469), Dr. Kaufmann (S. 8471), Suppan (S. 8475), Blecha (S. 8477), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 8484), Kern (S. 8486), Dr. Heinz Fischer (S. 8490) und Dr. Ermacora (S. 8496)

Entschließungsantrag Kern betreffend Erhaltung der Kulturlandschaft (S. 8490)

Annahme der Budgetgruppen I und II (S. 8500)

Annahme der Änderung des Bezügegesetzes (S. 8500)

Eingebracht wurde

Regierungsvorlage

- 932: Abkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation betreffend die Soziale Sicherheit der Angestellten dieser Organisation (S. 8346)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 84. Sitzung vom 27., 28. und 29. November sowie der 85. Sitzung vom 29. und 30. November 1973 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeantwortet geblieben.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete **Horr**.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete **Dr. Stix**.

Einlauf

Präsident: Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten **Haberl**, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Haberl**:

„An Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschlie-
bung vom 20. November 1973, Zl. 9128/73,
über meinen Vorschlag, gemäß Art. 73 des
Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung
von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Ver-
hinderung des Bundesministers für Verkehr
Erwin Lanc am 3. und 4. Dezember 1973,
den Bundesminister für Bauten und Technik
Josef Moser mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen
um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu
machen.

Kreisky“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche den Schriftführer um die wei-
tere Verlesung.

Schriftführer **Haberl**: Von der Bundesregie-
rung ist folgenden Regierungsvorlage einge-
langt:

Abkommen zwischen der Republik Oster-
reich und der Internationalen Atomenergie-
Organisation betreffend die Soziale Sicherheit
der Angestellten dieser Organisation (932 der
Beilagen).

Präsident: Ich werde diese Regierungsvor-
lage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungs-
gesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Beim zweiten Punkt der heutigen
Tagesordnung handelt es sich um den selb-
ständigen Antrag eines Ausschusses gemäß
§ 19 Geschäftsordnungsgesetz. Ich lasse daher
darüber abstimmen, ob über diesen Antrag
unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen
ist oder ob er einem anderen Ausschuss zur
neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden
soll. Nur wenn beschlossen wird, unmittelbar
in die zweite Lesung einzugehen, kann der
Antrag mit in die Verhandlungen einbezogen
werden.

Ich bitte jene Damen und Herren, die ihre
Zustimmung geben, daß über den Antrag des
Finanz- und Budgetausschusses betreffend den
Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit
dem das Bezügegesetz geändert wird (975 der
Beilagen), unmittelbar in die zweite Lesung
eingegangen wird, sich von den Sitzen zu
erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Einvernehmlich schlage ich vor, die Debatte
über die beiden Punkte der heutigen Tages-
ordnung unter einem abzuführen. Falls dieser

Vorschlag angenommen wird, werden zuerst
die Berichterstatter ihre Berichte geben, sodann
wird die Debatte über beide Punkte unter
einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt
selbstverständlich getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand
erhoben? — Das ist nicht der Fall. Die Debatte
wird daher über beide Tagesordnungspunkte
unter einem vorgenommen.

**1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budget-
ausschusses über die Regierungsvorlage
(880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanz-
gesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)**

**2. Punkt: Bericht und Antrag des Finanz- und
Budgetausschusses über den Entwurf eines
Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Be-
zügegesetz geändert wird (975 der Beilagen)**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung
ein. Gegenstand sind:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880
der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr
1974 (974 der Beilagen), Spezialdebatte über
die Beratungsgruppen I und II, und

Bericht und Antrag des Finanz- und Budget-
ausschusses über den Entwurf eines Bundes-
verfassungsgesetzes, mit dem das Bezüge-
gesetz geändert wird (975 der Beilagen).

Zu den Budgetverhandlungen darf ich be-
merken, daß Beratung und Abstimmung in der
Spezialdebatte in Teilen durchgeführt wird.
Wird dagegen Einwand erhoben? — Dies ist
nicht der Fall.

Die Parteien sind weiters übereingekommen,
von einer Generaldebatte Abstand zu neh-
men. Dafür wird aber den Abgeordneten die
Möglichkeit gegeben, anlässlich der gemein-
samen Verhandlung über die Beratungs-
gruppen I und II gegebenenfalls zu Fragen
Stellung zu nehmen, die ansonsten Gegen-
stand einer Generaldebatte wären.

Die Abstimmung über die Entschlie-
ßungsanträge erfolgt nach der dritten Lesung.

Ich bitte nunmehr den Herrn Generalbericht-
erstatter, Abgeordneten Josef Schlager, die
Verhandlungen einzuleiten.

Generalberichterstatter Josef **Schlager**: Herr
Präsident! Hohes Haus! Als Generalbericht-
erstatter obliegt es mir, die Beratungen über
das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 samt
dessen Anlagen einzuleiten.

Josef Schlager

Die Bundesregierung hat am 16. Oktober 1973 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1974 dem Nationalrat vorgelegt. In der 80. Sitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 23. Oktober 1973 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 82. Sitzung am 7. November 1973 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen.

Den umfangreichsten Teil der Vorlage stellt der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia und Id) dar.

Die Aufgliederung nach ordentlicher und außerordentlicher Gebarung zeigt folgendes Bild:

	Bundesvor- anschlag 1974	Bundesvor- anschlag 1973
	Millionen	Schilling
Ordentliche Gebarung:		
Ausgaben	154.961	134.187
Einnahmen	148.040	127.555
Abgang ...	6.921	6.632
Außerordentliche Gebarung:		
Ausgaben	4.453	4.950
Einnahmen	488	358
Abgang ...	3.965	4.592
Gesamtgebarungs- abgang	10.886	11.224

Weitere Anlagen sind der Konjunkturausgleichs-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Dienstpostenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1974 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 12. November 1973 bis 22. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Wie der „Parlamentskorrespondenz“ zu entnehmen ist, liegt die Dauer der diesmaligen Budgetdebatte im Ausschuß mit 65 Stunden im Durchschnitt der letzten Jahre. Seit es Alleinregierungen gibt, dauerten vier Debatten länger und vier Debatten weniger lang. Den bisherigen Rekord hält der November 1968 mit damals 80 Stunden Budgetdebatte im Ausschuß.

Zu Vergleichszwecken sei noch die Länge der Ausschußbudgetdebatten seit Herbst 1970 angeführt: November 1970 77 Stunden, November 1971 63 Stunden, November 1972 68 Stunden, November 1973 65 Stunden.

Im Verlaufe der vielstündigen Beratungen erfolgten 236 Wortmeldungen von Abgeordneten und 43 Wortmeldungen der Präsidenten des Hauses, des Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes, des Bundeskanzlers, der Bundesminister und von Staatssekretären.

Im Laufe der Sitzungen des Ausschusses wurden 21 Anträge gestellt. Zur Vorbehandlung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Mühlbacher, Pfeifer, Dr. Tull, Robert Weisz, Wielandner, Kern, Dr. Koren, Suppan und Dr. Broesigke angehörten.

Die Debatte über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1974, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Dienstpostenplan fand gemeinsam mit jener über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages in der Ausschußsitzung am 22. November 1973 statt. In der gleichen Sitzung erfolgte auch die Abstimmung.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen bezüglich des Bundesvoranschlages ist den Berichten der Spezialberichterstatter zu entnehmen, denen auch die vom Ausschuß zu den einzelnen Gruppen des Bundesvoranschlages angenommenen Anträge beige druckt sind.

Ich stelle nun den Antrag, in die Spezialdebatte des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 samt dessen Anlagen einzugehen.

Präsident: Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Generalberichterstatters auf Eingehen in die Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz 1974 ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I****Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei****Kapitel 02: Bundesgesetzgebung****Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof****Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof****Kapitel 06: Rechnungshof****Beratungsgruppe II****Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen****Kapitel 70: Staatsdruckerei**

Präsident: Wir gehen in die Spezialdebatte ein und gelangen zu den Beratungsgruppen I und II.

Spezialberichterstatter hiezu ist der Herr Abgeordnete Lukas. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Spezialberichterstatter **Lukas:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat mich beauftragt, über die Beratungsgruppe I, Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und Kapitel 06: Rechnungshof, zu berichten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlags für das Jahr 1974 in seiner Sitzung vom 22. November 1973 einer Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag 1974 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtausgaben von 363,151 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon entfallen 104,031 Millionen Schilling auf persönliche, 241,270 Millionen Schilling auf sachliche laufende Ausgaben und 17,850 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 42,562 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden in dieser Beratungsgruppe 6,019 Millionen Schilling erwartet, das sind um 338.000 S mehr als im laufenden Jahr.

Bei Kapitel 01, Präsidentschaftskanzlei, sind zusammen 17,433 Millionen Schilling, das sind um 2,247 Millionen Schilling mehr, als für 1973 budgetiert ist, vorgesehen. An Einnahmen wird mit 327.000 S gerechnet. Die Erhöhung des Personalaufwandes um 0,799 Millionen Schilling auf 6,798 Millionen Schilling ist vor allem auf generelle Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete sowie auf Personalvermehrungen zurückzuführen. Die mit 10,635 Millionen Schilling gegenüber dem

laufenden Jahr um 1,448 Millionen Schilling höheren Sachaufwendungen sind überwiegend durch Mehrkosten für offizielle Staatsbesuche sowie auch durch die Auswirkungen des Bezügegesetzes bedingt.

Bei Kapitel 02, Bundesgesetzgebung, sind zusammen 247,392 Millionen Schilling veranschlagt; das sind um 25,839 Millionen Schilling mehr, als für 1973 vorgesehen ist. Auf den Nationalrat entfallen hievon 217,521 Millionen Schilling, auf den Bundesrat 29,871 Millionen Schilling. Die Einnahmen sind mit 4,412 Millionen Schilling annähernd gleich hoch wie im laufenden Jahr präliminiert. Der Sachaufwand verzeichnet bei Titel 021, Nationalrat, eine Erhöhung von 174,215 Millionen Schilling auf 190,978 Millionen Schilling, bei Titel 022, Bundesrat, eine solche von 24,921 Millionen Schilling auf 29,871 Millionen Schilling. Die Erhöhungen sind im wesentlichen durch die Auswirkungen des Bezügegesetzes, die Intensivierung der parlamentarischen Tätigkeit und durch die höheren Beiträge zum Personal- und Sachaufwand sowie zur Öffentlichkeitsarbeit der parlamentarischen Klubs bedingt. Zu berücksichtigen waren auch größere Erfordernisse im Zusammenhang mit einem beabsichtigten Ausbau des Parlamentsgebäudes. Die Steigerung des Personalaufwandes um 4,126 Millionen Schilling auf 26,543 Millionen Schilling ergibt sich aus den allgemeinen Erhöhungen der Bezüge für Bundesbedienstete, einer beabsichtigten geringfügigen Personalvermehrung sowie aus dem Umstand, daß ein Betrag von 1,900 Millionen Schilling vom bisherigen „Verwaltungsaufwand“ — nunmehr „Aufwendungen“ — in den Personalaufwand übernommen wurde. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet entfällt für die Kosten der Bundesgesetzgebung ein Betrag von jährlich rund 33 S.

Bei Kapitel 03, Verfassungsgerichtshof, sind Ausgaben von 12,181 Millionen Schilling, das sind um 1,576 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen. An Einnahmen sind 80.000 S budgetiert. Die Steigerung des Personalaufwandes von 2,592 Millionen Schilling auf 2,910 Millionen Schilling im kommenden Jahr ist auf die allgemeinen Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten zurückzuführen. Der Sachaufwand ist mit 9,271 Millionen Schilling um 1,258 Millionen Schilling höher als im laufenden Jahr veranschlagt. Die Erhöhung ist im wesentlichen durch die umfangreichere Aktenvorbereitung und die dadurch bedingte längere Dauer der Verhandlungsperioden sowie durch die Einrichtung der Amtsräume im Zuge der Generalsanierung des Amtsgebäudes und durch die Auswirkungen des Bezügegesetzes verursacht. 1972 sind

Lukas

beim Verfassungsgerichtshof 433 Rechtsfälle neu angefallen; im gleichen Zeitraum konnten 577 Rechtsfälle erledigt werden, sodaß mit Ende 1972 nur mehr 123 Fälle offen waren. Damit wurde eine Zahl erreicht, wie sie normalerweise etwa in einer Session erledigt werden kann.

Bei Kapitel 04, Verwaltungsgerichtshof, sind zusammen 24,714 Millionen Schilling, das sind um 1,998 Millionen Schilling mehr als für 1973, präliminiert. An Einnahmen wird mit 818.000 S, das sind um 74.000 S weniger als im laufenden Jahr, gerechnet. Die Vermehrung im Personalaufwand um 1,202 Millionen Schilling auf 21,875 Millionen Schilling ist im wesentlichen auf die allgemeinen Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Der Sachaufwand ist mit 2,839 Millionen Schilling gegenüber 2,043 Millionen Schilling im laufenden Jahr veranschlagt. Die Erhöhung ergibt sich im wesentlichen aus Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem dringend notwendigen Nachholbedarf bei den veralteten Einrichtungsgegenständen und die ab dem kommenden Jahr im Sachaufwand erfolgte Veranschlagung der Familien- und Geburtenbeihilfe.

Bei Kapitel 06, Rechnungshof, sind für 1974 Gesamtausgaben von 61,431 Millionen Schilling — 1973: 50,529 Millionen Schilling — vorgesehen. Die Einnahmen sind mit 382.000 S um 145.000 S höher als im laufenden Jahr budgetiert. Der Personalaufwand ist mit 45,905 Millionen Schilling — 1973: 37,445 Millionen Schilling — veranschlagt. Das Mehrerfordernis ist in den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete und einer Vermehrung der Anzahl der Prüfungsbeamten (Höherer Dienst: 5, Gehobener Dienst: 5 und Fachdienst: 1), Beförderungen und der Neuregelung der Nebengebühren begründet. Der Sachaufwand ist mit 15,526 Millionen Schilling um 2,442 Millionen Schilling gegenüber dem laufenden Jahr höher veranschlagt. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Mehrerfordernisse bei den Inlands-

reisen infolge verstärkter Prüfungstätigkeit, die notwendige Miete zusätzlicher Büroräume und deren teilweise Einrichtung sowie auf die Anschaffung eines neuen Dienstwagens zurückzuführen.

Beim Ansatz 1/60018 „Generalsekretariat der INTOSAI“ liegt ein gegenüber dem laufenden Jahr um 1,427 Millionen Schilling geringerer Bedarf vor, da im Jahre 1974 weder ein Seminar für leitende Rechnungskontrollbeamte in Entwicklungsländern noch eine Präsidialtagung in Österreich vorgesehen sind.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Dr. Koren, Peter, Robert Weisz, Dr. Pelikan, Dr. Ermacora, Stohs, Ing. Rudolf Fischer und Glaser das Wort. Zu den aufgeworfenen Fragen nahmen der Präsident des Nationalrates Benya, der Dritte Präsident des Nationalrates Probst, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch sowie Staatssekretär Lausecker Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Robert Weisz, Dr. Koren, Peter und Genossen betreffend die Übertragung eines Betrages von 2,2 Millionen Schilling vom Ansatz 1/02107 auf den Ansatz 1/02108, mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof und
dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974, 880 und Zu 880 der Beilagen, mit den vorgeschlagenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Anderungen zum Gesetzentwurf in 880 der Beilagen:

In der Anlage I sind die nachfolgenden finanzgesetzlichen Ansätze wie folgt zu ändern:

Finanzgesetzlicher Ansatz:

Kennziffer	Bezeichnung	an Stelle von Millionen Schilling	auf
1/02107	Nationalrat; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	142'285	140'085
1/02108	Nationalrat; Aufwendungen	16'143	18'343

Außerdem sind in den Anlagen I, I c und I d die durch die vorstehenden Änderungen betroffenen Zwischensummen und sonstigen Summenbeträge entsprechend richtigzustellen.

Lukas

Der Spezialbericht zu Beratungsgruppe II umfaßt die Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen und Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ und 70 „Staatsdruckerei“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1974 am 12. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Bundeskanzleramt mit Dienstposten

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1974 ein Ausgabenbetrag von 729,879.000 S vorgesehen.

Von den Ausgaben entfallen 231,006.000 S auf den Personalaufwand, der somit gegenüber dem Vorjahr um 20,502.000 S erhöht werden mußte.

Zur Bestreitung des Sachaufwandes sind 498,873.000 S veranschlagt, das sind um 200,798.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes selbst und die der Österreichischen Delegation bei der OECD sind unter § 1000 veranschlagt; sie werden im kommenden Jahr 356,744.000 S betragen.

Der Personalaufwand von 88,140.000 S liegt um 7,140.000 S über dem des Vorjahres wegen der allgemeinen Bezugserhöhungen und der Erhöhung des veranschlagten Standes um 16 Bedienstete.

Die Anlagekredite liegen mit 1,860.000 S um 280.000 S über dem Vorjahresbetrag, weil 1974 der Austausch mehrerer Dienstkraftwagen fällig wird.

Als gesetzliche Verpflichtung sind Aufwendungen von 141,171.000 S zu erwarten, 40,300.000 S hievon als Förderungsausgaben. Der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr resultiert im wesentlichen aus dem erstmals veranschlagten Betrag von 8,000.000 S für die Förderung von Familienberatungsstellen.

Die Aufwendungen, die nunmehr auch die früher als Verwaltungsaufwand ausgewiesenen Ausgaben einschließen, betragen 105,488.000 S und liegen um 30,238.000 S über dem vergleichbaren Vorjahresbetrag.

Bei § 1002 ist erstmalig im Bereich des Bundeskanzleramtes für die Aufwendungen für Entwicklungshilfe vorgesorgt, und zwar für Investitionsdarlehen 30,552.000 S und für die Projektförderung 115,730.000 S.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter österreichi-

scher Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 10038 veranschlagt; sie werden im kommenden Jahr unverändert 6,800.000 S betragen.

Unter Ansatz 10046 „Familienpolitische Maßnahmen“ sind zur Förderung von Institutionen, die auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig werden, wie im Vorjahr 1,400.000 S vorgesehen.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind unter Titel 101 mit insgesamt 19,086.000 S veranschlagt. Das Mehrerfordernis von 1,776.000 S gegenüber dem Vorjahr resultiert fast ausschließlich aus dem Personalaufwand.

Bei diesem Titel werden der Personalaufwand 16,710.000 S, die Ausgaben für Anlagen unverändert 170.000 S, die Förderungsausgaben 10.000 S, die Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen, das sind die Familien- und Geburtenbeihilfen, 342.000 S und die sonstigen Aufwendungen 1,854.000 S betragen.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes sind unter Titel 102 ausgewiesen. Sie beziffern sich auf insgesamt 199,567.000 S, sind also um 11,097.000 S höher als im Vorjahr.

Trotz Verminderung des veranschlagten Standes um 30 Bedienstete war der Vorjahresansatz für den Personalaufwand wegen der allgemeinen Bezugserhöhungen um 12,052.000 S auf 126,156.000 S zu erhöhen.

Für die Anschaffung von Anlagegütern sind 2,800.000 S vorgesehen.

Bei den Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen des Statistischen Zentralamtes ergibt sich eine Verminderung des Bedarfes, weil für die Pauschalentschädigungen an Gemeinden für die Durchführung der ordentlichen Volkszählung 1971 gemäß BGBl. Nr. 148/1972 keine Zahlungen mehr anfallen werden. Veranschlagt sind hier 12,423.000 S.

Die übrigen Aufwendungen betragen 58,188.000 S und sind somit um 188.000 S gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Einnahmen bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ sind für das kommende Jahr mit 59,762.000 S veranschlagt. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 1973 um 36,890.000 S, die mit 31,262.000 S aus Darlehensrückzahlung und Darlehenszinsen im Rahmen der Entwicklungshilfe resultieren.

Staatsdruckerei

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 70 „Staatsdruckerei“ sind für das Budgetjahr 1974 Betriebsausgaben von 366,727.000 S und Be-

Lukas

triebseinnahmen von 355,641.000 S vorgehen, was einen veranschlagten kassamäßigen Betriebsabgang von 11,086.000 S bedeutet.

Von den Ausgaben entfallen 199,709.000 S auf den Personalaufwand und 167,018.000 S auf den Sachaufwand.

Der Personalaufwand erfuhr gegenüber dem Voranschlag 1973 eine Steigerung von 27,749.000 S. Der Aktivitätsaufwand, der mit 170,527.000 S veranschlagt ist, wurde um 26,473.000 S und der Pensionsaufwand, welcher 29,182.000 S betragen wird, um 1,276.000 S erhöht.

Der Mehrbedarf beim Aktivitätsaufwand resultiert aus der Erhöhung der Kollektivvertragslöhne mit Wirkung vom 1. Oktober 1973 um 18 Prozent und der Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten.

Beim Pensionsaufwand ergibt sich trotz einer geringfügigen Verringerung der Anzahl der Pensionsparteien auf Grund der Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge ein Mehrbedarf.

Der Sachaufwand wurde um 14,898.000 S höher veranschlagt als im Vorjahr.

Der finanzgesetzliche Ansatz 1/70313 „Anlagen“ wurde hauptsächlich wegen des Ankaufes einer Lichtsatanlage um 4,715.000 S höher präliminiert als 1973.

Bei Ansatz 1/70325 „Förderungsausgaben“ wurden die Bezugs- bzw. Lohnvorschüsse auf Grund der Gehalts- und Lohnerrhöhung mit 1,029.000 S, also um 351.000 S höher als 1973, veranschlagt.

Der finanzgesetzliche Ansatz 1/70347 „Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)“ wurde wegen des Wegfalles der Umsatzsteuer, welche auf Grund des Umsatzsteuergesetzes 1972 letztlich im Jahre 1973 als Betriebsausgabe angefallen ist, und wegen der Verringerung der Körperschaft- und Gewerbesteuer-vorauszahlungen infolge der Entwicklung der Ergebnisse der Steuerbilanzen der letzten Jahre um 2,102.000 S gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Der Mehraufwand von 11,934.000 S beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/70368 „Aufwendungen“ ist vor allem wegen erhöhtem Bedarf und Preissteigerungen bei den zu verarbeitenden Materialien sowie vermehrter Ausgaben für fremde Lohnarbeiten notwendig.

Die Betriebseinnahmen wurden um 46,980.000 S höher präliminiert als im Budgetjahr 1973. Die Mehreinnahmen werden in der Hauptsache bei den finanzgesetzlichen Ansätzen 2/70604 „Erzeugung“, 2/70614 „Verlag“

und 2/70404 „Wiener Zeitung“ erwartet, weil die Erhöhung der Personal- und Materialkosten mit einer entsprechenden Steigerung der Preise für Druckerzeugnisse zu berücksichtigen war.

An der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich die Abgeordneten Dkfm. Gorton, Dr. Broesigke, Brauneis, Burger, Kern, Doktor Moser, Dr. Hesele, Dr. Prader, Dr. Ermacora, Dr. Fleischmann, Vetter, Dr. Koren, Burger, Hellwagner sowie Bundeskanzler Doktor Kreisky, Staatssekretär Elfriede Karl, Staatssekretär Dr. Veselsky und Staatssekretär Lausecker.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen und dem Kapitel 70: Staatsdruckerei (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Danke.

Da die Debatte über die Tagesordnungspunkte 1 und 2 unter einem abgeführt wird, ersuche ich nun auch den Berichterstatter zu Punkt 2, Herrn Abgeordneten Sandmeier, um seinen Bericht.

Berichterstatter **Sandmeier:** Ich bringe Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bezügegesetz geändert wird.

Im Zuge seiner Beratungen über die Regierungsvorlage in 880 und Zu 880 der Beilagen betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 hat der Finanz- und Budgetausschuß am 22. November 1973 über Antrag der Abgeordneten Robert Weisz, Dr. Koren und Peter beschlossen, gemäß § 19 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz dem Hohen Haus einen selbständigen Antrag vorzulegen, der eine Änderung des § 50 des Bezügegesetzes 1972 zum Gegenstand hat.

Durch den vorliegenden Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes wird der Umfang der Zuständigkeit des Präsidenten des Nationalrates zur Vollziehung der Bestimmungen des Bezügegesetzes im Sinne der Erläuterungen im Ausschlußbericht in 420 der Beilagen des Nationalrates XIII. GP zu § 50 Bezügegesetz klargestellt.

8352

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Sandmeier

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Zu Punkt 2 ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. Wird ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. General- und Spezialdebatte werden daher unter einem durchgeführt.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Behandlung des Kapitels Oberste Organe und Bundeskanzleramt gibt Gelegenheit, das Budget als Teil der Gesamtpolitik der Regierung zu beurteilen.

Wir können feststellen: Das Budget ist auch typisch für die Gesamtpolitik dieser Regierung. Es erfüllt die wesentlichen Aufgaben nicht, die es erfüllen müßte, und die Regierung versucht, es mit einer Etikette zu verkaufen, die im krassen Widerspruch zum Inhalt steht. Die Etikette des Budgetentwurfes ist das Motto vom „wachsenden Vorrang der Stabilität“. Das wäre auch tatsächlich eine der allerwichtigsten Aufgaben, zu deren Erfüllung das Budget einen entscheidenden Beitrag zu leisten hat. Eine Politik der Stabilität wurde von der Sozialistischen Partei den Wählern als eines ihrer wichtigsten Versprechen angekündigt, „damit das Einkauf wieder Freude macht“. So lautete damals die Parole.

Tatsächlich ist von einem Vorrang der Stabilität bei diesem Budget keine Rede. Es ist ein Budget, das die Inflationsentwicklung weiter verstärken wird. Und das Kaufen hat unseren Hausfrauen noch niemals so wenig Freude bereitet, wie in der Amtszeit der Teuerungsregierung Kreisky. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der konsequente Inflationskurs — das ist eine neue Note der Politik, die die Regierung Kreisky als eigenständiges Markenzeichen beanspruchen kann — begann mit der Tätigkeit dieser Regierung. Die ÖVP-Finanzminister, und das soll auch heute einmal ausgesprochen werden, haben eine unvergleichlich bessere Arbeit geleistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das hat zumindest indirekt der Herr Doktor Androsch selber zugegeben. Im Bericht über die Lage der Finanzen der Republik Österreich wurde nämlich der konjunkturpolitische

Einsatz der Budgets für die Jahre zwischen 1955 und 1970 untersucht. Und dieser vom heutigen Finanzminister herausgegebene Bericht muß folgende anerkennende Feststellung treffen — ich zitiere —:

„Die Budgetpolitik des Bundes hat in diesem Zeitraum — 1955 bis 1970 — zumindest der Tendenz nach konjunkturstabilisierend gewirkt und damit ihre gesamtwirtschaftlichen Aufgaben erfüllt.“

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dies festzuhalten. Denn mit der Übernahme der Regierung durch das Kabinett Kreisky und des Finanzministeriums durch Doktor Androsch ist ein Bruch in der österreichischen Wirtschaftspolitik eingetreten. Von nun an ging es nämlich mit dem Schilling bergab und steil bergauf mit den Preisen in Österreich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Von 1954 bis 1970 betrug die Preisentwicklung im Jahresdurchschnitt 3,1 Prozent. 1970 waren es 4,4 Prozent, 1971 4,7 Prozent, 1972 kletterten die Preise bereits um 6,3 Prozent, 1973 dürften sie bei 7,5 Prozent liegen. Und dieses Budget wird, wenn Sie es so beschließen, die Teuerungspolitik fortsetzen und die Inflationsentwicklung weiter verstärken, denn vorsichtige Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes rechnen für 1974 mit einer mindestens ebenso hohen Preissteigerungsrate wie heuer. In diesen Schätzungen sind die Tarifkorrekturen und die Erhöhung amtlich geregelter Preise, wie sie derzeit in Diskussion stehen, nicht mit inbegriffen.

Meine Damen und Herren! Die Budgetpolitik dieser Regierung wird besonders durch das überaus rapide Wachstum der inlands-wirksamen Budgetausgaben charakterisiert. Diese wuchsen 1971 um 14,4 Prozent, 1972 um 16,5 Prozent, 1973 um 16,9 Prozent und möglicherweise beim Gesamtbudget 1974 gar um 18,4 Prozent.

Aber gerade das Wachstum der inlands-wirksamen Budgetausgaben zeigt, wie bedenkenlos das Gegenteil von dem getan wird, was im Dienste der Stabilisierung im Grund genommen die Pflicht dieser Regierung wäre.

Aber auch die Einnahmepolitik der Regierung hat die inflationistische Entwicklung nicht gebremst, sondern verstärkt.

Zunächst, meine Damen und Herren, wurden an sich notwendige Erhöhungen von Tarifen und amtlichen Preisen aus rein wahltaktischen Gründen nicht, wie es zu Zeiten konjunktureller Überhitzung richtig wäre, schrittweise und koordiniert vorgenommen, sondern geballt in einem verhältnismäßig kurzen Zeit-

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

raum konzentriert, nämlich in der Zeitspanne von Dezember 1971 bis Juni 1972. Die Auswirkungen allein dieser Vorgangsweise waren etwa 1 bis 2 Prozent zusätzliche Preissteigerungen im ersten Halbjahr 1972.

Weiters, meine Damen und Herren: Trotz Warnungen von Experten und auch gegen alle Erfahrungen, die im Ausland bei gleicher Gelegenheit gesammelt werden konnten, führte die Regierung mit 1. Jänner 1973 die Mehrwertsteuer ein, die allein schon durch die Festsetzung des Steuersatzes mit 16 Prozent eine zusätzliche Erhöhung der Konsumentenpreise um 1,5 bis 2 Prozent brachte. Daß sich bei der angespannten Wirtschaftslage der mehrwertsteuerbedingte zusätzliche Preisanstieg in diesem Rahmen hielt, ist letztlich der Disziplin der überwiegenden Gruppe der österreichischen Wirtschaftstreibenden zu danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben immer behauptet, die Mehrwertsteuer sei aufkommensneutral, die Mehrwertsteuer sei keine Mehrsteuer. Heute bereits zeichnet sich ab, daß Sie gegenüber der alten Umsatzsteuer mit echten Mehreinnahmen zwischen 4 und 6 Milliarden Schilling rechnen werden, wir es also sehr wohl mit einer echten Mehrsteuer und mit keiner aufkommensneutralen Steuer zu tun haben, und daß unser Vorschlag, den wir Ihnen seinerzeit angesichts einer Teuerungsrate von damals bereits 7 Prozent gemacht haben, die Mehrwertsteuer nicht mit 16, sondern zumindest für das Einführungsjahr mit 14 Prozent festzusetzen, durchaus im Rahmen dessen lag, was vom Standpunkt einer aufkommensneutralen Steuer zu vertreten gewesen wäre. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Auch bei der Lohn- und Einkommensteueränderung 1973 hat die Regierung stabilitätspolitisch versagt. Warum? Die Änderung brachte keine Milderung, sondern im Grunde genommen eine erhebliche Verschärfung der Progression. Sie sichert dem Finanzminister auf mittlere Sicht erhebliche Mehreinnahmen, aber sie ist so gestaltet, daß bereits die folgenden Lohnerhöhungen den anfänglichen Steuervorteil der Reform bei vielen Einkommensstufen wieder zunichte gemacht haben.

Die Progressionsverschärfung wirkt in zweierlei Hinsicht inflationär: Einmal, weil nach allen bisherigen Erfahrungen die anfallenden Mehreinnahmen des Staates zu zusätzlichen Ausgabenexpansionen verwendet werden, auf der anderen Seite, weil die nunmehr erreichte Progressionswirkung der Einkommen- und Lohnbesteuerung die Arbeitnehmer einfach zur Flucht nach vorne gezwungen hat, in Lohnverhandlungen jedenfalls einen realen

Nettolohnerhöhungssatz anzustreben. Das heißt, meine Damen und Herren: Bei Lohnverhandlungen fallen die geforderten Prozentsätze umso höher aus, je höher die durchschnittliche Inflationsrate und der Steuerdruck sind. Mit anderen Worten: Die Konsequenz ist, daß die Steuerpolitik direkt die Lohnkostenerhöhungen vergrößert und damit die Preissteigerungen verstärkt.

Die Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer werden dem Finanzminister im kommenden Jahr 6 bis 8 Milliarden Schilling zusätzliche Einnahmen bringen. Und darum glauben wir, daß ein Teil dieses Inflationsgewinnes der Bevölkerung durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer rückzuerstatten wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Finanzminister hat erklärt — das ist die Etikette —, daß die Bundesregierung bei der Erstellung des Voranschlages der Stabilitätspolitik absoluten Vorrang eingeräumt habe. Ich frage mich: Wie ist das möglich, wenn derselbe Finanzminister die Einnamenschätzungen doch auf einer Inflationsrate von mindestens 7½ Prozent im kommenden Jahr aufbaut? Meine Damen und Herren! Das ist doch keine Absage an die Inflation, sondern eine Spekulation mit der Inflation! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die im Zusammenhang mit der Budgetrede von Minister Androsch veröffentlichten Zahlen beweisen ja auch, daß Österreich einen Platz unter den Spitzenreitern der Inflation innerhalb der westlichen Industriestaaten hat. Es liegt 1973 in der Rangliste der Teuerung an der dritten Stelle der wichtigsten Industrieländer. Das ist eine Tatsache, die auch der Herr Finanzminister nicht hinwegdiskutieren kann.

Von einer Politik der Stabilität, die die Regierung den Wählern versprochen hat, kann also keine Rede sein. Ja die Regierung tut das Gegenteil von dem, was sie ankündigt, und das Gegenteil von dem, was sie zu tun behauptet. Daher ist das Budget typisch für diese Regierung, denn wir erleben auf anderen Gebieten die gleiche Politik.

Diese Regierung begann doch zum Beispiel ihre Amtstätigkeit mit der Behauptung, die bestvorbereitete Regierung zu sein, die es je in Österreich gab. Und ich greife hier, um den Damen in der Regierung den gebührenden Vorrang einzuräumen, als Beispiel zunächst das Gesundheitswesen der Frau Bundesministerin Primaria Dr. Leodolter heraus.

Ich weiß nicht, ob es irgend jemanden hier im Hause und in der österreichischen Bevölkerung gibt, der guten Gewissens sagen könnte,

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

die Gesundheitspolitik dieses Ministeriums werde von einem fundierten, klaren, gut vorbereiteten Konzept geleitet. Tatsächlich, meine Damen und Herren, hat man den gegenteiligen Eindruck. Es fehlt an einer durchdachten Konzeption der Aufgaben, es fehlen erforderliche Kompetenzen, es fehlt — nimmt man alles in allem — eigentlich so ziemlich alles, was diesem von der Regierung Kreisky neugeschaffenen Ministerium einen realen Sinn geben und für die Österreicher Nutzen bringen könnte. Weder auf dem Gebiet des Gesundheitswesens noch auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat die Existenz dieses Ministeriums irgend etwas Nennenswertes vorangebracht oder bewirkt.

Daß seit Jahren immer wieder eine Meinungsumfrage angekündigt und nunmehr auch durchgeführt wurde, um zu erfahren, was den Österreichern ihre Gesundheit wert ist, erweckt ganz bestimmt nicht den Eindruck einer bestvorbereiteten Konzeption, sondern verstärkt nur den Eindruck einer eher bejammerenswerten Hilflosigkeit. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich frage daher auch den Herrn Bundeskanzler: Wie steht es nun mit dieser Meinungsumfrage tatsächlich, welche Ergebnisse hat diese Ihre Umfrage hervorgebracht, und was haben Sie nun die Absicht tatsächlich zu tun? Ich glaube, es wäre dankenswert, wenn wir darauf eine Antwort bekommen.

Ein anderes sehr ernstes Gebiet ist das der gesamten Sicherheitspolitik einschließlich der wirtschaftlichen und versorgungspolitischen Probleme. Man hat auch bei der gegenwärtigen Energiekrise den Eindruck, die Regierung wisse nicht, was getan werden soll, läßt die Dinge treiben, beschwichtigt, beschönigt, redet über die Probleme hinweg, versäumt möglicherweise wertvolle Zeit für zielbewußte Maßnahmen und vergrößert damit die Gefahren, die auf uns zukommen.

Wir können nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Energiekrise die an sich weniger günstigen wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr weiter verschlechtert hat. Ja es könnte sein, daß wir einer gleich großen oder einer noch größeren Teuerung bei einer ungünstigeren Entwicklung der Wirtschaft und der Beschäftigungslage entgegengehen. In dieser Situation brauchen wir eine verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik, eine wirksame Koordinierung der Ausgabenpolitik aller Gebietskörperschaften, eine Abstimmung der nächsten notwendigen Lohn- und Einkommenssteuersenkung mit der weiteren Lohnbewegung und Einkommensentwicklung, vor allem aber auch rasch wirkende Sparmaßnahmen am Energiesektor. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das, meine Damen und Herren, wollte ich hier feststellen, und es geht dabei nicht nur darum, den Winter zu überdauern, sondern auch die Produktionskraft der österreichischen Wirtschaft für das ganze Jahr 1974 zu sichern. Es ist ungewiß, ob wir ohne weiterreichende Sparmaßnahmen den Anschluß an eine hoffentlich bessere Versorgungslage im nächsten Jahr erreichen können. Die Bundesregierung müßte Sofortmaßnahmen in Gang setzen, die sicherstellen, daß dem forcierten Ausbau der Kraftwerke der Vorrang gegenüber Büro- und Verwaltungsbauten eingeräumt wird.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie handelt. Wir sind auch bereit, konstruktiv mitzuarbeiten — das haben wir zum Ausdruck gebracht —, um im Interesse der österreichischen Bevölkerung ernste Gefahren abzuwenden. Aber wir können der Regierung nicht jene Aufgaben abnehmen, die eben von der Regierung erfüllt werden müssen und die Pflicht derjenigen sind, die heute die Verantwortung für die Regierungsarbeit tragen.

Wenn wir die Pflicht zur Vorsorge für mögliche Krisen und Gefahren behandeln, tritt naturgemäß auch die Landesverteidigung in unser Blickfeld. Meine Damen und Herren! Es wäre verhängnisvoll zu glauben, daß die präliminierte nominelle Ausweitung des Budgetrahmens für die Landesverteidigung genüge, um die seit 1970 gehandhabte Demontagepolitik gutzumachen. Das Bundesheer ist — nicht durch die Schuld der Soldaten, sondern ausschließlich durch die Schuld dieser Regierung — in einen Zustand der Unsicherheit und der Zerfallstendenzen hineinexperimentiert worden. Dies ist einer staatspolitisch unverantwortlichen Haltung dieser Regierung anzulasten. Sie dachte vor den Nationalratswahlen 1970 ausschließlich an Wahlpropaganda. Sie hatte nicht die geringsten Ansätze eines Konzepts, um ihre Propagandaparolen einzulösen. Sie fuhrwerke dann herum, setze Kommissionen ein, ohne sich an deren Ratschläge zu halten, und zerstörte auf diese Weise, was langsam und unter schwierigen Bedingungen unter dem selbstlosen Einsatz idealistisch gesinnter Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere aufgebaut worden war.

Ich möchte heute hier feststellen: Wir sehen jeder ehrlichen Bemühung um eine Wende in dieser Entwicklung grundsätzlich mit Befriedigung entgegen. Wir sehen die Landesverteidigung nicht als Parteisache, sondern als Staatsaufgabe an, an deren Bewältigung alle Österreicher ein gemeinsames Interesse haben. Aber gerade deshalb können wir Ankündigungen, Proklamationen eines neuen Starts und

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

verbale Optimismusparolen nicht als Ersatz für einen greifbaren Aufbau unserer Landesverteidigung hinnehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wir wenden Ihnen diesen Vorwurf so lange machen, bis Sie uns den Bericht über die Situation der militärischen Landesverteidigung, wie wir ihn verlangt haben, vorlegen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Herr Verteidigungsminister von sich aus schon lange das Bedürfnis gehabt hätte, es zu tun, daß es aber die Regierung offenbar nicht für opportun findet, darüber mit der Opposition in eine konkrete Debatte einzutreten.

Eine im letzten Jahr mehrfach von der Regierung verbreitete These lautet nun, die viel bedeutungsvollere Seite der österreichischen Sicherheitspolitik sei eine gute Außenpolitik. Ich halte eine solche Argumentation für bedenklich. Außerdem bezweifle ich, ob Sie heute selbst noch den Mut haben, von einer so guten Außenpolitik zu sprechen. Abgesehen davon, frage ich: Wie sollte sich denn der Ballhausplatz ernsthaft zutrauen, von sich aus den Entwicklungen außerhalb Österreichs einen bestimmten Verlauf zu geben? Indem Sie aber dieses Bild einer österreichischen Sicherheitspolitik ins Spiel bringen, zeigen Sie doch sehr deutlich, daß Sie mit Ihrer ganzen Sicherheitspolitik auf einem sehr fragwürdigen Boden stehen.

Dazu kommt, Herr Bundeskanzler, daß Sie heute der Außenpolitik langsam eine Richtung geben, die uns mit kleinen Schritten vom Grundkonzept unserer Neutralität, wie sie von uns 1955 verstanden wurde, entfernt. Dieses Grundkonzept ging doch davon aus, daß wir Neutralität im klassischen Sinne des Völkerrechtes üben, daß wir militärisch neutral sind, aber nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir ideologisch zu den Staaten der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung gehören. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber sehen wir Ansätze einer Politik, die uns in eine größere Nähe zu den sogenannten blockfreien Staaten bringt, und ich sage Ihnen ganz offen, Herr Bundeskanzler: Das wollen wir nicht! Die außenpolitische Philosophie blockungebundener Staaten besteht im wesentlichen darin, daß sie fallweise ihre Entscheidungen je nach politischer Opportunität treffen. Der neutrale Staat im klassischen Sinn des Völkerrechtes hat in seiner Außenpolitik strengere Maßstäbe anzulegen. Sein Leitbild ist die strikte Anwendung des Rechtes und, in politischer Hinsicht gesprochen, das Streben nach Ausgewogenheit.

Die derzeitige Bundesregierung hat erstmals vor drei Jahren zur Konferenz der blockfreien Staaten nach Lusaka und jetzt neuerlich Anfang September dieses Jahres nach Algerien einen Vertreter entsandt. Gewiß handelt es sich nicht um einen Konferenzteilnehmer im vollen Sinne des Wortes, aber immerhin um einen beobachtenden Gast.

Für den kritischen Betrachter österreichischer Neutralitätspolitik werden damit aber Akzente gesetzt, die man besser unterlassen sollte. Gerade in der jetzt beginnenden Entspannungsphase der Weltpolitik, wenn wir den Nahostkonflikt zunächst außer Betracht lassen, wäre es richtig, für die interessierte Staatengemeinschaft keine Signale zu setzen, die falsch interpretiert werden könnten.

Eines der wesentlichsten Elemente einer guten neutralen Außenpolitik ist ihre Beständigkeit. Schon der Neutralitätserklärung eines immerwährend neutralen Staates an sich, dem Versprechen also, sich weder an gegenwärtigen noch an künftigen Kriegen zu beteiligen, haftet dieser Charakter, der Beständigkeit in der Politik verspricht, an.

Selbstverständlich betrachtet man auch die Politik des Neutralen unter diesem Gesichtspunkt, ob er die nun einmal eingeschlagene Richtung beibehält, ob seine Politik geradlinig, ob sie schlüssig ist. Der Blockfreie kann, wenn er will, einmal so, ein anderes Mal anders entscheiden, dem tagespolitischen Vorteil entsprechend. Dem neutralen Staat dagegen tun sprunghafte außenpolitische Entscheidungen nicht gut. Sie sind geeignet, das für ihn so wichtige Vertrauen der anderen zu untergraben.

Niemand — auch das möchte ich betonen — wird Österreich verübeln, wenn es trachtet, freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten zu unterhalten. Dies gilt selbstverständlich auch für die Beziehungen zu den blockfreien Staaten. Alle Bemühungen, die Entfaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu fördern, sind zu begrüßen. Die Teilnahme aber, in welcher Form auch immer, an den politischen Konferenzen der Blockfreien halte ich jedenfalls für bedenklich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube daher, daß wir alles unterlassen sollten, was geeignet sein könnte, die für unsere Sicherheit lebenswichtige Ausgewogenheit des internationalen Vertrauens zur Neutralitätspolitik Österreichs zu gefährden.

Zu etwas anderem: Herr Bundeskanzler! Was von einer sogenannten guten Außenpolitik zu halten ist, zeigt sich unter anderem auch in der Art, in der die Kärntner Ortstafel-

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

frage behandelt wurde. Sie haben damit unser nachbarliches Verhältnis zu Jugoslawien beträchtlich belastet, und dies, nachdem es unter den vorangegangenen Regierungen gelungen war, die Beziehungen in einer außerordentlich erfreulichen Weise zu ordnen und auf eine freundschaftliche Basis zu stellen.

Es war eine Kette von Fehlern, wie der Bundeskanzler dieses Thema ohne zwingenden Grund in einer für alle Beteiligten und unser Land schädlichen Weise behandelt hat, es war das auch jenes Thema, von dem der Bundeskanzler in einem Interview selbst meinte, daß dies in dem zurückliegenden Jahr der größte Fehler der Regierung gewesen wäre.

Aber wie, Herr Bundeskanzler, soll es nun weitergehen? Es wäre doch ein weiterer Fehler, die Lage, wie sie ist, einfach nur treiben zu lassen. Was hat die Ortstafelkommission bisher getan? Was sind denn die Ergebnisse dieser Ortstafelkommission? Haben Sie die Absicht, unserem Ersuchen zu entsprechen und uns einen Bericht über die Ergebnisse der Ortstafelkommission vorzulegen? Auch darüber möchten wir Sie gerne um eine Auskunft bitten.

Nun zu einem anderen Thema. Die wirtschaftliche Entwicklung der vom Bund geführten Betriebe läßt erkennen, wie der Staat als Unternehmer operiert. Die Verluste der Bundesbetriebe betragen 1970 3 Milliarden Schilling, 1971 4,4 Milliarden, 1972 5 Milliarden, 1973 6,9 Milliarden. Der Verlustzuwachs betrug 1971 über 44 Prozent, 1972 15,6 Prozent und 1973 36,3 Prozent. Zwischen 1970 und 1973 stieg der Gesamtverlust der Bundesbetriebe von etwas über 3 Milliarden auf über 6,8 Milliarden oder um 128 Prozent an.

1970 versprach die Bundesregierung deziert eine Durchforstung — wie sie es damals nannte — des „Subventionsdschungels“, wobei sie vor allem eine generell geltende Definition der Subventionen liefern wollte. Geschehen ist in dieser Richtung jedenfalls nichts Zielführendes. Seit dem Jahre 1970 sind die staatlichen Stützungs- und Förderungsausgaben um insgesamt 11,4 Milliarden Schilling gestiegen. Im gleichen Zeitraum, Herr Bundeskanzler, sind die Förderungsmittel für die Landwirtschaft praktisch gleichgeblieben beziehungsweise unter Berücksichtigung der enormen Teuerung in ihrer Effektivität massiv zurückgegangen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Gerade hier, Herr Bundeskanzler, zeigt sich eine sachlich durch nichts zu rechtfertigende Unausgewogenheit, die eine rein parteipolitische Denkungsweise offenbart und staatspoli-

tische Interessen in den Hintergrund rückt. Denn es gibt kaum einen lebenswichtigeren Bereich für Zeiten internationaler Krisen als die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Die beste und sicherste Form der Vorsorge für solche Zeiten ist die Erhaltung und Festlegung einer produktionskräftigen Landwirtschaft.

Die Bauernschaft Österreichs ist ein Teil unserer Bevölkerung, dem in unserer Zeit neue und wichtige Aufgaben zukommen. Dieser Berufsstand ist in seiner weit überwiegenen Mehrheit dem Sozialismus gegenüber ablehnend eingestellt. Es ist aber unverantwortlich, wenn die sozialistische Regierung diesem Berufsstand ein Aushungerungsbudget präsentiert. Sie wird damit ganz bestimmt keinen Bauern zum Sozialisten machen, aber sie gefährdet auch auf längere Sicht die Lebensinteressen aller Österreicher. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, diese offenkundig ungerechte Verhaltensweise der derzeitigen Bundesregierung gegenüber den Bauern hat vielen die Augen geöffnet. Bei 16 Prozent Steigerung der Förderungsausgaben des Bundes gleichzeitig die landwirtschaftliche Förderung gegenüber 1973 in ihrer Effektivität noch abzubauen, ist staatspolitisch unverantwortlich und menschlich unsozial.

Nun ein Wort zu unseren verstaatlichten Betrieben. Hier beteuert die Regierung zwar immer wieder, welch großes Interesse und Nahverhältnis sie zu diesen Betrieben habe — der Herr Bundeskanzler hat dies zuletzt am Freitag im Zusammenhang mit der Debatte über die Fusion auf dem Buntmetallsektor unterstrichen —, aber das Interesse scheint sich vor allem auf die Ausübung von Machtpolitik zur Zementierung sozialistischer Positionen zu konzentrieren, und das Nahverhältnis dürfte sich auf das Hineinregieren in die Obliegenheiten der zuständigen Firmenorgane beschränken. Denn bis das Fusionsgesetz in Kraft tritt, habe ich die Überzeugung, Herr Bundeskanzler, sind sämtliche Organbeschlüsse, im übrigen einstimmig beschlossen, bereits exekutiert und die Fusion der Buntmetallunternehmungen praktisch beschlossene Sache.

Ich stelle in diesem Zusammenhang folgendes fest: Der Herr Bundeskanzler hat nicht zuletzt durch sein Versprechen einer „Morgengabe“ — wie das bezeichnet wurde — von 2 Milliarden Schilling die Generaldirektoren der staatlichen Stahlgesellschaften dafür gewonnen, ein Ja zu einer ungeprüften großen Lösung zu sagen. Er will aber heute, gemeinsam mit seinem Finanzminister, von der Ein-

Dipl.-Ing. Dr. Schleizer

lösung dieses, aber auch ähnlicher Versprechen nichts wissen. So wartet beispielsweise Ranshofen seit 1970 bis heute vergeblich auf die versprochenen 600 Millionen für den Bau der Elektrolyse.

Herr Bundeskanzler! Wir möchten Sie fragen: Was wird hier wirklich geschehen? Wie beabsichtigen Sie diese finanziellen Probleme zu lösen? Wann soll dies Ihrer Meinung nach durchgeführt werden? Wie ist das Konzept, das Sie auf diesem Gebiet verfolgen?

Während der Regierung für wichtige Anforderungen das Geld zu fehlen scheint, ist sie auf bestimmten Gebieten von einer Großzügigkeit, die einen weiteren charakteristischen Wesenszug dieser Regierung zeigt, nämlich die ausgeprägte Tendenz zu einer Verschwendungspolitik. Sie werden verstehen, daß ich bei dieser Gelegenheit jetzt einiges über das Projekt der UNO-City sagen muß.

Meine Damen und Herren! Ich rufe in Erinnerung: Das Staber-Projekt wurde ursprünglich mit 1,75 Milliarden Schilling beziffert und von Ihnen als besonders kostengünstig bezeichnet. Ja das war sogar ein sehr starkes Argument für den Herrn Bundeskanzler, auch hier im Hohen Haus das Staber-Projekt durchzuboxen.

Das IAKW-Finanzierungsgesetz sah dann die Errichtung der Baustufe I mit einer Baukostensumme von insgesamt nicht, wie geplant, 1,75, sondern 3,5 Milliarden Schilling vor. Das ist doppelt soviel, wie ursprünglich angenommen wurde. Trotzdem hat die Volkspartei dem IAKW-Gesetz am 27. April 1972 zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Heute wissen wir allerdings, daß ein Ministerkomitee bereits im Februar 1972 — also mehr als zwei Monate zuvor — den Beschluß gefaßt hat, das österreichische Konferenzzentrum weit umfangreicher zu planen: nicht für etwa 2500, sondern für mehr als 8000 Personen! Wir wissen heute auch, daß die anhaltenden Widerstände der internationalen Organisationen zu weitgehenden Modifikationen bei der Planung der Bürogebäude geführt haben, daß sich das Projekt flächenmäßig gegenüber der Wettbewerbsausschreibung fast verdoppelt hat.

Das heißt mit anderen Worten: Der Finanzminister hat dem Nationalrat ein IAKW-Gesetz vorgelegt, das zum Zeitpunkt der Beschlußfassung längst überholte Kostendarstellungen enthielt, Kostangaben, die mittlerweile dreimal so hoch liegen, weil heute das gesamte Vorhaben mit einer Baukostensumme von 10 bis 11 Milliarden Schilling beziffert werden

muß. Dabei sind die Kredit- und allfällige Finanzierungskosten noch gar nicht mit inbegriffen.

Der Regierung ist die Kostenentwicklung einfach entglitten. Sie hat ein unnötiges Raumprogramm akzeptiert und offenbar auch in der Funktions- und Raumausstattung in einer gewissen Großmannssucht unnötige Zusagen gemacht. Was hier geschieht, ist einfach Verschwendungspolitik. Dafür werden wir die politische Mitverantwortung nicht übernehmen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Oder: 1973 wird für die Schulbuchaktion ein Betrag von 770 Millionen Schilling ausgegeben; allein 40 Millionen Schilling sind für den Verwaltungsaufwand erforderlich. Für jene Schulbücher, die ungenutzt zu Hause liegenbleiben oder für andere Schüler, die sie brauchen, neu angeschafft werden müssen, werden im Jahr über 100 Millionen Schilling aus Steuermitteln verschwendet. Dafür haben wir und dafür hat auch die Bevölkerung kein Verständnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Allein dieser jährliche Verschwendungsbetrag entspricht den Baukosten von etwa fünf modernen allgemeinbildenden höheren Schulen mit zusammen rund 3000 neuen modernen Schulplätzen, entspricht Baukosten, die der Staat in dringenden Notstandsfällen nicht aufzubringen vermag! Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, Sie haben sie bedauerlicherweise abgelehnt. Hätten Sie das nicht getan, wäre Ihnen diese Kritik nicht nur von uns, sondern auch von der Bevölkerung erspart geblieben.

Herr Bundeskanzler! Wir haben Ihrer Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie das, was sie versprochen und angekündigt hat, nicht hält, dafür aber Dinge tut, die sie weder versprochen noch angekündigt noch den Wählern zur Entscheidung vorgelegt hat. Und Sie setzen Ihre Mehrheit rücksichtslos für Entscheidungen ein, für die Ihnen diese Mehrheit von den Wählern nicht gegeben wurde und für die Sie somit im Grunde genommen gar kein Mandat besitzen.

So war es bei der Fristenlösung, die Sie in den letzten Tagen mit Ihrer knappen Mehrheit erzwungen haben. Und so beabsichtigen Sie es offenbar auch beim ORF-Gesetz zu tun.

Sie haben den Wählern vor der Wahl nie die Absicht kundgetan, die Verwirklichung des Rundfunk-Volksbegehrens rückgängig zu machen. Im Gegenteil! Sie haben versprochen — und dies sogar noch nach den letzten Nationalratswahlen —, das ORF-Gesetz nicht zu ändern.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Nun aber soll es geändert werden, und zwar sehr wesentlich, wie die von Ihnen beabsichtigte Novelle des ORF-Gesetzes zeigt. Der Kern dieses Entwurfes läuft darauf hinaus, alles Wesentliche, was das Volksbegehren wollte und das ORF-Gesetz 1966 schuf, wieder zu beseitigen:

Die Kompetenzen zur Bestellung der leitenden Organe des ORF sollen in ein Forum verlegt werden, in dem durch die Einführung einer Dreiviertelmehrheit die Aufteilung der Leitungsposten praktisch zwischen den Parteien und Interessengruppen erfolgen würde.

Zwei selbständige Fernsehdirektionen, die auch vom Weisungsrecht der ORF-Gesamtleitung gelöst wären, würden den direkten partei- und interessenpolitischen Einfluß auf die Programme erleichtern.

Die wirtschaftliche Führung des Rundfunks würde in unmittelbare Abhängigkeit von politischen Machträgern des Landes gebracht werden, und die Stellung der Länder würde wesentlich geschwächt werden.

Aber genau das Gegenteil dessen wollte das Volksbegehren. Das sind im wesentlichen die politisch entscheidenden Punkte, um die es geht.

Sie werden uns, Herr Bundeskanzler, über vernünftige Vorschläge für Verbesserungen im ORF, über die Anpassung an neue technische Entwicklungen, über mehr Einfluß der Hörer und Seher und so weiter durchaus gesprächsbereit finden.

Mit jenen Vorschlägen aber, die das Volksbegehren liquidieren würden, die ein entscheidender Einbruch in die Informations- und Meinungsfreiheit wären, die ein wichtiges Element der demokratischen Kontrolle in unserem Staate beseitigen würden, mit solchen Vorschlägen werden Sie, Herr Bundeskanzler — davon bin ich überzeugt —, auch auf den entschlossenen Widerstand breiter Kreise der österreichischen Bevölkerung bis hinein in die Reihen Ihrer eigenen Partei stoßen.

Abschließend und zusammenfassend möchte ich sagen: Was unser Land von seiner Regierung heute braucht, ist eine Politik, die nicht mit Worten, sondern mit Taten der Stabilisierung dient, die Vorrangaufgaben der Zukunft auch tatsächlich mit Vorrang behandelt, die Staatsinteressen und nicht parteipolitische Machtinteressen in den Vordergrund stellt, die bereit ist, sich der demokratischen Kritik zu stellen, anstatt den Versuch zu unternehmen, sie zu unterbinden.

Diese Aufgaben erfüllen Sie nicht: weder mit Ihrem Budget noch mit Ihrer gesamten Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Bitte.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Die von Herrn Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer urgierte Information über den Stand der Meinungsumfrage zur Gesundheitspolitik möchte ich dahin gehend beantworten, daß zwei Meinungsforschungsinstituten der Auftrag erteilt wurde, durch eine Voruntersuchung einige Spezialfragen, wie etwa die, „auf welche Art am besten zusätzliche Kosten für die Gesundheitspolitik finanziert werden sollen“, zu beantworten.

Durch umfassende Befragungen sollte in weiterer Folge ein klares Bild gewonnen werden über die Haltung der Bevölkerung zu Gesundheitsfragen im allgemeinen.

Zur Tätigkeit der Meinungsforschungsinstitute überhaupt möchte ich sagen, daß es sich bei der Meinungsforschung nicht um eine Art modernes Orakel handelt, sondern einfach um die sinnvolle Anwendung einer wissenschaftlichen Erkenntnis der modernen Statistik, nämlich daß mit Hilfe von Stichproben annähernd richtige Resultate erreicht werden können und die Fehlerquellen, die hiebei auftreten, so klein sind, wie sie sich auch bei durchgeführten Zählungen nicht vermeiden lassen. Das ist durch Jahrzehnte und vor allem durch die verfeinerten Methoden, die hier zur Anwendung gelangen, weltweit anerkannt worden.

Es kann also gar kein Fehler sein, wenn in Spezialfragen die Meinung der Bevölkerung erkundet wird. Das bedeutet natürlich nicht, daß unbedingt sklavisch den festgestellten Tendenzen entsprochen werden muß, denn es bleibt die Aufgabe, die vornehmste Aufgabe des Regierens, Dinge auch dann zu machen, wenn sie nicht allgemein populär sind.

Das ist auch der Sinn unserer eigenen Verfassung, sonst würde nämlich nicht von ihr vorgesehen sein, daß gewählte Abgeordnete frei ihren Auftrag zu erfüllen haben.

Was die Frage der Energieproblematik betrifft, so wird sehr bald, meine Damen und Herren, Gelegenheit sein, in sehr ausführlicher Weise auf die gegebene Situation einzugehen.

Ich möchte nur sagen, daß unter den gegebenen Umständen eine ganze Reihe von konkreten Voraussetzungen noch fehlen. Niemand kann heute sagen, inwieweit es sich bei den Maßnahmen, die einige der ölproduzierenden

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Länder treffen, um Boykottmaßnahmen handelt, die ein Teil der Kriegsführung sind, die im Mittleren Osten praktiziert werden. Ob es sich um eine langfristige Drosselung der Förderung in den ölproduzierenden Ländern handelt, das läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Eines aber ist sicher richtig: daß wir eine Warnung bekommen haben, die uns sagt, wie labil die Energiesituation der modernen Industriestaaten ist und wie sehr sie von außerwirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Aus dieser Erkenntnis muß man, so glaube ich, die notwendigen Schlüsse ziehen, und ich sage heute hier noch einmal, daß die Bundesregierung bereit ist, alle sich daraus ergebenden Erkenntnisse und Notwendigkeiten mit den Parteien, und zwar mit allen Parteien des Parlaments, zu beraten.

Dazu gehört gewiß ein höheres Maß an Sparsamkeit. Gerade die Frage der Sparsamkeit ist in Wirklichkeit eine Frage grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Gesinnung. Wir wissen ja alle, daß noch vor einigen Jahren das Gebot der modernen Konsumgesellschaft maximalster Verbrauch gewesen ist, der auf alle mögliche Art zu stimulieren wäre. Ich glaube, daß jetzt die Zeit zur gewissen Umkehr ist. Es muß jetzt die Wirtschaft und die Konsumgesellschaft anders gesehen werden, als das noch vor zehn Jahren der Fall war.

Zweitens muß es in Österreich, so wie in anderen Staaten, zu einem forcierten Ausbau unserer Energiereserven und -ressourcen kommen. Dabei wird die schwierigste Aufgabe die sein, wie man die Synthese findet zwischen den heute berechtigten Forderungen des Umweltschutzes und den Notwendigkeiten, zu einer verstärkten Energieproduktion zu gelangen.

Drittens handelt es sich hier auch um eine Frage der europäischen Zusammenarbeit. Meine Damen und Herren! Als wir vor einiger Zeit in Polen waren, hat man uns von polnischer Seite ein Angebot gemacht, das heute anders aussieht als noch vor ein paar Monaten, nämlich das Angebot, daß in Polen ein kalorischer Kraftwerk auf Kohlenbasis errichtet werden soll und daß die Bezahlung für Lieferungen aus dem österreichisch-polnischen Warenverkehr in Form von Energie erfolgen sollte.

Das alles hat, wie gesagt, vor ein paar Monaten noch ganz anders ausgesehen, als das heute der Fall ist. Deshalb schien es mir gestern in Gesprächen mit meinen Partnern zweckmäßig zu sein, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn es schon eine Konferenz für gesamteuropäische Sicherheit und Zu-

sammenarbeit gibt, man doch über Fragen reden soll, die von aktuellster Bedeutung sind: zu prüfen, inwieweit es überhaupt ein regionales Verbundsystem geben kann und inwieweit es auf diesem Gebiet zu einer echten Zusammenarbeit auch mit den Staaten Osteuropas kommen könnte.

Schließlich wird man sich wahrscheinlich auch überlegen müssen, inwieweit man gewisse Substitutionen vornimmt, die man vor einiger Zeit noch als wirtschaftlich nicht mehr interessant betrachtet hat. Ich sage noch einmal: Wir sind bereit, über alle diese Fragen mit den Wirtschaftspartnern einerseits und den politischen Parteien andererseits in konkrete Gespräche einzutreten.

Was nun den urgierten Bericht über die Landesverteidigung betrifft, so möchte ich Ihnen, Herr Bundesparteiohmann, mitteilen, daß der Bericht über die militärische Landesverteidigung Österreichs den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates zur Verfügung gestellt wurde. Er wird Gegenstand einer der Beratungen der nächsten Sitzungen des Landesverteidigungsrates sein. Sicher wird es dann Wege geben, die Parteien darüber hinaus zu informieren und natürlich auch das Parlament.

Noch einmal möchte ich den Grundsatz vertreten, zu dem jeder stehen kann, wie er es will, ich bekenne mich dazu: daß die erste Voraussetzung einer guten Sicherheitspolitik — ich sage: Sicherheitspolitik — eine gute Außenpolitik ist. Denn eine gute Außenpolitik hat in normalen Zeiten die Aufgabe, jene Verhältnisse zu schaffen, die ein Maximum an friedlicher Entwicklung und Ruhigstellung gewährleisten: durch Normalisierung der Beziehungen mit seinen Nachbarn, durch Mitwirkung an den Entspannungsbestrebungen auf dem ganzen Kontinent und durch eine adäquate, seinen eigenen Kräften entsprechende Mitwirkung an den friedlichen Bestrebungen der Vereinten Nationen.

Gerade in diesem Monat erfüllen wir diese Aufgabe und — ich möchte bei aller Bescheidenheit sagen — unter allgemeiner Anerkennung aller in Betracht kommenden Staaten der Welt, denn wir führen in diesem Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat der UNO, und das war nicht der leichteste Monat in der Geschichte des Sicherheitsrates; viele sehen mit einer gewissen besorgten Spannung dem nächsten Monat entgegen, da eine andere Macht im Sicherheitsrat den Vorsitz übernehmen wird. Bei uns fühlte man sich sehr sicher und beruhigt. Was den nächsten Monat betrifft, gibt es jedenfalls diese absolute Sicherheit nicht.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Es ist also sicherlich richtig, daß eine gute Außenpolitik die Voraussetzung der Sicherheitspolitik ist. Es ist aber andererseits ebenso richtig, daß zum Wesen der Neutralitätspolitik auch die Bereitschaft gehört, diese Neutralität mit angemessenen Mitteln zu verteidigen, und deshalb hat sich diese Regierung immer zur Landesverteidigung bekannt und hat auch jetzt neuerdings große Anstrengungen unternommen, durch Reformmaßnahmen diese wirksam zu fördern, die übrigens die Anerkennung in einem ausführlichen Brief der Unteroffiziersgesellschaft, einer unpolitischen Vereinigung, gefunden haben.

Was nun die Frage unserer Beziehungen zu den anderen blockfreien Staaten betrifft: Beobachter bei einer solchen Konferenz zu sein verpflichtet zu überhaupt nichts als dazu, zu beobachten. Daraus, daß wir daran interessiert sind, was bei einer solchen Konferenz diskutiert wird, welche Nuancen es gibt — Beobachter war der gegenwärtige österreichische Vorsitzende im Sicherheitsrat — irgendwelche Schlüsse auf eine Änderung unserer Außenpolitik zu ziehen, das schiene mir wirklich unmotiviert zu sein. *(Beifall bei der SPÖ.)* Derartiges hat es früher auch gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen eines: Niemals wäre ein Österreicher Generalsekretär der Vereinten Nationen geworden, wenn es uns nicht gelungen wäre, zur überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UNO dieses gute Verhältnis herzustellen, und darunter sind die blockfreien Staaten in der Mehrheit. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Ortstafelkommission möchte ich folgendes mitteilen: Da ist einmal der Name. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Was diese Kommission betrifft, möchte ich sagen, daß der Name, den wir alle verwenden — ich auch —, die Mitglieder der Kommission irritiert, denn sie behauptet mit Recht, daß es um anderes und um mehr geht. Wir wissen, daß hier einem Vorschlag der Herren der ÖVP aus Kärnten entsprochen wurde. Es ist eine Kommission, die sich mit den Fragen beschäftigt, welche sich in diesem Teil unseres Staates mit besonderer Dringlichkeit stellen.

Die Kommission hat in ihrer letzten Sitzung am 16. November, also vor gar nicht so langer Zeit, die ihr erteilten Arbeitsaufträge vorläufig abgeschlossen. Es wird nun im Bundeskanzleramt ein Zwischenbericht über die bisherigen Arbeiten fertiggestellt, den Mitgliedern der Kommission zur Approbation zugeschiedt werden, und nach Vorliegen dieses approbierten Zwischenberichtes werde ich — das habe ich bereits in der letzten Sitzung angekündigt — die Gespräche mit den Ver-

tretern der politischen Parteien aufnehmen, um sie zu informieren und mit ihnen zu beraten, was ihrer Meinung nach weiter gesehen soll.

Was schließlich die verstaatlichten Betriebe betrifft, über die ja sicherlich heute und morgen noch mehr gesprochen werden wird, möchte ich lediglich eine Feststellung machen: Es hat in diesen letzten 3½ Jahren keine einzige Vorstandsbesetzung — keine einzige Vorstandsbesetzung! — durch einen nicht qualifizierten Mann gegeben. Jeder, der in diesen letzten 3½ Jahren zum Mitglied eines Vorstandes ernannt wurde, hat hiefür die maximal objektiven Voraussetzungen erfüllt, und es waren durchaus keine Parteisekretariate, die entschieden haben, weil wir der Meinung sind, daß man der verstaatlichten Industrie, wenn man wirklich an ihr Wohl denkt, wenn sie einem am Herzen liegt, am besten durch hervorragendes Personal in allen ihren Teilen dient. Das gilt für die Leitung ebenso wie für die Arbeiter- und Angestelltenschaft im allgemeinen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es bleibt bei der „Morgengabe“, Herr Bundesparteiobmann, nur möchte ich die rhetorische Frage stellen, ob tatsächlich die Österreichische Volkspartei der Meinung ist, daß sie aus Steuermitteln geleistet werden soll. Das wäre ohne Zweifel eine wertvolle Orientierungshilfe für die Bundesregierung. Es wird gegenwärtig darüber verhandelt, ob es nicht andere wirtschaftliche Möglichkeiten gibt, die diese Unternehmungen nicht belasten und bei deren Anwendung den Unternehmungen dennoch durch die Mithilfe des Eigentümers, der hiefür ja die volle Verantwortung und Haftung übernimmt, diese Beträge in dem Zeitpunkt zugeführt werden, in welchem sie es brauchen werden. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Es gibt hier doch auch das Gebot, daß eine derartige Kapitalzufuhr in der Weise erfolgen soll, daß es nicht zu einer besonderen Begünstigung dieser Unternehmungen im Vergleich zu Unternehmungen der Wirtschaft überhaupt kommt.

Was den Strompreis betrifft, kann ich nur wiederholen, was ich vor Monaten gesagt habe: Ich werde mich auch durch Wahlen — so sagte ich damals — nicht veranlassen lassen, für einen Strompreis einzutreten, der in Jahren aktuell sein wird, nämlich dann, wenn diese Anlage fertig sein wird, ohne daß man weiß, was sich inzwischen im Energiebereich ereignet. Es gibt gewisse Richtlinien, die man ausarbeiten kann, aber auf Schilling und Ore — Schilling und Groschen kann man das nicht ausrechnen. *(Ruf bei der ÖVP: Das*

Bundeskanzler Dr. Kreisky

war jetzt gut!) Das ist eine Fehlleistung deshalb, weil es ein Sprichwort gibt: Krone und Ore. Ich bitte um Entschuldigung, daß mir das bei der kleinsten Einheit dieser Währung in den Sinn gekommen ist. Der Schilling hat jedenfalls gestimmt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Koren.)*

Was die UNO-City betrifft, will ich die Diskussion heute nicht in aller Breite führen. Sie kennen unseren Standpunkt. Ich vertrete heute noch einmal das, was ich im Sommer schon gesagt habe: Es können Zeiten kommen, in denen wir sehr froh sein werden, ein derartiges großes Vorhaben zur Verfügung zu haben, das eine so breit gestreute Beschäftigungsreserve für die österreichische Bevölkerung darstellt! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Dann bauen wir Tintenburgen!)*

Zur Frage des Rundfunks möchte ich lediglich sagen, daß meine Erklärung vor der Wahl geheißen hat: „Ich bin jedenfalls der Meinung“ — ich zitiere wörtlich aus dem ORF-Pressedienst — „daß, wenn das Rundfunkgesetz“ — daß, wenn das Rundfunkgesetz! — „die Unabhängigkeit des Rundfunks gewährleistet und wenn der Rundfunk selber diese Unabhängigkeit auch deutlich zeigt, wenn er sich also“ — das dritte „wenn“! — „von einseitiger politischer Aktivität fernhält, wird das nur für den Rundfunk gut sein, und es wird kein Anlaß bestehen“ — nach diesem dreimaligen „wenn“! — „das Gesetz zu ändern.“

Das habe ich am 5. Feber 1970 vor den Wahlen gesagt. Ich habe keinen Anlaß, mich von dieser Erklärung zu distanzieren. Es sind eben in der Zwischenzeit, in 3½ Jahren, Entwicklungen eingetreten, die eine Novellierung dieses Gesetzes erforderlich machen. Ich würde es nur begrüßen — ich verzichte auf jegliche Bemerkung, die diese Gespräche erschweren könnte —, wenn es hierüber zu Verhandlungen kommen würde, die zwar nicht in allem und jedem einvernehmlich abgeschlossen werden können, aber dennoch dieses Gesetz zu einer Modernisierung dieser wichtigen medienpolitischen Gesetzgebung führen könnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der ersten Lesung des Budgets den Standpunkt vertreten, daß die Behauptung des Herrn Bundesministers für Finanzen, es handle sich um ein Stabilisierungsbudget, unrichtig ist, was schon aus den Budgetziffern allein

abgeleitet werden kann. Wir haben damals dieser unserer Meinung nur die Ziffern des sogenannten Grundbudgets zugrundegelegt und sind auf Grund unserer Berechnungen zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich um eine Ausgabenausweitung von rund 18 Prozent handelt.

Die umfangreiche Beratung des Budgets im Finanz- und Budgetausschuß hat nun nicht nur die Besprechung zahlreicher Einzelheiten, sondern vor allem eine bemerkenswerte Tatsache ergeben, nämlich die, daß eine ganze Anzahl von Bundesministern fest damit rechnet — heute schon fest damit rechnet —, daß die sogenannte Stabilisierungsquote in Anspruch genommen werden wird. Wenn das aber so ist, dann sind schon diese 18 Prozent Ausweitung, die wir errechnet hatten, zu nieder gegriffen, und es ist die Ausgabenausweitung des Staates erheblich höher.

Das ist eine Erkenntnis aus den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß, die durch die Äußerungen einer ganzen Reihe von Bundesministern zu einzelnen Detailfragen bestätigt werden, die aber auch durch den Umstand bestätigt werden, daß eine Reihe von wichtigen Anschaffungen, die im Jahre 1974 wahrscheinlich getätigt werden müssen, voraussetzen, daß die Stabilisierungsquote in Anspruch genommen wird.

Nun hat sich schon ohne diese Tatsache der zu erwartenden Inanspruchnahme der Stabilisierungsquote gezeigt, daß die Ausgabenausweitung ein Ausmaß angenommen hat, das naturgemäß für die Kaufkraft der Währung gefährlich werden muß. Dazu kommt aber noch ein zweites, das mit den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß nicht in Zusammenhang steht: Das ist die seit Einbringung des Budgets eingetretene Entwicklung vor allem auf dem Energiesektor. Wenn die Treibstoffknappheit andauert und damit negative Auswirkungen in bestimmten Bereichen, vor allem im Fremdenverkehr, erwartet werden müssen, dann läßt sich die angenommene Wachstumsquote, die dem Budget zugrunde lag, nicht aufrechterhalten, das heißt also, das Wachstum 1974 wird voraussichtlich geringer sein als bei der Budgeterstellung angenommen.

Wir müssen daher die Frage aufwerfen, ob es nicht heute in letzter Minute zweckmäßig wäre, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Denn wenn der Herr Bundesminister für Finanzen erkennen muß, daß Annahmen, auf die er die ganze Budgeterstellung aufgebaut hatte, sich heute als falsch erweisen, so wäre es naturgemäß notwendig, daß er aus dieser Tat-

8362

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Dr. Broesigke

sache auch die entsprechenden Konsequenzen zieht.

Zum Unterschied vom Standpunkt der großen Oppositionspartei sind wir der Meinung, daß diese Konsequenzen derzeit leider nicht in Senkungen von Steuern gefunden werden können. So richtig es ist, daß das neue Einkommensteuergesetz 1972 eine empfindliche Verschärfung der Progression mit sich gebracht hat, so richtig ist auch die Tatsache, daß bei einem in gefährlichem Umfang defizitären Staatshaushalt das Aushilfsmittel nicht darin gesehen werden kann, daß die Einnahmen noch weiter zurückgehen, wenn auch der Teufelskreis, daß die steigende Progression zu steigenden Forderungen führt, zweifellos besteht.

Ich darf damit zu einigen Fragen der Kapitel 01 und 02 selbst kommen.

Einer Oppositionspartei ist begreiflicherweise alles äußerst wichtig, was mit der Kontrolle zusammenhängt. Es sind das die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts, es ist das der Rechnungshof, es ist das die neu zu schaffende Institution, die Volksanwaltschaft.

Bezüglich der Gerichtshöfe öffentlichen Rechts besteht seit vielen Jahren ein Problem, das ungelöst geblieben ist beziehungsweise immer wieder vertagt wird. Anlässlich der Behandlung des Ministeriengesetzes hat der Herr Bundeskanzler den Standpunkt vertreten, daß die beiden Gerichtshöfe öffentlichen Rechts, also der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof, jene Unabhängigkeit erhalten sollen, wie sie der Rechnungshof selbstverständlich hat.

Es ist bekannt, daß dies anlässlich der Beschlußfassung über das Ministeriengesetz nicht verwirklicht wurde. Es wurde damals gesagt, man werde die Überlegungen und Beratungen über diese Frage fortsetzen. Es ist das aber nicht geschehen. Die Problemstellung besteht im wesentlichen darin, daß beide Höchstgerichte, die ja oberste Kontrollorgane darstellen, in gewissen Bereichen vom Bundeskanzleramt abhängig sind, ein Umstand, der vom rechtsstaatlichen Standpunkt zweifellos bedenklich ist.

Nun wurde im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über das Ministeriengesetz eine Reihe von Anträgen hier im Haus eingebracht. Es sind das die Anträge 89/A, 90/A und 91/A bezüglich Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Diese Anträge sind bis zum heutigen Tage im Ausschuß nicht behandelt worden, obwohl zweifellos die Möglichkeit bestanden hätte, dies zu tun.

Ich darf in diesem Zusammenhang überhaupt auf ein parlamentarisches Problem zurückkommen, das mir von sehr wesentlicher Bedeutung erscheint: das systematische Nichtbehandeln von Initiativanträgen.

Es wird ein Antrag zu irgendeiner Materie eingebracht. Er wird unter Umständen die ganze Legislaturperiode hindurch nicht auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Das geschieht in den meisten Fällen nur deshalb, weil man nicht den Mut hat, zu einem solchen Antrag nein zu sagen. Was erreicht man denn dadurch, daß man solche Initiativanträge in die Schublade gibt? Man erreicht damit nur, daß man keine negative Entscheidung treffen muß; mehr nicht. In vielen Fällen ist es aber geradezu so, daß der Initiativantrag so lange warten muß, bis die Bundesregierung mit der entsprechenden Regierungsvorlage soweit ist, damit die Bundesregierung in dieser Materie den Vorrang hat.

Ich darf als Beispiel das Vivisektionsgesetz anführen, das von meiner Fraktion schon vor langer Zeit eingebracht wurde, das aber so lange warten muß, bis die Regierungsvorlage da ist.

Ich darf als weiteres Beispiel anführen das Katastrophenfondsgesetz, bei dem der eingebrachte Initiativantrag nicht behandelt wurde, obwohl das Stammgesetz in der Zwischenzeit novelliert worden ist.

Wir glauben, daß diese Form der Behandlung schädlich ist. Wenn Sie der Meinung sind, daß ein Initiativantrag falsch ist, dann haben Sie doch den Mut, ihn zu behandeln und nein zu sagen. Dieses Neinsagen aber in die Form zu kleiden, daß man einfach nicht darüber spricht, daß man den Antrag einfach nicht behandelt, das halte ich für falsch.

So ist es auch geschehen mit dem Antrag 92/A, das ist der Antrag der freiheitlichen Fraktion zum Minderheitenermittlungsgesetz. Ich erwähne diesen Antrag deshalb, weil heute schon die Frage der Ortstafelkommission eine Rolle gespielt hat.

Bei der Strafrechtsdebatte hat der Herr Bundeskanzler gesagt: „Die Mehrheit hat immer recht.“ Ich hätte es eher so formuliert, daß die Mehrheit in der Demokratie immer entscheidet, aber daß sie recht hat, ob sie recht gehabt hat, das zeigt sich gewöhnlich erst hinterher. Ich glaube, daß gerade im Fall des Ortstafelgesetzes ein eklatantes Beispiel vorliegt, wo sich in Kürze herausgestellt hat und es wohl heute schon die allgemeine Meinung ist, daß die damalige Mehrheit, die übereilt ein unheilvolles Gesetz beschlossen hat, unrecht gehabt hat und daß es besser gewesen wäre, man

Dr. Broesigke

hätte damals den Warnungen entsprochen und die Sache überlegter behandelt; man hätte jene Kommissionen, die heute tagen und zu keinen Ergebnissen kommen, damals arbeiten lassen sollen, bevor man das Gesetz beschlossen hat und nicht nun nachträglich, hinterher und in einer Form, daß es schon zum Stehsatz jeder Budgetdebatte gehört, daß man im Ausschuß und auch dann im Haus fragt: Was ist jetzt mit der Ortstafelfrage, welche Regelung wird erfolgen?

Im Bereich der Kapitel I und II gibt es eine ganze Reihe von ungeredelten Fragen. Ich erwähne nur das Zwischenzeitengesetz, ich erwähne die Verwaltungsreform, bei der uns in regelmäßigen Abständen beruhigende Zusicherungen gegeben werden, während, wie wir uns bei jeder Budgetdebatte überzeugen können, der Personalstand zumindest auf dem Papier, also die vorgesehenen Dienstposten, wächst.

Bezüglich der Frage der Verwaltungsakademie haben wir gehört, daß jetzt der Gesetzentwurf im Begutachtungsverfahren ist.

Überhaupt nichts geschieht auf dem Gebiet der Rechtsbereinigung, obwohl unsere Nachbarstaaten auf diesem Gebiete zu Lösungen gekommen sind, mit denen man sich zumindest in einem Staat befassen muß, in dem die ältesten geltenden Rechtsvorschriften noch aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia stammen und es nur mit großer Mühe in Spezialfragen möglich ist festzustellen, was nun eigentlich gilt.

Ich darf daher auch hier wieder einmal — ich habe es schon zu wiederholten Malen getan — aufmerksam machen, wie wichtig es ist, daß eine solche Rechtsbereinigung in Österreich vorgenommen wird und daß man sich auch mit der Frage der Gestaltung des Bundesgesetzblattes beschäftigt, daß man das nicht als ein formalistisches Gerede von Juristen ansieht, sondern erkennt, daß hier tatsächlich ein wesentliches Anliegen vorliegt.

Man hat im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Form, die Niederösterreich mit seinem Landesgesetzblatt gefunden hat und die, wie der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat, unbedenklich ist, für die Bundesebene nicht paßt. Mag sein. Aber dann müßte man sich überlegen, was man sonst in der Frage des Bundesgesetzblattes machen kann. Das Bundesgesetzblatt wird jedes Jahr umfangreicher. Es wird vor allem umfangreicher durch die zahlreichen Staatsverträge. Ich bin mir darüber im klaren, daß die Teilung in einen Teil I und einen Teil II für sich allein am Umfang nichts ändert. Aber es gibt ja zum Beispiel noch die Möglichkeit, jene

Bestimmungen, die gesetzändernd sind, ins Bundesgesetzblatt zu nehmen und das übrige in einen anderen Bereich zu verlegen. Ich will keineswegs sagen, daß das nun die richtige Lösung darstellt. Ich will nur vor Augen führen, daß es notwendig ist, für diese Fragen eine Lösung zu finden.

Eine ganze Reihe dieser Dinge ist mindestens so wichtig wie die Rundfunkreform, die heute angeführt wurde. Die Rundfunkreform ist hochgespielt, von ihr redet man ununterbrochen. Von diesen Dingen redet man nicht, und infolgedessen mag es oft scheinen, als ob dies Dinge von untergeordneter Bedeutung sind. In Wirklichkeit sind das Fragen, die genauso wesentlich sind und vielleicht sogar noch wichtiger.

Ich darf als weiteres Problem, das in diesen Bereich gehört und das einfach unerledigt bleibt, die Schaffung des Parteiengesetzes anführen. Sie ist seit dem Jahre 1920 offen, und es geschieht auf diesem Gebiet nichts, obwohl man sich darüber im klaren ist, daß hier eine sehr wesentliche Lücke in der Rechtsordnung besteht, eine Lücke, die ohneweiters geschlossen werden könnte. Vorbilder von Nachbarstaaten sind in ausreichendem Umfang vorhanden.

Weil ich aber das Thema Rundfunk erwähnt habe, so darf ich zu der Frage der Rundfunkreform etwas sagen, wobei das Wort „Reform“ vielleicht nicht ganz das richtige ist, sagen wir daher „zur Frage einer Änderung des Rundfunkgesetzes“. Ich glaube, daß ein Gesetz nach einer Anwendung von einigen Jahren unter Auswertung der Erfahrungsergebnisse dieser Zeit zweifellos einer Novellierung bedarf. Das gilt nicht nur für das Rundfunkgesetz. In der heutigen Zeit ist es ja immer so, daß einem Gesetz, auch wenn es als ein entscheidendes Werk angepriesen wird, in Kürze auf Grund der praktischen Erfahrungen eine Novelle folgt und folgen muß.

Es wäre also keineswegs etwas Weltbewegendes, wenn man die Erfahrungen mit dem Gesetz in dieser Zeit — ich glaube, 1966 war die Beschlußfassung —, also dieser sieben Jahre in eine Novelle verarbeitet. Was unserer Meinung aber nicht geschehen darf, ist das, was immer wieder unausgesprochen dahintersteht, nämlich das Bestreben, den Rundfunk in einen Regierungsrundfunk zu verwandeln, also einen Rundfunk, der brav das zum Ausdruck bringt, was der jeweiligen Regierung recht ist. Mit einer solchen Entwicklung wäre sicherlich niemandem gedient.

Ich glaube, das Ausschlaggebende bei der Frage einer Novellierung des Rundfunkgesetz-

Dr. Broesigke

zes liegt darin, nicht nur eine solche Entwicklung, sondern auch den Eindruck einer solchen Entwicklung zu vermeiden.

Das Problem der Massenmedien ist eines der wesentlichen Probleme unserer Zeit. Wer in der Lage ist, über die Massenmedien zu disponieren, hat einen wesentlichen Vorteil in der Politik, wenn man nicht überhaupt sagen will, daß er einen überwiegenden Vorteil hat.

Daher erfordert es die freiheitliche Demokratie, daß der Gefahr des Mißbrauchs der Dispositionsmöglichkeit über die Massenmedien entsprechend entgegengetreten und daß diese Gefahr gebannt wird. Infolgedessen ist jede Entwicklung als positiv anzusehen, die die Unabhängigkeit nicht nur des Rundfunks, sondern aller Massenmedien zu bestärken geeignet ist, und jede Entwicklung negativ, die politische Einflußnahmen auf die Massenmedien in größerem Umfang ermöglicht.

Dies sind die Erwägungen, die, wie wir glauben, bei einer Novellierung des Rundfunkgesetzes im Vordergrund stehen müßten.

Ich habe unter den Einrichtungen der parlamentarischen Kontrolle auch die Institution der Volksanwaltschaft erwähnt. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß, wie ich glaube, der Gegensatz, abgesehen von einigen Detailproblemen, doch nur in der Frage der Art der Institution besteht, das heißt also, ob es sich um einen Volksanwalt oder um eine Einrichtung Volksanwaltschaft handeln soll.

Nun darf ich dazu sagen, daß ich glaube, daß die Idee der Einmann-Volksanwaltschaft in der Theorie eine wunderschöne Idee ist, daß sie aber in der Praxis am Bestellungsmodus scheitern würde und daß daher jeder, dem es daran liegt, diese neue Kontrolleinrichtung tatsächlich zu schaffen, doch eher den praktischen Weg gehen müßte, nach einer Zusammensetzung Ausschau zu halten, die es ermöglicht, diese Einrichtung ehestens zu konstituieren.

Aus diesem Grunde glauben wir, daß der in der Regierungsvorlage vorgezeichnete Weg der bessere ist, weil er leichter praktisch durchführbar ist, sonst würde die Einrichtung verfassungsmäßig geschaffen und die kommende Legislaturperiode würde dann mit der Suche nach der geeigneten Person verbracht werden.

Nicht glücklich sind wir über den ablehnenden Standpunkt der großen Parteien zur Frage der Verfassungsgerichtsbarkeit. Es besteht hier eine unendliche Angst, ja nicht die Gesetzesprüfungsmöglichkeiten auszuweiten. Es gibt bekanntlich in der Bundesrepublik die

Popularklage, das heißt, jeder kann zum Verfassungsgerichtshof gehen und die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes behaupten. Wir wollen gar nicht so weit gehen, aber wir glauben doch, daß die Einschränkungen, die hier vorgenommen werden, auf einer Ängstlichkeit beruhen, die in keiner Weise berechtigt ist.

Wir sind der Meinung, daß jedem Abgeordneten in Bund oder Land und daß jeder Berufsvertretung ohneweiters das Recht eingeräumt werden könnte, die Überprüfung eines Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof zu verlangen. Warum soll etwa eine Kammer nicht in Wahrung der Interessen der von ihr Vertretenen zum Verfassungsgerichtshof gehen und sagen können: Nach unserer Meinung ist dieses Gesetz verfassungswidrig! Wenn sie unrecht hat, wird sie abgewiesen. Also was wäre damit für ein Unglück geschehen? Ich glaube, daß hier eine ungeheuer konservative Haltung besteht, indem man bestrebt ist, am Hergebrachten festzuhalten und ja keine Änderung herbeizuführen.

Abschließend darf ich auf die Frage des Gesamtbudgets zurückkommen.

Ich glaube, daß es ziffernmäßig unwiderlegbar ist, daß es sich bei diesem Budget nicht um ein Stabilisierungsbudget sondern um ein Inflationsbudget handelt. Das ergibt sich schon aus einer Analyse der Ziffern des Grundbudgets; bezieht man die Stabilisierungsquote mit ein, sieht die Situation noch schlechter aus.

Wir sind mit der Tatsache konfrontiert, daß es in diesem kommenden Jahr ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten geben wird, sollte es nicht möglich sein, die derzeitige Krise auf dem Energiesektor, die durch das Verhalten der ölproduzierenden Länder hervorgerufen wurde, zu bannen. Das bedeutet keineswegs einen Wegfall des Wachstums, aber auf jeden Fall eine geringere Wachstumsquote als angenommen.

Bedenkt man noch, daß bei den echten Problemen sehr wenig geschehen ist, daß also das Problem der Bevorratung heute geradezu neu entdeckt wurde und zusätzliche Mittel erfordert, so muß man bezüglich dieses Budgets äußerst skeptisch sein.

Ich darf in Erinnerung rufen, wie oft gerade die freiheitliche Fraktion in diesem Haus auf die Notwendigkeit der Bevorratung hingewiesen hat und immer wieder verlangt hat, daß entsprechende Vorsorge getroffen wird. Das ist nicht geschehen, weder in der Zeit der Koalitionsregierung, noch in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, noch in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung, sondern erst, nachdem die

Dr. Broesigke

Situation eingetreten war, in der man diese Vorräte gebraucht hätte, die auf Grund einer sinnvollen Bevorratungswirtschaft angeschafft hätten werden müssen. Da erst hat man die Frage der Bevorratung aufgegriffen, obwohl etwa unsere Nachbarstaaten schon seit langem sowohl die gesetzgeberischen Grundlagen als auch die Institution als solche kennen.

Dazu kommt noch die Frage, was geschieht, wenn in irgendeinem Bereich auf Grund dieser wirtschaftlichen Problematik eine Knappheit eintritt. Dafür ist nicht vorgesorgt worden. Wir zerbrechen uns den Kopf über die Rundfunkreform, über alles mögliche, aber beim Naheliegendsten geschieht sehr wenig und wenn, dann erst unter dem Druck der äußeren Verhältnisse, obwohl doch jede Regierung wissen muß, daß der Augenblick kommen kann, in dem sich wirtschaftliche Engpässe einstellen, die überwunden werden müssen.

Wir sehen also, daß in den Bereichen sehr viel vorgesorgt worden ist, da es etwas zu verteilen gibt, wo es also populär und damit sehr angenehm ist, budgetmäßig Vorsorge zu treffen. In diesen Fällen funktioniert alles wunderbar, aber die anderen Aufgaben jenes Staates, den man sehr verächtlich in der Vergangenheit als Nachwächterstaat bezeichnet hat, werden nur in sehr geringem Umfang oder gar nicht wahrgenommen; das gilt für die Frage der Sicherheit, das gilt auch für die Frage der Vorsorge für eine ungewisse Zukunft. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Wir hoffen daher, daß die internationale Entwicklung und das Verhalten der Ölländer in der jüngsten Zeit der Bundesregierung doch vor Augen geführt haben, daß man auch für die Zukunft vorsorgen muß, daß es auch notwendig ist, ein Land für kommende Eventualitäten vorzubereiten und daß man zumindestens jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen muß. Man kann Maßnahmen augenblicklich nur für die Schwierigkeiten, die schon da sind, ergreifen, denn man hat die Schwierigkeiten auf dem Treibstoffsektor und auf dem Heizölsektor ohnehin schon. Man müßte aber daraus die Lehre ziehen, daß man, wenn die augenblicklichen Schwierigkeiten gebannt sind, nicht so unvorbereitet und leichtsinnig, wie es diesmal der Fall gewesen ist, künftigen Entwicklungen entgegensehen kann.

Dem Kapitel 1, Oberste Organe, werden wir unsere Zustimmung erteilen.

Das Kapitel 2 werden wir Freiheitliche ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Marsch.

Abgeordneter **Marsch** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gleich auf meinen Vorredner, den Kollegen Broesigke, eingehen, weil er unter anderem auch eine Initiative zum Parteiengesetz erwähnt hat. Ich glaube, Herr Kollege Broesigke, daß man hier wohl nicht eine Initiative der Regierungspartei erwarten kann. Die Gesprächsbereitschaft unsererseits ist vorhanden, aber so etwas wird nur gehen, wenn sich alle drei Parteien zur Meinung durchringen, daß nun der Zeitpunkt gekommen ist, ein solches Gesetz zu beschließen.

Noch zur Rundfunknovelle, weil Sie sie auch erwähnt haben. Ich glaube, das Entscheidende ist — das haben wir auch sehr deutlich unterstrichen —, eine Parteienherrschaft in diesem Rundfunk zu verhindern. Ich glaube, wenn man die Gesetzesnovelle genau durchliest, so ist gerade ihr Ziel, die wichtigen Entscheidungen, die man im Rundfunk zu treffen hat, auf eine breite Basis zu stellen; ich glaube daher, die Voraussetzungen sind bestimmt günstiger in einem Eigentümerverhältnis, in dem der Bund nicht mehr 99,2 Prozent der Anteile hat, sondern nur um die 40,8 Prozent, in dem die Länder nicht mehr 0,8 Prozent Anteile haben, sondern 39,2 Prozent — also nahezu gleichviel wie der Bund —, somit hat keiner von beiden die absolute Mehrheit und die Sozialpartner können auch ein Fünftel der Anteile haben.

Wenn man sich dabei auch auf den Geist des Volksbegehrens bezieht, so muß man anerkennen, daß gerade für die Entscheidungen in wichtigen Fragen die Basis nicht breit genug sein kann, daher wurde die Dreiviertelmehrheit vorgeschlagen.

Ich glaube, daß dieses neue Gesetz nur das Ziel haben kann — das haben wir auch vorgeschlagen —, die Unabhängigkeit des Rundfunks herzustellen; wir sind ja auch bereit, die Unabhängigkeit des Rundfunks in der Verfassung zu verankern.

Darf ich noch zu einem dritten Punkt kommen, den mein Vorredner erwähnt hat; das ist die Frage, wie weit das Budget 1974 stabilisierend oder inflationär wirkt.

Ich möchte davon ausgehen, daß ein Punkt, nämlich der Anteil der Bundesinvestitionen an den Gesamtinvestitionen, vielleicht ein Barometer dafür sein kann, ob dieses Budget den Stabilisierungsbemühungen Rechnung trägt. Ich möchte zunächst ganz kurz sagen:

Wir haben 1970 bereits mit dem Budgetvollzug, für den wir verantwortlich waren, auch stabilisierende Maßnahmen gesetzt; ich erwähne hier nur die gezielten Zollsenkungen.

8366

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Marsch

Wir haben das 1971 bis 1973, glaube ich, fortsetzen können, nicht zuletzt auch in dem allumfassenden Stabilisierungsabkommen, das wir doch als große Ausdehnung der Bemühungen betrachten konnten.

Wenn wir vergleichen, wie hoch der Anteil der Bundesinvestitionen an den Gesamtinvestitionen war, so kann man immerhin sehen — ich glaube, dieser Vergleich ist hier angebracht —, daß es 1968 6 Prozent und 1973 4,6 Prozent sind, wobei man doch feststellen kann, und das hat der Finanzminister vor einigen Wochen auch getan, daß etwa 60 Prozent der Ausgaben stärker steigen, als es die sogenannte Inflationsrate ist. Ich nenne nur die Besoldungsausgaben, die Transfereinkommen, wie die Zuschüsse für Pensionen, Bauernpension, Kriegsopferversorgung, Befürsorgte, Krankenfürsorge, Bauern und so weiter. Aber nur 25 Prozent der Einnahmen steigen stärker. Dazu kommt noch, daß wir beim Rest der Ausgaben Preissteigerungen in Kauf nehmen müssen, wenn man die gleichen Leistungen erbringen will. Der Staat muß also per saldo, ich glaube, der Finanzminister hat das sehr deutlich gesagt, ein Inflationsverlierer sein. Das hat im übrigen die CSU in Deutschland schon längst erkannt, nur bei der ÖVP hat es sich noch nicht durchgesprochen.

Damit ist aber auch die Betrachtungsweise im Interesse der Stabilität dieses Budgets bewiesen. Ich möchte nur noch sagen, daß wir durch den Anteil der öffentlichen Investitionen, der, an den Gesamtinvestitionen gesehen, zurückgeht, eine entscheidende Aufgabe zu erfüllen haben. Daher können wir das nicht um jeden Preis und nicht um jeden Betrag tun. Es geht nämlich dabei darum, daß die Qualität des Lebens, ich meine die qualitativen Aspekte, wie sie sich in der Infrastruktur und in den Gemeinschaftsaufgaben ergeben, und die zugehörigen Werte in steigendem Maße anerkannt werden müssen. Das ist mit einer Aufgabe eines Budgets, das dem Wirtschaftswachstum, das sicherlich viel bescheidener sein wird als das letzte Jahr, Rechnung trägt. Soviel zu den Ausführungen meines Vorredners.

Auf dem Boden des Parlaments vollzieht sich ja das Wechselspiel zwischen Leistung und Kritik. Es ist die Funktion des Parlaments, der Opposition die Möglichkeit der Kontrolle und Kritik zu geben. Sachliche Kritik — sicher; scharfe Kritik, leidenschaftliche Kritik ja, dreimal ja. Eines aber, glaube ich, läßt sich nicht unter dem Begriff Kritik subsumieren: das Neinsagen um jeden Preis, die totale Opposition.

Wenn ich die nun schon dreieinhalb Jahre, die sich die ÖVP im Zustand der Opposition befindet, betrachte, so bleibt leider alles in allem der Eindruck, daß sie sich auf dieses totale Nein eingeschossen hat. Ich habe es noch verstehen können, meine Damen und Herren von der ÖVP, als Sie am 1. März 1970 fassungslos vor den Hochrechnungen des Computers standen, der Ihnen damals ankündigte, daß die Vorherrschaft Ihrer Partei nach 25 Jahren plötzlich zu Ende war. Ich kann schon verstehen, daß man sich von einem solchen Schock, einem Schock von historischem Ausmaß, nicht so schnell erholen kann.

Aber hat sich die ÖVP nicht doch gewandelt? Hat sie nicht ihre Kurskorrekturen vorgenommen, sofern sich so etwas in einem Trockendock bewerkstelligen läßt. Ich habe mich bemüht, diesen ihren Kurs auf der Karte des Hohen Hauses ein wenig nachzuzeichnen. Es fällt mir aber schwer, an dieser Fieberkurve abzulesen, inwieweit Ihre Haltung im Laufe der Jahre trotz der von Ihrem Klubobmann angekündigten differenzierten Opposition differenzierter geworden ist.

In der Regel schwankt diese Fieberkurve zwischen den Bergen der Forderung um jeden Preis der Lizitation, des Verlangens ohne Rücksicht auf die Gesamtheit, und den Tälern der totalen Ablehnung, des undifferenzierten Nein. (*Abg. Offenböck: Das Fieber hat bei Ihnen zugenommen, daher müssen Sie über unseres reden! Wie oft hat denn Ihre Fraktion nein gesagt, wenn wir Anträge gestellt haben!*) Wo, bitte, ist diese differenzierte Opposition? Wo war sie, als Sie nein sagten zur Heiratsbeihilfe von 15.000 S, als Sie nein sagten zur Schulbuchaktion und zur freien Schulfahrt? Als Sie nein sagten zur Steuerreform, die vor allem den kleinen und mittleren Verdienern viel gebracht hat? Als Sie nein sagten zur Gesundenuntersuchung, als Sie nein sagten zur Verkürzung der Wehrdienstzeit, als Sie nein sagten zur Zusammenfassung der Stahlindustrie, zur Buntmetalllösung und als Sie nein sagten zur Aufwertung des Schillings? (*Abg. Offenböck: Die besseren Neinsager waren Sie!*)

Seit November 1971, also seit knapp zwei Jahren, haben Sie 37mal nein gesagt. Gerade die bedeutendsten Maßnahmen der Bundesregierung zugunsten der Bevölkerung haben Sie abgelehnt. Wo bleibt also Ihre angekündigte differenzierte Oppositionspolitik? (*Beitrag bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Er paßt nicht auf im Parlament!*)

Aber vielleicht bin ich ungerecht. Vielleicht hänge ich mich zu sehr an die Vergangenheit der letzten beiden Jahre, vielleicht werfe ich

Marsch

Ihnen Sünden vor, die Sie nun dank der Erkenntnis, man müsse differenzierte Oppositionspolitik betreiben, schon bereuen.

Da belehrt mich vielleicht Ihre sozialpolitische Schau, die Sie vor kurzem der Öffentlichkeit bekanntgegeben haben (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, das hat weh getan!*), eines Besseren. Aber Sie sind noch viel mutiger. Sie haben auf dem rauhen Feld der Opposition plötzlich Ihre ganze Liebe zum sozialen Fortschritt entdeckt (*Abg. Minkowitsch: Er hat keine Ahnung!*), etwa wenn es in Ihrer Schau heißt — ich zitiere —: „Das dynamische Modell der Partnerschaft verlangt, daß sich die Beteiligten als gleichwertige, gleichberechtigte und gleichmäßige Teile eines Ganzen anerkennen.“

Bitte, meine verehrten Kollegen von der ÖVP: Wo ist denn der Initiativantrag der ÖVP, der verlangt, die Drittelvertretung der Arbeitnehmer — was haben Sie alles gesagt, um sie zu verdächtigen? — durch eine paritätische Vertretung zu ersetzen? Das wäre doch die Konsequenz. Vielleicht können Sie das heute noch beantworten.

Aber sei's drum: Die Gedankenverbindung zwischen ÖVP und sozialem Fortschritt läßt sich für den österreichischen Staatsbürger ohnedies nur sehr schwer nachvollziehen. Die Realitäten in Ihrer Partei sind eben andere. (*Abg. Kraft: Haben Sie die Wahlergebnisse in der letzten Zeit übersehen? Wahlergebnisse soll man zur Kenntnis nehmen!*)

Lassen Sie mich einen für Sie unverdächtigen Zeugen wie Alexander Vodopivec zitieren, der in diesem Jahr, erst vor kurzem, in seinem Buch schreibt: „An der Führungsstruktur der Volkspartei“ ... (*neuerliche Zwischenrufe*) — hören Sie zu, ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren —: „An der Führungsstruktur der Volkspartei hat sich grundsätzlich in den letzten 25 Jahren nicht sehr viel geändert. Die Partei wird von zwei Bündeln, dem Bauernbund und dem Wirtschaftsbund, dominiert. Der ÖAAB spielt, auch wenn er dies heftig bestreitet, unverändert eine Mitläuferrolle.“ Soweit der Autor, den sicherlich niemand als Sozialisten reklamieren kann. Es bleibt zu ergänzen: Dem ÖAAB fällt in dieser Situation die Rolle des unverbindlichen Lizitierens zu, meine Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte sagen, es kommt auf den Stil der Arbeit an. Sie haben den Stil des Lizitierens gewählt. Wissen Sie, was wir tun müßten, wenn wir Ihren Stil des Lizitierens anwenden und Ihre Forderungen erfüllen würden? (*Abg. Kammerhofer: Nur die Inflation eindämmen, sonst müßten Sie gar nichts tun!*)

Kennen Sie Ihre Forderungen nicht? (*Abg. Kammerhofer: Wir reden vom Budget!*) Ja! Und dazu haben Sie Forderungen gestellt, denn was man will, das muß man ja auch bezahlen. (*Abg. Kammerhofer: Ihr Unvermögen zahlen die Wähler! Ihr Unvermögen zahlen die ganzen Steuerzahler!*)

Gehen wird den Katalog Ihrer Forderungen durch: Sie wollen sofort den Vierwochenurlaub. Sie wollen den Karenzurlaub für Mütter von bisher einem Jahr auf drei Jahre erhöhen. Sie wollen den Müttergehalt von 500 S. Sie wollen weitere Pensionserhöhungen durchführen. Man würde dutzende Milliarden brauchen, wenn man den Berechnungssatz, der bereits so verbessert ist, noch mehr verbessern würde. Sie wollen daneben das Einfrieren der öffentlichen Gebühren und Tarife. Sie wollen weitere Lohn- und Einkommensteuersenkungen — neun Monate nach der großen Steuersenkung. Das sind Milliardenbeträge auf der Ausgabenseite und weniger Einnahmen auf der Einnahmenseite.

Was wir nach Ihrem Stil jetzt seitenverkehrt tun müßten? Wissen Sie, was wir tun müßten? Alle Mitgliedsbetriebe der Bundeswirtschaftskammer recht hoch besteuern. Ihnen damit jede weitere Leistungs- und Rationalisierungsmöglichkeit nehmen. Die Inflation anheizen, Lohnforderungen stellen und dann einen Preisstopp einführen. Ja, das wäre die Spiegelseite Ihres politischen Lizitierens.

Aber was Sie wirklich machen, das haben Sie uns ja in der Zeit, in der Sie dazu die Möglichkeit gehabt haben, ganz deutlich gezeigt.

Nehmen wir den Vierwochenurlaub, den Sie jetzt verlangen. Damals haben Sie — und da kenne ich niemanden vom ÖAAB, der sich dagegen ausgesprochen hat — bei der Forderung nach Realisierung der 40-Stunden-Woche gesagt: Da würde die Wirtschaft zugrunde gehen. Und jetzt können Sie sich nicht genug überpurzeln in Forderungen, die selbst den Ernst darstellen, mit dem Sie sie vorbringen.

Oder der Müttergehalt. Welche Mutter wäre nicht dafür, wenn sie 500 S für zwei Kinder bekommen würde, von denen eines unter sechs Jahren alt ist? (*Abg. Kraft: Warum geben Sie es nicht?*) Aber, meine Herren, damals, als Sie für die Familienpolitik verantwortlich waren, damals haben Sie Milliardenbeträge aus dem Familienfonds — wie heißt das? — „inkameriert“. Können Sie sich erinnern? Es hat das jemand als legalisierte Veruntreuung zum Schaden der Familie bezeichnet. Ich glaube, der Herr war nicht von unserer Seite, hat aber recht gehabt. Und heute wollen

Marsch

Sie sich anmaßen, meine Damen und Herren von der ÖVP, dagegen zu sein, wenn man diese Gelder für die Familien verwendet, für freie Schulbücher, für freie Schülerfahrten. Das ist doch eine wesentliche und gezielte Maßnahme für die Familie.

Ich glaube, es wird sich auch bis zu Ihnen herumgesprochen haben: Jedes Jahr eine familienpolitische Tat. Mit den Geldern, die Sie widmungsfremd verwendet haben, die Sie inkameriert, die Sie legalisiert veruntreut haben. Begonnen von den Schülerfreifahrten bis zu den Schulbüchern.

Ich sage Ihnen jetzt — und da unterscheiden wir uns eben —: Wenn wir jetzt in Kürze die Geburtenbeihilfe, die wir ja schon so viel erhöht haben, die jetzt 2000 S beträgt, nun auf 4000 S erhöhen, dann nicht deshalb, damit wir jetzt allein den Frauen mehr geben, sondern wir stellen gleichzeitig die Bedingung, daß sich die Frau, die werdende Mutter, in ihrem Interesse und im Interesse des Kindes auch untersuchen läßt. Das ist der Unterschied in der Sozialpolitik, wie wir sie machen, zu der, wie Sie sie fordern.

So kann man diese Liste fortsetzen, meine Herren. Sie wollen höhere Berechnungsgrundlagen für die Pensionen. Haben Sie sich einmal durchgerechnet, was heute die Pensionisten verlieren würden, wenn man nach Ihrem Pensionsberechnungssatz vorginge? Bis Jahresmitte 1973 hätten die Pensionisten und Rentner 650 Millionen Schilling weniger bekommen, wenn man das nach Ihren Grundsätzen gemacht hätte. Und heute kann es Ihnen nicht hoch genug sein.

Mein Kollege Schranz hat vor kurzem einen Kalender veröffentlicht, was alles für die Pensionisten geschehen wird.

„Jänner 1974: Erstmals verstärkte Pensionssteigerung, nämlich nicht nur um 7,7 Prozent (alte Methode aus der Zeit der ÖVP-Regierung), nicht bloß um 8,7 Prozent (nach der ersten Verbesserung der Dynamik durch die SPÖ), nicht lediglich, wie es die ÖVP beantragt hatte, um 9 Prozent (und dies mit der Möglichkeit, den Pensionisten 0,3 Prozent später wieder wegzunehmen), sondern Rekord-Pensionserhöhung um 10,4 Prozent.“ (Abg. Kraft: *Dafür gibt es Rekordpreissteigerungen!*) So fängt der Kalender an.

„März 1974: Dritte Abschlagszahlung an die Ausgleichszulagen-Bezieher für die Erhöhung der Preise der Grundnahrungsmittel.

Juli 1974: Erste außerordentliche Pensionserhöhung um 3 Prozent. Gleichzeitig werden Zehntausende Witwen darüber wesentlich

hinausgehende Erhöhungen erhalten, weil die besonderen Ruhensbestimmungen für die Witwenpensionen wegfallen.

September 1974: Vierte Abschlagszahlung an die Ausgleichszulagen-Bezieher (ab 1975 erfolgt diese Abgeltung bereits durch die Pensionsdynamik).

Jänner 1975: Zweite verstärkte Pensionserhöhung.

Juli 1975: Zweite außerordentliche Pensionserhöhung um 3 Prozent.

Jänner 1976: Dritte verstärkte Pensionserhöhung.“ (Abg. Kraft: *Reden Sie auch von den Preiserhöhungen?*) Ich komme schon noch dazu, das ist ja sehr wichtig!

Das ganze System unserer Pensionsdynamik wird damit wesentlich verbessert. (Abg. Ofenböck: *Auf die kommende Preisentwicklung abgestimmt!*) Die Verzögerungen, die der Pensionsanpassung bisher innewohnen, werden damit beträchtlich verkürzt.

Das ist unser Beitrag für die Bekämpfung der Armut in Österreich. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kraft: *Die Erhöhungen werden doch durch die Preisentwicklung ausgeglichen!*)

Meine Herren! Ich bin gezwungen, Ihre Liste fortzusetzen, weil Sie ja so viel gefordert haben. Sie fordern das Einfrieren der öffentlichen Gebühren und Tarife.

Dort, wo Sie die Macht und damit die Verantwortung haben, Tarifierhöhungen durchzuführen, dort haben Sie es ja gemacht, nämlich beim ÖRF. Das heißt, Sie wollten es machen, der Herr Bacher hat Sie dann zurückgepfiffen. Und das hätte damals eine Erhöhung des Preisindex um 1 Prozent gebracht. Zum Schluß hat unsere Argumentation doch gesiegt, und Sie mußten eine Kehrtwendung antreten.

Zu den Lohnsteuersenkungen. Meine Herren! Es ist jetzt erst einige Tage her, da haben Sie am Freitag der Vorwoche einen Antrag auf Lohnsteuersenkung eingebracht. Wenn wir Ihrem Weg gefolgt wären (Abg. Kraft: *Wäre es ein guter Weg gewesen!*), so wären wir in etwa einem Jahr genau dort hingekommen, wo Ihr heutiger Klubobmann als Finanzminister damals seine so wenig erfolgreiche Tätigkeit begonnen hat. Die ÖVP hat nämlich — damals im übrigen durchaus berechtigt — eine Senkung der Lohnsteuer durchgeführt. (Abg. Kraft: *Aber heute ist sie nicht berechtigt?*) Lieber Herr Zwischenrufer! Herr Kollege! 2 Milliarden Schilling haben wir, seitdem wir die Verantwortung in dieser Regierung für das Finanzressort tragen, Lohnsteuerermäßigung gegeben. (Ironische Heiter-

Marsch

keit bei der ÖVP.) Meine Herren, können Sie nicht rechnen? Sie brauchen nur die Summen zusammenzählen, dann kommen Sie für die Zeit von 1970 bis 1973 auf diesen Betrag. Das wissen Sie doch ganz genau!

Aber überlegen wir jenen Weg, den Sie gegangen sind. Sie haben die Lohnsteuersenkung gemacht. Aber schon kurze Zeit später haben Sie mit einem Paukenschlag Ihres Finanzministers — damals Koren — viele neue Belastungen eingeführt, daß Sie damit den Arbeitern, Angestellten ... (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) Das stimmt ja schon. Er hat sie dann eingeführt, und Sie haben damit ... (*Abg. Minkowitsch: ... im Jahre 1968 die Arbeitslosigkeit in Österreich verhindert, die an unseren Grenzen gestanden ist!*) Sie können das sicherlich so sehen, weil Sie recht haben, Herr Kollege Minkowitsch, daß die Arbeitslosigkeit unter Ihrer Regierung trotz des hohen Wirtschaftswachstums im ganzen übrigen Europa hier wesentlich höher war. Denn das, was wir heute erreicht haben im Hinblick auf den Beschäftigtenstand, war ja in Österreich noch nie da. Insofern stimmt Ihre Überlegung schon.

Es ist eben so, daß Sie, nachdem Sie mit einem Paukenschlag diese Belastungen eingeführt haben, damit den Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden das Doppelte von dem genommen haben, was Sie ihnen kurze Zeit vorher gegeben haben.

Das war der Zusammenbruch Ihrer Budgetpolitik, und diesen Weg, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, werden wir nicht gehen. (*Abg. Kraft: Sie nehmen ein Vielfaches heute!*) — Ich bringe Ihnen noch einmal die Daten in Erinnerung, damit Sie sie genau wissen. Ihr Zickzackkurs in der ÖVP war so:

1. Oktober 1967: Lohnsteuersenkung.
1. Februar 1968: Umsatzsteuererhöhung.
1. September 1968: Zwei neue Steuern eingeführt, Alkohol- und Autosondersteuer, die wir dann abgeschafft haben. 1. Jänner 1969: Katastrophensteuer plus zehn Prozent zur Lohn- und Einkommensteuer plus 50 Prozent zur Vermögensteuer. — Wenn man das addiert und die Lohnsteuerreform abzieht, ist es eine Belastung von fünf Milliarden Schilling, die Sie der Bevölkerung damals auferlegt haben. (*Abg. Ofenböck: Sie haben damals eine Stabilität des Budgets verlangt! Sie haben es verlangt!*)

Das ist eben der Unterschied: Wenn Sie mit der einen Hand ein wenig geben, dann müssen Sie sofort mit der anderen Hand das Doppelte

nehmen. Ist das eine Budgetpolitik? Erwarten Sie, daß wir Ihrem Weg folgen? Sie haben ja uns und der österreichischen Bevölkerung vordemonstriert, wie man das schlecht machen kann. Aber man möge doch nicht die Österreicher für so engstirnig halten zu glauben, daß sie nicht durchschauen, wie unglaublich Ihre Politik ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zu den Preiserhöhungen, die uns allen große Sorgen machen. Was machen Sie nach der internationalen Ölkrise, die eine saftige Preiserhöhung brachte? Da hat der eine Bund gesagt, das sei eine unzumutbare Belastung der ärmsten Schichten, als der Ölpreis angehoben wurde, und am gleichen Tag, vielleicht zur selben Stunde, hat dann Ihr Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer die neuen Preise als Diktat bezeichnet und eine weitere Erhöhung gefordert. Und dann sagen Sie noch dazu, meine Damen und Herren — und das haben Sie in der Öffentlichkeit getan (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) —, der Bauenminister und der Finanzminister verdienen daran durch die Mineralölsteuer. Ich erkläre hier heute — und das ist nachzuweisen durch jeden, der sich in der Budget- und Steuerpolitik auskennt —: Durch die Erhöhung des Preises für Benzin, Ofenheizöl und für Dieselmotorenstoff bekommt der Bauen- oder der Finanzminister keinen Groschen an Mineralölsteuer mehr, weil sie gleich bleibt; bei Ofenheizöl sind es 49 Groschen, und wenn Sie das im Anteil rechnen, so sind es statt 32,8 eben 27 Prozent des Anteils, sodaß man relativ gesehen dies sogar als Senkung bezeichnen kann.

Verstehen Sie daher, wenn viele Österreicherinnen und Österreicher sagen, daß der ÖVP jede Gelegenheit recht ist, politisches Kapital zu schlagen? Und wenn Sie überhaupt von den Preisen reden, meine Damen und Herren: Sie wissen ja, daß wir von der Situation um und in Europa abhängig sind, und dann sind Sie so stolz auf Preissteigerungen, die damals viel weniger ausgemacht haben. Der Regierung und der Regierungspartei machen die Preissteigerungen die größten Sorgen. Aber wir wissen ganz genau, daß dieses Land nicht eine Insel der Seligen ist. (*Abg. Dr. Prader: Seit wann?*) Aber der Unterschied ist eben der: Sie haben damals am Jahresende noch auf zehn Prozent Preissteigerungen gehofft, aber (*Abg. Suppan: Kommt heuer!*) — ich muß Sie enttäuschen, es werden nicht so viel sein — es werden nur 7,5 bis 8 Prozent sein. (*Rufe bei der ÖVP: „Nur“! — Abg. Dr. Schwimmer: Sie sind ein bescheidener Mensch, Herr Marsch!*) Relativ gesehen „nur“! Und das ist der Unter-

8370

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Marsch

schied. Genau um das geht es. Damals, als Sie die Verantwortung gehabt haben, sind Sie mit 3,1 Prozent um die Hälfte über dem europäischen Durchschnitt gelegen, und heute liegen wir im untersten Feld bei den Preissteigerungen. Das ist der Unterschied! (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber so gesehen, meine Damen und Herren, geht es uns ja überhaupt darum, daß diese Wirtschaft in einer relativ ruhigeren Entwicklung bestehen kann, weil wir eben günstiger dran sind — und das ist vorher durch den Herrn Bundeskanzler schon gesagt worden — sowohl auf dem Erdölsektor als auch auf dem Lebensmittelsektor.

Aber, meine Damen und Herren, so sind zum Beispiel 20.000 Tonnen Mehl in den letzten Novembertagen spurlos verschwunden; 20.000 Tonnen, die angeblich weder Mühlen noch Bäcker eingelagert haben. (*Abg. O f e n b ö c k: Das ist das große Vertrauen in die Regierung!*) Gleichzeitig bekommen viele Hausfrauen kein Mehl mehr, obwohl die Mühlenbesitzer immer wieder beteuern, die Bäcker bekämen so viel Mehl, bis sie daran ersticken. Hier ist der Konsument offensichtlich zwischen die Mühlsteine der Müller und der Bäcker geraten, und darüber scheinen einige emsige Mehlwürmer gar nicht unzufrieden zu sein.

Wenn also in den letzten Wochen 20.000 Tonnen, 20 Millionen Kilogramm Mehl verschwunden sind: Wohin sind sie verschwunden? Darf man ungestraft solche Mengen horten? Darf man lebenswichtige Güter zurückhalten? Ist nicht die soziale Marktwirtschaft in Gefahr, wenn man sich damit abfindet, einen solchen Zustand einfach hin nimmt? Ist das gerechtfertigt? Ist das noch mit den guten Sitten zu vereinbaren? Wer gibt diesen Herren das Recht, diese unerhöhte Macht auszuüben?

Wir müssen uns daher sehr überlegen — gemeinsam, meine Herren, glaube ich, und wir werden dazu die Initiative ergreifen —, was und wie man dagegen etwas machen kann. Eine Linzer Zeitungsstimme hat gestern ganz richtig gesagt: Wir müssen die Scheichs im eigenen Lande zur Raison bringen. Und das ist notwendig (*Beifall bei der SPÖ*), wenn wir wissen, daß man sich eine solche Disziplinlosigkeit da und dort noch leisten kann. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber regen Sie sich nicht auf, meine Herren. Sehen Sie die Realität, daß wir auf dem Lebensmittelsektor fast ausschließlich Selbstversorger sind. Das ist unser Vorteil, und darauf können wir doch stolz sein; nur bei Reis ist es ein bißchen anders, weil wir den importieren müssen und

durch die schlechte Ernte im Ausland, vor allem in Italien, einen echten Engpaß zu verzeichnen haben.

Hohes Haus! Bei sämtlichen Getreidesorten sind wir in Österreich autark. Die Marktleistung von Brotgetreide übersteigt den Bedarf um 36 Prozent. Mehl und Brot kann daher in Österreich genug erzeugt werden. Auch Kartoffel sind in Überfluß vorhanden, sodaß wir schon hunderte Tonnen exportieren können. Bei Zucker wird das kommende Jahr wahrscheinlich mit einem Überschuß enden. Auf dem Fleischsektor nimmt das Rindfleisch mit einer Überproduktion von rund 15 Prozent eine Spitzenstellung ein. Bei Schweinefleisch beträgt die Selbstversorgung etwa 90 Prozent, kann aber im Notfall noch gesteigert werden. Bei Eiern und Geflügel liegt der Versorgungsgrad bei 80 Prozent. Milch und Milchprodukte weisen eine hohe Überproduktion auf.

Und damit — und deshalb habe ich das angeführt — kann man sagen, daß die Versorgung Österreichs in keiner Phase eine Panik rechtfertigt, wie sie manche erfaßt hat. Wenn die ÖVP-Propaganda dauernd eine Krise erfinden möchte, so ist dies im höchsten Maße unverantwortlich, nicht weil sie damit einen höchst zweifelhaften politischen Effekt erzielt, sondern weil sie damit den meisten Österreichern das Gefühl einer Unsicherheit einjagen möchte und die Erinnerung an die Krise der zwanziger und dreißiger Jahre wachrufen will. Damals, meine Herren, war es allerdings wirklich eine echte Krise zum Unterschied von heute. Aber damals waren Sie an der Macht, meine Herren von der ÖVP, Ihre Vorgänger! Das ist der Unterschied in der Politik, wenn man das Gestern und Heute überhaupt vergleichen kann. (*Abg. Doktor S c h w i m m e r: Sie sind der Zentralsekretär einer Partei, die hoffnungsvoll in die Vergangenheit blickt!*) Heute ist unser Blick in die Zukunft gerichtet. (*Abg. Dr. S c h w i m m e r: Darum reden Sie dauernd von der Vergangenheit!*) Heute können wir mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir auf dem Erdölsektor eine viel bessere Ausgangsposition haben, die Sie nicht krankjammern können, die Sie nicht wegleugnen können. Wir haben auf dem Lebensmittelsektor Aussichten, die es uns ermöglichen, eine ruhige Entwicklung der Wirtschaft zu garantieren, die man braucht. (*Abg. M i n k o w i t s c h: Dank der Tüchtigkeit der österreichischen Bauernschaft!*)

Natürlich — und das ist heute schon gesagt worden —, man wird sich gerade auf dem Energiesektor sehr anstrengen müssen, damit man besonders das zwischen 1966 und 1969 Versäumte nachholen kann. (*Abg. O f e n-*

Marsch

b ö c k: Jetzt fangen Sie erst an?) Wir haben ja schon lange begonnen. Aber die vier Jahre von 1966 bis 1969 sind eben nicht spurlos an der österreichischen Bevölkerung und an der politischen Entwicklung vorbeigegangen. Das müssen Sie heute bei der Gesamtüberlegung auch erkennen.

Wir haben — und das möchte ich abschließend sagen — große Vorhaben verwirklicht. Meine Herren! Ich werde Ihnen einen Katalog, auf den diese Regierung und Österreichs Bevölkerung stolz sein kann, vorlegen. Wir haben das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach zehn Jahren verwirklicht. (*Abg. Kern: Preisauftrieb!*) Wir haben die große Wirtschaftsreform in der Stahl- und Buntmetallindustrie verwirklichen können. Wissen Sie, was es heißt, wenn heute im Wirtschaftszweig der Stahlindustrie nahezu 75.000 Beschäftigte — kein Betrieb in Frankreich ist so groß — in der Lage sind, in einer verstaatlichten Industrie zu arbeiten, in der man viel mehr konkurrenzfähig ist, als man es gestern bei dem Gegeneinander noch war? (*Abg. Dr. Schwimmer: Es waren vorher auch schon 75.000 in der Stahlindustrie!*) Ja, nur nicht unter einer Leitung! Genau das ist der Unterschied. Heute sind es 75.000 unter gemeinsamer Leitung, in gemeinsamer Verantwortung, bei einer besseren, bei einer hervorragenderen Leistung, als es gestern möglich war. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das wird sich erst herausstellen!*)

Sie wissen ganz genau — weil Sie diesen Zwischenruf gemacht haben —, daß es uns gestern nicht möglich war, vom Erzberg her billigeres Erz zur VOEST nach Linz zu befördern. (*Abg. Schrotter: Ist es jetzt billiger?*), weil es damals günstiger war, dieses Erz von Südamerika über den Seeweg herbeizuschaffen. Heute wissen wir — nicht zuletzt dank der Einführung der Mehrwertsteuer —, daß es wieder günstiger ist, auch preislich günstiger, Erze aus Donawitz zu verwenden, weil wir uns dazu verpflichtet fühlen, als es gestern noch vom Ausland her der Fall war. Das ist der sichtbare, greifbare, erfolgreiche Unterschied unserer Politik gegenüber Ihrer negativen Politik von gestern. (*Beifall bei der SPO.*)

Diesen Katalog kann man fortsetzen. Wir werden in Kürze hier im Hause die Mitbestimmung am Arbeitsplatz beschließen. Das ist ein Gesetz, welches man in seinen positiven Auswirkungen noch gar nicht ganz abschätzen kann. Eine echte Mitbestimmung ist aber nur durch eine verantwortungsvolle Haltung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung möglich gewesen. Es ist notwendig, daß wir sowohl denjenigen, die vom Auf-

sichtsrat her delegiert werden, als auch den Vorstandmitgliedern Chancengleichheit geben, nämlich die Chancengleichheit der Information, daß man auf der einen Seite des Tisches genau die gleichen Informationen hat wie auf der anderen Seite. Sie werden sehen, das wird dieser Wirtschaft guttun. (*Abg. Kern: Mehr als früher, oder wie?*) Das ist aber nur möglich, weil diese Gewerkschaftsbewegung eben auch bereit ist, mehr Verantwortung zu tragen.

Wenn man diesen Katalog noch mit der großen Strafrechtsreform beendet und dann noch die Gewerbeform, die auch Sie als Jahrhundertgesetz bezeichnet haben, hinzufügt und das große Kompetenzgesetz, das die Arbeit der Bundesregierung und der Beamten erleichtern wird, das die Zuständigkeit klar und übersichtlich regelt, dann kann man nur sagen: Meine Herren! So mancher Minister der Österreichischen Volkspartei hätte sich gewünscht, daß dieses große Kompetenzgesetz auch in Ihrem Zukunftskatalog gestanden wäre, nur war er viel zu utopisch und waren die Widerstände und die Differenzen unter Ihnen viel zu groß.

Wir haben diese erfolgreichen Maßnahmen setzen können, wir haben konsequent unser Programm als Leistungsprogramm für das österreichische Volk erfüllt. Wir suchen in Grundsatzfragen wohl Übereinstimmung. Aber besser ist es, allein zu entscheiden, wenn diese Übereinstimmung nicht erzielt werden kann, als keine Entscheidung zu fällen. Daher wird diese Regierung regieren, damit geschieht, was getan werden muß! (*Beifall bei der SPO.*)

Präsident Probst: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Schwimmer zum Wort gemeldet. Bitte fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Marsch hat die Behauptung aufgestellt, die Österreichische Volkspartei hätte hier im Hohen Haus die 15.000 S Heiratsbeihilfe abgelehnt, sie hätte das freie Schulbuch abgelehnt und hätte die Gesundenuntersuchungen abgelehnt.

Da ich bei zwei von diesen drei Materien der Hauptsprecher meiner Fraktion war, fühle ich mich zu einer tatsächlichen Berichtigung verpflichtet. Wir haben der Novelle des Einkommensteuergesetzes betreffend die 15.000 S Heiratsbeihilfe in dritter Lesung unsere Zustimmung gegeben, also die Einführung nicht abgelehnt. Wir haben in zweiter Lesung dem Vorschlag der Regierungsfraktion eine bessere Lösung entgegengehalten. Nachdem diese abgelehnt worden war, haben wir in dritter Lesung unsere Zustimmung gegeben.

Dr. Schwimmer

Wir haben beim Gratisschulbuch in gleicher Weise in zweiter Lesung Ihrem Vorschlag eine bessere Lösung entgegengehalten. Nachdem diese abgelehnt wurde, haben wir in dritter Lesung der Einführung unsere Zustimmung gegeben, Herr Abgeordneter Marsch!

Bei der 29. ASVG-Novelle war es etwas anderes. Wir haben in zweiter Lesung der Neueinführung der Gesundenuntersuchungen, die eine OVP-Forderung war, ausdrücklich unsere Zustimmung gegeben, wegen der Beitragserhöhungen, die übrigens zu einem großen Teil nicht den Gesundenuntersuchungen zugeführt worden sind, in dritter Lesung die 29. ASVG-Novelle abgelehnt. Das zur Klarstellung, Herr Abgeordneter Marsch! *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident **Probst**: Zu einer Erwiderung auf die tatsächliche Berichtigung hat der Herr Abgeordnete Marsch das Wort verlangt. Ebenfalls fünf Minuten.

Abgeordneter **Marsch** (SPO): Sicher, Herr Kollege Schwimmer, sind die Vorgänge, die Sie bezüglich der Abstimmung geschildert haben, richtig. Aber in der Argumentation ist es doch ganz eindeutig. Der Herr Generalsekretär der OVP Kohlmaier und ich sind einander auch im Schiedsgericht gegenübergesessen. Bei den anderen Fragen haben wir ja gesehen, was Sie tatsächlich auf Grund Ihrer Überlegungen wollten. *(Abg. Offenböck: Korrigieren, was im Protokoll steht! — Anhaltende Zwischenrufe.)* Regen Sie sich nicht auf, Sie können auf Grund der Protokolle ganz genau sehen, daß Sie verbal gegen die 15.000 S Heiratsbeihilfe waren und daß Sie gegen die Schulbuchaktion in dieser Form waren. *(Abg. Offenböck: Schauen Sie nach, was im Protokoll steht!)* Auch wenn Sie mit der Hand zugestimmt haben, bei der Abstimmung dafür waren, im Geiste waren Sie dagegen. Aber das Wesentliche dabei ist der Geist und nicht die Abstimmung! *(Weitere anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Offenböck: Das war keine Berichtigung, das ist gegen die Geschäftsordnung!)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Prader. Er hat das Wort. *(Abg. Offenböck: So eine Frechheit! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Offenböck: Das, was er selber in die Belangsendungen als Text gibt, muß stimmen! — Gegenrufe bei der SPO. — Abg. Offenböck: Alles war falsch, was er gesagt hat! So eine Frechheit! — Abg. Robert Weisz: Herr Präsident! Er hat zweimal „Frechheit“ gesagt!)*

Präsident **Probst**: Bitte, ich habe den Ausdruck nicht gehört, ich werde es durch das Protokoll feststellen lassen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Prader hat das Wort.

Abgeordneter **Dr. Prader** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die letzte Szenerie zeigt, wie die Sozialisten hier Politik machen wollen. Ich werde mich sehr, sehr bemühen, nicht diesem Stil zu verfallen, sondern einem, der der Beratung über diese Materie und einer echten demokratischen Auseinandersetzung würdig ist. *(Beifall bei der OVP.)*

Ich gestehe, daß ich noch unter dem Eindruck der Ereignisse der vergangenen Woche stehe, vor allem unter dem Eindruck der Debatte über das neue Strafrecht, aber auch unter dem Eindruck der Begleiterscheinungen dieser Debatte.

Gegen Ende dieser Debatte hat auch der Herr Bundeskanzler das Wort genommen, um seinen Standpunkt darzulegen. Er hat vom Abgeordnetenpult aus gesprochen. Während der Rede des Herrn Bundeskanzlers war das Plenum voll besetzt, alle — auch wir — sind mit Aufmerksamkeit seinen Ausführungen gefolgt.

Nach dem Herrn Bundeskanzler hat der Bundesparteiohmann der großen Oppositionspartei das Wort genommen, und die Bänke der Regierungspartei haben sich gelichtet. Nur wenige der sozialistischen Abgeordneten sind im Saal geblieben. Das ist der erste Unterschied.

Sicherlich nur ein Detail am Rande, aber ein bezeichnendes Detail. Es wirft die Frage auf, wie die gegenwärtige Regierungspartei in einem demokratischen Parlament die Opposition bewertet. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede auch Ausführungen eingeblen-det, die sich breit mit der Geschichte und der Entwicklung der Gesellschaftsphilosophie der Sozialdemokratie oder des demokratischen Sozialismus, was seiner Meinung nach dasselbe sei, beschäftigt haben, Ausführungen, die vielleicht eher für einen sozialistischen Parteitag gepaßt hätten. Wir haben ohne Störung zugehört.

Ein Bundeskanzler Dr. Klaus hätte so etwas nicht, auch nicht vom Abgeordnetenpult aus, tun können. Die damalige Opposition hätte solche Ausführungen nicht gestattet. Das ist der zweite Unterschied.

Und den dritten Unterschied haben wir vor wenigen Minuten erlebt. Vielleicht — auch diesen Standpunkt kann man vertreten — sollte die Programmatik der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien öfter zur Sprache kommen. Sicherlich, das Verhalten der Parlamentsfraktionen zu grundsätzlichen Fragen würde der Bevölkerung besser

Dr. Prader

erkennbar, die Unterschiedlichkeit sichtbarer und die Bewertung erleichtert werden. Auch das ist notwendig für die Demokratie und ihre Wertung.

Um die Wertung und Bewertung der Demokratie und des Parlaments ging es ja auch in vielen Debattenbeiträgen zur Strafrechtsreform. Diese Bewertung durch die österreichische Bevölkerung hängt aber wesentlich von der Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen ab, das vor allem den politischen Parteien und den führenden Persönlichkeiten und ihren Erklärungen entgegengebracht wird.

Bezüglich des Vertrauensgrundsatzes und der Glaubwürdigkeit müssen wir Ihnen, Herr Bundeskanzler, und der Sozialistischen Partei einige Todsünden entgegenhalten. In der Strafrechtsdebatte schon angeführt und heute neuerlich wiederholt: Sie haben in Ihrem Justizprogramm der Wählerbeurteilung die Indikationslösung vorgelegt; beschlossen haben Sie die Fristenlösung.

In der ORF-Frage haben Sie vor und nach der Wahl, Herr Bundeskanzler, mehrfach erklärt, das geltende Recht nicht zu verändern. Ich lese Ihnen auch die diesbezüglichen Zitate vor, falls Sie das wünschen. Jetzt haben Sie aber eine Novelle vorgelegt.

Sie haben vor der Wahl den Bausparern versprochen, ihre Rechte nicht anzutasten. Nach der Wahl haben Sie ihnen die Steuerabsetzbarkeit beziehungsweise die Möglichkeit der Absetzbarkeit der Prämien gestrichen.

Sie haben vor der Wahl erklärt: Sechs Monate Wehrdienstzeit sind genug. — Jetzt drängen Sie auf Achtmonatesoldaten, um wenigstens teilweise über die Runden zu kommen.

Sie sind entgegen Ihren Ankündigungen die teuerste und schuldenreichste Regierung geworden.

Sie haben die so bekämpften Sondersteuern, Herr Abgeordneter Marsch, nicht aufgehoben, wie Sie erklärt haben, sondern verewigt. *(Beifall bei der OVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Sie steuern den Arbeitern und Angestellten den Großteil ihrer Lohnentwicklung weg.

Sie praktizieren, meine Damen und Herren von der Linken, in entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen die Diktatur der 51 Prozent!

Die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Notwendigkeit. Diese an sich richtige These kann aber nicht für jene Bereiche gelten, die Sie selbst den Wählern als grundsätzliche Entscheidungsfragen für die Wahl Ihrer Partei vorgelegt haben. In solchen Bereichen haben

Sie nicht das moralische Recht, jetzt anders zu entscheiden und anders zu handeln, als Sie es den Wählern vor der Wahl versprochen haben. Dazu haben Sie kein Mandat! Das verletzt auch die Spielregeln der Demokratie!

Mit einer so schweren Verletzung des Vertrauensgrundsatzes leisten Sie der Glaubwürdigkeit und der Bewertung unserer Demokratie durch die Österreicher einen schlechten Dienst. Das kann sich einmal sehr bitter rächen!

Gerade jetzt wird — es wurde nur bruchstückhaft darauf hingewiesen — das eine Mal gesagt: Es ist doch ohnedies alles in Ordnung, das andere Mal wieder erhebt ein anderer Minister kritisch und warnend seine Stimme bei seiner Beurteilung der gegenwärtigen Situation. Da kennt sich ja — das muß ich Ihnen schon sagen — keiner mehr aus!

Es ergibt sich die Frage: Kennen Sie sich selbst noch aus oder nicht? Das ist die Frage, die uns berührt.

Panik entsteht nicht durch OVP-Propaganda, Herr Abgeordneter Marsch —, leiten Sie nicht wieder ein Ablenkungsmanöver ein —, sondern durch Unsicherheit und durch Unglaubwürdigkeit. Das charakterisiert ihre gegenwärtige Regierungspolitik! *(Beifall bei der OVP.)*

Bekämpfen kann man Panik durch Glaubwürdigkeit, durch Klarsicht und Vertrauen. Dann werden viele Erscheinungsformen von selber aufhören, die Sie heute hier so bewegt beschworen haben.

Bei der Debatte über die Angelegenheit Schönau hat Herr Abgeordneter Blecha erklärt, die Kritik der Volkspartei sei die einer beleidigten Leberwurst, weil sie in dieser Angelegenheit nicht konsultiert wurde. In ähnlichem Sinn haben sich damals auch der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für Inneres geäußert.

Das war ein neuerlicher Versuch der Regierungspartei, Kritik mit den verschiedensten Methoden, auch mit denen der, wie ich sagen möchte, subversiven Kriegsführung abzuwehren, Kritik zu diffamieren, unglaubwürdig zu machen, um — das ist das Endziel — im Endergebnis die Kritik wegzubringen.

Zu diesem Bemühen, Herr Abgeordneter Marsch, gehören auch die heute von Ihnen wieder gedroschenen Schlagworte: „Linksüberholen“, „destruktive Kritik“, „Lizitieren“, „Neinsagerpartei“ und was Sie in dieser Richtung Ähnliches erfunden haben und mit der gleichen Zielrichtung noch weiter erfinden werden.

8374

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Dr. Prader

Wenn es sich um Angelegenheiten mit außenpolitischen Aspekten oder Auswirkungen handelt, operieren Sie derzeit mit der These, daß eine Kritik staatschädlich sei und daß in diesen Fällen alle Parteien selbstverständlich hinter der Regierung zu stehen hätten.

Dazu möchte ich ein klares Wort sagen: Wenn Sie im Alleingang Malheur anrichten, dann haben Sie das auch im Alleingang zu verantworten und sich der Kritik zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Vorwurf ist es ja, daß Sie immer mehr Angelegenheiten, die bisher stets ein gemeinsames Anliegen aller politischen Kräfte in diesem Land waren und in gemeinsamer Arbeit festgelegt und dann auch gemeinsam verantwortet wurden, nunmehr im souveränen Alleingang zu erledigen suchen.

Zu dem Bemühen, Kritik zu diffamieren, gehört auch Ihr Flugblatt über die unabhängigen Zeitungen. Vieles wäre hier anzuführen. *(Abg. Marsch: Kollege Prader! Warum erwähnen Sie nicht Ihr Flugblatt in Innsbruck? Was ist mit Ihrem Tiroler Flugblatt? Kennen Sie das? Stehen Sie dazu?)* Alle dürfen nur das sagen und schreiben, was der Regierungspartei genehm ist.

Das Kapitel ORF gehört in Wahrheit auch zu dem Bereich, Kritik möglichst in die Hand zu bekommen, um sie wegzubekommen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nicht zuletzt hat sich auch der Armeekommandant Spannocchi wieder in die politische Arena begeben. In einem Interview, das in der „Kronen-Zeitung“ am 23. November 1973 wiedergegeben ist, hat er gemeint — ich zitiere wörtlich —: „Die Armee wird auch das Krankjammern der ÖVP überstehen.“ *(Abg. Peter: Das sind aber jetzt AAB-Probleme! — Abg. Dr. Schwimmer: Irrtum!)* Das hat derselbe General gesagt, der — um bei seinen Worten zu bleiben — früher die Armee so sehr krankgejammert hat und der darob von der linken Seite dieses Hauses und den Freiheitlichen so sehr gelobt wurde. Auch das liegt völlig auf der gleichen Linie.

Kritik ist nicht angenehm, aber notwendig und nützlich. *(Abg. Peter: Er vollzieht doch jetzt Ihre Bereitschaftstruppe, Herr Minister!)* Darüber werde ich mich gerne anlässlich der Wehrdebatte unterhalten. — Kritik ist nach wie vor eine der wesentlichsten Aufgaben der Opposition in einer Demokratie westlicher Prägung, zu der wir uns ja bekennen.

Was nun die „Neinsager-Partei“ anbelangt, so ist in diesem Hohen Haus ja bekannt — und hier wird Ihre Doppelzüngigkeit so

deutlich erkennbar, Sie haben sich damit gebrüstet —, daß über 84 Prozent, glaube ich, aller Gesetze einstimmig beschlossen wurden. Sie haben sich damit gegen den Vorwurf gewehrt, daß Sie hier in diesem Hause diktieren und nicht kooperieren. So sind die Dinge. Und heute stellen Sie das wieder völlig um. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Wie man es braucht!)*

Viele Verbesserungen in den Gesetzen basieren auf Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei. Derzeit, Herr Abgeordneter Marsch, betreiben Sie hier eine souveräne Neinsager-Rolle im Bereich des österreichischen Parlaments in bezug auf alle Initiativen, die die Oppositionsparteien hier setzen, und gegenüber allen Anträgen, die wir so zahlreich diesem Hause vorgelegt haben. Derzeit liegen dem Nationalrat noch etwa 30 Anträge der Österreichischen Volkspartei vor, deren Behandlung Sie eben durch Ihr Veto bisher verhindert haben. Das möchte ich Ihnen ebenfalls zu Ihrem ständigen Anruf um Alternativen sagen. Wenn wir Alternativlösungen vorschlagen, wenn wir glauben, daß ein Betrag zweckmäßiger, nützlicher verwendet werden könnte für die betroffenen Bevölkerungsteile, dann ist das in Ihren Augen eine Lizitation. So billig werden Sie mit dieser Argumentation nicht über die Distanz kommen, das kann ich Ihnen heute schon sagen.

Ich erinnere in bezug auf die Aktivitäten — oder nennen Sie es Alternativen der Volkspartei — an das 10-Punkte-Programm zur Inflationsbekämpfung, das rechtzeitig noch 1971 vorgelegt wurde. Sie haben das damals mit Hochmut vom Tisch gewischt und erklärt: Was brauchen wir ein Stabilisierungsprogramm? Wozu brauchen wir das? Die ganze Politik dieser Regierung ist doch eine einzige Stabilitätspolitik! — Und was ist das Ergebnis dieser einzigartigen Politik? Nur nicht die Stabilität ist das Ergebnis, sondern eine unerhört gefährliche Entwicklung. Hier sehen Sie auch die Auffassung der großen Oppositionspartei, die sich trotzdem bereit erklärt hat, in dieser Phase in den schwierigen Bereichen mitzuwirken, um in den für Österreich und für die Österreicher so wichtigen Fragen eine bessere Ordnung für die Zukunft sicherzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erinnere an das EWG-Begleitprogramm, an die Begleitmaßnahmen, die wir vorgeschlagen und durchgesetzt haben. Wir erinnern an das Teilzeitbeschäftigungsgesetz, gegen das Sie nur deshalb sind, weil es nicht von Ihrem Sozialminister stammt. Das ist nämlich der einzige Grund. Nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung, der betroffenen Menschen sind für

Dr. Prader

Sie maßgebend; für Sie ist maßgebend der Umstand, ob Sie etwas erfunden haben oder nicht, und wenn nicht oder wenn es nicht in Ihren Schematismus paßt, dann ist es unter allen Umständen, und das ist ein echtes Charakteristikum einer Neinsager-Partei, eben abzulehnen.

Ich erinnere an das Prämienspargesetz, das wir hier eingebracht haben und das Sie so lange blockiert haben, um es dann endlich durch eine Regierungsvorlage zu unterlaufen. Ich erinnere an unsere konstruktiven Vorschläge in bezug auf die Mehrwertsteuer, an unsere Anträge zum ASVG, die Sie heute in einer Art interpretiert haben, muß ich ehrlich sagen, die ich in einem wirklich korrekten politischen Rahmen am besten nicht gehört hätte.

Ich erinnere an unsere Vorschläge zur Neuordnung der Ruhensbestimmungen, an unseren Antrag auf Lohnsteuersenkung und an die Vorschläge für eine Mütterbeihilfe. Das alles ist in Ihren Augen schlecht, weil Sie immer Leistungen von Konditionen abhängig machen, weil Sie eben der Eigenständigkeit und der Eigenbeurteilung der Österreicher nicht zutrauen, daß das Geld sinngemäß und richtig verwendet wird. Diese Staatsallfürsorge ist, glauben wir, nicht das beste, was man in weiterer Folge für die Österreicher tun kann.

Ich erinnere an das Stadterneuerungsgesetz, an unseren Antrag bezüglich der Beseitigung der Gefahrenstellen im Bereich der Bundesstraßen, an unseren Antrag auf Errichtung und Finanzierung der Telephonanschlußgemeinschaften, um nur einige wichtige Bereiche aus diesem umfangreichen Alternativprogramm der großen Oppositionspartei heute wieder zu nennen.

Aber, meine Damen und Herren vor allem von der linken Seite, die immer hektischer werdende Allergie, ich möchte sagen Hysterie gegen jede kritische Beurteilung und Sachauseinandersetzung typisiert Ihre Unsicherheit und das -Nicht-mehr-im-Griff-Haben der Probleme und macht ja auch Ihr Bemühen verständlich, der Transparenz zu entfliehen.

Die Flucht vor der Transparenz charakterisiert ja auch dieses sozialistische Budget für 1974. Schon die Konstruktion — das wurde heute schon erwähnt — der Unterteilung in ein Grundbudget und in ein Konjunkturausgleichsbudget mit einer Stabilisierungsquote, die nach den Darlegungen Ihres Finanzministers ja ohnedies ausgegeben wird, dient der Manipulation und der Verschleierung für die Beurteilung des Gesamtrahmens, der Auswei-

zung des Abganges, ferner der Verschleierung bezüglich der Beurteilung des Verhältnisses zum Wirtschaftswachstum, um einmal die, einmal jene Ziffer heranziehen zu können, je nach Situation und je nach den taktischen Bedürfnissen und Erfordernissen des Augenblicks. Wieso zum Beispiel die Stabilisierungsquote ein besseres System ist als die bereits bisher immer gepflogenen Bindungen, ist sachlich weder erklärbar noch einsichtig.

Dazu kommt das so deutliche Bemühen, Ausgaben aus dem Personalbereich in den Sachbereich zu verlagern — zweifellos auch eine rein budgetkosmetische Operation zur Verschleierung der Fakten. Ich habe in der Ausschußberatung beim zuständigen Kapitel den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes gefragt, ob es seiner Meinung nach richtig sei, daß zum Beispiel Familienbeihilfen und Geburtenbeihilfen heuer nicht mehr beim Personal-, sondern beim Sachaufwand veranschlagt werden. Der Präsident hat mir geantwortet, daß diese Vorgangsweise nach Meinung der zuständigen Abteilung des Rechnungshofes richtig sei. Diese Antwort — ich sage es offen — ist für mich ein delphisches Orakel, weil ich auch andere Stimmen gehört habe und mich daher die Meinung des verantwortlichen Ressortchefs und nicht die einer Abteilung interessiert hätte. Denn wie man hört, soll entgegen den Bestimmungen des § 2 Abs. 2 zweiter Satz der Bundeshaushaltsverordnung 1926 der Rechnungshof mit diesem Problem vorher offiziell überhaupt nicht befaßt worden sein, wie das auch bezüglich anderer Fälle neuerdings üblich zu sein scheint.

Bei den Familien- und Geburtenbeihilfen handelt es sich immerhin um 990 Millionen Schilling, um die der Personalaufwand derzeit optisch verringert wird, wobei ja in den Sachaufwendungen zusätzlich gewaltige weitere Aufwendungen veranschlagt werden, die ihrem Wesen nach Personalaufwendungen sind, wie etwa Reisegebühren, Auslandszulagen, Bezugs- und Pensionsvorschüsse, Ausgaben für die „Obersten Organe“ auf Grund des neuen Bezügegesetzes. Alles das zusätzlich zu den 990 Millionen mit einem Gesamtrahmen von 2170 Millionen Schilling.

Die Personalausgaben sind beachtlich. Die Horrorgrenze von 50 Milliarden ist in Wahrheit bereits überschritten, und fast deckt sich die Erhöhung des Personalaufwandes mit der Zunahme der Budgetsumme.

Klar spiegelt sich hier die Inflationspolitik wider. Selbstverständlich dürfen die öffentlich Bediensteten nicht vom Inflations- und Steuer-

8376

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Dr. Prader

druck zerrieben und ebenso selbstverständlich sollen die Bezüge der öffentlich Bediensteten leistungstüchtigen Menschen gerecht werden.

Was aber bedenklich stimmt, ist das sozialistische Prinzip, den Staatsbürger überall zu bevormunden, anstatt dessen Eigenverantwortlichkeit und eigene Entscheidungsmöglichkeit zu fördern und zu aktivieren. Ihr System braucht ständig neue Apparate, ständig mehr Beschäftigte, für die dann ein wesentlicher Teil des Geldes, das sonst für Sachleistungen zur Verfügung stünde, gebraucht wird. Wundern Sie sich daher nicht, wenn die Aufwendungen uferlos werden. Das aber ist dann nicht die Schuld der öffentlich Bediensteten. Das ist eben Ihr sozialistisches Prinzip, Ihr System, und ich konzidiere, daß Sie konsequent Ihre Programmatik der Staatsallmacht verfolgen. Wir halten dieses System und dieses Prinzip für falsch, und das ist eben der Unterschied.

Das Budget wird überdies immer schwerer lesbar, weil dauernd Verschiebungen zwischen den Positionen vorgenommen werden und daher Vergleiche zwischen dem Vorjahr oder früheren Jahren und den gegenwärtigen Ansätzen immer unmöglicher werden. Dazu kommt als Besonderheit bei diesem Budget noch, daß bedingt durch das Bundesministerengesetz 1973 überdies gewaltige, nicht vergleichbare Verlagerungen zustande gekommen sind.

Am Rande nur möchte ich erwähnen, Herr Bundeskanzler, daß in den Erläuternden Bemerkungen zum Budget, und zwar zum Kapitel 10 auf Seite 15 vermerkt ist, daß sich im Bereich des Bundeskanzleramtes eine Dienstpostenvermehrung um 18 Bedienstete ergeben hat, während in den Erläuterungen zum Dienstpostenplan auf Seite (1) zu lesen ist, daß in diesem Sachbereich 15 Dienstposten eingespart wurden. Das ist schwer erklärlich.

Ich habe den Herrn Bundeskanzler gefragt, ob diese Vermehrung um 18 Dienstposten auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß dem Bundeskanzler jetzt nach dem neuen Bundesministerengesetz die Koordinationsaufgabe bezüglich der Umfassenden Landesverteidigung zukommt. Der Herr Bundeskanzler hat dies verneint.

Für die Bewältigung dieser Aufgabe wird man aber ausgezeichnete Leute brauchen, Herr Bundeskanzler! Die Kompetenzzuordnung der Koordinationsaufgabe in bezug auf die Umfassende Landesverteidigung an das Bundeskanzleramt ist richtig und zweckmäßig. Wie notwendig hier eine Verstärkung der Aktivität ist, hat uns die jüngste Vergangenheit vor Augen geführt.

Sie könnten, Herr Bundeskanzler, ruhig eines Ihrer zahlreichen Staatssekretariate auflassen, um hier einen neuen, entscheidenden Schwerpunkt zu setzen.

Solange die Belange der Umfassenden Landesverteidigung — und das gilt für alle Bereiche — nur als lästiges Nebenbei irgendwelchen Abteilungen angehängt werden, wird eine systematische, erfolgreiche Arbeit nicht möglich sein.

Nochmals möchte ich mein Bedauern ausdrücken, daß unser Antrag im Zusammenhang mit der Verhandlung und Verabschiedung des neuen Bundesministerengesetzes auf kompetenzmäßige Festlegung der Hauptverantwortung für die Bereiche der Umfassenden Landesverteidigung von der linken Mehrheit dieses Hauses abgelehnt wurde. Mit welcher Sorglosigkeit zum Beispiel die Probleme der Krisenvorsorge vor kurzem, als der „Hut noch nicht brannte“, behandelt wurden, zeigt auch der Umstand, daß bisher zum Beispiel mein Antrag 77/A, den ich in der Nationalratssitzung am 29. Mai 1973 eingebracht habe und der die österreichische Hochseeschifffahrt betrifft, wie so viele ÖVP-Anträge bisher überhaupt nicht zur Verhandlung gekommen ist.

Rascher, als ich selber jemals erwartet habe, hat dieses Problem nun höchste Aktualität erreicht. Sicher auch nur ein Detail, aber ebenso ein bezeichnendes Detail.

Der Herr Bundeskanzler ist auch Vorsitzender des Landesverteidigungsrates, in dem nun die Frage der verfassungsrechtlichen Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung und der Wortlaut einer Verteidigungsdoktrin, die in diesem Zusammenhang vom Nationalrat beschlossen werden soll, zur Verhandlung stehen. Leider schon sehr lange, und es ist mir heute noch unverständlich, wieso über zehn Monate lang der Verteidigungsrat nicht einberufen wurde.

Anscheinend aufgescheucht durch die jüngste Entwicklung, ist der Herr Bundeskanzler nun auch auf diesem Gebiet wieder aktiv geworden.

Natürlich können diese Rechtsfestlegungen und Erklärungen nicht die Armee ersetzen, der jetzt in erster Linie unsere Sorge zu gelten hat.

Ich möchte aber klar ausdrücken, daß wir im höchsten Maße bereit sind, an der gemeinsamen Formulierung unserer Verteidigungspolitik engagiert mitzuwirken, zumal sie ja im Kern und ihrem Inhalt nach nichts Neues bringt. Ich glaube, daß wir hier bald zu konkreten Ergebnissen kommen könnten, sofern

Dr. Prader

uns von der Mehrheit eine neue §-144-Situation erspart bleibt.

Ausgelöst durch die Regierungsvorlage über das Bundesministeriengesetz ist, Herr Bundeskanzler — und darauf hat Herr Kollege Doktor Broesigke heute schon hingewiesen —, auch die Frage der Beseitigung der bürokratischen Umklammerung des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes durch das Bundeskanzleramt wieder akut geworden.

Die Präsidenten beider Gerichtshöfe haben in dieser für die Rechtsstaatlichkeit unseres Gemeinwesens so wichtigen Frage, wie ich glaube, doch sehr einsichtige Darlegungen den Klubs und ja auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, schon lange vorher zu dieser Frage übermittelt. Weil sich aber der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke sehr sachbezogen bereits mit dieser Thematik beschäftigt hat, möchte ich nicht näher darauf eingehen und mich ebenfalls nur dem Appell anschließen, daß wir diese Frage bald in Verhandlung ziehen, weil ja auch hier ein Initiativantrag vorliegt und daher gar kein Grund vorhanden ist, nun längere Zeit zuzuwarten; noch dazu ein Initiativantrag, der sich auf Ausführungen und auf Formulierungen des Bundeskanzleramtes selber beschränkt, die Sie in diesem Zusammenhang dankenswerterweise dem Ausschuß vorgelegt haben.

Räumen Sie daher hier die Barrieren wegl Herr Bundeskanzler! Sie haben selber erklärt, Sie sähen keine mehr. Es war uns völlig unverständlich, wieso es trotz dieser Vorgegebenheiten bei der Behandlung im Ausschuß plötzlich wieder zu solch einer 180-Grad-Kehrtwendung der Sozialistischen Partei kommen konnte.

Nun, Herr Bundeskanzler, darf ich zu Ihren Ausführungen noch einiges sagen.

Sie haben heute in Ihrer ersten Wortmeldung vorgetragen, daß dem Landesverteidigungsrat bereits ein Verteidigungsbericht vorliege. Darf ich das korrigieren, Herr Bundeskanzler: Es handelt sich dabei nicht um den von uns schon so lange monierten Bericht über den Zustand des Bundesheeres, sondern es handelt sich um die Beantwortung von Anfragen, die ÖVP-Mitglieder des Landesverteidigungsrates an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung gerichtet haben — das war in der 31. Sitzung am 25. September 1972 —, die dann der Herr Bundesminister, wenn auch absolut ungenügend, aber immerhin in der 32. Sitzung am 16. Oktober 1972 beantwortet hat. Aber zur Behandlung dieser Antwort ist es bis heute nicht gekommen. Erst für die nächste, in einigen Tagen

stattfindende Sitzung des Verteidigungsrates ist die Besprechung der Antwort vom 16. Oktober 1972 vorgesehen, der nunmehr im wesentlichen Teil bereits historischen Charakter zukommt.

Das sind die Fakten. Das hat nichts mit jenem Verteidigungsbericht zu tun, den wir in diesem Hause schon so oft urgiert haben und dessen Vorlage Sie bisher immer wieder abgelehnt haben, bis auf die kürzlich erfolgte Mitteilung, daß uns hier ebenfalls ein Bericht zugehen wird.

Herr Bundeskanzler! Sie haben so große Sorge in bezug auf die Schaffung von Beschäftigungsreserven gehabt und haben in diesem Zusammenhang das UNO-City-Projekt als absolut wertvollen Faktor dargestellt. Ich glaube, wenn Sie da in Schwierigkeiten sind, dann haben wir derart viele Beschäftigungsreserven im gesamten Land zu bieten, daß das absolut nicht eine Motivation für das gigantische UNO-City-Projekt sein kann. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das hätte ich Ihnen noch gern gesagt.

Nun abschließend, Herr Bundeskanzler, noch zwei Problembereiche. Der erste: Welche Wertung bringen Sie und Ihre Regierung eigentlich den Länderparlamenten entgegen? — Das ist auch eine Frage, die einmal gestellt werden muß.

Auf die 37 in den Jahren 1970 bis 1973 vom Niederösterreichischen Landtag bisher beschlossenen Resolutions- und Aufforderungsanträge an die Bundesregierung ist dem Landtag bis zur Stunde überhaupt nur in zehn Fällen eine Antwort zugekommen. In den restlichen 27 Fällen, auf die noch keine Antwort erfolgt ist, handelt es sich um sieben aus dem Jahre 1970, um neun aus 1971, um zehn aus dem Jahre 1972 und um einen aus dem Jahre 1973. Wie gesagt: Es gab bisher von seiten der Bundesregierung oder der zuständigen Minister keinerlei Reaktion auf diese Anträge, die immerhin Beschlüsse eines Landtages sind.

Das, Herr Bundeskanzler, steht im offenen und schroffen Gegensatz zu Ihren verbalen Bekenntnissen zum Föderalismus.

Das zweite Problem: Viele öffentlich Bedienstete sind dankenswerterweise neben ihrem Beruf auch in der Kommunalpolitik als Bürgermeister, geschäftsführende Gemeinderäte und so weiter tätig. Ich brauche nicht näher zu begründen, wie sehr sich der mit diesen Aufgaben verbundene Arbeitsbereich und Verantwortungsbereich ausgeweitet hat, dies insbesondere im Zusammenhang mit der nun in allen Ländern durchgeführten kommunalen Strukturbereinigung. Es ist ganz aus-

Dr. Prader

geschlossen, die mit der Ausübung einer der vorgenannten öffentlichen Funktionen verbundenen Aufgaben ausschließlich in der dienstfreien Zeit zu bewältigen.

Schaffen Sie daher, Herr Bundeskanzler, durch die Vorlage eines Gesetzes oder — ich glaube, auch das wäre in diesem Fall sogar zielführend und möglich — lediglich durch einen Erlaß für diese öffentlich Bediensteten, die der Dienstrechtskompetenz des Bundes in der Gesetzgebung unterliegen, einen zeitmäßig limitierten Freistellungsanspruch und befreien Sie diese öffentlichen Spitzenfunktionäre von den entwürdigenden Bittgängen zu ihren dienstlichen Vorgesetzten, damit sie die notwendige Zeit erhalten, ihr Amt auch ausüben zu können. Soweit zur Regelung dieser Frage die Länderkompetenz gegeben ist, ist zum Beispiel in Niederösterreich dieses Problem seit langem gelöst.

Hohes Haus! Begründet durch meine Ausführungen wird die Volkspartei der Budgetgruppe Oberste Organe zustimmen, das Kapitel Bundeskanzleramt hingegen ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst erlaube ich mir eine Orientierungsfrage an meine beiden Herren Kollegen, die Klubobmänner der beiden anderen Fraktionen: Bleiben wir im Rahmen der freiwilligen Absprachen, daß der Erstredner zu jedem Kapitel eine unbegrenzte Redezeit hat und die weiteren Redner dann im Rahmen von 20 bis 25 Minuten Rede bleiben? — Dann will ich mich heute als Zweitredner meiner Fraktion gern an diese freiwillige Vereinbarung halten. Aber wenn der Start des Zweitredners der ÖVP bereits mit 40 Minuten beginnt und man dabei bleibt, dann wären die freiwilligen Selbstbeschränkungsversuche von Haus aus zum Scheitern verurteilt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Prader hat uns in einem Punkt sehr eindringlich vor Augen geführt, wie reformbedürftig die Geschäftsordnung des österreichischen Nationalrates ist. Herr Dr. Prader hat von diesem Platze aus den Präsidenten des Rechnungshofes zu einem Thema angesprochen, das von ihm bereits bei der Behandlung der Obersten Organe im Finanz- und Budgetausschuß erörtert wurde.

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Abgeordneter Dr. Prader, daß Ihnen Präsident Doktor Kandutsch eine sehr umfassende und erschöpfende Antwort erteilt hat, die mit dem Spruch

des Orakels von Delphi sicher nichts zu tun hatte. Vielmehr mußte der Präsident des Rechnungshofes ein weiteres Mal zum Reden ansetzen, weil Sie einleitend seinen Ausführungen nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Herr Dr. Kandutsch teilte Ihnen dabei mit, daß der Rechnungshof sehr wohl den Aufwand für Kinder- und Familienbeihilfen im Personalaufwand untergebracht wissen wollte, daß aber davon das Finanzministerium abgerückt ist, vielleicht auch deswegen, um damit die Personalkosten im Budget zu drücken.

Darüber hinaus ist die Stellungnahme des Präsidenten des Rechnungshofes ja auch in der „Parlamentskorrespondenz“ umfassend wiedergegeben worden.

Aber was ich im besonderen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen möchte, ist folgendes: daß jeder Abgeordnete zum Problem der Obersten Organe von diesem Platz aus Stellung nehmen kann, daß aber der angesprochene Präsident des Rechnungshofes, der in der Loge oben sitzt, keine Möglichkeit hat, im Rahmen der Geschäftsordnung auf diese Fragen einzugehen und jene Antwort zu erteilen, die eben der Abgeordnete Dr. Prader von der Österreichischen Volkspartei noch gern zu dieser Haushaltsgruppe gehabt hätte. Das ist wieder ein Beweis dafür, wie sehr es notwendig ist, die Geschäftsordnung einer Reform zu unterziehen, um in diesem Hohen Hause Waffengleichheit zwischen allen Beteiligten herzustellen.

Nun einige Gedanken zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Marsch von der sozialistischen Fraktion. Herr Abgeordneter Marsch! Für jede Verbesserung des Rundfunkgesetzes im Sinne einer Weiterentwicklung werden wir Freiheitlichen Verständnis haben. Eines können und werden wir allerdings nicht zur Kenntnis nehmen, nämlich die Preisgabe der Unabhängigkeit der österreichischen Sendeanstalt auf der Grundlage des bisherigen Rundfunkgesetzes, getragen vom seinerzeitigen Volksbegehren, und die Ersetzung durch einen Regierungsrundfunk im Sinne des totalen Proporz.

Wir können uns auch nicht vorstellen, meine Damen und Herren, daß eine unabhängige Sendeanstalt ihre Aufgabe vollinhaltlich erfüllen kann, wenn zum Beispiel schon der Generalintendant mit einer 75prozentigen Mehrheit, mit einer Dreiviertelmehrheit, aus der Taufe gehoben werden muß. Er wird im gegenständlichen Fall, sollte das SPÖ-Konzept Realität werden, sicher seine Verbeugung vor der Sozialistischen Partei, ebenso seine Verbeugung vor der Österreichischen Volkspartei,

Peter

vor dem OVP-Sozialpartner und vor dem SPÖ-Sozialpartner machen müssen, um überhaupt für diese Position in Erwägung gezogen zu werden. Gerade das möchten wir Freiheitlichen nicht. Sehr wohl wollen wir eine Weiterentwicklung und Verbesserung des jetzigen Zustandes auf der Grundlage der inzwischen gesammelten siebenjährigen Erfahrungen.

Nun knüpfe ich bei einer weiteren Überlegung an, die der Herr Abgeordnete Marsch angestellt hat. Ich folge ihm, wenn er zum Ausdruck brachte, daß derzeit in Österreich kein Grund für eine Panik gegeben ist. Alles sei in dieser Situation richtig, was der Behebung von Engpässen dient, und alles sei falsch, was auf der Linie der Panikmache liegen würde. Etliches ist ja auf dieser Ebene in den letzten 14 Tagen bis drei Wochen leider schon passiert: Es gab Engpässe im Bereich des Mehls und im Bereich des Zuckers. Sie sind, Gott sei Dank, wieder behoben.

Aber ich glaube doch, daß sich die Regierung Gedanken machen sollte, welche Vorkehrungen sie zu treffen hat, um das Wiederauftreten solcher Engpässe in einer an und für sich normalen Versorgungslage, was die Lebensmittel anbelangt, zu verhindern. Wer heute von den Abgeordneten der drei Fraktionen mit den Soldaten gesprochen hat, der konnte sich davon überzeugen, wie mein Fraktionskollege Dr. Schmidt, daß die Bevorratung Zentralthema des heutigen Gedankenaustausches mit den Vertretern des Bundesheeres gewesen ist. Ich knüpfe nun bei Doktor Staribachers Ausführungen in der vergangenen Woche an. Der Minister sagte, daß im Augenblick und bei Aufrechterhaltung der jetzigen Gegebenheiten überhaupt nichts passieren könne. Aber keinem Regierungsmitglied konnte bis jetzt eine Meinungsäußerung dahingehend entlockt werden, was geschieht, wenn eine Verschärfung der Situation eintritt. Was kehrt die Regierung für diesen Fall vor?

Ich unterstreiche noch einmal das, meine Damen und Herren, was ich namens meiner Fraktion vergangene Woche von diesem Rednerpult aus gesagt habe: So wichtig und so notwendig das Bundesfinanzgesetz 1974 ist, so sehr ist die Bevölkerung an der Beantwortung entscheidender offener Fragen durch die Bundesregierung interessiert. Zum Beispiel: Wie hat sich zum Wochenende das Schließen der Tankstellen bewährt oder nicht bewährt? Was wir bis jetzt gehört haben, liegt eher auf der Linie negativer Erfahrungswerte. Wie also beurteilt die Regierung, wie beurteilt der zuständige Ressortchef die Sperre der Tankstellen zum letzten Wochenende beziehungsweise am letzten Sonntag?

Weiterhin wil die Regierung nicht sagen, wie sie die Lage für den Fall zu steuern gedenkt, daß ernstere Situationen, als sie bereits gegeben sind, in der Versorgung mit Heizöl auftreten. Daß gehamstert und gehortet wurde und ein Teil der Bevölkerung Vorräte gesammelt, aber ein anderer Teil keine Vorräte und kein Öl hat, um die Ofen zu Hause zu heizen, Freitag und Samstag wieder keine Holz- und Kohlendauerbrandöfen zu bekommen waren, das sind doch Realitäten, denen die Bundesregierung in der jetzigen Situation nicht aus dem Weg gehen kann. Ein Mißstand, der nicht den Krisenbereich berührt, sondern die Verkehrsprobleme dieses Landes betrifft: Worin liegen die Ursachen dafür, daß Züge, die von den Schweizer Bundesbahnen mit 15 oder 20 Minuten Verspätung in den Grenzbahnhöfen übergeben werden, so wie in den letzten Tagen mit drei-, vier-, fünf- und sechsständiger Verspätung in den österreichischen Zielbahnhöfen eintreffen? Das sind Probleme, die der Familie Österreicher sehr wohl unter die Haut gehen und auf die die Bundesregierung meiner Meinung nach eingehen sollte. Probleme, die man durch Schweigen von seiten der Regierung aus nicht ignorieren sollte.

Unsere freiheitliche Position zu den beiden in Beratung befindlichen Haushaltsgruppen hat mein Fraktionskollege Dr. Broesigke charakterisiert. Ich brauche darauf nicht mehr weiter einzugehen. Ich hatte die Absicht, die Haltung der Bundesregierung in diesem Bundesfinanzgesetz 1974 mit der Gegenposition der Freiheitlichen Partei an Hand des Freiheitlichen Manifestes zur Gesellschaftspolitik zu konfrontieren. Diesen Teil meiner Rede überspringe ich, um meinen zeitlichen Rahmen nicht zu sprengen.

Ich übergehe einen weiteren Teil meiner Rede, den ich den Obersten Organen zugeacht hatte und möchte zu dem Thema zurückkommen, das auch der Herr Abgeordnete Prader angeschnitten hat. Ich meine die Arbeitsbedingungen, unter denen die österreichische Volksvertretung ihre Aufgabe erfüllen muß. Sind diese Arbeitsbedingungen zulänglich für ein modernes Parlament in unserer Zeit, oder ist die Haushaltsgruppe Oberste Organe nicht doch der Anlaß, einmal im Jahr auch dem Raum vor dem Hohen Hause zu gewähren, was uns allen unter den Nägeln brennt. Wobei wir davon auszugehen haben, daß die Demokratie die Summe vieler Einrichtungen ist, von denen jede einzelne ihre Wichtigkeit hat.

An dieser Stelle haben wir zweifelsohne auch auf die Interessenvertretungen und Verbände einzugehen, auf die eine moderne Ge-

Peter

sellschaft nicht verzichten kann. Halten wir uns aber gerade in einer Zeit, in der diese Kollektive die Neigung zeigen, über ihre eigene Aufgabenstellung hinauszugehen und sich als „Staat im Staate“ zu begreifen, immer wieder vor Augen, daß die Stätte der Freiheit und die Garantie der Freiheit das Parlament ist und bleibt.

Zu glauben, die Mängel eines auf Parlament und Parteien beruhenden Staates könnten durch Aktivitäten außerparlamentarischer und außerhalb der Parteien stehender Organisationen und Verbände kompensiert werden, ist ein Irrtum, vor dem wir Freiheitlichen vorsorglich warnen möchten.

Es ist unbestritten, daß das Modell eines Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament, wie es der Bundesverfassung zugrunde liegt, nur noch als Fiktion besteht.

Wir alle wissen: In der politischen Realität ist es längst nicht mehr das Parlament in seiner Gesamtheit, das der Regierung kontrollierend gegenübersteht.

In der Wirklichkeit unseres Parlamentarismus ist es die Opposition, die ausschließlich die Bundesregierung kontrolliert, und es ist nicht mehr die Regierungsfraktion, die die Bundesregierung unterstützt. Der Verfassungswirklichkeit, in der sich auf der einen Seite Regierung und Regierungsfraktion und auf der anderen Seite die Oppositionsparteien gegenüberstehen, muß auch in unserer praktischen Arbeit der Kontrolle endlich Rechnung getragen werden.

Es ist und bleibt die parlamentarische Opposition, welche diese Kontrolle ausübt, und die Opposition wird im Regelfall nur von einer Minderheit getragen. Wenn aber einer Minderheit diese bedeutungsvolle Aufgabe zugewiesen ist, die Macht zu kontrollieren, dann muß sie auch mit besonderen Rechten ausgestattet sein.

Wir Freiheitlichen hoffen, daß diese Rechte der Minderheit im Rahmen der Geschäftsordnungsreform auch endlich zuteil werden. Eben mit dieser seit einiger Zeit in Vorberatung stehenden Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates, die mit korrespondierenden Änderungen der Bundesverfassung Hand in Hand gehen soll, wird diesem grundlegenden Anliegen, wie wir hoffen, Rechnung getragen werden.

So erfreulich das Einvernehmen ist, das sich zwischen allen drei Fraktionen in dieser Frage abzeichnet, so bleibt doch noch abzuwarten, wie weit dieses Einvernehmen tatsächlich und ganz korrekt gehen wird

a) in Richtung einer modernen, allen Situationen und politischen Konstellationen gerecht werdenden Geschäftsordnung und

b) im Sinne einer mutigen Reform, mit der auch neue Wege beschritten werden.

Meine Damen und Herren! Der Parlamentarismus teilt seit jeher das Schicksal der Demokratie, von den einen gelobt, von den anderen getadelt, mißverstanden oder manchmal auch gering geschätzt zu werden. Die meistgehörte Kritik, daß im Parlament zu viel geredet, vor allem aber zuviel gestritten werde, wurzelt in dem noch immer weit verbreiteten Vorurteil, es gehöre auch in der Politik die öffentliche Auseinandersetzung nicht zum guten Ton des gebildeten Menschen.

Die demokratische Erziehungsarbeit, die es hier noch zu leisten gilt, hat sich nicht nur auf die Staatsbürger, sondern sehr wohl auch auf die politischen Parteien zu erstrecken, die an der Verkennung des Wesens einer parlamentarischen Demokratie selbst auch da und dort Schuld tragen mögen.

Kein Zweifel aber kann daran bestehen: Die Verwirklichung der Demokratie ist im modernen Staat ohne Parlamentarismus und ohne Parteien nicht möglich! Unserem Parlament fehlt aber bis auf den heutigen Tag der erforderliche wissenschaftliche Hilfsapparat, wie ihn andere moderne Volksvertretungen längst besitzen, wie auch der Zugang zu jenen Informationsquellen, die allein durch die Erwerbsarbeiten der elektronischen Datenverarbeitung erschlossen werden. Beides ist unentbehrlich in einer Zeit, in der die Zusammenhänge immer unüberschaubarer und die zur Entscheidung heranstehenden Sachfragen im Zuge einer rasch fortschreitenden technologischen Entwicklung immer komplizierter werden.

Das Parlament der Republik Österreich kann nicht treffender charakterisiert werden als mit der Bezeichnung „Honoratiorenparlament“, was Erinnerungen an eine längst vergangene Epoche um die Jahrhundertwende wachruft.

Während der staatlichen Verwaltung, aber auch den Apparaten und Interessenvertretungen Stäbe höchstqualifizierter Experten aller Sachgebiete und die modernsten technischen Hilfsmittel zur Seite stehen, ist das 20. Jahrhundert in seinem 8. Jahrzehnt aus dem österreichischen Parlament noch immer ausgesperrt.

Angesichts dieser Tatsache erscheint das oft gehörte und von mir heute auch schon gebrauchte Wort von der „Waffengleichheit“,

Peter

auf welche die Gesetzgebung gegenüber der Vollziehung und auch gegenüber den Verbänden im vorparlamentarischen Raum Anspruch erheben muß, leider als Farce. Gewiß: Es gibt sehr positive Anzeichen dafür, daß hier — getragen von einem erfreulichen Konsens aller drei Nationalratsfraktionen — nunmehr darangegangen wird, das bisher Versäumte nachzuholen, um dem Parlament den Anschluß an die heutige Zeit zu ermöglichen. Doch wenn man sich vor Augen hält, wie ungeheuer groß der Nachholbedarf ist, wieviel noch getan werden muß, dann darf man auch der Ungeduld die Berechtigung nicht absprechen, die wir Freiheitlichen in dieser Frage an den Tag legen.

Lassen Sie mich noch einmal unterstreichen, daß die da und dort gehörte Diagnose, es werde „zuviel geredet“, meiner Meinung nach am Kern des Problems vorbeigeht. Man müßte dann auch sagen: Es wird in diesem Parlament unendlich viel gearbeitet. — Manchmal ist es auf Grund der mangelnden Voraussetzungen leider eine Sisypusarbeit. Hier geht es eben nicht immer so glatt, wie es sich die an der Macht befindliche Regierung stets wünscht. Und das ist gut so!

Zusammenfassend darf ich sagen: Wir Freiheitlichen stimmen mit zwei Sozialdemokraten, mit Christian Broda und Leopold Gratz, überein, wenn sie in der schon vor einigen Jahren herausgegebenen Broschüre mit dem bezeichnenden Titel „Für ein besseres Parlament — für eine funktionsfähige Demokratie“ Vorschläge für den Ausbau unserer parlamentarischen Einrichtungen feststellen — ich zitiere —:

„Das Parlament muß auch entsprechend organisiert sein und genügend technische und personelle Einrichtungen haben, um seinen Aufgaben gewachsen zu sein.“

Ebenso stimmen wir mit jenen Vertretern der Österreichischen Volkspartei überein, die sich in ähnlichem Sinne diese Auffassungen zu eigen gemacht haben. Wir begrüßen den positiven Anfang, der nun gemacht wurde, und wir anerkennen auch die Haltung, die der Präsident des Nationalrates gerade in letzter Zeit in diesem Zusammenhang bekundet hat.

Wenn wir also davon ausgehen können, daß sich die bessere Einsicht allgemein durchgesetzt hat, daß die Probleme des Heute nicht mehr länger mit einem Parlament von gestern gemeistert werden können, dann muß auch Einvernehmen darüber bestehen, daß den ersten Maßnahmen, die nunmehr gesetzt wurden, in knapper Aufeinanderfolge, unablässig und mit der gebotenen Eile weitere Maßnahmen zu folgen haben.

Ich habe durchaus nichts einzuwenden, meine Damen und Herren, wenn es ein Bundesminister für notwendig erachtet, sich einen qualifizierten zusätzlichen personellen Apparat durch Sonderverträge zu schaffen. Er hat eine verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, und es soll ihm das zugestanden werden. Aber auch hier bitte ich um Waffengleichheit für das Parlament und für die Oppositionsparteien.

Das Tempo, das im Bereich der Erneuerungen in der Verwaltung eingeschlagen wird, ist eben ein weitaus dynamischeres als jenes, das bei der Parlamentsreform, vor allem von seiten der Regierungspartei, an den Tag gelegt wird.

Meine besondere Bitte richte ich an die Regierungspartei, das Ihre dazu beizutragen, die Voraussetzungen für eine bessere Kontrolle durch die Oppositionsparteien rasch zu verbessern und auszubauen. In der Endkonsequenz geht es darum, eine mit absoluter Mehrheit ausgestattete Regierung zu kontrollieren. Nie und nimmer wird sich dieser Aufgabe jene Partei unterziehen können, die diese Regierung derzeit mit ihren 93 SPÖ-Mandaten trägt, stützt und unterstützt, sondern stets wird es die Aufgabe der parlamentarischen Demokratie sein, den Oppositionsparteien gebührend Raum für die Kontrolle einzuräumen.

Wir Freiheitlichen werden zum Bundesfinanzgesetz 1974 ein sehr differenziertes Nein setzen und weiterhin eine sehr differenzierte Oppositionspolitik betreiben. Wir werden neben dem Budgetkapitel Oberste Organe auch die Budgetkapitel Äußeres sowie Wissenschaft und Forschung annehmen, sind aber nicht in der Lage, dem Gesamtbudget 1974 die Zustimmung zu erteilen, weil vor allem von seiten des Bundesministers für Finanzen nicht jenes Verständnis aufgebracht wurde, das wir Freiheitlichen in dieser unübersichtlichen Zeit als selbstverständlich erachten. Dieses Verständnis müßte darin gipfeln, daß die Bundesregierung nicht nur der Gesamtheit der Bevölkerung Opfer und Einschränkungen zumutet, sondern daß vor allem die Bundesregierung und im besonderen der Bundesminister für Finanzen, was die Spargesinnung und den Sparwillen betrifft, der österreichischen Öffentlichkeit vorbildlich vorangehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Im Protokoll wurde festgestellt, daß der Herr Abgeordnete Ofenböck zweimal den Ausdruck „Frechheit“ gebraucht hat. Ich erteile ihm deswegen den Ordnung s r u f.

Präsident Probst

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fleischmann** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf mich zunächst mit einer Feststellung des Herrn Kollegen Dr. Prader etwas beschäftigen, der sich so sehr mit der Glaubwürdigkeit der Sozialistischen Partei auseinandergesetzt hat und der da gemeint hat, die Sozialisten hätten ihre Glaubwürdigkeit bis zu einem gewissen Grad bereits verloren.

Hohes Haus! Es ist ja nicht so, daß wir bisher unsere Versprechungen, die in unseren Arbeitsprogrammen vor den Wahlen jeweils enthalten waren, nicht eingehalten haben. Wir haben eine Steuersenkung vor den Wahlen versprochen, und wir haben dieses Versprechen der Steuersenkung auch eingelöst. Aber wie war es denn im Jahre 1966, meine Damen und Herren?

Ist nicht im Jahre 1966 — ich habe das so dunkel in Erinnerung — die Österreichische Volkspartei mit dem Versprechen einer größeren Steuersenkung in die Wahlen gezogen? Und was hat sich denn dann abgespielt? — Dann wurden neue Steuern eingeführt! Die versprochene Steuersenkung wurde nicht gegeben! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Natürlich wurde sie gegeben!*) Und da trauen Sie sich bei uns von Unglaubwürdigkeit zu reden? (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie sagten — der Herr Kollege Dr. Schwimmer hatte sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet —, Sie hätten ohnedies für die Schulbücher und für die Heiratsbeihilfe in dritter Lesung gestimmt. Bitte: Wer hat denn dann die Inserate in den Tageszeitungen, die alle ohne Ausnahme dagegengesprochen haben, verfaßt? Welche Partei war denn das dann? Stand da nicht „Österreichische Volkspartei“ darunter? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Ich darf noch etwas anderes sagen: Der Herr Kollege Prader hat von umfangreichen Alternativen gesprochen, die die Österreichische Volkspartei gesetzt hat. Ich habe hier die Anträge zum Budget 1974. Die Haltung der Oppositionspartei ist ja klar und gleich geblieben. Zuwenig Geld für die einzelnen Kapitel und insgesamt ein viel zu hoher und daher selbstverständlich inflationsfördernder Aufwand.

Nun lassen Sie mich das aber an einigen Beispielen demonstrieren. So werden hier in diesem Antragspaket in einem Entschließungsantrag des Kollegen Vetter etwa Sondermaßnahmen für die Strukturverbesserung ländlicher Problemgebiete verlangt. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida hat einen Antrag

eingebraucht und fordert ein Benzinkostensenkungsgesetz. Der Abgeordnete Steiner fordert zusätzliche Mittel für das Wegenetz im ländlichen Raum, der Kollege Hagspiel Bewirtschaftungsprämien für Bergbauern. Der Abgeordnete Kinzl wieder fordert eine Vorsorge für die Verpflegung des Mob-Heeres innerhalb einer angemessenen Frist, und der Herr Kollege Burger fordert — selbstverständlich — eine Erhöhung der Bergbauförderungsmittel. Dann kommt der Kollege Dr. Zittmayr, bringt einen Antrag ein, wonach allen Land- und Forstwirten ein pauschalierter Vorsteuerabzug in der Höhe von acht Prozent eingeräumt werden solle und außerdem sei der Handelsdünger dem halben Mehrwertsteuersatz zu unterwerfen. Und schließlich liegt der Antrag vor, das Gasöl gänzlich von der Bundesmineralölsteuer zu befreien. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Auf diese Art und Weise bewahrheitet sich das Wort eines großen Schriftstellers, der da sagt: „Der Staat, das ist die große Fiktion, mit Hilfe deren sich jedermann bemüht, auf Kosten von jedermann zu leben.“

Man kann das aber noch deutlicher sagen — und ein englischer Politiker hat das schon getan —: „Opposition ist die Kunst, mehr zu versprechen, als die Regierung halten kann.“

Horst Knapp hat diesen Ausspruch in seinem letzten Büchlein so kommentiert: „Wenn das so ist, dann muß man der ÖVP neidlos attestieren, daß sie sich, kaum auf der Oppositionsbank gelandet, in dieser Kunst bemerkenswert perfektioniert hat.“ (*Beifall bei der SPO.*) — Stammt nicht von mir, stammt von Horst Knapp.

Und der „Kurier“ — eine Zeitung, die uns wahrlich nicht nahesteht und von der man beim besten Willen nicht sagen kann, daß sie für uns immer sehr freundliche Worte findet (*Abg. Dr. Kohlmaier: Auch für uns nicht!*) — kommentiert noch schärfer. In seiner Ausgabe vom 16. November steht folgendes zu lesen:

„Es liegt jedoch im gestrigen Denken begründet, wenn man glaubt, mit immer neuen Forderungen nach Steuerbindungen und nach zeitlich begrenztem Steuerverzicht, Herrn Österreicher politisch ‚mobilisieren‘ zu können. Dieser Herr Österreicher denkt heute — Gott sei Dank! — ein Stück weiter als Oppositionspolitiker.“

Ich weiß nun nicht, meine Damen und Herren, wie viele derartige weitere Anträge im Verlauf der Budgetdebatte noch kommen wer-

Dr. Fleischmann

den. Aber eines scheint mir schon sicher: So werden Sie auf die Dauer nicht Opposition machen können.

Der Herr Klubobmann Dr. Koren hat erst vor einiger Zeit auf einer Pressekonferenz erklärt, daß seine Partei vom Image der Neinsager-Partei wegkommen müsse und in Hinblick konstruktive Oppositionspolitik zu machen gedenke.

Das war ein sehr lobenswerter Vorsatz, das hat uns wirklich sehr gefreut, allerdings scheint es mit der Befolgung nicht sehr weit her zu sein.

Ich lese — wieder im „Kurier“ vom 16. November —:

„Für wie primitiv und dumm hält die OVP den Herrn Osterreich, wenn sie feststellt: ‚Unter Kreisky stiegen die Treibstoffpreise um 52,6 Prozent? Kein Wort vom Öl und den Arabern. Als ob Kreisky sich die Ölpreis-erhöhung bei den Lieferländern bestellt hätte, um die Produktionspreise in Österreich hinaufnumerieren zu können.“

Wenn ich nun daran denke, was diese vorher zitierten Anträge kosten würden, dann scheint mir das Nein zum Budget mit der Begründung, daß die ungeheure Aufblähung nicht zu verantworten sei, doch etwas problematisch zu sein, meine Herren auf der rechten Seite dieses Hauses.

Es war überhaupt recht interessant, den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß zu folgen. Da wurde etwa allen Ernstes die Frage aufgeworfen, ob man nicht das Bundesgesetzblatt etwas umgestalten könnte. Das Beispiel eines Bundeslandes wurde zum Vergleich herangezogen.

Vergessen hat man allerdings — in der Hitze des Gefechts vermutlich —, daß der Umfang der beiden Gesetzblätter miteinander doch nicht ganz vergleichbar ist und daß darüber hinaus diese Umgestaltung auch eine Dokumentation des genannten geltenden Rechtes zur Voraussetzung hätte, die wir ja nicht haben.

Wie schwierig eine solche Rechtsdokumentation ist, hat sich ja schon in aller Deutlichkeit bei der Dokumentation im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes gezeigt. Selbst dort, wo es sich im wesentlichen um einen klar abgegrenzten Rechtsbereich gehandelt hat, ist das Zurückgehen auf frühere Entscheidungen noch nicht ganz befriedigend gelöst worden.

Wenn diese Bestrebungen dennoch weitergeführt werden, dann zeigt dies nur mit aller Deutlichkeit, daß für uns und für diese Regie-

rung Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsreform nicht nur Schlagworte sind, sondern daß hier zielstrebig weitergearbeitet wird.

Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, es war diese Regierung, die erstmalig Berichte über den Stand der elektronischen Datenverarbeitung in den Bundesdienststellen und über die Koordination der EDV vorgelegt hat. Hiebei mußte mancher Wildwuchs beseitigt werden, der sich in früheren Zeiten eingeschlichen hatte, und es blieb auch dieser Regierung vorbehalten, den Kompetenzdschungel zwischen den einzelnen Ministerien zu lichten und zu einer klar überschaubaren Verwaltungsorganisation zu kommen.

Ich möchte hier nicht noch einmal die Diskussion über das Bundesministeriengesetz nachvollziehen. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, meine Damen und Herren, daß Sie von der rechten Seite des Hauses nie die Kraft, die innere Kraft hatten, während Ihrer Regierungszeit die ministerielle Organisation zu ändern — obwohl Sie es tun wollten —, weil einfach die bündischen Interessen in der Partei zu stark und daher unüberwindlich waren.

Dieselbe Interessenkollision haben ja auch die Beratungen um die neue Gewerbeordnung gezeigt. Und die haben Sie mit Schlaglichtern versehen, die man genießen muß.

Schon ein Abgeordneter des Österreichischen Reichsrats hat die Probleme, die Sie bei der Gewerbeordnung bewegt haben, mit geradezu klassischer Präzision ausformuliert. Er hat nämlich gesagt: „Unlauterer Wettbewerb ist der Wettbewerb, den die anderen mir machen.“

In allen diesen Fällen hat sich mit einer Deutlichkeit sondergleichen gezeigt, daß offenbar die konservativen Kräfte in diesem Lande nicht in der Lage sind, ihre Vergangenheit, aber, noch viel schlimmer, auch die Gegenwart zu bewältigen.

Sie stimmen einem Budget nicht zu, das erstmalig Familienberatungsstellen in ganz Österreich ermöglicht, das durch neue Werbemethoden bei der Polizei erstmalig für eine Aufwärtsentwicklung des Personalstandes vorsorgt, das Tausende neue Lehrpersonen zur Befriedigung der Bildungsanliegen der Bevölkerung vorsieht und das auch Ihre Forderung nach mehr Budgetmitteln für das Bundesheer abdeckt. Aber das liegt ja auf Ihrer Neinsage-Linie.

Sie wettern gegen das Gratisschulbuch, verlangen aber im gleichen Atemzug freie Lehrmittel für die Studenten an den Hochschulen.

Dr. Fleischmann

Hier gehört schon eine kräftige Portion Selbstentäußerung dazu, derartig zweigleisig zu denken.

Sie haben aber zum Beispiel kein Wort der Anerkennung dafür gefunden, daß die Studenten nunmehr in die Sozialversicherung einbezogen werden und daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einen Beitrag von 5 Millionen Schilling als — na, wenn Sie wollen — Arbeitgeberanteil hierfür entrichtet. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die waren schon sozialversichert, die meisten Studenten!*) Nein, eben nicht, Herr Kollege Kohlmaier! Das ist ja die Schwierigkeit gewesen. Das müßten Sie doch als Sozialpolitiker viel besser wissen, als Sie jetzt mit dem Zwischenruf dokumentieren. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ich weiß es eben besser, deshalb habe ich den Zwischenruf gemacht!*)

Sie haben sich bei der Errichtung der Universitätsinstitute auf dem Sternwartegelände hinter die billige Argumentation der Gegner gestellt, es aber mit schöner Selbstverständlichkeit dieser Regierung überlassen, in sehr kurzer Zeit ein Ersatzgrundstück dafür bereitzustellen.

Sie mokieren sich jetzt über mangelnde Hochschulplanung — und was haben Sie getan? Sie sagen keineswegs, daß sich in jener Zeit, in der Sie das Unterrichtsministerium verwaltet haben — und das waren mehr als zwanzig Jahre — nicht einmal eine solche Planungsabteilung zustande gebracht haben.

Sie haben sich immer mit der Addition aller Wünsche der Hochschulen begnügt und diese zwar zu den Akten genommen, aber durch mehr als 20 Jahre weniger als das Notwendigste getan. Dieser Bundesregierung ist es vorbehalten geblieben, ein Planungskonzept für Hochschulen zu entwickeln und echte Prioritäten zu setzen.

Nun zu einem anderen Problem, das erst vor ein paar Tagen in diesem Hause sehr eingehend behandelt wurde. Wenn ich damals richtig mitgeschrieben habe, hat der Kollege Gorton von der gemeinsamen Sorge um die verstaatlichten Unternehmungen gesprochen, und der Kollege Hauser hat sich etwa so ausgedrückt: Wir wollen nicht unterscheiden: hier private, hier verstaatlichte Industrie. In den Ausschußberatungen wurde sehr viel und sehr lange darüber gesprochen; auch der Kollege Burger hat sich an dieser Debatte beteiligt und besorgt getan, ob und warum diese Buntmetalllösung richtig oder unrichtig sei, wie denn die Dinge um den Eisen- und Stahlkonzern lägen, daß der Bund hier viel zuwenig tue und daß man selbstverständlich mehr Geld für diese Unternehmungen erwarte.

Man war also — das war aus den Äußerungen mit aller Deutlichkeit zu entnehmen — offenbar auf Ihrer Seite durchaus bereit, fremdes Geld für die gemeinsame verstaatlichte Industrie auszugeben. Das ist ein sehr schöner Zug. Besonders die Kollegen vom ÖAAB haben sich hier im wesentlichen hervor getan. Aber auch ein Vertreter des Wirtschaftsbundes, nämlich der Herr Kollege Gorton, war im Ausschuß offenbar derselben Meinung, denn sonst hätte er ja andere Redewendungen gebraucht, als ich sie jetzt angeführt habe.

Nun findet man aber von demselben Wirtschaftsbund immer wieder mit schöner Regelmäßigkeit Enunziationen, die ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten möchte. So lese ich zum Beispiel in der „Neuen Zeit“ vom 16. Juni, daß ein Gremium eben dieses Wirtschaftsbundes in der Steiermark beschlossen habe, die verstaatlichte Industrie zu reprivatisieren. Man könnte das vielleicht für eine einmalige Augenblickserscheinung halten. Daß dem nicht ganz so ist, zeigt ein Artikel der Zeitung der Gewerkschaftsjugend vom November dieses Jahres, der wieder von einer Konferenz des Wirtschaftsbundes, diesmal in Salzburg, berichtet. Und dort wurde nicht nur die Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmungen, sondern sogar auch der Post gefordert.

Dieser Wirtschaftsbund, meine Damen und Herren, ist nicht irgendeine Vereinigung ewig Gestriger, sondern offenbar der mächtigste der drei Pfeiler unserer großen Opposition. Wir haben daher allen Grund, diese Äußerungen mit dem gebotenen Ernst zu verfolgen und zu beachten.

Eines muß man der Ordnung halber hier schon feststellen: Die Sozialisten in Österreich waren und sind bisher immer mit aller Kraft für die Belange dieses Industriekomplexes eingetreten und sie werden es auch in Zukunft tun. Daran werden Sie von der ÖVP uns auch fernerhin nicht hindern können! (*Abg. Doktor Schwimmer: Applaus! — Abg. Dr. Zittmayr: Der steigert sich so hinein und die applaudieren überhaupt nicht! — Heiterkeit.*) Wir haben ja nicht den Ausverkauf der Elektroindustrie in Österreich zu vertreten. Das bleibt ja Ihnen vorbehalten. Wenn dann von Rettung gesprochen wird, was auch schon getan wurde, dann lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die damaligen Verhandlungen mit Siemens keine Verhandlungen waren. Sie waren ein Diktat, das zu erfüllen Sie sich nicht geschämt haben. In ähnlicher Weise ist man ja seinerzeit schon bei der AEG vorgegangen. Man hat das ganze dann als Triumph gefeiert, hat aber verschwiegen, daß man damit die Elin für Jahre in die größten Schwierigkeiten gebracht hat und daß

Dr. Fleischmann

zur Sanierung dieser Probleme, die daraus bei der Elin entstanden sind, ein Betrag von mehr als 700 Millionen Schilling erforderlich gewesen ist, deren Aufbringung Sie aber großzügigerweise immer den sozialistischen Regierungsmitgliedern überlassen haben. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wissen Sie, was der Finanzminister mit der Elektrobau Linz vorhat?*) Ich kann diese Dinge hier mit sehr viel Berechtigung zur Sprache bringen, lieber Herr Kollege Schwimmer, aus dem einfachen Grund, weil ich in meiner beruflichen Tätigkeit mehr als 15 Jahre mit den Geschicken dieser verstaatlichten Industrie sehr eng verbunden war, und die Elektrobau ist kein verstaatlichtes Unternehmen, Herr Kollege Dr. Schwimmer. Da müssen Sie das Verstaatlichungsgesetz lesen, da kann ich Ihnen leider nicht helfen. Die Elektrobau ist kein verstaatlichtes Unternehmen, das muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sagen Sie, was der Finanzminister mit der Elektrobau Linz vorhat! Sie soll an Schweden verkauft werden, um der Elin Konkurrenz zu machen!*) An Schweden wird die Elektrobau wahrscheinlich nicht verkauft werden, da wissen Sie mehr als ich.

Ich habe allerdings — und das muß ich schon sagen — in den letzten 15 Jahren in der verstaatlichten Industrie sehr häufig den Eindruck gewinnen müssen, daß Ihnen die Besetzung von Vorstandsposten viel wichtiger war als das Geschick des jeweils betroffenen Unternehmens, sonst hätten Sie nicht sofort und ohne Schwierigkeiten den sozialistischen Generaldirektor bei der Elin einfach abgezogen und einen neuen bestellt. Sie haben das selbe in Ranshofen gemacht. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen eine ganze Reihe solcher Beispiele aufzählen.

Nach dem April 1970 stehen wir plötzlich vor einer komplett neuen Situation. Die jetzt Opposition gewordene ÖVP entdeckt ihr Herz für diese Betriebe, und von dem Zeitpunkt an ist Ihnen das beste für die verstaatlichten Unternehmungen gerade noch gut genug. Die Sorge um die Unternehmungen ist offenbar in demselben Ausmaß gewachsen wie die Entfernung von den Schreibtischen der jeweils zuständigen Bundesminister.

Sie haben ja gar nichts anderes zu tun, als etwa die Frage der Elektrolyse in Ranshofen im Gespräch zu halten. Darf ich Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß Ihrem früheren Minister Dr. Weiß dieser Antrag bereits zur Entscheidung auf den Schreibtisch gelegt wurde. Niemand hat ihn daran gehindert, die jetzt so energisch ungierte Entscheidung schon damals zu treffen. Aber dort ist der Akt bis zum Ende seiner Amtsperiode

gelegen. (*Zwischenruf bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben ihn 3 Jahre im Schreibtisch liegenlassen!*) Wir haben ihn nicht liegenlassen. Ihr Minister Weiß hat das liegen gelassen. Bei uns sind die Dinge vorangetrieben worden, das war ja der Unterschied. Wären Sie in den Ausschuß gegangen, da hätten Sie das gehört.

Sie triefen vor Sorge um den österreichischen Kohlenbergbau, aber damals, wo es darum gegangen ist, die Lieferverträge mit den Dampfkraftwerken zu sichern und einer brauchbaren Lösung zuzuführen, haben Sie stereotyp erklärt, daß Sie Verhandlungen zwischen privaten Vertragspartnern natürlich nicht beeinflussen können. Nur beim Zusperren, da haben Sie es immer eilig gehabt. Als beim Lavanttaler Kohlenbergbau ein Grubenbrand ausgebrochen ist, waren Sie sofort bereit, 160 Millionen Schilling fürs Zusperren auszugeben. Für die Aufrechterhaltung haben Sie immer zugeknöpfte Hosentaschen gehabt. Das muß man schon sagen. Sie haben die Auflösung des Investitionsfonds der verstaatlichten Industrie zu verantworten, nicht wir. Sie haben von jener Aushungerungstaktik Gebrauch gemacht, von der hier schon öfter die Rede war. Erst jetzt, nach vielen versäumten Jahren, ist es gelungen, die Regelungen, die wir schon 1962 vorgeschlagen haben — die Programme liegen vor uns, sie sind von Ihnen sabotiert worden ... (*Abg. Dr. Schwimmer: Gelungen ist Ihnen, 2 Milliarden zu versprechen und nicht zu geben! Das ist Ihnen gelungen!*)

Herr Kollege Schwimmer, Sie müssen von etwas reden, wovon Sie etwas verstehen. Ich rede von der Sozialpolitik auch nicht, weil ich davon nichts weiß. (*Abg. Dr. Schwimmer: Da haben Sie recht!*)

Es ist ein Glück, daß die Entscheidungen, die in der verstaatlichten Industrie fallen, nicht in der Kärntner Straße fallen, sondern noch in den Vorstandsbüros dieser Unternehmungen, und das Vertrauen in die Fähigkeiten der Vorstände und der leitenden Angestellten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer sozialistischen Politik.

Ich komme schon zum Schluß. Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß die große Opposition dem Budget ihre Zustimmung verweigern wird, einem Budget, das über weite Strecken nicht nur die Verwirklichung von jahrelangen Vorstellungen der Menschen in diesem Lande bringt, einem Budget, dem naturgemäß auch gesellschaftspolitische Vorstellungen zugrunde liegen, das aber nicht nur ein soziales Budget, sondern in höchstem Maß ein den Menschen gerechtes Budget ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta** (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige Bemerkungen zu dem Diskussionsbeitrag des Kollegen Marsch machen.

Ich möchte keineswegs persönlich werden, Herr Kollege Marsch, aber mir ist unbegreiflich, wie wenig sachlich fundiert Ihre Ausführungen waren — viel weniger sachlich fundiert, als man eigentlich von einem führenden Funktionär der Regierungspartei erwarten müßte.

In der Frage der Zustimmung — Nichtzustimmung zu wesentlichen Gesetzen hat Sie bereits der Kollege Schwimmer auf Ihren Irrtum hingewiesen.

Darüber hinaus, Herr Kollege, danke ich zunächst dafür, daß Sie den Sozialplan der ÖVP, der Ihnen offenbar Sorgen macht, zitiert haben. Leider haben Sie ihn falsch zitiert. Sie haben zum Beispiel gesagt: Die ÖVP verlangt in ihrem Sozialplan gleich vier Wochen Urlaub. — Sehen Sie, das ist einfach nicht richtig. Wenn Sie sich ein bißchen mit der Materie beschäftigt hätten, dann hätten Sie feststellen müssen, daß die Aussage, die wir in diesem Sozialplan gemacht haben und die schon Dr. Mock beim Parteirat der ÖVP gemacht hat, die war: Wenn die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden abgeschlossen ist, dann ist ja zu erwarten, daß irgendwann, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen es erlauben, weiter der Wunsch auf eine wöchentliche Arbeitszeitreduzierung kommt, und da haben wir eine Präferenz, aus Gründen der Erholung, aber auch aus anderen Gründen, dann nicht die wöchentliche Arbeitszeit, sondern die Erholungszeit zu verlängern. Das ist etwas anderes, Herr Kollege Marsch!

Oder Sie haben gesagt, wir sind für drei Jahre Karenzurlaub. Sehen Sie, auch wir wissen, daß man es einem Betrieb nicht zumuten kann, einer Beschäftigten drei Jahre den Arbeitsplatz zu reservieren. Wir glauben nicht, daß das möglich ist. Daher wollen wir nicht drei Jahre Karenzurlaub, wohl aber einen dreijährigen Bezug des Karenzurlaubsgeldes, das ja aus Arbeitslosenversicherungsmitteln zu decken ist.

Und wissen Sie, Herr Kollege Marsch, ganz arg war es, wie Sie gesagt haben: Der Finanzminister hat keinen Gewinn davon, daß diese Preiserhöhungen auf dem Mineralölsektor — Treibstoff einerseits, Heizöl andererseits — eintreten. — Das ist effektiv falsch, Herr Kol-

lege! Sie haben einfach übersehen, daß wohl beim Heizöl keine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer eintritt, daß aber durch die Mehrwertsteuer der Finanzminister allein beim Heizöl etwa 80 Millionen Schilling Mehreinnahmen haben wird, und am Treibstoffsektor, wo sich tatsächlich eine Erhöhung der Steuer ergibt, werden es 600 bis 700 Millionen Schilling sein. Sehen Sie, Herr Kollege, das ist so weit daneben, daß ich es sagen mußte, damit hier keine wie immer gearteten Legenden entstehen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich weiß nicht, Sie waren heute in einigen Punkten ein bißchen daneben. Es ist leider damit noch nicht Schluß. Ich möchte auch noch einmal zu Ihrer Aussage zurückkehren, die wir uns merken wollen, Herr Kollege Marsch: Es kommt nicht auf die Abstimmung an, sondern auf den Geist. Das ist eine Aussage von einem Parlamentarier, die mich nur im höchsten Grad verwundern kann. Ja, meine Damen und Herren, wozu stimmen wir hier ab, wenn es auf den „Geist“ ankommt?

Sie haben dann ein Beispiel gebracht, das der Kollege Fleischmann wieder aufgegriffen hat und das auch ganz einfach falsch ist. Sie haben gesagt: Bei der Heiratsbeihilfe waren Sie ja dagegen; wenn Sie dann auch in dritter Lesung zugestimmt haben, Sie waren dagegen, und das ist für uns das Maßgebliche! — Herr Kollege Fleischmann: Auch hier falsch informiert, wahrscheinlich ohnedies von Marsch falsch informiert.

Im Wahlprogramm der ÖVP wurde im Punkt „Sicherheit für die Familie“ gesagt, daß man einen solchen Betrag, und zwar eine einmalige Haushaltsgründungsbeihilfe von 10.000 S, wahlweise zur steuerlichen Abschreibung schaffen soll. Sie haben heute das Wort „lizitieren“ in den Mund genommen, Kollege Marsch. Sie haben damals diese 10.000 S in Ihrer Wahlwerbung auf 15.000 S erhöht. Aber das ändert nichts daran, daß wir nicht nur nicht dagegen waren, sondern daß das unser Vorschlag war, den Sie sich angeeignet haben. Also selbst wenn Sie hier den Geist zitieren, Herr Kollege Marsch, dann haben Sie einen falschen Geist beschworen! (Beifall bei der ÖVP.)

Kollege Fleischmann hat sich auch wahn-sinnig vergriffen. Er hat gesagt: Der erste EDV-Bericht war von dieser Regierung. — Ich darf aufmerksam machen: Der erste Bericht in dieser Richtung wurde am 1. Juli 1969 gemacht; da gab es auch noch keine Regierung Kreisky.

Nächster Lapsus — ich weiß nicht, ob man das alles noch als Lapsus bezeichnen kann, darauf hat Prader schon hingewiesen —: Sie

Dr. Kohlmaier

haben hier von der Aufhebung der Sondersteuer geredet. Sie haben sie eingebaut in den Steuertarif nach dem Motto: „Darf's noch ein bisserl mehr sein?“

Herr Kollege Marsch! Wenn ich schon dabei bin, Sie auf einige wichtige Dinge hinzuweisen, möchte ich noch etwas hinzufügen, weil uns das sehr wichtig ist. Ich habe mitgeschrieben. Sie haben im Zusammenhang mit der Arbeitsverfassung gesagt: „Wir werden in wenigen Tagen die Mitbestimmung am Arbeitsplatz beschließen.“ Das stimmt leider auch nicht ganz. Es heißt nämlich im § 37 Abs. 3 dessen, was hoffentlich und erfreulicherweise die Basis der gemeinsamen Beschlußfassung werden wird: „Die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Informations-, Interventions-, Überwachungs-, Anhörungs- und Beratungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers gegenüber dem Betriebsinhaber werden durch den II. Teil dieses Bundesgesetzes nicht berührt.“ Sehen Sie, genau das findet eben nicht statt, daß wir über die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein Gesetz beschließen werden, sondern wir werden ein Gesetz über die Mitbestimmung der Funktionäre beschließen. Daß es an sich zweckmäßig ist, daß hier eine Neukodifikation erfolgt, das haben wir nicht bestritten. Es ist auch erfreulich, daß wir uns geeinigt haben. Aber die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist zweifellos nicht Gegenstand dieser Gesetzgebung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Aussprechen von Dingen hier an diesem Pult, die nicht ganz den Tatsachen entsprechen, ist mir bereits bei der Debatte am vorigen Freitag über den ÖVP-Antrag zur Einkommensteuergesetz-Novelle aufgefallen. Hier hat ein Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, der Kollege Willinger, den Mut gehabt, nicht mehr und nicht weniger zu behaupten, als daß die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer heute ohnedies geringer sei als zur Zeit der ÖVP-Regierung. Meine Damen und Herren! Entweder findet der Herr Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten nicht mehr die Zeit, mit den Angestellten über die Frage der Steuer zu sprechen, oder er gibt sich dem hin, was wir hier immer wieder spüren: Man sagt hier einfach das Gegenteil und glaubt, damit sind die Probleme aus der Welt geschafft. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Eins von beiden kann nur stimmen.

Ich will jetzt wirklich nicht übertreiben, aber uns allen ist das im Ohr geblieben, was unser Klubkollege Hauser im Zusammenhang mit der Sprachregelung der Sozialistischen Partei — statt Abtreibung sagt man Unterbrechung der Schwangerschaft — zur Wort-

verdrehung, zur Manipulation gesagt hat. Er hat hier den Roman „1984“ erwähnt. Ich stelle hier ganz nüchtern fest, meine Damen und Herren: Einbau von Steuern heißt Beseitigung von Steuern; mehr Steuern heißt weniger Steuern; mehr Preiserhöhungen heißt weniger Preiserhöhungen; Mangel an Treibstoff heißt, es ist genug Treibstoff vorhanden; Mangel an Heizöl heißt, es gibt ohnedies genug; und Zustimmung zu Gesetzen heißt Ablehnung, und Ablehnung zu Gesetzen heißt Zustimmung; und wenn man des Irrtums überwiesen wird, sagt man: im Geist hat es sich so abgespielt, wie wir gesagt haben. — Das ist Manipulation in Reinkultur, meine Damen und Herren! Dagegen müssen wir uns wehren, immer wieder wehren, hier und an allen Stellen dieses Landes! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Marsch! In diesem größeren Zusammenhang wundert es mich nicht mehr, wenn alle diese Unwahrheiten auch immer wieder in Ihren Werbemitteln auftauchen. Kollege Marsch! Sie haben, wahrscheinlich in einer Millionenaufgabe, der österreichischen Bevölkerung auf Tiefdruck mit schönen Farben und mit wahnsinnigem Geldaufwand mitgeteilt, die ÖVP sei gegen die Gesundenuntersuchungen.

Schwimmer hat bereits gesagt: Wir haben dieses Prinzip der Gesundenuntersuchungen, als wir das ASVG geändert haben, nicht nur zustimmend hier im Parlament zur Kenntnis genommen, wir haben sogar noch Anträge gestellt, dieses System auszubauen, zu erweitern. Weil Sie aber dann den Versicherten soviel Beitragserhöhungen zugemutet haben, die den Krankenkassen viel mehr Gewinn gebracht haben als auf der anderen Seite Nutzen für die Versicherten, haben wir dann in dritter Lesung das Gesamtgesetz abgelehnt. Das ist ein alter parlamentarischer Brauch. Ich bin gar nicht so viel länger als Sie im Parlament, aber eines weiß ich schon sehr genau: daß das Abstimmen hier in zweiter Lesung mit getrennter Abstimmung und so weiter ja mehr ist als ein bloßes Zeremoniell, es ist die legitime Plattform einer Partei zu sagen: hier sage ich ja und hier sage ich nein.

Sie haben als Opposition davon auch reichlichen Gebrauch gemacht, bei Gesetzen, wo Sie in dritter Lesung zugestimmt haben, in einzelnen Punkten nein zu sagen, und wo Sie in dritter Lesung nein gesagt haben, in einzelnen Punkten ja zu sagen, damit Sie hier in diesem Parlament dokumentieren, daß Sie eben eine differenzierte Haltung zu einzelnen Punkten haben. So haben wir zur Gesundenuntersuchung ja gesagt und Sie — als SPO — haben nun mit einem Millionenaufwand der Bevölkerung dieses Landes weisgemacht, wir

8388

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Dr. Kohlmaier

seien gegen die Gesundenuntersuchungen. Fangen Sie nicht langsam an, Herr Kollege Marsch, selbst auch davor Angst zu bekommen, welcher Substanzverlust für die Demokratie eintreten kann, wenn man die Dinge einfach so verdreht? Denken Sie doch einmal darüber nach! (*Abg. Dr. Gruber: Denken soll er?*)

In diesem weiteren Zusammenhang wird natürlich verständlich, daß Sie so gegen die unabhängigen Zeitungen auftreten, daß Sie sich offenbar eine Rundfunkreform erhoffen, bei der die Stimme, die kritische Stimme zurückgedrängt werden soll. Es ist ganz klar: Wenn man so viel und so umfangreich mit der Unwahrheit hier und auf anderer Ebene operiert, dann ist man sehr empfindlich gegenüber allen, die diese Taktik nicht mitmachen.

Meine Damen und Herren! Nach dieser kurzen Auseinandersetzung mit meinem Kollegen Marsch möchte ich auf ein Thema zu sprechen kommen, das ich für sehr wesentlich halte, das zur Beratungsgruppe II gehört, das uns allen sehr am Herzen liegt. Es ist die Frage der Familienpolitik.

Ich erinnere mich noch sehr genau: Als ich als junger Abgeordneter hier ins Parlament gekommen bin, da haben die Attacken, die harten Attacken der sozialistischen Oppositionspartei gerade auf dem Gebiet der Familienpolitik einen Höhepunkt erreicht. Und der Hauptvorwurf, der damals immer wieder erhoben wurde, war der, daß Mittel des Familienlastenausgleichs zweckentfremdet wurden, daß man nicht alles, was für Familienlastenausgleich eingenommen wurde, auch wieder in Form von Beihilfen ausgegeben hat.

Ich war damals nicht nur Abgeordneter der Regierungspartei, ich war damals auch Familienpolitiker. Ich hatte eine Funktion in diesem Bereich, ich war Mitglied des familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt und Vorsitzender des Familienbundes. Ich muß gestehen, daß ich damals in dieser Frage in eine Art persönlichen Konflikt gekommen bin. Ich habe mich als Familienpolitiker, als Vorsitzender einer Organisation, wo es auch sozialistische Mitglieder nach wie vor gibt, auch freiheitliche Mitglieder, vehement dafür einsetzen müssen, daß tatsächlich alles, was für die Familien eingehoben wird, auch wieder für die Familien ausgegeben wird. Auch als Abgeordneter habe ich mich ein bißchen dagegen gesträubt, daß das noch nicht in vollem Umfang erreicht werden konnte, aber immerhin haben wir damals einen wesentlichen Fortschritt erreicht. Ich darf wohl als einen Erfolg der Familienorganisationen, der familienpolitisch engagierten Kollegen in Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund und

auch der sozialistischen Opposition von damals buchen, daß man diesen Reservefonds mit Rechtspersönlichkeit geschaffen hat, wo eben das, was für die Familien eingenommen wird, von Gesetzes wegen reserviert ist, gar nicht mehr in das Eigentum oder in die Treuhandschaft des Staates übergeht und damit dem Zugriff des Finanzministers entzogen ist.

Herr Kollege Jungwirth! Vielleicht erinnern Sie sich sogar an das kleine Gespräch, das wir hier im Plenum hatten. Ich habe Ihnen damals sogar hier im Haus zugegeben, daß Sie mit dieser Kritik recht hatten und habe nachher eine sehr väterliche Kritik von unserem Klubobmann Withalm entgegengenommen, der gesagt hat: Schau, wir alle haben das nicht mit leichtem Herzen getan, aber es war eben eine Notwendigkeit. Sehen Sie, meine Damen und Herren, wir waren also damals sogar Verbündete, Sie von der sozialistischen Opposition, und wir Familienorganisationen, Familienpolitiker, die sich für die Familien engagiert haben.

Wenn es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Vorgangsweise der Volkspartei und sozialistischer Taktik gibt, dann ist es wohl der, daß heute alle die, die damals unsere Verbündeten waren, einfach nur auf Grund der Tatsache, daß es heute einen sozialistischen Finanzminister gibt, all die Grundsätze einfach über Bord geworfen haben. Und das ist etwas, was man immer wieder sehen wird, was ÖVP-Funktionäre und sozialistische Funktionäre so wesentlich unterscheidet. Ein ÖVP-Interessenvertreter steht zuerst in seiner Interessenvertretung für die Sache ein und dann spricht die Parteipolitik. Bei Ihnen ist es genau umgekehrt.

Ich kann Ihnen das sehr genau nachweisen, Herr Kollege. Sie können in der Zeit der ÖVP-Regierung sehr, sehr viele einstimmige Resolutionen von Arbeiterkammern, von Gewerkschaften finden, bei denen auch die Fraktion der christlichen Gewerkschafter oder die ÖAAB-Fraktion in den Arbeiterkammern mitgestimmt hat, wo unter Umständen harte Kritik an der Regierung ausgesprochen wurde.

Wir haben uns dessen nicht geschämt, wir haben gesagt, wir müssen der Sache in erster Linie dienen. Aber heute ist kein sozialistischer Funktionär bereit, auch nur den leisen Vorwurf gegen die Regierung zu erheben. Weil es eine sozialistische Regierung ist, sind Sie mundtot geworden, meine Damen und Herren! Und das ist der wesentliche Unterschied, der uns trennt und der uns immer trennen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Kohlmaier

Oder glauben Sie vielleicht, daß die Landwirtschaftskammern, wo auch ÖVP-Funktionäre den Ton angeben, oder die Handelskammern immer mit der ÖVP-Regierung so zart umgegangen sind? Da hat man auch sehr oft vom Berufsstand, von der Interessenvertretung her einer Regierung, selbst wenn dort Parteifreunde saßen, ein hartes Wort entgegengebracht. Und sehen Sie, das bringen Sie nicht zusammen, meine Damen und Herren. Bei Ihnen führt die Tatsache, daß es heute einen sozialistischen Finanzminister gibt, zu einem totalen Lähmungszustand, der jede kritische Regung, der das gesamte kritische Bewußtsein sozialistischer Interessenvertreter total lähmt und zum Erliegen bringt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß nicht nur das kritische Bewußtsein gelähmt wird, ich glaube, daß manchmal auch eine gewisse Lähmung der Denktätigkeit eintritt, denn das, was Kollege Willinger bezüglich Lohnsteuer hier vorgebracht hat, daß es immer weniger Lohnsteuer gibt, das kann man nur noch so erklären.

Diese Tatsache wollte ich nur in Erinnerung rufen, denn daraus kann man ableiten, was Sie familienpolitisch als Oppositionspartei den Wählern versprochen haben. Sie hatten eine familienpolitische Aussage durch diese massive Kritik an der Österreichischen Volkspartei. Wer einigermaßen unbefangen oder wenigstens doch mit etwas Sachverstand — dann umsomehr — Ihr Agieren in familienpolitischen Fragen hier im Parlament beobachtet hat, der mußte damals doch eines von Ihnen zur Kenntnis nehmen: Eine sozialistische Regierung würde alles, was im Familienlastenausgleich durch Abgaben eingebracht wird, auch wieder in Beihilfen ausgeben. Das war der Kern Ihrer damaligen Aussage, aber an diese Aussage haben Sie sich in keiner Weise gehalten.

In den Selbstdarstellungen der Sozialistischen Partei zur Familienpolitik kehren immer die großen Fortschritte Gratisschulbuch und Freifahrt für Schüler wieder. Natürlich, man kann das sehr plakativ in der Werbung, wenn Sie wollen in der Propaganda verwenden, aber, meine Damen und Herren, man kann das nur deswegen, weil die österreichische Bevölkerung leider immer noch zuwenig darüber informiert ist, daß die Finanzierung dieser Maßnahmen so erfolgt, daß das eben aus den Familiengeldern, also von den Familien selbst abgedeckt wird.

Meine Damen und Herren! Nicht nur das. Die Tatsache, daß die Abdeckung dieser Leistungen, die Sie als Fortschritt oder zusätzliche Familienpolitik darstellen, aus den Familiengeldern erfolgt, ist letzten Endes sogar

eine Einschränkung, denn Sie müssen ja bedenken, wie Bundesparteiobermann Dr. Schleinzer heute bereits gesagt hat, daß diese Abdeckung von Sachleistungen dadurch entwertet wird, daß Verwaltungskosten mitgetragen werden müssen, daß das, was heute durch das Schulbuchsystem, das Sie haben, einfach an Wert verloren geht, wenn die Bücher im Mülleimer, auf dem Dachboden oder sonstwo landen, von den Familien selbst bezahlt werden muß. *(Zwischenruf des Abg. Blecha.)*

Kollege Blecha, einer der ältesten gewerkschaftlichen Grundsätze, die man durchgesetzt hat, eines der ältesten Sozialgesetze überhaupt war, daß der Dienstgeber an die Arbeiter nicht anstelle von Lohn Waren ausliefern soll. Dieses alte Prinzip des Sozialrechts hat eine tiefe Bedeutung. Es ist sehr vernünftig, weil man es einfach nicht zulassen kann, daß anstelle des erarbeiteten Lohnes Waren gegeben werden. Aber genau das machen Sie heute in der Familienpolitik! Die Einnahmen sind vorhanden, die Mittel sind vorhanden, aber anstelle dieser Mittel, die von den Betrieben aufgebracht werden, werden Waren zur Verfügung gestellt, nicht Geld. Sie verstoßen also gegen eines der ältesten sozialrechtlichen Gebote, die es überhaupt gibt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor allem haben Sie eines vergessen, was man in dem Zusammenhang nicht übersehen darf: Gerade die Sozialisten waren immer die, die behauptet haben, daß diese Mittel des Familienlastenausgleiches Lohngelder sind. Da gibt es einen uralten Streit, den Sie vielleicht im Detail nicht so kennen, Kollege Blecha, es ist fast ein Gelehrtenstreit. Da gibt es zwei Theorien. Die eine sagt, es sind Lohngelder, die andere sagt, es sind Leistungen der Betriebe. Sie waren immer, jedenfalls in der Zeit der Opposition, der Meinung, daß die Mittel des Familienlastenausgleiches Lohngelder sind, und wenn Sie bei dieser Theorie bleiben — Sie werden Ihre Ansichten hoffentlich nicht auch in diesem Punkt geändert haben —, dann werden heute das Gratisschulbuch und die Schülerfreifahrt aus Lohngeldern finanziert. Ist das eine konsequente Haltung? — Sehen Sie, jetzt fehlt der Zwischenruf, auf den ich gewartet habe. Sie haben darauf offensichtlich nichts zu erwidern. *(Abg. Jungwirth: Sie haben auch Ihre Meinung in der Familienpolitik oft geändert! — Rufe bei der ÖVP: Also haben Sie Ihre auch geändert! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Danke, Kollege Jungwirth, ich bin zufrieden. Sie geben zu, daß Sie in dieser Frage eine absolut ungewerkschaftliche Haltung bezogen haben. Lohngelder werden heute anstelle von Barzuwendungen für Warenleistungen ver-

Dr. Kohlmaier

wendet. Wir sind also sozialpolitisch wieder im 19. Jahrhundert angelangt — das ist der Erfolg Ihrer großen Familienpolitik!

Aber was mich besonders bestürzt, meine Damen und Herren — das muß man hier auch mit aller Deutlichkeit sagen —, ist, daß Sie diesen verderblichen Weg fortsetzen wollen. Sie wollen Untersuchungen für werdende Mütter und für Mütter und Säuglinge einführen, und diese volksgesundheitliche Maßnahme, die Sie übrigens auch in der Abtreibungsdebatte als positive Maßnahme der Regierung hingestellt haben, soll zu zwei Dritteln aus Familiengeldern bezahlt werden. Meine Damen und Herren, es ist unfassbar, aber es bedeutet doch, daß Sie ständig irgend etwas tun, um das, was für die Familien dieses Landes zur Verfügung steht, zu schmälern und zu verkürzen. Es ist falsch, Gesundenuntersuchungen, Schwangerenuntersuchungen und Säuglingsuntersuchungen von den Familien zahlen zu lassen. Wozu haben wir ein Gesundheitsministerium, wozu haben wir eine Gesundheitsministerin, wenn sich die Familien eine Maßnahme der Volksgesundheit selber zahlen müssen! Das ist unmöglich, meine Damen und Herren, das ist der Beginn eines Raubbaues an den Familiengeldern, gegen den wir uns mit aller Entschiedenheit wehren müssen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier spielt sich wahrscheinlich wieder dasselbe ab wie bei den Büchern und bei der Freifahrt. Die hauptsächlichen Nutznießer waren damals ja nicht die Familien, sondern das waren Verkehrsbetriebe und andere. Erinnern Sie sich doch, daß die großen Städte, unter anderem Wien, den Schülern beim Schulbuch weitgehend entgegengekommen sind, daß es auf Landesregierungsebene bereits fertige Vorlagen gab, den Familien aus Mitteln der Länder diese Belastung abzunehmen. Jetzt haben Sie, weil sich die Familien das selber zahlen müssen, damit eine zusätzliche Möglichkeit der Erweiterung des Familienlastenausgleiches genommen.

Und jetzt gehen Sie weiter und — sagen wir es ganz offen — sanieren die Krankenkassen auf Kosten der Familiengelder. Das ist doch nicht der Sinn der Familienpolitik!

Dazu kommt das Einfrieren der steuerfreien Beträge für die Familien. Meine Damen und Herren, Sie haben das Kraftfahrzeugpauschale erhöht beziehungsweise Sie haben es vor, und Sie haben damit erfreulicherweise zugegeben, daß die starren Freibeträge überholt sind. Aber bedeutet diese Haltung, wenn Sie das Kraftfahrzeugpauschale erhöhen und gleichzeitig einen Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Erhöhung des Kinderabsetzbetrages ablehnen, daß für Sie das Auto vor dem Kind

kommt? Das ist etwas, was man im Interesse der Familien mit Bedauern registrieren muß, daß Sie, wenn Sie nur einen Steuerabsetzbetrag oder Freibetrag korrigieren können, nicht eine Präferenz für die Familienpolitik setzen, sondern für das Auto. Das ist keine humane Haltung, das ist keine familienfreundliche Haltung, das ist eine Haltung, die wir nicht billigen können.

Vielleicht kommt hier eine sozialistische Grundeinstellung zur Familienpolitik zum Ausdruck, wie sie einmal sehr deutlich der Abgeordnete Dr. Staribacher ausgesprochen hat. Es war am 27. Juni 1962, und er war damals noch unbelastet von Ölsorgen. Er hat damals — ich zitiere wörtlich — gesagt: „Die Kinderreichen sollen auf Kosten der Kinderarmen und derjenigen leben, die keine Kinder haben — das ist eine Theorie, der wir als Sozialisten nur sehr schwer, ich würde fast sagen gar nicht zustimmen können. Denn unser Grundsatz war immer, daß die Reichen für die Armen zu sorgen haben, aber doch nicht, daß die, die keine Kinder haben, für die, die Kinder haben, sorgen sollen.“

Meine Damen und Herren! Wenn man die Bilanz der Familienpolitik zieht, wenn wir feststellen, daß Sie Barleistungen in Sachleistungen umwandeln und damit Nebeneffekte herbeiführen, die praktisch auf eine Verringerung des Familienlastenausgleiches hinauslaufen, wenn Sie jetzt auch noch eine Krankenkassensanierung auf Kosten der Familien durchführen, wenn Sie Autopauschalbeträge im Steuergesetz erhöhen, aber nicht Kinderfreibeträge, dann ergibt das alles zusammen eine nicht familienfreundliche, sondern eher eine Haltung, wie sie Staribacher damals skizziert hat.

Ich hoffe nur, daß nicht die Kinderbeihilfen auch einmal obsolet werden, um das Wort des Bundeskanzlers zu verwenden, der sich vor kurzem für die Dialektwelle eingesetzt und gemeint hat, daß man sich in der Mundart viel besser artikulieren kann. „Obsolet“ ist zwar nicht Mundart, aber ich verwende es in diesem Zusammenhang. Ich hoffe, daß die Familienbeihilfen nicht eines Tages obsolet werden, nicht zuletzt als Folge Ihrer Haltung in der gesamten Strafrechtsdebatte.

Meine Damen und Herren! Überschüsse des Familienlastenausgleiches sind in reichem Maße vorhanden. Sie enthalten sie den Familien vor. Sie haben nicht das Recht, uns entgegenzuhalten, daß wir das, in einem viel geringeren Umfang, ab 1962 gemacht haben, nicht nur deswegen, weil Sie den Bundesrechnungsabschlüssen in der Zeit der Koalitionsregierung immer zugestimmt haben, sondern weil wir damals, wenn es die Einnahmen

Dr. Kohlmaier

erlaubt haben, immer die Familienbeihilfen so reguliert haben, daß der gesamte Eingang wieder für die Familien ausgegeben wurde.

Sie dürfen es uns aber vor allem deswegen nicht vorhalten, weil das damals der Ansatzpunkt Ihrer familienpolitischen Kritik war und weil Ihre ganze Oppositionstaktik ein einziges große Versprechen war: Wenn Sie kommen, dann wird das nicht mehr passieren.

Heute liegt jedes Jahr eine Milliarde mehr im Familienlastenausgleich. Sie haben offenbar Ihre Meinung geändert, so wie in vielen anderen Dingen. Bei der Debatte über das Strafrecht hat der Herr Bundeskanzler hier gesagt: Es ist das Recht einer Regierung, ihre Meinung zu ändern. Natürlich, bis zu einem gewissen Grad stimmt das. Aber, Herr Bundeskanzler, Sie haben selbst einmal etwas gesagt, was wir nicht vergessen haben und was wir nicht überhört haben. Sie haben gesagt, Sie haben nur ein Mandat und einen Auftrag von der österreichischen Bevölkerung erhalten: nämlich das zu erfüllen, was in den sozialistischen Wahlprogrammen gestanden ist. Sie haben ausdrücklich in Abrede gestellt, daß Sie etwas anderes oder etwas darüber hinaus gehendes, etwa im Sinne der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung tun wollen, weil Sie dafür keinen Wählerauftrag haben.

Herr Bundeskanzler! Der Wählerauftrag ist ganz klar. Der hat gelautet: 5000 Wohnungen mehr bauen, die Teuerung der ÖVP, die damals etwa drei Prozent war, zu beseitigen, moderne Wirtschaft, modernes Österreich, Kampf gegen das Sterben vor der Zeit, und so weiter. Das ist Ihr Wählerauftrag. Statt dessen führen Sie die Abtreibung ein, ändern das Rundfunkgesetz und demolieren die Familienpolitik. (*Abg. Dr. Fischer: Wir führen die Abtreibung ein! Das ist doch ein naiver Mensch!*) Die straffreie Abtreibung, pardon, Herr Kollege Fischer, ich korrigiere mich gerne. Ich habe das Wort „straffreie“ durch ein Versehen nicht ausgesprochen. Danke, daß Sie mich auf diesen Irrtum hingewiesen haben.

Auf diese Diskrepanz muß man hinweisen, und diese Diskrepanz werden die österreichischen Wähler nicht vergessen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Troll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Troll (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Abgeordneten Dr. Kohlmaier zur heutigen Spezial- und Generaldebatte anhört, hat man den Eindruck, als habe die Österreichische Volkspartei mit dem Sozialplan, den

allerdings nur der ÖAAB beschlossen hat, nicht die ÖVP-Bundesparteileitung, ein Patent auf Sozialpolitik! (*Abg. Dr. Schwimmer: Stimmt ja nicht! Schon wieder einmal falsch informiert! Sagen denn SPÖler heute einmal etwas Richtiges auch?*) Ein solcher Beschluß, Dr. Schwimmer, liegt der Öffentlichkeit nicht vor, sondern das sind nur Ansätze, die angedeutet wurden, die Sie diskutiert haben im Bundesparteivorstand. Aber man gewinnt den Eindruck, als wäre das nun eine Erfindung der Österreichischen Volkspartei mit Forderungen, von denen sie genau weiß, daß sie in den nächsten Jahrzehnten nicht die Gelegenheit haben wird, sie auch verantworten zu müssen.

Daher wird mit Recht immer wieder in der Budgetdebatte behauptet werden können, daß es sich um ausgesprochene Lizitationspolitik handelt, die ganz im Gegensatz zu Ihrer seinerzeitigen Haltung steht, als Sie die Verantwortung im Lande getragen haben, als Sie eine Mehrheitsregierung bildeten, mit einer parlamentarischen Mehrheit gestützt waren.

Und deshalb, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, erscheinen Ihre Forderungen auf diesem Gebiet unglaubwürdig. Denn nichts, aber schon gar nichts von den heutigen Forderungen, die Sie aufstellen, haben Sie damals nur angeregt oder zur Diskussion gestellt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und so, glaube ich, kann man keine Politik machen, die vom Volk geglaubt werden kann.

Und da kommt nun der Herr Dr. Kohlmaier und bejammert unsere Familienpolitik. Meine Damen und Herren! Ich glaube schon, daß Ihnen diese Familienpolitik nicht paßt, weil sie Ihnen voraussichtlich auf lange Zeit keine Chance geben wird, Verständnis bei den Familienerhaltern zu finden. Denn wir tun echt etwas für die Familie, zum Unterschied von Ihnen in Ihrer Regierungszeit, wo Sie diese Mittel tatsächlich vollkommen entfremdet verwendet haben. Darum ist es Ihnen unangenehm.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man heute objektiv feststellen kann, daß wir im Budget 1974 um 5 Milliarden Schilling für Familienlastenausgleich mehr drinnen haben und 1974 9,9 Milliarden Schilling für die Familienbeihilfen und 220 Millionen für die Geburtenbeihilfen ausgeben, 980 Millionen für die Schülerfreifahrten, und wenn hier Dr. Kohlmaier meint, das komme den Kraftfahrunternehmen zugute, so ist das eine schwache Diskussion, die Sie da führen, denn daß die Kraftfahrunternehmen die Beiträge für die Fahrkosten kassieren, wurde hier nie bestritten. Aber daß die Familien sonst diese Fahrkosten hätten bezahlen müs-

Troll

sen, sagen Sie nicht, darum geht es uns aber. Und das brauchen sie nun nicht mehr, das ist, glaube ich, das Entscheidende bei der Familienbeihilfe.

Und wir haben schließlich und endlich 1,1 Milliarden Schilling aus Bundesmitteln für die Familien- und Geburtenbeihilfen der Bundesbediensteten drinnen. Wir haben 850 Millionen Schilling für die Arbeitsschulbücher im Budget. Ja, meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich weiß nicht, ob die Familienväter und die Mütter der Kinder nicht heilfroh waren zu Schulbeginn dieses Jahres, daß sie nicht aus ihren Taschen diese 850 Millionen Schilling für die Bücher aufzubringen hatten, sondern daß man ihnen diese Last abgenommen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist eben echte Familienpolitik. Ich weiß schon, daß Ihnen eine solche Entwicklung nicht paßt, weil sie politisch für Sie nicht von Vorteil erscheint.

Wenn Dr. Kohlmaier hier meint, die ÖVP habe immer geübt, die Interessen zuerst auszusprechen, ihre Forderungen aufzudecken, und dann erst habe die ÖVP dazu Stellung genommen: Ich erinnere mich in den letzten Jahren an viele Anregungen des ÖAAB, die im Bündestreit der ÖVP untergegangen sind. So war das also sicherlich nicht. Man hat eben dort drei Bünden Rechnung tragen müssen, und die stärkeren waren — soweit mir bekannt ist — immer der Bauernbund und der Wirtschaftsbund, und dann kam der ÖAAB mit seinen familienpolitischen Forderungen.

Ich glaube, wenn die Österreichische Volkspartei, Herr Dr. Kohlmaier, ihr Herz für die Familienpolitik entdeckt hätte, dann hätte sie damals, als sie allein regierte, vier Jahre lang Zeit gehabt, zu beschließen, was sie für nützlich und gut gehalten hat. Aber damals geschah, wie erwähnt, auf diesem Gebiet gar nichts.

Interessanterweise kommen die Einwendungen gegen sozialpolitische Überlegungen unserer Seite immer nur dann — so auch heute wieder von Dr. Schleinzner —, wenn die Lohn- und Gehaltskosten erhöht werden sollen, weil etwas noch umgeschlagen wird über die Verrechnung der Gehaltskonten und das Unternehmen belastet wird. Also es ist mehr die Sorge um das Unternehmen — die wir auch teilen — als die Sorge um den Dienstnehmer. Wir kennen diese versteckten Einwendungen zur Genüge.

Wir haben wegen des Mitspracherechts noch sehr gut die Haltung der Österreichischen Volkspartei in der Frage der Mitbestimmung

der Betriebsräte im Zusammenhang mit dem OIAG-Gesetz in Erinnerung. Und ein Betriebsrat aus Donawitz, der Abgeordnete Burger, war es, der hier gegen diese Mitsprache und Verantwortung der Betriebsräte Stellung bezogen hat.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube aber, daß die heute beginnende Spezialdebatte uns auch Möglichkeiten gibt, zu den Folgen des Budgets einige wichtige Dinge herauszugreifen. Es gibt im Laufe der Spezialdebatte sicher viele positive Stellungnahmen, die im Detail die einzelnen Kapitel behandeln werden. Ich möchte mir gestatten, doch einiges grob herauszunehmen und Aspekte aufzuzeigen, die unsere Bevölkerung interessieren. Zum Beispiel, glaube ich, ist es ein wesentlicher Aspekt dieser Budgetpolitik, die Stabilität des harten österreichischen Schillings zu erhalten. Zu den härtesten Währungen der Welt gehört auch der österreichische Schilling.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute feststellen dürfen, daß diese Währung eine Gold- und Devisendeckung in der Höhe von 93 Prozent zum Gesamtgeldumlaufvolumen beinhaltet, dann ist das eine für die österreichische Bevölkerung positive Aussage, die man nicht übersehen darf. Denn darin liegt das Vertrauen zum Schilling und damit auch der Sparwille unseres Volkes begründet.

Wenn wir die Entwicklung der Staatsverschuldung vergleichen, so darf ich feststellen, daß wir im internationalen Vergleich standhalten. Wir liegen mit den Staatsschulden, in Prozenten zum Budget ausgedrückt, an niederster Stelle mit 37 Prozent. Ich darf erwähnen, daß Italien mit 150 Prozent, Belgien mit 144 Prozent, USA mit 178 Prozent, ja sogar die Bundesrepublik Deutschland mit 43 Prozent höher liegt als wir. Das ist für die Finanzpolitik unserer Regierung ein gutes Zeichen.

Was mir wesentlich erscheint, ist die Hebung und die Förderung wichtiger Ausgaben, von denen wir immer, schon in der Oppositionszeit, verlangt haben, daß sie eine höhere Dotierung erfahren. Unser Wollen scheiterte damals am Widerspruch und am Widerstand der ÖVP. Wir haben jetzt möglich gemacht, was lange nicht möglich erschien, nämlich erstens im Zusammenhang mit der Chancengleichheit unserer Jugend das Kapitel Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung wesentlich zu fördern. Wir haben auf dem Gebiet eine Steigerung von 157 Prozent. Wir haben den Betrag auf 18,7 Milliarden steigern können. Das hat es nie gegeben, das muß anerkannt werden und wird bei denen, die es angeht, auch anerkannt. Nur die Opposition

Troll

will aus destruktiven Überlegungen nicht zur Kenntnis nehmen, daß wir wirklich etwas geleistet haben.

Wir haben das Kapitel Bauten und Technik weit über den Durchschnitt mitwachsen lassen. Von dem Problem der sozialen Gesamtausgaben wird noch Gelegenheit sein, im Detail zu reden. Das ist auch eine Post, die wesentlich mitgestiegen ist. Wenn ich nur daran erinnere, daß wir die Grundziffer 1967 im Index mit 100 berechnet haben, liegen wir jetzt bei 200 im Index. Das ist eine Steigerung, die sich sehen lassen kann. Diese Steigerungen gehen durch das gesamte Budget.

Wesentlich erscheint mir, noch einmal auf den Familienlastenausgleich zurückzukommen, weil wir hier eine Aufstockung um 5 Milliarden Schilling vornehmen und damit wirklich den am meisten betroffenen Familien erhaltern echt helfen können.

Meine Damen und Herren! Was uns in letzter Zeit immer wieder bewegt hat, war die Diskussion um mehr Steuergerechtigkeit und die Frage der Steuerprogression. Hier darf objektiv gesagt werden, daß wir trotz der stabilitätspolitischen Notwendigkeiten und Überlegungen entsprechende Reformen schon in Angriff genommen haben. So dürfen wir feststellen, daß im Jahre 1974 das Aufkommen an Lohnsteuer rund 26 Milliarden betragen wird. Würden wir unsere Maßnahmen zugunsten der Lohnsteuerpflichtigen nicht gesetzt haben, dann würde dieses Aufkommen 47,8 Milliarden Schilling betragen. Das heißt also, wir haben jetzt schon durch unsere Möglichkeiten der Milderung der Steuerprogression dem Lohn- und Gehaltsempfänger 21,8 Milliarden Schilling erspart. Wir glauben, daß wir im Zusammenhang mit den noch auf uns zukommenden Entwicklungen auch auf dem Gebiet der Steuergerechtigkeit die Interessen der Arbeiter und Angestellten weitestgehend wahrnehmen werden können. Auch das ist für die Bevölkerung wichtig zu wissen.

Wenn ich dem nun gegenüberstelle, meine Damen und Herren, was die Österreichische Volkspartei seinerzeit angekündigt und dann gemacht hat, so bleibt nur im Jahre 1967 eine geringe Lohnsteuersenkung übrig. Aber sofort auf dem Fuß folgten Steuerbelastungen: im Februar 1968 die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Einführung der Alkoholsondersteuer, die Einführung der Autosondersteuer. Man kann es nicht oft genug sagen, damit man Sie der Demagogie überführt, daß Sie jetzt alles kritisieren, was notwendig ist, während Sie damals gemacht haben, was Ihnen bündisch notwendig erschien.

Wir haben im Jänner 1969 die Zuschläge von 10 Prozent zur Lohn- und Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer zu verspüren bekommen, dazu noch die Erhöhung der Vermögensteuer. Das waren Mehrbelastungen in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung in der Größenordnung von 5 bis 6 Milliarden Schilling.

Damals hat die ÖVP die Chance gehabt, allein zu regieren. Jetzt stellt sie dem gegenüber das Ausräumen des Budgets mit Forderungen wie die Senkung der Mehrwertsteuer, die Senkung der Mineralölsteuer, die Senkung der Lohnsteuer, die Färbung des Dieselöles, die Mütterpension laut der Forderung der Frau Abgeordneten Dr. Hubinek, die Mütterbeihilfe: somit eine Summe in der Größenordnung von 17,6 Milliarden, mit der das Budget ausgeräumt werden soll. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man das in der Öffentlichkeit ernsthaft bedauert und daß man der Meinung ist, daß hier nur Lizitationspolitik die Basis Ihres Denkens darstellt.

Immer wieder bei all den Auseinandersetzungen kommen Sie auch auf die verstaatlichte Industrie zu sprechen.

Ich möchte noch am Rande bemerken, daß Ihr Paket von Forderungen natürlich nicht nur dem Bund Geld gekostet hätte, sondern daß es den Gemeinden mit den Ländern zwei Milliarden Schilling gekostet hätte. Das wäre wiederum auf Kosten der Schulen- und Kindergartenbauten gegangen, und es hätten auch weniger Wohnungen gebaut werden können.

Ich glaube, daß wir hier richtiger liegen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses. Wir Sozialisten und unsere Bundesregierung geben nicht der Popularität den Vorrang, sondern wir glauben, daß die Fragen der Stabilität, der Vollbeschäftigung den Vorrang haben müssen. Daher unterscheiden wir uns auch auf diesem Gebiet wesentlich von Ihrer Haltung und Verantwortung.

Wenn ich zurückkomme zu Fragen der verstaatlichten Industrie, dann deshalb, weil wir immer wieder die Bemerkung hören, daß wir — wie Dr. Schleinzer sagte — unser Nahverhältnis zur verstaatlichten Industrie nur für machtpolitische Überlegungen auszuüben bereit sind. Das ist eine starke Unterstellung. Dr. Fleischmann von unserer Fraktion hat schon etwas zitiert. Ich darf erinnern: Während die ÖVP-Regierung am Ruder war, stellte die Österreichische Volkspartei in der OIAG den Generaldirektor und den Präsidenten des Aufsichtsrates. Ich habe nie gehört, daß man damals bereit gewesen wäre, der zweiten großen, starken Partei eine solche Position einzuräumen. Wir haben sofort nach Übernahme

8394

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Troll

der Regierungsgeschäfte einen überparteilichen Fachmann mit Dr. Geist bestellt, aber mit dem Unterschied, daß Ihr Dr. Taus, der ÖVP-Mann, Präsident des Aufsichtsrates blieb. Wer also betreibt hier Personalpolitik nach ÖVP-Muster? Das muß man in der Öffentlichkeit immer wieder klar aufzeigen, denn Ihre Unterstellung besteht keinesfalls zu Recht.

Wir hatten Beispiele, die Dr. Fleischmann schon aufgezeigt hat, mit der Abberufung des Generaldirektors der „Elin“ und der Ranshofener Werke. Das zeigt so deutlich, dort ist man ausgewichen, indem man keinen nachrückenden Ersatzmann bestellt hat, um sich die politische Position freizuhalten.

Wir glauben, daß wir mit unserer Entscheidung, mit dem Bekenntnis zur fachlichen Postenausschreibung besser liegen und daß wir mit den bisherigen Bestellungen beweisen können, daß wir nach objektiven Überlegungen, nämlich fachlich hervorragende Leute zu bestellen, gehandelt haben und vorgegangen sind.

Um das, Herr Dr. Schleinzer, kommen Sie nicht herum. Sie werden auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie, die immer wieder auf einer Seite die verstaatlichte Industrie loben, in Wirklichkeit mit Ihrer Partei gegen die große Lösung, gegen die Fusionierung, gestimmt haben. Das nimmt Ihnen halt die Bevölkerung auch nicht ab. In einer Zeit, in der es höchst notwendig war, diese Fusion zu vollziehen, weil wir sonst den Anschluß auf dem Weltmarkt verpaßt hätten, haben Sie gegen ein solches Gesetz gestimmt.

Nun wundert mich — Herr Dr. Schleinzer ist ja nicht im Haus —, daß er auch noch dagegen polemisiert, daß wir Fusionierungen vollziehen. Für das Grundgesetz aber hat die ÖVP gestimmt, nämlich innerhalb von vier Jahren die branchenweise Zusammenlegung zu vollziehen. Wir vollziehen jetzt Ihr Gesetz, aber nun stimmt die ÖVP dagegen. Mir scheint kein sachlicher Grund gegeben zu sein, warum man hier versucht, sein eigenes Gesetz zu sabotieren und es ad absurdum zu führen. Wir machen das, was für die Wirtschaft notwendig war und ist. Wir haben Ihr Gesetz vollzogen. (*Abg. Ofenböck: Die Gesellschaft besteht ja seit Jänner, auch ohne Gesetz!*) Lieber Freund Ofenböck! Vom Sport verstehst du ein bißerl etwas, von der Verstaatlichten täte ich mich an deiner Stelle heraushalten. Da bist du nicht daheim. Da sind wir besser versiert. (*Abg. Ofenböck: So schaut es nicht aus!*) Du kennst wahrscheinlich die Entwicklung zu wenig, die die Diskussion um den Bereich der verstaatlichten Industrie

mit sich gebracht hat. Wir aber wissen, daß diese verstaatlichte Industrie das Ihre geleistet hat und auch wert ist, entsprechend gefördert und geschützt zu werden. Wir brauchen heute nicht die Fürsprache jener, die die große Fusion zu verhindern suchten, sondern wir werden in unserer Eigenverantwortung das tun, was für die Entwicklung dieser Betriebe von eminenter Bedeutung ist.

Ich möchte mir noch gestatten zu erinnern, daß schließlich diese Unternehmungen bis zum Jahr 1972 Steuerleistungen in der Größenordnung von 64,5 Milliarden gebracht haben und daß diese Regierung im Budget 1974 auch wieder 115 Millionen im Ansatz für die OIAG vorgesehen hat.

Auf dem Weg der weiteren Kapitalsbildung und auch der Kapitalsversorgung dieser Unternehmungen hat der Herr Bundeskanzler in seiner ersten Antwort ja schon Bezug genommen. Wir glauben auch, und das ist notwendig festzustellen, daß der übliche Kapitalmarkt mit in Anspruch genommen werden soll und daß die kaufmännischen Bedingungen auch für die verstaatlichten Unternehmungen zu gelten haben. Wenn wir gemeinsam diese objektiven und sachlichen Leistungen, die bisher schon vollbracht wurden, und die Budgetansätze vergleichen, werden Sie mir recht geben, daß Sie wirklich nur in der Rolle der Opposition gegen das Budget stimmen, aber dafür keine sachlichen Gründe haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man die einzelnen Budgetkapitel über die nackten Zahlen der Einnahmen und Ausgaben hinaus betrachtet und sich die einzelnen Sachgebiete hernimmt, studiert, untersucht und die Ergebnisse dieses Budgets mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleicht, muß man feststellen, daß immer, wenn verantwortliche Regierungsmitglieder und Redner der Regierungspartei in der Diskussion sprechen, bei den Sachgebieten, wo die Fortschritte am geringsten sind, dort, wo bisher am wenigsten geschehen ist, dort, wo die Schwachstellen sind, die blumigsten Reden gehalten und die meisten Phrasen gedroschen werden.

Auch mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Troll, hat gerade eine große Lobrede über die harte Währung, über den festen Schilling, über den echten Schilling gehalten. Auch da sollte man, glaube ich, nicht so groß reden, denn sonst könnten die Österreicher, vor allem die Hausfrauen, nachrechnen und fest-

Dr. Schmidt

stellen, was sie noch vor einigen Jahren um diesen Schilling bekommen haben und was sie heute um den Schilling bekommen.

Im übrigen ist die Währung überhaupt sehr heikel. Ich glaube, man sollte sie aus der Diskussion herauslassen. Ein altes Sprichwort sagt ja: Die Währung und eine schöne Frau —, je weniger man über sie redet, umso besser ist ihr Ruf. Man sollte bei dieser inflationären Entwicklung weniger über die Wertbeständigkeit des Schillings sprechen.

Meine Damen und Herren! Eine andere Schwachstelle, die heute auch zur Debatte stehen muß und meines Wissens noch nicht erwähnt worden ist, ist der Umweltschutz.

Was wurde von dieser Regierung seit ihrem Bestand nicht alles über den Umweltschutz und seine Bedeutung gesagt! Schon in der Regierungserklärung am 5. November 1971 hat der Herr Bundeskanzler große Worte gefunden und die Schaffung organisatorischer und rechtlicher Grundlagen auf diesem Sektor angekündigt, um den Schutz unserer Bevölkerung vor den gesundheitsschädigenden Umweltseinflüssen sicherzustellen.

Hohes Haus! Wir wissen alle, daß der Lärm, der immer mehr zunimmt und der den Menschen mancherorts das Leben zur Hölle macht, daß die verschmutzte Luft, die in manchen unserer Industriegebiete, aber auch bei den Verkehrsadern, dort, wo die Menschen wohnen, die Qualität des Lebens dieser Menschen beeinträchtigt und daß die schmutzigen Gewässer die Gesundheit der Menschen gefährden und obendrein auch noch den Ruf Österreichs als Fremdenverkehrsland untergraben. Wir alle wissen das und spüren, daß wir eigentlich viel zu wenig dagegen tun, denn wenn wir dieses Budget anschauen, wissen wir, was bei den verantwortlichen Stellen eigentlich alles nicht gemacht wird, daß sehr viel unterlassen werden wird.

Ich will aber gar nicht bestreiten, daß Länder und Gemeinden vereinzelt große Anstrengungen machen, um in ihrem Bereiche diesen Gefahren entgegenzuwirken. Ich will auch keineswegs der Objektivität halber darüber hinwegsehen, daß von der Bundesregierung, von den einzelnen Ressorts Maßnahmen gesetzt werden. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat ja in seiner Budgetrede diesem Thema, wie ich schon vorher eingangs gesagt habe, breiten Raum gewidmet, vielleicht um darüber hinwegzureden, daß im allgemeinen sehr wenig geschieht. Er hat bei dieser Rede schon sehr weit ausholen müssen, um wenigstens einige konkrete Taten dieser Regierung erwähnen zu können, wobei mir die Erwähnung

der Aufstockung des Wasserwirtschaftsfonds doch eine echte Fehlleistung zu sein scheint, denn der Wasserwirtschaftsfonds hat in diesem Budget keinen Schilling mehr an Bundesmitteln bekommen als im Vorjahr.

Ich möchte darauf hinweisen, daß in dem Arbeitsbehelf, den wir bekommen haben, eine echte Falschmeldung ist, wenn dort drinnen steht, daß hier die Bundesmittel erhöht worden sind und daß dadurch ein echter Beitrag zur Reinhaltung der Gewässer geleistet worden ist. Das ist einfach nicht der Fall.

Ich glaube aber, daß bei der Erwähnung dieser einzelnen konkreten Maßnahmen der Wasserwirtschaftsfonds die einzige unmittelbare Förderung des Umweltschutzes durch die Bundesregierung erfährt, während man im Ankauf von Waldbesitz durch die Österreichischen Bundesforste, bei der erhöhten vorzeitigen Abschreibung für umweltschonende Investitionen höchstens indirekte Maßnahmen erblicken kann.

Aber dann kommt in der Rede des Herrn Finanzministers der Satz: Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß Österreich seine im Verhältnis zu anderen Industriestaaten noch günstige Umweltqualität erhalten bleibt, sie wird die vorhandenen Verschmutzungsquellen energisch bekämpfen und die Verwendung von umweltfreundlichen Energiearten fördern.

Die Realisierung dieser Maßnahmen, sagt Dr. Androsch weiter, ist nicht ausschließlich auf das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz konzentriert. — Ich bitte, mir zu sagen: Welche Maßnahmen für den Umweltschutz werden eigentlich in diesem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz realisiert? Was geschieht auf diesem Gebiete? Was geschieht eigentlich in diesem Ministerium, das mit so viel Vorschublorbeeren seitens der Regierungspartei am 21. Jänner 1972, also vor fast zwei Jahren, hier aus der Taufe gehoben worden ist?

Nichts geschieht, muß man feststellen! Denn diesen Eindruck muß man doch unweigerlich haben, wenn man hört, was das praktische Ergebnis dieser ministeriellen Tätigkeit auf dem Sektor Umweltschutz seit fast zwei Jahren ist.

Was ist denn die größte Schwierigkeit dabei? Woran liegt es denn, daß nur verstreute Einzelmaßnahmen unterschiedlicher Wirksamkeit gesetzt werden können, daß kein konzentriertes gesetzliches Vorgehen zum Schutz der Erhaltung einer gesunden Umwelt möglich ist? Die Antwort ist klar! Die Ursache dafür ist die Zersplitterung der rechtlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten auf diesem Gebiete. Das wissen wir alle!

Dr. Schmidt

Es gibt die verschiedensten Vorschriften und die verschiedensten Zuständigkeiten. Niemand in der Bevölkerung, aber auch niemand unter den Fachleuten, die sich damit befassen, weiß oft genau, welche Vorschriften zum Schutz vor Lärm, Luftverunreinigung und Wasserverseuchung vorhanden sind, welche gelten, wer wann wo und wofür zuständig ist und welche Verwaltungsdienststellen sich damit befassen müssen.

Statt daß das Bundeskanzleramt längst einen mutigen Schritt getan und dem Hohen Hause den Vorschlag zur Schaffung einer zentralen Regelung, einer zentralen Kompetenz gemacht hätte, schuf man ein Ministerium mit neuem Personal- und Sachaufwand, das als Koordinationsstelle für alle diese heillos zersplitterten Maßnahmen fungieren sollte.

Meine Damen und Herren! Wir haben bereits damals bei der Debatte über die Gründung des Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz darauf hingewiesen, daß dieses Ministerium doch einfach — sagen wir es offen — nur eine Augenauswischerei darstellt und eine Alibifunktion erfüllen soll, um dem Staatsbürger, um dem Wähler vorzutäuschen, daß die Regierung auf diesem sehr wichtigen Gebiete etwas tue.

Wie recht wir doch gehabt haben! Denn das praktische Ergebnis ist doch heute gleich Null. Wenn wir es genau nehmen, dann haben wir doch heute praktisch zwei Stellen, die sich mit dieser Koordinationstätigkeit befassen. Die eine Stelle ist das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und die zweite nach wie vor der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes.

Was ist dabei herausgekommen? Das Ergebnis ist wenig beeindruckend!

Ich entnehme der „Parlamentskorrespondenz“ vom 12. November 1973 über die Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß, Beratungsgruppe Bundeskanzleramt und Staatsdruckerei, die Antwort des Herrn Staatssekretärs Veselsky auf eine Frage, die ihm von unserem Abgeordneten Dr. Broesigke zu diesem Thema gestellt worden ist. Veselsky sagte:

„Die Frage der Umweltschutz-Kompetenz ist neuerdings aktualisiert worden.“ Also neuerdings! „Das zuständige Ministerium strebt an, eine einheitliche gesetzliche Regelung zu schaffen; dabei werden verfassungsrechtliche Änderungen notwendig sein.“ Meine Damen und Herren, nun sagt er ferner: „Es besteht bereits Kontakt zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz und dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes.“

Ich muß sagen, das ist umwerfend. Ich halte fest: Seit zwei Jahren koordiniert das Ministerium! Schon viel länger koordiniert das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst. Nach fast zweijähriger parallel laufender Koordinierungstätigkeit besteht bereits Kontakt in der Frage einer einheitlichen gesetzlichen Regelung.

Der Herr Bundeskanzler hat in derselben Sitzung gesagt — wenn ich das hier richtig gelesen habe —, er begrüße, daß da die Kontaktnahme stattfindet und daß man sich mit dieser Frage befasse.

Meine Damen und Herren! Hat man nicht von vornherein eine konzentrierte Kompetenz angestrebt, die Schaffung konzentrierter rechtlicher Grundlagen? Hat man wirklich geglaubt, daß man den Umweltschutz rechtlich in den Griff bekommt, wenn man in dem Kompetenz-wirrwarr irgendwie herumrudert?

Ich erinnere mich noch, wie sich die Sozialistische Partei, die Oppositionspartei war, in der Wahlwerbung im Wahlkampf des Jahres 1970 mit ihrem Humanprogramm gebrüstet hat. 1400 Fachleute haben daran mitgearbeitet! Es hieß, sie haben in diesem Humanprogramm bereits alle Fragen geklärt, unter anderem auch die auf diesem Gebiet. Es ist alles vorausberechnet worden.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ich stehe nicht an zu erklären, daß man im Humanprogramm zutreffend festgestellt hat, daß zum Beispiel in der Frage Schutz vor Lärm, für wirksame Lärmbekämpfungsmaßnahmen und ihre Durchsetzung die Rechtslage entscheidend ist und daß die Forderung nach einem für alle Bereiche geltenden, allgemeinen Lärmschutzgesetz vordringlich erhoben werden müsse.

So konkret waren im Humanprogramm Ihre Vorstellungen, als Sie noch Opposition waren. Ähnliches gilt für die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Luftverunreinigung. In Österreich existiert kein Gesetz, das diese Materie betrifft. Auch da fordern Sie, meine Damen und Herren, im Humanprogramm — ich möchte sagen: zutreffend — die Schaffung eines Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit von Menschen vor Beeinflussungen durch Verunreinigung der Luft. Es gibt bekanntlich schon einen Entwurf, der seinerzeit vom Städtebund dem Sozialministerium zugeleitet worden ist.

Wenn Ihre Frau Minister, nachdem Sie in die Regierung gekommen sind, zur Durchsetzung dieser Pläne, die angeblich weit zurückreichen, und dieser Absichten zwei Jahre braucht — was heißt, zur Durchsetzung, vielmehr erst zur Kontaktaufnahme mit den

Dr. Schmidt

anderen zuständigen Stellen —, dann können wir uns ungefähr ein Bild darüber machen, wie lange es noch dauern wird, bis diese Pläne realisiert werden. Ich glaube, das wird diese Regierung gar nicht mehr erleben.

Es nützt gar nichts und ist völlig wertlos, wenn Kataloge und großartige Programme verfaßt und die Probleme aufgezeigt werden, wenn der Herr Bundeskanzler Regierungserklärungen darüber abgibt und der Finanzminister sehr selbstbewußt auf Einzelmaßnahmen hinweist, wenn in der entscheidenden Frage, nämlich wie die Rechtsgrundlage für konzentrierte Maßnahmen zur Bewältigung des Umweltschutzproblems beschaffen sein soll, saumselig und wenig zielbewußt gehandelt wird.

Es überrascht uns daher nicht, daß Sie vor einem Jahr bei der Budgetbedatte über dieses Kapitel einen Entschließungsantrag der FPÖ abgelehnt haben, der eine Beschleunigung dieser Realisierung zum Ziele hatte, nämlich wenigstens in der Art, daß die Frau Bundesminister alljährlich diesem Hohen Hause einen Umweltschutzbericht vorzulegen hätte. Auch das haben Sie abgelehnt und haben damit die Saumseligkeit dieses Ministeriums gefördert und unterstützt. Aber die Regierung befaßt sich ja — das haben wir gehört — mit weit weniger wichtigen Problemen. Die Rundfunkreform ist ihr so wichtig, als ob sie ein Lebensinteresse für die österreichische Bevölkerung wäre.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nun zu einem anderen Kapitel, bei dem auch große Ankündigungen gemacht wurden und um das es eigentlich von Jahr zu Jahr stiller wird. Diese Sache ist heute schon von einem Klubkollegen und von anderen Sprechern erwähnt worden, nämlich die Verwaltungsreform. Ich muß sagen, ich bin nicht so optimistisch wie Kollege Fleischmann, der sich hier herstellt und mit großen Worten eine Initiative preist, die gar keine ist. Was geschieht denn eigentlich in der betreffenden Kommission, die schon seit Jahren besteht, deren Aufgabenstellung ja bekannt ist, über deren praktische Arbeitsergebnisse man aber nichts erfährt? Wie steht es mit dieser Rechtsvereinbarung, von der mein Kollege Broesigke hier gesprochen hat, wohl eine der wichtigsten Teilaufgaben, wenn nicht die wichtigste jeder Reformbestrebung? Wir wissen, daß sich das ja noch unter der Ägide des Herrn Sektionschefs Dr. Loebenstein sehr langsam dahinbewegt hat. Aber jetzt scheint es überhaupt eingeschlafen zu sein.

Aber welche Zielvorstellungen zur Verbesserung der Bundesverwaltung hat man überhaupt? Welche können konkretisiert wer-

den und welche sind auf längere Sicht abgestellt? Ich gebe gerne zu, daß auf der einen Seite, der technischen Seite, zweifellos Fortschritte gemacht wurden und Fortschritte gemacht werden, daß da die Dinge in Fluß sind.

Die Umstellung ganzer Sektoren der Verwaltung auf Datenverarbeitung bringt zwar — ich glaube, darüber müssen wir uns klar sein — zunächst keine personelle Entlastung; sie ist auch äußerst aufwendig. Sie ist aber ein Schritt in die Zukunft, der gegangen werden muß. Da sind wir vollkommen mit der Regierungspartei einig. Aber so wie beim Umweltschutz das Bedürfnis nach Schaffung klarer und umfassender rechtlicher Bestimmungen notwendig ist, so wird auch bei der Datenverarbeitung notwendig sein, den Schutz der Privatsphäre des einzelnen Menschen zu gewährleisten, den Schutz vor dem anonymen Apparat. Hier ist eine gesetzliche Regelung dringend notwendig. Ich höre, daß das Datenschutzgesetz in der Begutachtung steht, ich hoffe, daß das Hohe Haus sich bald mit einer solchen Vorlage befassen wird.

Meine Damen und Herren! EDV, Elektronische Datenverarbeitung allein macht noch keine Verwaltungsreform. Zu dieser Verwaltungsreform gehören nicht nur technische Rationalisierungsmaßnahmen, sondern eben auch rechtliche Rationalisierungsmaßnahmen. Hier darf ich vor allem auf die Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes zu sprechen kommen; sicherlich keine Sache, die von heute auf morgen fertigzustellen wäre. Dafür ist sie zu komplex. Aber anfangen muß man damit. Ein solches reformiertes Dienstrecht als Verwaltungsreformmaßnahme zu bezeichnen hat seinen guten Grund, denn das Dienstrecht muß zweierlei gerecht werden: erstens den Anforderungen, die vom Staat, von der Bevölkerung an die öffentliche Verwaltung gestellt werden, und zweitens den Interessen der Bediensteten.

In einem solchen modernen Dienstrecht, wozu die Besoldung natürlich auch gehört, wird mehr als bisher — unserer Meinung nach — der Leistungsgedanke und sein Äquivalent, die leistungsgerechte Besoldung, zur Verankerung kommen müssen. Und zum Leistungsgedanken gehört als Detailproblem, das ich hier nur erwähnen möchte, weil es mir vordringlich erscheint, die Beschreibung und die Bewertung der einzelnen Dienstposten, etwas, was derzeit noch immer nicht oder vielleicht da und dort nur ungenügend gelöst ist. Eine Aufgabe, die, wie ich schon sagte, vordringlich zu lösen ist und mit der sich die Verwaltungsreformkommission befassen müßte. Denn durch die mangelnde Dienstpostenbewertung fehlen ja heute zum Teil schon

Dr. Schmidt

die Grundlagen für die Zuerkennung von Zulagen, wenn ich zum Beispiel an die Verwendungszulage der 24. Gehaltsnovelle denke.

Aber nicht allein die Beschreibung und Bewertung des Arbeitsplatzes gilt es durchzuführen. Ich glaube, es wäre überhaupt einmal die Leistungsfähigkeit des gesamten Organisationsablaufes innerhalb eines Ressorts zum Beispiel zu überprüfen und zu verbessern.

Es müßte weiters geprüft werden, inwieweit die Einzelverantwortung des Beamten verstärkt werden, inwieweit man von der Delegation Gebrauch machen könnte. Es kann doch nicht so weitergehen, daß, wie man immer wieder hört, ein Akt 8, 10, 12 Unterschriften braucht, bevor er in Wirksamkeit gesetzt werden kann.

Die Koordinierung von Planungsinstanzen wäre geboten, um nur einiges anzuführen.

Ich darf darauf verweisen, Hohes Haus, daß der Rechnungshof vor geraumer Zeit bereits einen Katalog von Zielvorstellungen und den sich daraus ergebenden praktischen Konsequenzen für die Zwecke einer Verwaltungsreform erstellt hat. Ich weiß nicht, ob davon etwas auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich fürchte fast nicht.

Ich glaube also nicht, Herr Staatssekretär, daß es Sinn hat, wenn in dieser Verwaltungsreformkommission — wie ich höre — auf höchstem Niveau theoretisiert wird, sondern ich bin der Meinung, daß zumindest Teilergebnisse geliefert werden müßten, die zur Reform beitragen. Das stelle ich mir unter der Zielstrebigkeit vor, die der Kollege Fleischmann heute hier erwähnt hat.

Ich weiß, man wird auf gesetzliche Vorhaben verweisen, die demnächst ins Haus kommen sollen, die jetzt in der Begutachtung sind: auf das Ausschreibungsgesetz, auf das Verwaltungsakademiegesetz. Aber diese gesetzlichen Regelungen allein machen nicht das aus, was die Bevölkerung, was die Öffentlichkeit erwartet: nämlich eine leistungsfähige, sparsame, das allgemeine Interesse immer beachtende Verwaltung mit einer Beamtenschaft, mit Bediensteten, von denen sicherlich eine hochwertige Leistung verlangt werden muß, die aber für diese Leistung entsprechend bezahlt werden.

Diese Verhältnisse, meine Damen und Herren — das muß ich leider feststellen — liegen nicht vor. Und was schlimmer erscheint: Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß sich hier in absehbarer Zeit etwas zum Positiven ändern wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Rudolf Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Rudolf Heinz Fischer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich vorerst in gebotener Kürze mit dem Rechnungshof, der als Organ des Nationalrates in Angelegenheiten der Bundesgebärung tätig ist, beschäftigen.

Die immer mehr zunehmende vielseitige Tätigkeit des Rechnungshofes bei der Überprüfung und Durchleuchtung der öffentlichen Verwaltung hat mich veranlaßt, im Finanz- und Budgetausschuß die Frage zu stellen, nach welchen Kriterien für den Rechnungshof Neueinstellungen und Ergänzungen des Personalstandes vorgenommen werden, der eine auf höchster fachlicher Ebene stehende Qualifikation aufzuweisen hat. Die Antwort des Präsidenten Kandutsch, daß die Posten öffentlich ausgeschrieben werden und das Ergebnis der Prüfungen für die Einstellungen und weitere Prüfungen für die Laufbahn des Beamten ausschlaggebend sind, habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Obwohl jeder Buchhaltungschef der Behörden beziehungsweise Dienststellen die Belege auf ihre haushaltsrechtliche Deckung genauestens zu prüfen hat, sind — wie wir aus den Tätigkeitsberichten jährlich entnehmen können — immer Mängel festzustellen. Aufgabe des Hohen Hauses ist es, auf die Abstellung dieser Mängel nachhaltigen Einfluß auszuüben und gleichzeitig die Konsequenzen für die Beurteilung neuer Budgetansätze zu ziehen.

Ich habe mir die Mühe genommen, die Tätigkeitsberichte der letzten 20 Jahre nach den Gesichtspunkten durchzusehen, welche Behördenstellen überhaupt nie geprüft worden sind.

Bei den Obersten Organen wurden wohl Verfassungsgerichtshof und Verwaltungsgerichtshof geprüft, nicht geprüft wurden die Ausgaben der Präsidentschaftskanzlei, des Parlaments und des Rechnungshofes selbst.

Die Abgeordneten des Rechnungshofausschusses haben nur zweimal im Jahr Gelegenheit — beim Jahresbericht und beim Tätigkeitsbericht —, Einschau in die erarbeiteten Belege zu halten und Schlußfolgerungen im Plenum zu ziehen. Ich halte deshalb die Anregung des Präsidenten Kandutsch, die er anläßlich der Budgetberatungen im vergangenen Jahr durch eine APA-Aussendung veröffentlichte, nämlich einen permanenten Ausschuß zu gründen — ich glaube, es könnte auch ein Unterausschuß des Rechnungshof-

Ing. Rudolf Heinz Fischer

ausschusses sein —, der sich eingehend mit Kontrollaufgaben befassen könnte, für sehr zweckmäßig.

Zielführende parlamentarische Kontrolle ist Aufgabe der Opposition. Sie darf nicht oberflächlich gehandhabt werden, sondern muß auch im Detail Aufwendungen einschließlich ihres Verwendungszweckes und ihrer Notwendigkeit überprüfen und dieses Ergebnis öffentlich bekanntgeben.

Auf dem Gebiete der Repräsentationsaufwendungen im Budget 1974 bieten sich reichlich Gelegenheiten an, Kontrolle zu üben. Seit ungefähr einem Jahr verkündet die Regierung in verstärktem Ausmaße den Aufruf zur Sparsamkeit aus Stabilitätsgründen, richtet an die übrigen Gebietskörperschaften, an die Länder und Gemeinden, Appelle zur Einschränkung der Aufgaben, zieht die Baubremse in einem Ausmaße, daß sogar dringendst erforderliche Schulbauten nicht realisiert werden können, gibt jedoch auf dem ureigensten Gebiete, wo Sparsamkeit und Zurückhaltung am vordringlichsten geboten war, kein gutes Beispiel. Wo bleibt, meine Herren der linken Seite, das vielgerühmte Vorbild der höchsten Stellen des Bundes, wenn man bei Vergleichen des Repräsentationsaufwandes bereits seit mehreren Jahren ganz enorme Steigerungen feststellen muß? Ist diese Regierung mit Ihrem Aufruf zur Sparsamkeit für den einfachen Staatsbürger noch glaubwürdig, wenn die Steigerung der Repräsentationsaufwendungen laut Bundesvoranschlag von 1969 bis 1974 nahezu 100 Prozent beträgt?

Die Jahresrechnung 1969 ergab für sämtliche Kapitel des Budgets einen Repräsentationsaufwand von 12,299.000 S. Im Voranschlag 1974 sind 23,758.000 S enthalten. Es ist jedoch weiters festzustellen, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren bedeutende Überschreitungen vorgenommen hat. 1972: Voranschlag 13,444.000 S, Erfolg — es ist wahrlich ein „Erfolg“ für die Ausgabenwirtschaft — 17,195.000 S — ein Mehrverbrauch von 3,751.000 S an Repräsentationsaufwendungen! Für 1973 liegen uns ja noch keine Ziffern vor, und wir sind sehr gespannt, wie diese Ziffern aussehen.

Ich möchte mich nicht im Detail damit befassen, aber einige enorme Steigerungen in den Repräsentationsaufwendungen sind doch beachtenswert.

An der Spitze die Finanzverwaltung: 1969 162.000 S, 1974 1,200.000 S. Auf Repräsentation programmierte Finanzverwaltung in den oberen Bereichen!

Äußeres: 1969 1,800.000 S, 1974 4,700.000 S. Hat sich die Weltgeltung Österreichs so ge-

waltig geändert, daß ein derartiger Aufwand notwendig ist?

Wissenschaft und Forschung: 1969 null, das Ministerium hat damals noch nicht bestanden, wir haben nur den Vergleich mit 1971. 1971: 100.000 S, 1974 1,710.000 S.

Unterricht und Kunst: 1969 100.000 S, 1974 869.000 S.

Und nun werden Sie sagen — man hört das so oft hier von diesem Pult —, was die Inflation vorantreibt: die Baupreise. Die Baupreise sind nicht ausreichend, die steigen unheimlich, wir kommen nicht mit. — Hier habe ich eine Aussendung des Bundesministeriums für Bauten und Technik, Stand 1. August 1973, ebenfalls Vergleich zu 1969. Es ist sehr interessant, die Repräsentationssteigerung und die Baupreissteigerung zu sehen. Die Baupreissteigerung hat — 1969, Jänner 1969, 100 angenommen — am 1. August 1973 146 betragen, nur 46 Prozent für Arbeit laut Bundesministerium für Bauten und Technik. Sonstiges, das ist das Material, nur um 5 Prozent höher. Das ist eine offizielle Aussendung, die in der Zeitung „Konkret“ der Bundesingenieurkammer abgedruckt ist und stimmt.

Wir sehen also: Im Repräsentationsaufwand, da geht es vorwärts. Aber man kann daraus erkennen, daß durch diese Steigerungsquoten im Bundesvoranschlag anscheinend Ziele verfolgt werden. Wo sind diese Ziele der sozialistischen Bundesregierung? Die Schlußfolgerung der Opposition kann nur lauten, diese aufwendigen Repräsentationsaufgaben eingehend zum Gegenstand der Kontrolle und Überprüfung zu machen.

Eine kurze Anmerkung in dem Zusammenhang über ein Kapitel, bei dem der Herr Finanzminister äußerste Sparsamkeit, im Gegensatz zu seiner Repräsentationsgrößzügigkeit, beweist: Förderungsansgaben des Bundes für Denkmalschutz und Altstadterhaltung im Kapitel Wissenschaft und Forschung. 1973 20 Millionen, eine Kürzung von 10 Prozent durchgeführt, die unter den Tisch fallen, 2 Millionen. Es gibt für 1973 nur 18 Millionen, weniger als 1972; damals waren es 19,8 Millionen. Durch diese Kürzungen sind nämlich Gemeinden und Länder betroffen, die die unumgänglich notwendigen Erhaltungsarbeiten bereits finanzierten und durchführten. Für den Bund ist es, glaube ich, keine Begründung, diese Kürzungen wegen der Stabilität vorzunehmen. Der Finanzminister hat auch auf Grund dieser ungerechtfertigten Kürzung jede Förderung für die Stadt Graz versagt, obwohl eine Aktion der Grazer „Kleinen Zeitung“ für die Altstadterhaltung mit über hunderttausend Unterschriften vorhanden war. Im Jahr 1974

Ing. Rudolf Heinz Fischer

sind zwar 25 Millionen für Förderungs Ausgaben im Budget enthalten, doch bei einer Sperre von 10 Prozent, die ja wieder anzunehmen ist, sind es auch nur 22,5 Millionen, also äußerst wenig. Hier Sparsamkeit, dort Ausgabenverschwendung.

Ich möchte noch kurz den Bereich der Rohstoffversorgung und Bevorratung erwähnen. Die Bundesregierung und vor allem der Finanzminister und der Handelsminister haben, obwohl sie von der Opposition gewarnt wurden, eine sorglose und gleichgültige Einstellung an den Tag gelegt. Dadurch sind nunmehr Vorwürfe über nicht getätigte notwendige Maßnahmen zu erheben. Die Regierung hat nicht die geringsten Maßnahmen getroffen, um Wirtschaftsgüter, die nunmehr Mangelware sind, vorsorgend durch Einleitung einer vernünftigen Bevorratung zu sichern.

Im Schatten der weltweiten Ölkrise erleben wir die österreichische Diskussion um die Bevorratung lebenswichtiger Güter. Nicht daß die Regierung in diese Diskussion eintritt, ist ihr vorzuwerfen, sondern vielmehr, daß sie es erst jetzt tut. Bevorratungswirtschaft ist im Hinblick auf eine mögliche Krise zu betreiben. Der schlechteste Zeitpunkt, den man dafür wählen kann, ist der, wenn sich die Krise bereits ankündigt, wie das in diesen Tagen der Fall ist. Daß sie überhaupt möglich war und durch die Angstkäufe so ein Ausmaß erreichte, dafür trägt die Regierung einen großen Teil der Verantwortung. Es ist nicht Aufgabe der Opposition, der Regierung diesbezüglich Ratschläge zu geben. Es verdient aber festgehalten zu werden, daß bereits am 22. Februar dieses Jahres mein Kollege Bundesrat Dr. Schwaiger eine schriftliche Anfrage an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie richtete, aus der ich das Wesentliche zitiere:

„Im Winter treten in den westlichen Bundesländern Versorgungsschwierigkeiten mit Öl auf, wodurch Wirtschaft, Fremdenverkehr und private Haushalte betroffen werden. Anfrage: Ist der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie bereit und in der Lage, die Österreichische Mineralölverwaltung oder eine andere Ölgesellschaft zu veranlassen, daß in Tirol zur Vermeidung von Versorgungsschwierigkeiten ein Tanklager errichtet wird?“

Die Antwort des Herrn Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie am 13. April lautete:

„In diesem Zusammenhang wäre auch noch zu bemerken, daß die Frage der Versorgung mit Heizöl auch Gegenstand von Beratungen im Rahmen der wirtschaftlichen Landesver-

teidigung ist. Dabei stehen derzeit verschiedene im Ausland bereits praktizierte Modelle zur Diskussion.

Bei der Auswahl des in Österreich anzuwendenden Modelles muß einerseits besonderer Wert auf den Umstand gelegt werden, daß für den Bund — und das ist sehr wesentlich! — „keine neuen Belastungen entstehen; andererseits ist aber auch darauf Bedacht zu nehmen, daß für die Konsumenten daraus keine negativen preislichen Auswirkungen erwachsen.“

Diese Stellungnahme besagt eindeutig, daß der Staat keine Bevorratungswirtschaft unterstützen will. Der Unternehmer soll auf seine Kosten allein die Bevorratung tragen, Kosten, die nicht unterzubringen sind.

Der Finanzminister will die Bevorratung, wenn sie vom Unternehmer vorgenommen wird, laut Aussage des Handelsministers besteuern und will damit verdienen, er will zusätzliche Einnahmen schaffen, statt die steuerliche Entlastung vorzunehmen und günstige Kredite zur Verfügung zu stellen.

Im April 1973 wollte die Bundesregierung nichts davon wissen, und nunmehr, mitten in der Krise, viel zu spät, kommt man auf diese konkreten Dinge und ist man bereit, in steuerliche und finanzpolitische Maßnahmen einzutreten.

Das beweist: Die sozialistischen Minister sind grundsätzlich nicht willens, konkrete Vorschläge, mögen sie auch noch so sehr fundiert sein, von der Opposition anzunehmen. Erst wenn sie mitten in der Krise stecken und wenn die gesamte Wirtschaft bedroht ist, dann soll man retten, was zu retten ist.

Meine Herren von der linken Seite! Sie betreiben eine Gefälligkeitsdemokratie, mit der Sie die Wahlen 1971 gewonnen haben, in einem gefährlichen Ausmaß. Sie haben nicht den Mut, vorausschauende Staatspolitik zu machen, weil Ihr oberstes Ziel, die Erhaltung Ihrer Machtpositionen, und das Wahlziel für 1975, wieder eine Mehrheit zu erreichen, jegliche notwendigen staatspolitischen Maßnahmen, wenn diese auch nur eine Spur von Unpopularität in sich tragen, zu verhindern wissen.

Der Mut zur Unpopularität scheint die Regierung vor allem dort zu verlassen, wo sie fürchten muß, ihre ureigensten Anhänger zu treffen. Da das Auto heute schon Wohlstandssymbol des Arbeitnehmers geworden ist, hat man sich von da her auch die zögernde Reaktion der Regierung zu erklären.

Eine Regierung, die vorgibt, den Menschen als zentrales Problem ihres Bemühens zu be-

Ing. Rudolf Heinz Fischer

trachten, hätte längst handeln müssen, wo es um eine Maßnahme eben für diesen Menschen geht.

Herr Handelsminister Dr. Staribacher erklärte am Freitag hier im Hohen Haus zur Treibstoffversorgung:

„In der jetzigen Situation kommen wir durch, doch diese kann sich jederzeit ändern.“

Wir müssen also mit weiteren Einschränkungen rechnen.

Deponieren möchte ich hier, daß die Nachahmung des Sonntagsfahrverbotes zur Einschränkung aus drei Gründen abzulehnen ist:

Erstens: Es ist eine wenig einsparende, daher zeitlich begrenzte und halbe Lösung.

Zweitens: Die Einengung der Mobilität des Staatsbürgers, der bereit ist zu sparen mit der Maßgabe, daß er selbst die Beschränkung vornehmen kann, stempelt ihn als unmündig ab.

Drittens: Die besondere Wirtschaftsstruktur Österreichs erfordert, daß auch im Interesse der Fremdenverkehrswirtschaft kein Sonntagsfahrverbot eingeführt wird.

Daher möge die Bundesregierung, wenn weitere Einschränkungen geboten sind, auch den Mut haben, ein gerechtes, differenziertes System der Treibstoffmarken, die bei jeder Bezirksverwaltungsbehörde lagern, anzugehen. Die Regierung muß die Weichen stellen. Die Hauptlast bei der Vollziehung der Verwaltungsarbeit der Kontingentierung tragen jedoch die Gemeinden, und dennoch sage ich hier als Kommunalpolitiker ja zur Bewirtschaftung von Treibstoff, weil dies die bessere und die zielführende Lösung darstellt.

Voraussetzung hierfür ist aber die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, die bisher immer in sehr gefährlichen Situationen Lösungen gefunden und angeboten hat.

Wie wollen Sie aber, meine Herren von der linken Seite, im Alleingang die Zukunft meistern? — Nur zwei Beispiele: Auftragslücken in der Bauwirtschaft: 36 Prozent bei der Industrie, 50 Prozent beim Gewerbe.

1973 Investitionsrückgang: 50 Prozent in der Bauwirtschaft.

In der Fremdenverkehrswirtschaft besetzen wir die einsame europäische Spitzenstellung hinsichtlich der steuerlichen Belastungen, die einfach untragbar sind. Kein Finanzminister Europas treibt so viel Steuern von Gaststätten- und Beherbergungsbetrieben und damit vom Gast ein wie Dr. Androsch. Die damit verbundene Preisgestaltung und die Aufwertung stürzten die Fremdenverkehrswirtschaft in eine Krise.

Zum Abschluß eine kurze, sehr interessante Feststellung zur hausgemachten Inflationspolitik des Finanzministers:

Als ich den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses (974 der Beilagen) über das Bundesfinanzgesetz 1974 gelesen habe, mußte ich mit einer gewissen Bewunderung feststellen, daß es in der sozialistischen Fraktion Abgeordnete gibt, die sicherlich auf Grund ihrer verantwortlichen parlamentarischen Funktion und ihres persönlichen Kontaktes zu den Wählern nunmehr den Zeitpunkt für geben erachten, eine klare, mutige Aussage zur untragbaren Inflationspolitik ihres Finanzministers zu dokumentieren. Die Abgeordneten Dr. Tull und Josef Schlager haben in ihrer Eigenschaft als Obmann und als Berichterstatter des Finanz- und Budgetausschusses auf Seite 3 ihres Berichtes, der allen Abgeordneten zugegangen ist, festgestellt — ich zitiere —:

„Bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 war die Bundesregierung bestrebt, weiterhin den Bemühungen um eine Stabilisierung und Rückführung der Inflationsrate auf ein tragbares Ausmaß besonderen Vorrang einzuräumen.“

Es ist dies meines Wissens das erste klare Eingeständnis der Sozialisten, daß der Rückführung der Inflationsrate auf ein tragbares Ausmaß Vorrang eingeräumt wird. Sie geben damit zu, daß die derzeitige Inflationsrate ein untragbares Ausmaß für die Bevölkerung des Landes erreicht hat, und finden mit dieser sehr wahren Feststellung den ungeteilten Beifall der Opposition. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wuganigg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wuganigg** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Ing. Fischer, hat so ungefähr zum Ausdruck gebracht, daß es in Österreich nur mit den Repräsentationsaufwänden vorwärtsgegangen ist. Herr Abgeordneter! Sie haben erklärt, es gehe ansonsten nirgends vorwärts. *(Abg. Kern: Bei der Inflation!)*

Sollte es Ihnen wirklich nicht bekannt sein, welch hohes Wirtschaftswachstum wir in Österreich haben, mit dem wir seit vielen Jahren an der Spitze der europäischen Staaten stehen?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß in diesen Jahren die Beschäftigtenzahl die allerhöchste war?

Wissen Sie nicht, in welchem hohem Maße die Sparguthaben angewachsen sind?

Wuganigg

Soll ich Ihnen weiter und weiter sagen und erzählen (*Zwischenruf bei der ÖVP*), wie weit es in diesem Staat vorwärtsgegangen ist? (*Rufe bei der ÖVP: Mit den Preisen vor allem!*) Auch darüber werden wir uns unterhalten. Auch diese Behauptung haben Sie aufgestellt, Herr Abgeordneter, daß die Preissteigerungsrate in Österreich weiß Gott wie hoch ist. (*Ruf bei der ÖVP: Ein Rekord!*) Ist Ihnen nicht bekannt, daß sie sich im unteren Drittel der europäischen Staaten befindet? (*Abg. Dr. Koren: Das stimmt nur leider nicht!*) Aber natürlich! Wir sind doch von 8 Prozent zu Beginn des Jahres auf 6,5 Prozent heruntergekommen. Das war im September. Das war doch ein gewaltiger Erfolg.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat das natürlich geändert. Ist etwa da die Regierung schuld? Es ist doch völlig falsch, was Sie hier sagen.

Ebenso Ihr Standpunkt zur Bevorratungswirtschaft. Ja was ist denn von den vorhergehenden Regierungen geschehen? Gar nichts! Sie haben nicht einmal die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, sie haben sogar verhindert, daß die gesetzlichen Grundlagen da sind, damit eine Bevorratungswirtschaft hätte durchgeführt werden können.

Ich glaube, daß Sie sich in Ihren Ausführungen sehr gewaltig im Irrtum befunden haben. Ich habe leider nicht die Zeit, mich damit noch etwas länger und ausführlicher zu befassen. Ich muß mich an die 20 Minuten Redezeit halten, von der Sie selbst gesprochen haben, und ich will mich daran halten. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Es dürfte unbestritten sein und ging ja aus der bisherigen Diskussion hervor, daß die Entwicklung der verstaatlichten Betriebe in den letzten Jahren einen günstigen Verlauf nahm. Angesichts dieser jüngsten Entwicklung können wir aber auch die nicht unwesentliche Feststellung treffen, daß die Bearbeitung der in den verstaatlichten Betrieben hergestellten Produkte intensiver geworden ist, daß ihre Erzeugnisse einem stärkeren Veredelungsprozeß unterzogen wurden, womit sich der Trend zur fortschreitenden Qualifizierung der Leistungen in einer Reihe verstaatlichter Unternehmungen weiterhin fortgesetzt hat. Dieser Trend wird für die weitere Zukunft der verstaatlichten Unternehmungen sicherlich von großer Bedeutung sein.

Ich will mich nunmehr in meinen Ausführungen auf die verstaatlichte Elektroindustrie beschränken und den Versuch unter-

nehmen, an Hand von wenigen Zahlen die Entwicklung der verstaatlichten Elektroindustrie darzulegen, wobei ich zur Beurteilung der Gesamtentwicklung in einigen Fällen auf einen etwas längeren Zeitraum zurückgreifen werde.

Zahlen sind zwar nüchtern und trocken, aber sie geben dafür ein einigermaßen klares Bild. Im Jahre 1972 erfolgte im Bereich der Elektroindustrie die Verschmelzung der Wiener Schwachstromwerke Vertriebsgesellschaft mit der Elin-Union. Es war der Abschluß einer Entwicklung, die im Jahre 1959 begann. Seither ist der Bereich der verstaatlichten Elektroindustrie identisch mit jenem der Elin-Union.

Im vergangenen Jahr hat die Elin-Union mit ihrem Umsatz erstmalig die 3-Milliarden-Grenze überschritten. Dieser Umsatz von 3149 Millionen ist gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent gestiegen. Dieser Umsatz, der etwa dem Umsatz der gesamten verstaatlichten Elektroindustrie im Jahre 1966 mit damals 18.000 Beschäftigten entspricht, wurde mit einer Belegschaft von 7500 Beschäftigten erreicht. Demzufolge ist der Pro-Kopf-Umsatz des Unternehmens von 350.000 S im Jahre 1971 auf 420.000 S im Jahre 1972 und damit um 20 Prozent gestiegen. Verglichen mit dem Jahre 1969 beträgt diese Steigerungsquote sogar 80 Prozent.

Die Höhe der Wertschöpfung ist ebenso aus den Nettoproduktionswerten ersichtlich, in welchen die Elektroindustrie mit einer Steigerungsrate von nominell 18,3 Prozent und real mit 13,8 Prozent an erster Stelle steht. Mit einem Nettoproduktionswert pro Kopf der Beschäftigten in der Höhe von 297.000 S, welcher die darin zum Ausdruck gebrachte Kapitals- und Arbeitsintensität dokumentiert, steht die Elektroindustrie auch hier an erster Stelle unter den verstaatlichten Betrieben. (*Abg. Dkfm. Gorton: Herr Wuganigg, haben Sie das dem Dr. Fleischmann auch erzählt?*) Das wird nicht stimmen! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich glaube gar nicht, daß er das behauptet hat. Ich meine, was Sie gesagt haben, wird nicht stimmen. Er konnte es gar nicht sagen, er ist ja nicht da. (*Abg. Dkfm. Gorton: Jetzt ist er da!*)

Dementsprechend hat sich die Produktivität gegenüber dem Jahre 1968 um 52 Prozent erhöht, und somit steht die Elektroindustrie nach der Nichteisenmetallindustrie an zweiter Stelle unter den verstaatlichten Betrieben. (*Abg. Dkfm. Gorton: Das stimmt ja alles nicht!*) Herr Abgeordneter Gorton, ich beziehe meine Zahlen aus den Statistiken, die offiziell

Wuganigg

sind, und Sie können sich ohneweiters auch den letzten Bericht der verstaatlichten Betriebe ansehen. Sie werden dann finden, daß diese Zahlen, die ich genannt habe, identisch sind. Ebenso den letzten Rechnungshofbericht. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieser Bericht durchaus erfreulich war, dennoch kann man daraus auf die Dauer keinerlei zuverlässige Prognose stellen.

Die Schwierigkeiten in der Elektroindustrie haben sich in der Vergangenheit immer wieder ergeben. Vielleicht wird die jüngste Entwicklung dazu beitragen, sie für einen längeren Zeitraum zu bannen. Fachleute schätzen, daß nur 50 Prozent der möglichen Kapazität unserer Wasserkraftwerke bisher ausgebaut sind. Ich glaube, wir können froh sein, daß wir diese Fachkräfte und diese Produktionsstätten in unserem Lande haben.

Meine Damen und Herren! Wenn also dieses positive Ergebnis erreicht werden konnte, zum Teil im Wettstreit mit ausländischen Konzernen auf dem Weltmarkt, die der österreichischen Elektroindustrie allein an Belegschaftsstand um das Dreißigfache und mehr überlegen sind, wenn die verstaatlichte Elektroindustrie trotz der bescheidenen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, dieses Ergebnis erreichen konnte, dann ist dafür den Arbeitern und Angestellten, den Ingenieuren und Direktoren zu danken, durch deren Fleiß und Können diese Leistungen vollbracht wurden, deren hochqualifizierte Produkte den Namen Österreich in alle Kontinente tragen.

Aber ich habe hier noch einer Aufgabe nachzukommen: Ich habe zu danken. Meine Damen und Herren, die technische Entwicklung führt zu immer größeren und leistungsfähigeren Einheiten an Großmaschinen und Transformatoren. Der Markt verlangt nach ihnen, und jedes Unternehmen, welches nicht imstande ist, diese Maschinen und Transformatoren zu bauen, verliert vielfach die damit zusammenhängenden Aufträge für kleinere Einheiten.

Nun ist wohl die verstaatlichte Elektroindustrie im Werk Weiz imstande, dieser Forderung nachzukommen und diese Maschinen zu bauen. In der neuerrichteten Schwerlasthalle des Werkes Weiz können Einzelstücke im Gewicht bis zu 400 Tonnen gefertigt werden. Aber man kann sie nicht mehr zum Bestimmungsort transportieren, denn zum Transport solch großer Werkstücke ist wiederum ein Spezialwagen mit einem Gewicht von doch mehr als 200 Tonnen erforderlich, und das sind nun zusammen rund 600 Tonnen.

Hatte das Werk Weiz schon vorher durch mehr als ein Jahrzehnt hindurch Schwierigkeiten, die sich bei den Transporten durch die vorhandenen Eisenbahnprofile ergeben haben, konstruktiv zu meistern, so kam nunmehr noch das Problem der erhöhten Lasten hinzu. Von allen Möglichkeiten des Transportes, die sich für diese Schwerlasten ergaben, verblieb schließlich nur mehr die Strecke der Aspangbahn, deren Oberbau allerdings zu schwach war, diese Lasten zu tragen.

So, meine Damen und Herren, wurde der Ausbau der Aspangbahn zur Frage der Existenz für das Werk Weiz der verstaatlichten Elektroindustrie. Dieses Werk ist das größte Werk der Elektroindustrie in Österreich. Es ist das einzige Werk, in welchem Maschinen und Transformatoren in dieser Größe gebaut werden können. Dieses Werk gehört zu den größten Betrieben der Steiermark. Es ist der einzige Großbetrieb in der Oststeiermark und damit von immenser regionalpolitischer Bedeutung. Abgesehen davon ist der Ausbau dieser Strecke für die gesamte steirische Industrie von größtem Interesse.

Nach eingehenden Untersuchungen und Überlegungen hat die Bundesregierung am 17. Juli dieses Jahres den Beschluß gefaßt, die Aspangbahn auszubauen und die hierfür erforderlichen Schritte raschest zu unternehmen. Wir haben vor wenigen Tagen das 2. Budgetüberschreitungsgesetz beschlossen, in welchem der Ausbau der Aspangbahn vorgeesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, an dieser Stelle die Steiermärkische Landesregierung zu vergessen, die — wenn auch später — ebenfalls beschlossen hat, ihren Beitrag zu leisten; ich möchte ihr dafür danken. Mein Dank gilt heute im Namen jener Tausenden, die im Werk Weiz beschäftigt sind, der österreichischen Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Staatssekretär (*Abg. Deutschmann: Welchem Staatssekretär?*), dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr sowie seinem Vorgänger, der österreichischen Bundesregierung, die hier im entscheidenden Moment die Initiative ergriffen und den übergroßen Teil der Kosten des Ausbaues übernommen hat, womit die Existenz des Werkes Weiz und Tausende Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert sind. Dafür will ich heute danken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Prader gemeldet.

Abgeordneter Dr. **Prader** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe in meinen Ausführungen erklärt, daß ich den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes im Budgetausschuß gefragt habe, ob es seiner Meinung nach richtig ist, daß die Veranschlagung der Familien- und Kinderbeihilfen jetzt im Sachaufwand statt wie bisher im Personalaufwand erfolgt. Der Herr Präsident hat mir die Antwort gegeben, daß der Meinung der zuständigen Abteilung gemäß diese Veranschlagung im Sachaufwand richtig sei.

Ich habe dann in meiner Rede gesagt, daß ich gerne die Meinung des Herrn Präsidenten gehört hätte und nicht das, was eine Abteilung dazu meint. Der Abgeordnete Peter hat dann in Erwiderung auf diese Ausführung hier mitgeteilt, daß der Herr Präsident Dr. Kandutsch mir selbst geantwortet hätte — selbst schon —, und zwar auch in der Richtung, daß er persönlich diese Neuveranschlagung nicht für richtig hält, sondern glaubt, daß man das weiter im Personalaufwand veranschlagen müßte. Er hat diesbezüglich auch auf die Ausführungen in der „Parlamentskorrespondenz“ verwiesen.

Ich habe mir nun die „Parlamentskorrespondenz“ ausgehoben, und da steht:

„Rechnungshofpräsident Dr. Kandutsch erklärte, die für das Budgetrecht und die Erstellung des Bundesrechnungsabschlusses zuständige Abteilung des Rechnungshofes vertrete den Standpunkt, daß die Familien- und Geburtenbeihilfe an Aktive und Pensionisten im Budget als Sachaufwand veranschlagt werden muß.“

Das ist dasselbe, was ich hier erklärt habe, und das deckt sich auch völlig mit den Aufzeichnungen, die ich persönlich im Budgetausschuß gemacht habe. *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (OVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte mich bei diesem Kapitel mit der Situation der österreichischen Familie beschäftigen und mit der Familienpolitik dieser Regierung.

Wir haben in der letzten Woche hier eine Debatte geführt. Es war der letzte Tagesordnungspunkt der letzten Sitzung. Ich habe hier gesagt, daß die Bedeutung der Familie in unserer Gesellschaft, daß die Bedeutung der Familie für uns alle eine ganz große ist und daß wir die Familie in die Lage versetzen müssen, dieser Bedeutung gerecht zu werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Wenn wir hier nur an das Kind denken, so erfährt das Kind nach dem Urteil der modernen Wissenschaft in der Familie nämlich die erste Formung. Die erste Pflege- und Erziehungsstätte für das Kind ist die Familie. Das Kind erfährt dort die Nestwärme und das Kind wird dort zu einer sozialkulturellen Persönlichkeit herangebildet, zu einem sittlichen Wesen. Die Familie ist also der erste und wichtigste Faktor im Prozeß der sogenannten Sozialisation, das heißt der Einordnung des Menschen in unsere Gesellschaft, der Eingliederung des Individuums in unsere moderne Gesellschaft.

Die Familie hat auch eine große Aufgabe für den heranwachsenden Menschen — aber auch für den Erwachsenen, wenn er seine Persönlichkeit voll zur Entfaltung bringen soll — in der Ehe. Hier haben Vater und Mutter die große Aufgabe, für das Kind und für ihre eigene Entfaltung zu sorgen. Die Familie hat auch eine ganz große Aufgabe für den alten Menschen. Der alte Mensch wird abgeschoben — kürzlich hat man ja in der Presse vom „Wegwerfmenschen“ und vom „Wegstellmenschen“ gelesen; der junge Mensch wird also „weggeworfen“, und der alte Mensch wird „hineingeschoben in einen Winkel“ — weg von der Familie, weil er dort keinen Platz mehr findet.

Ich glaube, es wäre unsere wichtigste Aufgabe, auch für den alten Menschen in der Familie den entsprechenden Platz zu sichern, und zwar sowohl in der Wohnung wie auch im Leben, damit er mit den jungen Menschen, mit den anderen Generationen dauernd in Verbindung bleiben kann und dort noch eine echte Aufgabe hat. *(Beifall bei der OVP.)*

Ich glaube, auch die Gesellschaft hat eine große Aufgabe für die Familie, weil die Familie eine große Aufgabe für die Gesellschaft hat, nämlich daß Kinder — sicher in der gewünschten Zahl — geboren, aufgezogen und erzogen werden. Wir haben in der vorigen Woche im Rahmen der Strafrechtsdebatte sehr bedeutsam über die Familie gesprochen und haben festgestellt, daß wir ihr Hilfe geben müssen.

Vorerst aber noch eine sehr interessante Untersuchung, die mir kürzlich in die Hände gekommen ist, eine Untersuchung über die frühe Mutter-Kind-Beziehung und die straffällig gewordenen jungen Menschen. Wir müssen heute im Staat sehr viele Mittel für die straffällig gewordenen jungen Menschen aufwenden, um sie zu resozialisieren, sie wieder in unsere Gesellschaft einzugliedern. In dieser Arbeit wird aber dargetan, daß vor allem die frühe Mutter-Kind-Beziehung sehr

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

wesentlich ist, damit der junge Mensch in die soziale Gemeinschaft so hineinwächst, daß er sich später in ihr zurechtfindet.

Hier werden zwei Gruppen von Jugendlichen untersucht, die aus dem gleichen sozialen Milieu, aus der gleichen sozialen Schichte kommen: einmal straffällig gewordene Jugendliche und zum andern nicht straffällig gewordene Jugendliche. Das hervorstechende Merkmal ist, daß die nicht straffällig gewordenen, obwohl sie aus den gleichen sozialen Verhältnissen, aus kleinen Wohnungen, aus wenig begüterten Familien kommen, eine Nestwärme, ein echtes Heim vorgefunden haben, während die anderen das nicht hatten, auch dann nicht, wenn materiell gesehen vieles oder alles vorhanden war.

In der Gruppe der straffälligen Jugendlichen kamen nur 6 Prozent aus einer gedeihlichen Familie, 78 Prozent aus einer nicht gedeihlichen Familie. Bei den Straffälligen waren begrenzt gedeihlich 21 Prozent der Familien und 22 Prozent bei der anderen Gruppe, das heißt also, hier war das Verhältnis ungefähr gleich stark. 73 Prozent der straffälligen Jugendlichen kamen aus zerrütteten Familienverhältnissen — schwerer Streit ist häufig, ein Elternteil arbeitsscheu, neue Ehe und so weiter —, während null Prozent der nichtstraffälligen Jugendlichen aus solchen Familien kommen. Ich glaube, das sagt doch etwas über die Bedeutung der Familie.

Es zeigt sich auch, daß bei der straffällig gewordenen Gruppe 33 Prozent der Mütter nach der Geburt nicht gearbeitet haben, 33 Prozent der Mütter haben ihr Kind pflegen können, ihm die Nestwärme geben können, während es bei den Nichtstraffälligen 82 Prozent waren. Das ist doch sehr interessant, das ist doch eine Aufgabe für die Gesellschaft, die sich weiterpflanzen wird, wenn wir sie heute rechtzeitig erfüllen.

Es gäbe noch viele Zahlen zu nennen. Eine davon ist sehr interessant, nämlich daß die Nichtstraffälligen zum größeren Teil, zu 60 Prozent, bei den Großeltern aufgezogen wurden, also intakte Familien mit den drei Generationen: Eltern, Großeltern und Kinder, sodaß hier der Großelternanteil noch eine echte Aufgabe gehabt hat, die er persönlich gerne erfüllt, die ihn aber auch in die Lage versetzt, für unsere Gesellschaft noch einen großen Beitrag zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon letzte Woche hier gesagt, daß die Frau Staatssekretär bei einer Tagung in Linz am 8. November 1973 den Ausspruch getan hat, daß sie, ihre Partei und die Regierung für die Einführung eines Müttergehaltes

und für die Verdoppelung der Kinderbeihilfe sind. Das sind sehr schöne Worte, die wir unterstreichen — aber die Taten fehlen uns zu diesen Worten. (*Ruf bei der ÖVP: Wie immer!*)

Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Schlußausführungen zur Abtreibungsfrage gesagt, daß die Gesellschaft, der Staat, die Mehrheit des Hauses in Zukunft Maßnahmen setzen wird, damit die Abtreibung nicht mehr notwendig, damit sie überholt ist. Es wäre gut, wenn diese Maßnahmen auch gesetzt würden.

Frau Staatssekretär, Sie haben auch bei dieser Debatte gesagt, daß die Geburtenbeihilfe erhöht wird. Das haben wir im Ausschuß schon verlangt, das wurde damals abgelehnt. Sie haben gesagt, daß es in Zukunft einen Steuerabsetzbetrag nicht mehr geben wird, statt dessen eine Kinderbeihilfe. Wir sind auch dann einverstanden, wenn die zusätzlichen Mittel nicht aus dem Familienlastenausgleich kommen. Die zusätzlichen Mittel in Form der Negativsteuer hat der Finanzminister für die Familien zu tragen, die bei den Absetzbeträgen bis heute unter den Rost gefallen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Staatssekretär! Im Grunde genommen habe ich aber eine sehr große Sorge: daß die Freigabe der Abtreibung, die Tötung des ungeborenen Lebens die Situation der Familien nicht verbessern wird, sondern im Gegenteil alle Bestrebungen, die Situation der Familien zu verbessern, stark einbremst. In Zukunft wird man ja sagen können: Die Mehrfamilien sind doch selber schuld, sie sollen nicht so dumm sein, sie sind selber schuld, wenn sie viele Kinder haben, mehr als zwei Kinder ist ein Luxus. Das haben wir auch früher von der linken Seite des Hauses öfter gehört.

Oder etwas anderes: Man wird zu einer außerehelichen Mutter doch nicht sagen: Wir müssen dieser alleinstehenden Mutter helfen. Man wird sagen: Die war zweimal dumm: einmal, weil es überhaupt zu einer Empfängnis gekommen ist, und einmal, weil sie selbst schuld ist, wenn sie das Kind austragen muß. (*Abg. Skritek: So reden Sie am Land, Herr Kollege, mit den ledigen Müttern, das ist Ihr Sprachschatz gegenüber den ledigen Müttern!*)

Das ist nicht mein Sprachschatz gegenüber ledigen Müttern, sondern ich fürchte, daß die sozialistische Seite dieses Hauses diesen Sprachschatz, den sie früher gepflegt hat, wiederaufnehmen wird, wenn es um die Verbesserung der materiellen Leistungen für die Familie geht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Das stammt aus Ihrem Sprachvokabular! Da haben Sie sich mit Ihrer Ausdrucksweise verraten! — Abg. Dr. Fleisch-*

8406

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

mann: Wo gibt es denn die meisten unehe-lichen Kinder: in Tirol und in Vorarlberg, in den christlichen Bundesländern! Ich sage: Nur ein anständiges Mädchen bekommt ein außereheliches Kind, denn die anderen treiben es vielleicht ab. *(Abg. Skritek: Das ist wieder eine neue Behauptung, Herr Kollege!)*

Das ist keine neue Behauptung. Ich habe die Sorge, daß unsere Bemühungen um die materielle Besserstellung der Familie durch die Strafrechtsreform eingebremst und nicht gefördert werden, obwohl wir andere Aufträge an die Regierung beschlossen haben.

Beim Budget komme ich jetzt gleich darauf zurück, wie das konkret mit der Abgeltung der höheren Kinderlasten aussieht.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist eine echte Aufgabe für die Familie. Es stehen hier mehrere Möglichkeiten zur Verfügung. Eine der wichtigsten ist die Erhöhung der Familienbeihilfe. Hier hat interessanterweise der Herr Bundesminister für Finanzen am 16. März 1972 geantwortet, daß die Politik der früheren Bundesregierung dem Familienlastenausgleichsfonds 3,5 Milliarden Schilling entzogen habe, die für familienpolitische Zwecke hätten verwendet werden können. Dabei hat er schüchtern übersehen, daß von diesen 3,5 Milliarden Schilling schon 800 Millionen von ihm stammen, denn das war der Überschuß des Familienlastenausgleiches 1970. 1971 hat der gleiche Herr Finanzminister eine Milliarde dem Familienlastenausgleichsfonds entzogen — das heißt, der Familie entzogen. Der Familie kann es ja gleichgültig sein, ob das im Budget irgendwo auf einem Blatt Papier steht oder ob es auf einem Konto der Postsparkasse ruht. Dieses Geld hat die Familie eben nicht bekommen. 1972 war das gleiche.

Hier erhebt sich für mich dann die Frage, Frau Staatssekretär, wer denn den Herrn Bundeskanzler Kreisky so falsch informiert hat, daß er noch am 19. Dezember 1972 antworten konnte: Es gibt nicht 900 Millionen Schilling Überschuß — das habe nämlich ich behauptet —, sondern es gibt nur 100 Millionen Schilling Überschuß. Und dann waren es genau 11 Tage später nicht 100 Millionen, sondern 1 Milliarde, also 1005 Millionen. Und das, glaube ich, das ist in zehn Tagen schon ein bißchen ein großer Unterschied. Es wäre also doch die Aufgabe, der Familie das zu geben, was ihr zusteht.

1970 war der Reservefonds 2,6 Milliarden. Heute ist der Reservefonds 5,4 Milliarden, ohne den großen Zuwachs des heurigen Jahres. Dazu hat ja der Herr Finanzminister erklärt, es würde nur 400 Millionen Schilling

Zuwachs geben. Aber ich glaube, er hat hier genauso „gut“ gerechnet wie im vergangenen Jahr oder in den vergangenen Jahren.

Die Mütterzulage, Frau Staatssekretär, haben Sie gefordert. Sie haben sich dazu bekannt. Aber am Freitag hat man unseren Initiativantrag abgelehnt. Es hat dazu in der Begründung geheißen, die 500 S wären zu wenig. Frau Staatssekretär! Wir sind gerne bereit, auch mehr zu geben. Wir sind auch gerne bereit, den Kreis auszudehnen. Denn wir wollten ja auch nur einen ersten Schritt setzen mit unserem Vorschlag. Wir sind gerne bereit, das auf alle Mütter auszudehnen. Wir können darüber reden, aber man soll das nicht einfach wegwischen, ohne echte Verhandlungen zu pflegen. Denn damit ist den Familien nicht geholfen.

Wir wollen die Berücksichtigung der besonderen Lage der unvollständigen Familie, der alleinstehenden Mutter. Wir wollen, daß die Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Familie besser anerkannt werden. Dazu hat die ÖVP schon lange einen Teilzeitbeschäftigungsvorschlag eingebracht, der nicht verhandelt wird. Wir wissen, daß die Mütter oft nur mit einer Teilzeitbeschäftigung den notwendigen materiellen Verdienst erwerben und gleichzeitig ihrer Aufgabe als Mütter nachkommen können.

Wir verlangen auch eine Sicherung der Erziehungs- und Bildungsaufgabe, insbesondere der Bildungsaufgabe im ländlichen Raum. Das Kind braucht im ländlichen Raum einen Kindergarten, es braucht im ländlichen Raum draußen die gleichen schulischen Voraussetzungen wie die Kinder im städtischen Bereich.

Darüber werden wir beim Kapitel Unterricht Gelegenheit haben mehr zu hören.

Wir brauchen eine allgemeine Sicherung des Lebensraumes für die Familie. Dazu gehört auch der Wohnungsbau. Sie, meine geehrten Herren von der linken Seite, haben immer verlautbart: 5000 Wohnungen pro Jahr mehr. Wo sind denn jetzt diese 30.000 Wohnungen, die Sie hätten mehr bauen wollen? Sie bauen ja jetzt um 5000 weniger und nicht um 15.000 mehr! Das ist auch eine Folge der Inflation, die sich sehr nachteilig für die Familie, gerade für die junge Familie auswirkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Wo bleibt denn der Familienbericht der österreichischen Bundesregierung?

Die Regierung Klaus hat am 10. Dezember 1969 einen sehr konstruktiven und umfassenden Bericht über die Lage der Familien in Österreich eingebracht. Auf Grund der Neu-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

wahlen wurde dieser Bericht im Haus nicht mehr behandelt. Er ist also eigentlich im Parlament nicht mehr vorliegend.

Die Regierung Kreisky hat es nicht der Mühe wert gefunden, einen solchen Bericht einzubringen. Ich glaube, es wäre sehr notwendig und sehr wichtig, daß sich die Regierung mit der Situation der Familie echt auseinandersetzt, daß die Regierung hier Forschungsvorhaben durchführt, um die Situation der Familie und ihre Bedeutung aufzuzeigen für die Gesellschaft, ihre Bedeutung für das Kind, für die Erziehung, ihre Bedeutung für die Heranentwicklung des Menschen, ohne daß dieser straffällig wird, so wie ich eingangs aufgezeigt habe; ihre Bedeutung für den alten Menschen, wenn wir auch diesem das Glück auf der Welt zuerkennen wollen.

Das alles könnte oder sollte ein solcher Bericht behandeln. Das hat der Bericht der ÖVP-Bundesregierung behandelt. Aber wir haben von der neuen Regierung nichts mehr davon vernommen.

Frau Staatssekretär! Worte allein sind eben zuwenig; auch wenn diese Worte von Regierungsmitgliedern kommen, auch wenn diese Worte von Abgeordneten der Regierungspartei kommen.

Noch eine interessante Tatsache: Der Herr Bundesminister für Finanzen hat am 16. März 1972 mitgeteilt, daß die Kinderlasten vom Familienpolitischen Beirat errechnet wurden, und zwar betragen sie im Durchschnitt 1300 S.

Der Herr Bundeskanzler hat im vergangenen Sommer, also erst kürzlich, mitgeteilt, daß es eine stichhaltige Berechnung nicht gäbe. Ich weiß jetzt nicht, hat der Herr Bundeskanzler nicht gelesen, was der Herr Finanzminister geantwortet hat? Oder, Frau Staatssekretär, haben Sie ihn nicht informiert, daß eine solche Berechnung vorliegt? Denn wir brauchen eine solche Berechnung, wenn wir mit unseren Forderungen ernsthaft bleiben wollen.

Ich muß also sagen, daß die Sozialistische Partei keine erfolgreiche Familienpolitik betrieben hat. Denn wortreiche Bekenntnisse allein sind zuwenig, wenn keine Taten gesetzt werden. Der soziale Abstieg der Familien geht rasch voran; besonders durch die inflationistische Entwicklung in diesem Staate, für die auch die Regierung Kreisky die Verantwortung hat.

Frau Staatssekretär! Wir vermissen, daß Sie Ihre Regierungsmitglieder, vor allem den Herrn Bundeskanzler, entsprechend aufklären und daß Sie sich beim Herrn Finanzminister durchzusetzen vermögen. Informieren Sie den

Herrn Bundeskanzler! Denn ich glaube, wenn er über die Situation echt informiert wäre, dann würde er Ihre Aussage gerne unterstützen, dann würde er Sie vielleicht auch gegenüber dem Finanzminister unterstützen. Und darauf kommt es ja letztlich an, denn der Herr Finanzminister sagt bis jetzt immer nur nein zu positiven und guten Vorschlägen. Setzen Sie sich also gegenüber dem Herrn Finanzminister durch.

Bis jetzt, Frau Staatssekretär, haben Sie die Hoffnungen, die die österreichische Familie und auch unsere Partei auf das Staatssekretariat für die Familienpolitik gesetzt haben, nicht erfüllt. Bis jetzt haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Alle Vorschläge der ÖVP wurden abgelehnt.

Sie haben nein gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite, zu unseren Vorschlägen zur Erhöhung der Familienbeihilfen, Sie haben nein gesagt zur Einführung des Müttergehaltes und der Mütterzulage, Sie haben nein gesagt, wenn es galt, den Familienlastenausgleich vor dem Ausräumen zu bewahren und ihn immer wieder zu verwenden, wenn der Finanzminister irgendwo eine finanzielle Lücke zu decken hat, daß man doch noch eine soziale Maßnahme setzen will. Ich bin fest überzeugt, daß es keine so teure Lösung der Schulbuchfrage gegeben hätte, wenn das der Finanzminister hätte zahlen müssen. Und trotzdem müßte kein Vater und keine Mutter auch nur einen Schilling für das Schulbuch in Österreich ausgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der jüngste Vorschlag der Sozialistischen Partei — muß ich in diesem Fall sagen, nicht der sozialistischen Regierung, weil es ein Initiativantrag ist, aber wir wissen ja alle in diesem Haus, daß der Unterschied bei diesen Anträgen nicht sehr ins Gewicht fällt — ist ja ein neuerliches Ausräumen des Familienlastenausgleichsfonds. Denn hier muß dieser Fonds und nicht die Krankenkasse die Untersuchungsgebühren zahlen, und das macht in Kürze die Hälfte dessen aus, was wir heute oder morgen den Müttern bei der Geburtenbeihilfenerhöhung zu geben bereit sind. Die Hälfte! Das heißt also, wir könnten viel mehr tun, wenn die Untersuchungskosten, so wie es richtig wäre, von der Sozialversicherung oder vom Finanzminister getragen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hauses! Diese Ihre dauernden Nein treffen die Familie sehr hart. Es gilt, nicht die Kinder im Mutterleib zu töten, sondern es gilt, den Familien zu helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung zu diesem Kapitel besteht inhaltlich in einer Berichtigung. Formal war meine Meldung zur Berichtigung nicht möglich, weil eine Berichtigung zur Berichtigung um 17.40 Uhr nicht möglich ist. Sie war allerdings heute schon einmal möglich, als der Kollege Schwimmer sich zu einer Berichtigung gemeldet hat und dann der Kollege Marsch sich zur Berichtigung wieder berichtigend zu Wort gemeldet hat.

Ich möchte aber jetzt keine Berichtigungsdebatte vom Zaun brechen und will auch gar nicht behaupten, daß gegenüber den einzelnen Fraktionen unterschiedlich entschieden worden ist. Es kann natürlich ein Irrtum vorliegen; auch ich bin nicht in der Lage, innerhalb von einer Minute diese Geschäftsordnungsfrage zu klären.

Mir geht es also tatsächlich nur — ich habe mich ja daher regulär zum Wort gemeldet — um eine Erwiderung auf eine Feststellung, die Herr Kollege Prader getroffen hat.

Ich darf nur folgendes kurz in Erinnerung rufen: Es geht um die Streitfrage, ob die Familien- und Geburtenbeihilfen im Sachaufwand, wie es die Regierungsfraktion vertritt, oder im Personalaufwand, wie es die Volkspartei und wir Freiheitlichen vertreten, zu veranschlagen sind. Der Finanzminister hat bei dieser Frage eine zwiespältige Haltung eingenommen; ursprünglich war er der Meinung, daß die Familien- und Geburtenbeihilfen im Personalaufwand zu veranschlagen wären; im Zuge der Budgeterstellung hat er aus Gründen, die sicher bei anderen Kapiteln noch zur Sprache kommen werden, das Bild des Budgets verändert, indem er die Familien- und Geburtenbeihilfe überraschenderweise in den Sachaufwand transferiert hat. Darüber ist im Ausschuß eine Frage auch an den Präsidenten des Rechnungshofes gerichtet worden.

Ich darf vorausschicken, daß der Präsident des Rechnungshofes an und für sich nur eine persönliche Meinung hat, und diese ist unwichtig. Als Präsident kann er nur die Fachmeinung des Rechnungshofes wiedergeben, nach dem Gesetz kann er nur Ergebnisse der Gebärungsprüfung wiedergeben. Da es keine Gebärungsprüfung war, konnte er daher nur die Fachmeinung des Rechnungshofes wiedergeben. Kollege Prader konnte nicht mitgeschrieben haben, da er mit seinem Nachbarn gesprochen hat. Daraufhin hat, wie alle, die

im Ausschuß waren, wissen, der Präsident des Rechnungshofes seine Ausführungen unterbrochen und hat den Vorsitzenden gebeten, erst weiter antworten zu dürfen, bis ihm der Kollege Prader wieder Aufmerksamkeit schenkt. Herr Kollege Prader! Sie haben die „Parlamentskorrespondenz“ zitiert, in der steht, Herr Präsident Kandutsch hätte erklärt, daß die Familien- und Geburtenbeihilfe als Sachaufwand veranschlagt werden muß. Das war ein Druckfehler der „Parlamentskorrespondenz“, der berichtigt worden ist. Die Fußnote lautet:

„Rechnungshofdebatte im Budgetausschuß. — In unserer Ausgabe vom 22. November ... hat sich im ersten Absatz der Wiedergabe von Ausführungen des Rechnungshofpräsidenten Dr. Kandutsch ein sinnstörender Fehler eingeschlichen. Richtig muß die Stelle lauten:

Die zuständige Abteilung des Rechnungshofes vertrete den Standpunkt, daß die Familien- und Geburtenbeihilfe an Aktive und Pensionisten im Budget wie bisher als Personalaufwand zu veranschlagen wäre, wie dies auch das Finanzministerium in seinen ersten Entwürfen getan habe. (*Abg. Glaser: Gesagt hat es der Präsident aber anders!*)

Herr Kollege! Gemeint hat er aber den Personalaufwand. Das war die Meinung aller, und daher auch ist die Berichtigung erfolgt.

Herr Kollege Prader! Die zwei Parteien sollten — meine Wortmeldung ist keine Berichtigung — sich einig und froh darüber sein, daß der Rechnungshofpräsident festgestellt hat, daß sich die Fachmeinung des Rechnungshofes mit der Meinung der beiden Oppositionsparteien deckt; das sollten Sie unterstreichen und nicht versuchen, mit Gewalt mittels Berichtigungen einen Gegensatz, der in Wahrheit gar nicht vorhanden ist, herauszukehren.

Ich darf also hier noch einmal als Freiheitlicher wiederholen: Wir sind so wie Sie von der ÖVP der Meinung, daß Familien- und Geburtenbeihilfe ein Personalaufwand ist. Wir nahmen daher mit Freude zur Kenntnis, daß der Rechnungshofpräsident als Fachmeinung des Rechnungshofes erklärte, es wäre auch nach dessen Meinung eine Angelegenheit der Personalpolitik. Ich möchte das damit endgültig geklärt haben und hoffe, damit keine Debatte auszulösen, die letzten Endes nur denjenigen dient, deren geänderte Meinung — sie waren ja auch ursprünglich der Meinung, daß es ein Personalaufwand ist — wir eigentlich gemeinsam bekämpfen sollten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Lausecker.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt **Laus-
ecker**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes
Haus! Ich möchte mir erlauben, zu einigen
Fragen, die in der Diskussion angeklungen
sind, ganz kurz Stellung zu nehmen.

Mehrmals erwähnt wurden das Bundesmini-
steriengesetz und die Verwaltungsreform, und
beides wurde in einen gewissen Zusammen-
hang gebracht. Es wurde schon mehrfach auf
den verwaltungsreformatischen Effekt des
Bundesministeriengesetzes hingewiesen, und
ich darf bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck
bringen, daß über Vorschlag des Herrn Bun-
deskanzlers die Bundesregierung am 25. Sep-
tember eine eigene Kommission gebildet hat,
die aus Vertretern aller Ressorts besteht und
im Bundeskanzleramt zusammentritt, um eine
einheitliche Durchführung des Bundesministe-
riengesetzes zu gewährleisten.

Dieses Bundesgesetz wird nicht nur eine
Verbesserung der Kompetenzverteilung zwi-
schen den Bundesministerien zur Folge haben,
sondern wird auch Anlaß für eine Vereinfachung
der Ablauforganisation der Verwaltung sein,
vor allem etwa durch die Reform
der Kanzleiordnung.

Bereits mit 1. Jänner 1974 gilt es für die
Erfüllung der Auskunftspflicht, wie sie das
Bundesministeriengesetz im § 3 Z. 5 und im
§ 4 vorsieht, Vorsorge zu treffen. Hier gilt es
also, für eine einheitliche Form der Erfüllung
dieser Auskunftspflicht der Bundesdienststel-
len Sorge zu tragen.

Zum 1. Jänner 1975 werden dann weitere,
sehr wesentliche Dinge vorzusehen sein; auch
dazu müssen zwischen den Ressorts bestimmte
Vorbereitungen getroffen werden. Es geht hier
um die Frage der Geschäftseinteilung der Bun-
desministerien, um die Frage der Geschäfts-
ordnung in den einzelnen Bundesministerien.
Auch in dieser Frage wird die aus allen Res-
sorts beschickte Kommission versuchen, ent-
sprechend Vorsorge zu treffen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt
auf die Verwaltungsreformkommission Bezug
genommen. Dem Hohen Haus wurde im April
1973 im Rahmen einer parlamentarischen An-
fragebeantwortung eine Information über
Arbeitskreise gegeben. Es handelt sich hier
um vier Arbeitskreise:

Arbeitskreis 1 über Rechtsbereinigungs- und
Gesetzgebungsvorbereitung unter dem Vor-
sitz des ehemaligen Leiters des Verfassungs-
dienstes und jetzigen Präsidenten des Ver-
waltungsgerichtshofes Dr. Loebenstein;

Arbeitskreis 2 behandelt die Verwaltungs-
reform im Bereich der Hoheitsverwaltung;
Vorsitz führt Herr Direktor Dr. Ettel;

Arbeitskreis 3 behandelt die Rationalisie-
rung der Bundesbetriebe; Vorsitz hat Vize-
gouverneur Fremuth;

Arbeitskreis 4 behandelt Verwaltungsser-
vice und Öffentlichkeitsarbeit; Vorsitz führt
Direktor Dr. Vak.

Ich darf also in diesem Zusammenhang auf
die parlamentarische Anfragebeantwortung
verweisen, aber zugleich auch die heute ge-
gebenen Hinweise auf die Notwendigkeit einer
Arbeitsplatzbeschreibung aufgreifen.

Die Verwaltungsreformkommission hat sich
in ihrer letzten Sitzung gerade mit dieser
Frage beschäftigt, weil zu Recht heute hier ge-
sagt wurde, daß künftige Bemühungen um
eine Reform des Dienst- und Besoldungsrech-
tes eine sehr wesentliche Bedeutung für die
Frage einer einfachen Verwaltungsführung
haben wird. Es ist in der Kommission nun die
Bemühung im Gange, für eine Arbeitsplatz-
beschreibung Vorsorge zu treffen, und zwar
nicht unter Vorwegnahme der Beschreibung
und der Bewertung, denn sie wird sehr wohl
eine Frage der Meinungsbildung zwischen
Dienstgeber- und Dienstnehmerseite sein.
Aber in der Kommission schien es uns sehr
wertvoll, wenn Empfehlungen über mögliche
Systeme einer für den öffentlichen Dienst
adäquaten Arbeitsplatzbeschreibung vorberei-
tet werden könnten. Darum bemühen sich also
jetzt die Mitglieder der Verwaltungsreform-
kommission.

Erlauben Sie mir, daß ich diese Gelegenheit
zum Anlaß nehme, um auszudrücken, daß im
Jänner 1974 der Beginn der Besprechungen
und Verhandlungen um die Neugestaltung des
Dienst- und Besoldungsrechtes vorgesehen ist.
Es werden im Jänner — gedacht ist an den
18. Jänner — die Vertreter der Gebietskör-
perschaften Österreichs auf der einen Seite
und die Vertreter der vier Gewerkschaften des
öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite
erstmalig zusammenkommen, um die Beratun-
gen aufzunehmen, mit deren Ergebnis für die
Zeit nach dem Auslaufen des derzeitigen Be-
soldungsübereinkommens vorgesorgt werden
soll.

Es handelt sich hier nicht um Verhandlun-
gen, die die Bundesregierung allein mit den
Gewerkschaften führt. Der Herr Bundeskanz-
ler wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzen-
der des Verhandlungskomitees der Gebiets-
körperschaften wohl einladen, aber die Ver-
handlungen werden zwischen der Bundes-
regierung, den Herren Landeshauptmännern,
dem Städtebund und dem Gemeindebund ge-
führt werden. Also die Repräsentanten der
Gebietskörperschaften Österreichs auf der

Staatssekretär Lausecker

einen Seite und die im Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam kooperierenden Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten, der Gemeindebediensteten, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenbediensteten auf der anderen Seite.

Hohes Haus! Ich sage das deswegen, weil in jüngster Vergangenheit oft sehr heftige Vorhalte über Wert und Unwert bestimmter Einrichtungen des Besoldungsrechtes und des Vertrages ausgetauscht wurden und weil hier der legitime Anlaß gegeben ist, die Verantwortung von vornherein gemeinsam zu tragen. Es wird dabei möglich sein, Grundsatzüberlegungen anzustellen, um zu einem leistungsbezogenen — wie es einer der Redner heute gesagt hat —, zu einem notwendigen leistungsbezogenen System insbesondere im Besoldungsrecht zu gelangen.

Ich gebe allen Ausführungen recht, die hier in die Richtung gingen, daß es dabei eine wertvolle Hilfe wäre, wenn in der Frage der Arbeitsplatzbeschreibung und der Arbeitsplatzbewertung bereits Systemempfehlungen zu Hilfe genommen werden könnten. Das ist die Absicht, die auf dem dienst- und besoldungsrechtlichen Sektor besteht.

Erlauben Sie mir abschließend nur noch eine Bemerkung: Bei der Frage Budgetierung beim Sachaufwand oder beim Personalaufwand wurden vom Herrn Abgeordneten Dr. Prader auch die Bezugsvorschüsse und die Reisegebührenansätze der öffentlich Bediensteten erwähnt. Wie mir dazu berichtet wird, geht das auf die sechziger Jahre zurück. Man hat damals nämlich die Entlohnungsansätze der Arbeiter im Sachaufwand budgetiert und die Bezugsvorschüsse im Personalaufwand. — Damals wurde der Standpunkt vertreten, daß alles das, was öffentlich Bedienstete für ihre Leistungen zu erhalten haben, sinnvollerweise in den Personalaufwand gehört und das andere in den Sachaufwand. Daher kam es damals zu der Regelung, daß die Arbeiterentlohnungsansätze in den Personalaufwand kamen und die Reisegebührenansätze und die Bezugsvorschüsse in den Sachaufwand. Das erlaubte ich mir nur als Beitrag zu diesem Hinweis betreffend den öffentlichen Dienst — Budgetierung beim Sach- oder Personalaufwand — zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordneter Vetter.

Abgeordneter **Vetter (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Ansatz für die Österreichische Raumordnungskonferenz, für die ÖROK, befindet sich im

Kapitel Bundeskanzleramt. Es steht heute auch zur Debatte. Ebenso daher auch die grenzlandfördernden Maßnahmen, die Gesamtheit der dem Bund zustehenden Grenzlandförderungsmaßnahmen, da dem Herrn Bundeskanzler die Koordination auf diesem Gebiete zukommt.

Hohes Haus! Ich habe sämtliche Erklärungen hinsichtlich Grenzlandförderung im Laufe des heurigen Jahres genau verfolgt. Sie waren äußerst zahlreich und vielversprechend. Leider aber wenig konkret.

Ich habe auch anlässlich einiger offizieller Veranstaltungen im Grenzgebiet so manche Rede von Regierungsmitgliedern genau verfolgt und möchte Ihnen, Hohes Haus und Herr Bundeskanzler, eine Aussage von Minister Dr. Sinowatz — erfolgt in Karlstein bei der 100-Jahr-Feier der dortigen Uhrenfachschule — nicht vorenthalten, weil ich sie für bemerkenswert halte und persönlich nie vergessen werde. Der Minister drückte sich fast wörtlich damals so aus: daß man die großen Probleme in den Grenzregionen nicht allein durch Geld lösen könne, sondern daß vor allem ein gesteigerter und verstärkter Lebensgeist und Lebensmut der Bevölkerung notwendig sei.

Meine Damen und Herren! In einem Gebiet, wo man so manchem jungen Facharbeiter, wo man vielen kleinen Landwirten, wo man vielen kleinen Gewerbetreibenden ja nahezu eine Prämie dafür auszahlen müßte, damit sie weiterhin in diesen Notstandsgebieten ihrer Arbeit und ihrem Berufe nachgehen und ihrer Aufgabe in der Gesellschaft nachkommen, einer Aufgabe, die niemand anderer erfüllen kann, in einem solchen Gebiet hat die gesamte schwerarbeitende Bevölkerung längst ihren Lebenswillen und Lebensmut bewiesen und kann auf Ratschläge solcher Art von Regierungsmitgliedern sehr leicht verzichten. Daß solche Ratschläge bei den Betroffenen keine helle Freude auslösen, werden Sie sicherlich verstehen.

Genauso wie der vorliegende Budgetentwurf durch seinen Inflationsdruck, durch seine Verschleierungen, durch die darin enthaltenen Aufblähungen der Repräsentationskosten, durch seine oft mangelnden Ansätze dagegen in lebensnotwendigen Bereichen, durch den zu erwartenden Steuerdruck im kommenden Jahr — 6 Milliarden Schilling mehr Lohnsteuer in einem einzigen Jahr! — Millionen von Österreichern keine Freude bereiten kann und wie auch die Unglaubwürdigkeit und Unentslossenheit der Regierung, die Unsicherheit gerade in wirtschaftlichen Fragen nur Bestürzung und Unsicherheit hervorruft.

Vetter

Nun zurück zur Grenzlandsituation. In der Unterlage zur Erklärung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage im Juli 1973 wurde die Zielsetzung sämtlicher Grenzlandförderungsmaßnahmen sehr richtig und klar aufgezeigt, daß nämlich — ich zitiere — „auf Grund der eklatanten wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den grenznahen Gebieten sowie aus staatspolitischen Gründen der Entwicklung dieser Gebiete eine besondere Priorität“ eingeräumt werden müsse.

Dann heißt es in wenigen Zeilen als Zielvorstellung: „Anhebung des Entwicklungsstandes im Bereich der allgemeinen Lebens- und Einkommensbedingungen auf das durchschnittliche Niveau in Österreich bei möglichst gleichbleibender Zahl der aktiven Bevölkerung. Ein konkretes Entwicklungsprogramm des Bundes ist für die Grenzgebiete in Bearbeitung.“

Herr Bundeskanzler! Vorstellungen und Zielsetzungen allein verändern, geschweige denn verbessern die Situation noch nicht. An der Situation hat sich nämlich bis dato noch nichts geändert.

Wiederholt wurde schon von den verschiedensten Stellen immer wieder darauf hingewiesen, mit welchen Schwierigkeiten die Bevölkerung, die Gemeinden, die Unternehmer, die Gewerbetreibenden zu kämpfen haben, und daß es dringendst erforderlich wäre, daß Bund und Länder gemeinsam zusammenwirken, damit kein wirtschaftliches und kulturelles Vakuum entsteht, das die dort lebende Bevölkerung zwingt, in andere Gebiete abzuwandern.

Die Probleme an der toten Grenze haben internationale Ursachen. Es ist demnach Aufgabe des Gesamtstaates, an der Lösung entscheidend mitzuwirken. Die Schwierigkeiten liegen im mangelnden Fremdenverkehr, in der Investitionsunlust, in der gesamten ungünstigen wirtschaftlichen Situation und der daraus resultierenden Abwanderung.

Das Streben bei Grenzlandaktionen müßte also sein, ähnlich wie in der Bundesrepublik die Leistungskraft der Grenzlandgebiete bevorzugt mit dem Ziel zu stärken, daß in allen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden können, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind. Also gerade diese Gebiete sollten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht eine große Aktivität aufweisen können.

Die Tatsache aber, daß seitens des Gesamtstaates dem nicht durch spezielle Unterstützung verschiedenster Art Rechnung getragen wird, bewirkt in der Bevölkerung oftmals das Gefühl des Aufgebenseins. Ja es besteht Gefahr, daß man die völlige Nutzlosigkeit aller Bestrebungen, das wirtschaftliche Leben zum Pulsieren zu bringen, hinnimmt, weil verschiedene Investitionen, vor allem jene der Gebietskörperschaften, eben nur dann getätigt werden können, wenn wieder entsprechende Voraussetzungen vorliegen. Die Grenzgebiete werden nämlich gegenüber allen anderen entwicklungswürdigen oder förderungswürdigen Gebieten nicht bevorzugt, und darin sehe ich eine offensichtliche Unterlassung des Bundesgesetzgebers. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aus seiner gesamtstaatlichen Verantwortung heraus hat nämlich der Bundesgesetzgeber meiner Meinung nach durch gesetzliche Maßnahmen Vorsorge zu treffen, daß der beängstigenden Entwicklung, nämlich der Abwanderung, dem wirtschaftlichen Sterben von Betrieben und der damit verbundenen Aufgabe und Verödung des Gebietes entgegengewirkt wird.

Wenn schon eine spezielle Förderung im Rahmen des Finanzausgleiches, wie es sich bisher gezeigt hat, nicht möglich ist, weil gerade die Gemeinden jene Einrichtungen schaffen, die das Leben auch in diesen Gebieten lebenswert erscheinen lassen, dann muß eben dem Beispiel der Bundesrepublik gefolgt und im Wege eines Sondergesetzes eine eigene Finanzhilfe des Bundes gewährt werden.

Das Land Niederösterreich — und ich beziehe mich vor allem auf die Gebiete entlang der toten Grenze Niederösterreichs — hat sich schon immer mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht, die Infrastruktur in diesen Gebieten zu verbessern, so zum Beispiel durch die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, durch den Ausbau der Landeshaupt- und Landesstraßen, durch die bevorzugte Auswahl von Standorten für sonstige öffentliche Einrichtungen, durch Unterstützungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr und vieles andere mehr.

Herr Bundeskanzler! Im Budget 1974 sind im Lande Niederösterreich 60 Millionen Schilling — 60 Millionen Schilling, Herr Bundeskanzler! — vorgesehen, um im Rahmen eines Entwicklungsprogramms für die Grenzlandregionen mithelfen zu können, auch in diesen extremen Randlagen unseres Landes Lebensbedingungen zu schaffen, die jenen in anderen Teilen Niederösterreichs gleichwertig sind.

8412

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Vetter

Das, meine ich, ist ein Musterbeispiel einer echten Aktion, einer Sonderunterstützung, wie wir sie auch vom Bund erwarten.

Dem Land sind aber rechtliche und faktische Grenzen gesetzt. Rechtlich insofern, als es für mögliche Investitionen des Bundes auf den verschiedensten Sektoren des öffentlichen Lebens nicht zuständig ist und daher diese nicht zu beeinflussen vermag. Faktisch deshalb, weil die finanziellen Mittel eines Landes eben nicht ausreichen, es sei denn, es werden andere, die gesamte Bevölkerung betreffende Verpflichtungen vernachlässigt. Ein Land kann aber eben nicht für eine 400 Kilometer lange tote Grenze sorgen und nicht allein die staatspolitische Verantwortung übernehmen.

Landtag und Landesregierung, meine Damen und Herren, sind schon wiederholt an die Bundesregierung herangetreten, damit seitens des Bundes entsprechende wirtschaftliche und raumordnungspolitische Maßnahmen zugunsten dieser Gebiete gesetzt werden. Ein Antrag vom 12. Dezember 1972, Herr Bundeskanzler, ist bis heute noch nicht behandelt worden, nämlich jener, in dem eine Aufforderung nach einem Grenzlandförderungsgesetz enthalten ist, in dem auch eine Grenzlandkommission gewünscht wird, damit eben die Vertreter der Länder ihr Mitspracherecht gesichert haben.

Im Rahmen der ÖROK stehen nun Entwicklungsmaßnahmen in Verhandlung. Sollten sich aber die Maßnahmen, die dort gefordert werden oder vorgeschlagen werden, nur darauf beschränken, Umschichtungen vorzunehmen, müssen sie als unwirksam bezeichnet werden, weil eben die Hilfe für das Grenzland nicht zu Lasten anderer Bevölkerungsteile gehen kann.

Herr Bundeskanzler! Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß die richtige Antwort gegeben, daß in der ÖROK nicht allein der Bund zuständig ist, da eben dort Bund, Länder, Gemeinden, Sozialpartner zusammenarbeiten, und Sie haben selbst anklingen lassen, daß das Tempo der Arbeit schneller sein könnte. Sie haben wortwörtlich gesagt: Das Tempo richtet sich nach dem langsamsten Schiff. — Sie haben aber die Frage offengelassen, wer an dieser Verzögerung schuld sei — aus Höflichkeit, wie Sie sich ausdrückten.

Herr Bundeskanzler! Mich würde sehr interessieren, wer in dieser für die Grenzgebiete und seine unterstützungswürdige leidtragende Bevölkerung so eminent wichtigen Frage als Bremser auftritt. Diese Ihnen ansonsten nicht eigene Schweigsamkeit und Wortkargheit kommt nämlich überraschend, noch dazu wo

Sie die Schuld an der Verzögerung auf Dritte schieben könnten, wovon Sie sich ansonsten auch nicht gerade scheuen.

Was das Bundesland Niederösterreich betrifft, das Land mit dem überwiegenden Anteil an den Gebieten an der toten Grenze, so möchte ich feststellen, daß die Vertreter meines Bundeslandes brennend daran interessiert sind, Fortschritte zu erzielen, und ich möchte, sollte eventuell der Vorwurf der Verzögerung gegen das Land Niederösterreich erhoben werden, diesen a priori ganz entschieden zurückweisen!

Eine Antwort darauf hat nämlich ziemlich deutlich Staatssekretär Veselsky in der Fragestunde am 27. November gegeben, als er in seiner Antwort auf die erste der aufgeworfenen Fragen gleichsam entschuldigend feststellte, daß erst im Oktober 1973 im Unterausschuß der ÖROK eine Abgrenzung für Förderungsgebiete gelungen sei. Diese Beantwortung der Frage war wenigstens korrekt, sachlich, ehrlich, wenn auch nicht zufriedenstellend.

Hinsichtlich der zu erwartenden finanziellen Mittel gab der Herr Staatssekretär auch wenigstens eine halbwegs konkrete Antwort in dieser mündlichen Anfragebeantwortung, als er nämlich mitteilte, daß das Land Niederösterreich aus den vorgesehenen ERP-Mitteln vielleicht mit etwa 100 Millionen Schilling rechnen könne.

Aber wie haben Sie im Budgetausschuß reagiert, Herr Bundeskanzler, als ich Sie fragte, ob Sie mir einen umfassenden Katalog aller beabsichtigten Förderungsmaßnahmen für die Gebiete an der toten Grenze geben könnten? Sie nahmen ein vollbeschriebenes Blatt Papier in die Hand und erklärten mir, es würde zu lange dauern, diese Frage mündlich zu beantworten. Sie stellten mir eine schriftliche Antwort in Aussicht. Ich habe mich noch höflichst bedankt, in der guten Hoffnung, möglichst bald eine umfassende und ausreichende Unterlage in Händen zu haben.

Herr Bundeskanzler! Bis heute wartete ich vergeblich auf diesen Katalog. Nur eine Kopie wäre notwendig gewesen — ja wenn auf diesem Papier tatsächlich Grenzlandförderungsmaßnahmen verzeichnet gewesen wären.

Herr Bundeskanzler! Sie müssen mir zustehen, daß ich dies bezweifle. Es war ein Gag, aber ein schlechter. Heute, um 11 Uhr, Herr Bundeskanzler, war der Brief noch immer nicht eingelangt. Kurz nach 12 Uhr habe ich ihn im Klub in meinem Fach gefunden, datiert vom 30. November 1973. Der Budgetausschuß tagte am 12. November dieses Jahres. Herr

Vetter

Bundeskanzler! Sie werden verstehen, daß ich mich in wenigen Stunden mit dem sicherlich sehr umfassenden Bericht nicht auseinandersetzen kann, wenn Ihre nicht kleine Beamtenschaft 20 Tage benötigt, mir die Kopie dieses Blattes, das Sie mir im Budgetausschuß gezeigt haben, zukommen zu lassen.

Und nun zu einzelnen Punkten dieses Briefes. Sie schreiben mir, daß ein Sofortmaßnahmeprogramm der Bundesregierung für die niederösterreichischen Grenzgebiete ausgearbeitet und am 25. September — vor relativ langer Zeit — den Mitgliedern der Niederösterreichischen Landesregierung zugesendet worden sei. Am 12. November 1973 war im Ausschuß davon keine Rede, lediglich die Mitteilung, daß das Arbeitstempo im ÖROK-Unterausschuß zu wünschen übriglasse. Ich kenne zwar einen Beamtenentwurf über Maßnahmen aller Bundesministerien, aber kein von der Bundesregierung gebilligtes, mit dem Land koordiniertes, vollziehbares Sofortprogramm mit den notwendigen finanziellen Dotierungen.

Sie schreiben im Punkt eins — ich kann nicht sehr genau eingehen, ich bitte deshalb um Entschuldigung — über das ERP-Sonderprogramm zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen auch in Niederösterreich, des Burgenlandes, der Steiermark und so weiter. Herr Bundeskanzler! Dieses ERP-Sonderprogramm soll also auch in dem Schreiben vom 25. September enthalten gewesen sein, obwohl ich weiß, daß erst am 5. November 1973 Richtlinien erstellt worden sind, die besondere Bestimmungen für die grenznahen Entwicklungsgebiete in diesen ERP-Großkredit-Richtlinien vorsehen.

Hier liegt auch eine gewisse Unklarheit vor, denn konnten am 25. September diese Richtlinien schon erstellt sein, obwohl offiziell erst am 5. November darüber eine Einigung erfolgte?

Unter Punkt vier teilen Sie mir mit, daß für eine bevorzugte Förderung von Fremdenverkehrsinvestitionen für die Grenzgebiete gegenüber der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien 15 Millionen Schilling reserviert sind. Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, Sie haben sich verschrieben, denn 15 Millionen Schilling sind für das gesamte Gebiet, das an die Tschechoslowakei, an Ungarn und an Jugoslawien grenzt, zuwenig.

Sie wissen alle, daß sich diese Gebiete besonders für den Fremdenverkehr eignen, denn sie wären das typische Erholungsgebiet für den geplagten Großstädter; doch halte ich 15 Millionen Schilling für Investitionen auf

dem Fremdenverkehrssektor für sehr wenig, wissen Sie doch selbst, daß eine Investition bezüglich der Einrichtung einer Gasthaus- oder Hotelküche bereits mehrere hunderttausend Schilling kostet, wenn nicht über eine Million.

Im Punkt fünf sprechen Sie vom Sofortprogramm zum Ausbau des berufsbildenden mittleren und höheren Bundesschulwesens. Konkret wird Hollabrunn angeführt, sonst sind die Ausführungen ganz allgemein gehalten, wie: der Neubau einer Bundeshandelschule, einer Bundeshandelsakademie, einer Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und so weiter.

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, daß es sich bei der Finanzierung der Bundeshandelschule um jene in Gmünd handelt, denn dort hat der Herr Unterrichtsminister bei der Eröffnungsrede erklärt, die Finanzierung sei gesichert.

Im Punkt sechs erwähnen Sie, daß im Bereich des öffentlichen Verkehrs durch die kürzlich beschlossene Novelle zum ÖBB-Gesetz die Voraussetzung dafür geschaffen wurde, den Betrieb auf unrentablen Nebenbahnstrecken aufrechtzuerhalten. Eine Voraussetzung wurde sicherlich geschaffen, doch fehlt meiner Meinung nach doch eine Willensbildung, eine Willenskundgebung des Gesetzgebers; ich bezweifle nicht, daß sie geschieht, aber von einer konkreten Grenzlandförderungsmaßnahme sehe ich bisher noch nichts.

Ich hoffe nur, daß auch die Investitionen genehmigt werden, um eben auch den Verkehr auf diesen Nebenbahnstrecken der heutigen Zeit entsprechend attraktiv gestalten zu können, denn in den letzten Jahren, bedingt durch die vielen Gespräche über die Auflassung, wurde nicht ein Groschen investiert.

Herr Bundeskanzler! Die heute eingelangte Information ist meinem privaten Gefühl nach absichtlich so kurzfristig abgefertigt worden.

Ich möchte Sie fragen: Warum behandeln Sie einen Abgeordneten der Minderheitsfraktion auf diese Art und Weise? Gehört das zum Stil der Regierung? Wo bleibt die vielgepriesene Transparenz? Die angeblich geübte Toleranz? Aber auch das ist kein Einzelbeispiel!

Auch der Herr Vizekanzler hat mir die versprochene detaillierte Mitteilung über die geplanten Maßnahmen im Grenzland aus der Arbeitsmarktförderung bis heute nicht übermittelt. Diese Handlungsweise wird unleugbar zum Stil Ihrer sozialistischen Regierung gehören.

Wie sagten Sie in der vergangenen Woche? — Die Mehrheit hat entschieden! Nun, die Mehrheit hat entschieden, die Abgeordneten

8414

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

Vetter

der Oppositionspartei nicht ausreichend und nicht rechtzeitig genug zu informieren, dabei bleibt es!

Herr Bundeskanzler! Gegen diese Haltung möchte ich auf das entschiedenste protestieren, denn ich meine, ein Recht darauf zu haben, daß ein Bundeskanzler eine im Ausschuß gegebene Zusage betreffend Information auch tatsächlich einhält, und zwar so, daß man sie zum Gegenstand der Diskussion im Plenum machen kann.

Ich bin der Meinung, daß die SPÖ das Gefühl der Macht nicht nur bis zur Neige auskostet, sondern längst darüber hinausgeschritten ist. Das ist ein äußerst gefährlicher Weg meiner Meinung nach, dessen Last und dessen Kosten ganz Österreich und die ganze Bevölkerung zu tragen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hanna Hager.

Abgeordnete Hanna Hager (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung bekennt sich zu einer aktiven Familienpolitik und hat dies auch schon mehrfach bewiesen. Im Budget finden die Aktivitäten den Niederschlag, denn Familienpolitik ist für uns Sozialisten kein moderner Werbeslogan, sondern gerade wir können darauf verweisen, daß wir seit vielen Jahrzehnten Familienpolitik im echten Sinne des Wortes angestrebt und nach den gegebenen Möglichkeiten auch verwirklicht haben. Der Schutz der Familie, die Würdigung der Frau als Mutter, die Anerkennung der Mutterschaft als soziale Leistung sind unverrückbare Grundsätze unserer Familienpolitik.

Es ist auch der sozialdemokratischen Regierung Kreisky vorbehalten geblieben, ein Staatssekretariat für Familienfragen und Familienpolitik zu installieren. *(Abg. Mitterer: Und was für eines!)* Sie haben das jedenfalls in Ihrer Zeit nicht zustande gebracht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Frau Staatssekretär Karl hat in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Familien und zum Wohle der Kinder geleistet.

Die moderne Industriegesellschaft stellt die Familie und somit auch die Familienpolitik vor eine Fülle neuer Aufgaben. Eine moderne soziale Familienpolitik erfordert eine Vielfalt koordinierter Maßnahmen in allen Lebensbereichen. Das ganze große Gebäude der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik enthält familienpolitische Instrumente, deren Ziel und Zweck der Schutz und das Wohl der Familie ist, und die derzeitige Bundesregierung bekennt sich zu dieser aktiven Familienpolitik, wie zu direkten Zuwendun-

gen wie Geburten- und Familienbeihilfen sowie auch zu der vollen Abgeltung von entstandenen Kosten; dazu gehören eben die heute schon soviel zitierte freie Schulfahrt und die freien Schulbücher.

Was ist in der Zeit bis jetzt geschehen?

Die Familienbeihilfe hat sich seit dem Jahre 1970 um 35 Prozent erhöht: um 70 S monatlich; in der Zeit der ÖVP-Regierung um ganze 40 S.

Im Jahre 1974 werden aus Fondsmitteln an 2,3 Millionen Kinder und aus Bundesmitteln an 240.000 Kinder Familienbeihilfen bezahlt. Davon leistet der Ausgleichsfonds 9,9 Milliarden Schilling gegenüber 9,5 Milliarden Schilling im Jahre 1973. Der Bund hat für 1974 1140 Millionen Schilling zu tragen. Im Jahre 1973 waren es um 122 Millionen Schilling weniger. Diese Steigerung ist auf die 1973 wirksam gewordene Erhöhung der Familienbeihilfe zurückzuführen.

Ein weiterer Schritt in der sozialen Familienpolitik ist damit gelungen, daß ab 1. Jänner 1973 den behinderten Kindern monatlich der doppelte Betrag der Familienbeihilfe gewährt wurde. Wiederum bezeugen wir, die sozialistische Regierung, damit, daß wir die Nöte und die Anliegen kennen, und wie ernst unser Bemühen ist, den Familien in allen Lebenslagen zu helfen.

Was ist in den vier Jahren der ÖVP-Regierung diesbezüglich geschehen? Hat man sich an die behinderten Kinder jemals erinnert?

Die Geburtenbeihilfe wurde — auch im Gegensatz zur ÖVP-Alleinregierung — um 300 S erhöht, und Sie wissen, daß bereits ein Antrag im Hause liegt, wonach diese Geburtenbeihilfe verdoppelt werden soll. Es ist sehr richtig, daß diese Erhöhung dann erfolgt, wenn eine ärztliche Betreuung der werdenden Mutter und des Kindes nachgewiesen wird. Das liegt sowohl im Interesse einer aktiven Familien- als auch Gesundheitspolitik.

Im Bundesvoranschlag 1974 sind für den Aufwand an Geburtenbeihilfen, wie heute schon gesagt worden ist, 220 Millionen Schilling vorgesehen.

Wie sehr wir in unserer Familienpolitik das Kind und die Chancengleichheit in den Mittelpunkt gestellt haben, sagen die 1,4 Millionen Schüler, die die freien Schulbücher, die heute von Ihnen schon so sehr gelästert wurden, bekommen. Dafür sind 850 Millionen Schilling bereitgestellt.

850.000 Kinder können in Österreich dank einer sozialistischen Regierung die freie Schulfahrt beanspruchen. Sie, meine Damen und Herren von der Oppositionspartei, haben

Hanna Hager

dies den österreichischen Familien nicht geben wollen, denn Sie sagten doch letztlich zu diesem unseren Antrag damals nein. Wir waren aber überzeugt, daß dies ein sehr großer Schritt auf dem Weg zu einer echten modernen und sozialen Familienpolitik ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu kommen noch die Heim- und Schulbeihilfen, die ebenfalls der Chancengleichheit dienen.

Ihre Partei verurteilt, wie es Herr Generalsekretär Dr. Kohlmaier hier ausgesprochen hat, so sehr das freie Schulbuch. Sie wissen aber genausogut wie wir, daß die Eltern und, wie ich weiß, vorwiegend die Frauen hoch erfreut sind, daß sie sich zum Schulbeginn Gelder einsparen können, pro Kind durchschnittlich 700 bis 1000 S. Sie hätten auch in den vier Jahren Zeit genug gehabt, dies den österreichischen Familien zu bringen. Sie beurteilen diese wirklich gute Tat nur negativ. Aber ich glaube, es gibt dennoch keine Familie in Österreich, die deswegen das freie Schulbuch ablehnt, weil Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, mit dieser Art von Familienpolitik nicht einverstanden sind!

Wie ist es denn: Wieviel Geld bleibt den Frauen im September, wenn die Schule beginnt? Ich habe mir die Mühe genommen und einige Umfragen gemacht. Auf Anhieb konnten mir damals die Mütter sagen, daß ihnen soundso viel in der Tasche bleibt, daß sie das nicht auszugeben brauchen. Weniger prompt war die Antwort, als ich sie fragte, wie hoch die Kinderbeihilfe ist, denn die ist im Gehalt und im Lohn enthalten, und das wissen die Frauen nicht so sehr. Aber was ihnen in der Geldtasche bleibt, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, das registrieren die Frauen, die Hausfrauen, die Mütter sehr wohl! *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Wir wollten ihnen 1000 S in die Geldtasche geben!)* Herr Dr. Leitner, darauf werde ich im Anschluß gleich zu sprechen kommen!

Die Frau Staatssekretär Karl, aber auch meine Frau Kollegin Metzker und auch ich haben vergangene Woche über die Aktualität der Familienberatungsstellen gesprochen. Daß wir diesem Anliegen allergrößtes Augenmerk zuwenden, das können Sie uns glauben. Es haben schon einige dieser Beratungsstellen die Tätigkeit aufgenommen, und wir freuen uns, daß sie einen so guten Zuspruch finden.

Es wird eine vordringliche Aufgabe sein, schon in der allernächsten Zeit weitere Familienberatungsstellen zu installieren. Wir werden die österreichische Bevölkerung darauf aufmerksam machen, daß diese Beratungsstellen den Frauen und Männern zur Verfügung stehen. Wir wissen, daß eine Regie-

ungsvorlage über die Förderung von Familienberatungsstellen im Hause vorliegt und somit auch die gesetzliche Voraussetzung geschaffen wird.

Hohes Haus! Ich habe eingangs gesagt, daß Familienpolitik ein Teil einer ganz umfassenden Gesellschaftspolitik ist und daher auch ein wesentlicher Teil der Gesundheits- und der Sozialpolitik. Daher begrüßen wir Sozialisten auch ganz besonders die Maßnahmen, die die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz bezüglich des Mutter-Kind-Passes und der Neugeborenen-Zentren getroffen hat.

Auch die Ernährungsfibel wird eine große Hilfe für unsere Mütter sein.

Die familienpolitischen Maßnahmen, die der Herr Sozialminister getroffen hat, sind von eminenter Bedeutung für Mutter und für Kind, zum Beispiel die Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes von derzeit 845 S auf 2000 S für die verheirateten Mütter, 3000 S wird monatlich die uneheliche Mutter erhalten. Damit soll ihr die Möglichkeit gegeben werden, wenigstens das erste Jahr bei ihrem Kind bleiben zu können. Es treten ohnehin in der Folge noch Sorgen an diese uneheliche Mutter heran: Wohin mit dem Kind?

Hier, Herr Dr. Leitner, gebe ich Ihnen recht, daß wir noch zuwenig Kindergartenplätze haben, was besonders am Lande der Fall ist. Hier wird noch etwas geschehen müssen. Wir wissen, daß gerade auf diesem Gebiet, weil zuwenig Kinderkrippen, zuwenig Kindergartenplätze vorhanden sind, noch viel zu tun ist. Und warum? Weil gerade auf diesem Gebiet soviel versäumt wurde. Die Forderung nach mehr Kinderkrippen und Kindergärten ist für uns Sozialisten eine Selbstverständlichkeit, und daher begrüßen wir auch besonders die diesbezüglichen Überlegungen unseres Sozialministers.

Es wird den Gemeinden — und ich bin auch Gemeindefunktionär und komme aus einer Stadtgemeinde — dann leichter möglich sein, derlei soziale Einrichtungen zu schaffen, wenn ein finanzieller Zuschuß zu erwarten ist, denn die Gemeinden werden trotz der Einsicht, daß wir mehr Kindergartenplätze brauchen, nicht in der Lage sein, allein diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Über 237.000 Kindergartenplätze fehlen uns noch, vor allem, wie Sie, Herr Dr. Leitner, sagten, auf dem Lande. 9 Milliarden Schilling wären aber erforderlich, um die noch fehlenden Kindergartenplätze zu bekommen.

Dann gibt es noch ein großes Versäumnis, das man ebenfalls immer wieder anführen sollte. Wie war es denn mit den Bundesbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen?

Hanna Hager

Man hat doch nie vorgesorgt. Ich weiß noch aus meiner Tätigkeit im Landtag, wie schwierig es gewesen ist, zum Beispiel eine Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen nach Oberösterreich zu bekommen. Jährlich mußten soundso viele abgewiesen werden, nur 35 konnten in die Schule Aufnahme finden. Das sei nur nebenbei gesagt.

Eine weitere sehr wesentliche Erleichterung für die schwangere Frau, die außerhäuslich tätig ist, wird die Verlängerung der Schutzfrist von 6 auf 8 Wochen vor und nach der Geburt sein. Weiters wird nun auch die Meldepflicht der verheirateten schwangeren Arbeiterin beim Arbeitsinspektorat zwingend vorgeschrieben werden. Auch das begrüßen wir sehr. Bisher bestand die Verpflichtung nur für die ledige werdende Mutter. Ich glaube, gerade in der Zeit des technisierten Arbeitsplatzes und des Fließbandes ist eben mehr Schutz für Mutter und Kind notwendig.

Wir wissen sehr genau, daß es nicht möglich ist, dieses ganze große Gebäude der Familienpolitik in so kurzer Zeit zu komplettieren. Aber im zügigen Ausbau liegen vor allem die großen Aufgabengebiete der Zukunft. Die Sorgen um die Familie, die Zielsetzungen der Familienpolitik sind doch die beste Methode, für die jungen Menschen unseres Landes zu wirken, denn wir alle wissen sehr genau: die jungen Menschen drängen zur Familienbildung. Darum ist auch die beste Werbung und die beste Hilfe der Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Das wird unsere Aufgabe sein, denn der Familie helfen heißt die Zukunft sichern! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gasperschitz.

Abgeordneter Dr. **Gasperschitz** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung des Voranschlages 1974 hinsichtlich der Ausgaben für das vom Bund besoldete Personal machte der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede folgende Feststellung: „Das verständliche Bestreben nach einer ständigen Verbesserung der Einkommen hat dort seine Grenzen, wo die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten überschritten werden.“

Dieser grundsätzlichen Feststellung des Herrn Finanzministers kann man nicht widersprechen. Sie ist zweifellos richtig. Wenn aber der Herr Bundesminister für Finanzen mit dieser Feststellung meint, daß die Grenzen der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten beim Personalaufwand des Bundes bereits jetzt erreicht sind, muß ich mich fragen, welchen Zweck es dann hat, wenn im Jänner 1974 die Verhandlungen über ein neues Ge-

haltssystem mit dem Ziele einer lebensgerechten und leistungsorientierten Besoldung beginnen sollen. Ein solches neues Besoldungssystem, das am 1. Jänner 1976 wirksam werden soll, erfordert zwangsläufig mehr Mittel. Es sei klar festgestellt: Mit einer Umschichtung der für den Personalaufwand vorgesehenen finanziellen Mittel bei gleichbleibendem Personalstand — das letzte will ich besonders unterstreichen — können die Zielvorstellungen für eine neue Gehaltsstruktur nicht verwirklicht werden.

Hohes Haus! Der Bundesminister für Finanzen stellte in seiner Budgetrede auch fest, daß die Anforderungen an die Verwaltung steigen und die Nachfrage nach öffentlichen Gütern ständig zunehme. Es sei nicht der Staat — sagte er —, der mehr von seinen Bürgern fordert, sondern die Bürger fordern mehr vom Staat. Und der Finanzminister forderte schließlich eine leistungsstarke, moderne, unbürokratische und anpassungsfähige öffentliche Verwaltung.

Diese Feststellung klingt recht gut, ist aber, wie man zu sagen pflegt, „ein alter Hut“. Jedes Jahr werden anlässlich der Budgeterstellung und -beratungen solche Forderungen aufgestellt.

Schon im Dezember 1970 hat die Verwaltungsreformkommission in ihrem Bericht erklärt, daß eine wirkungsvolle Adaptierung der Verwaltung nur durch eine Reihe von konzertierten Aktivitäten erfolgen kann. An diesen Aktivitäten fehlt es, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Bundesregierung! In der Verwaltungsreformkommission spricht man von Verwaltungsservice, von der Durchführung des Bundesministeriengesetzes — davon hat ja heute der Herr Staatssekretär Lausecker auch gesprochen — und über die Grundlagen für die Dienstpostenbeschreibung — alles sehr wichtig natürlich, aber das ist noch immer keine Strukturform. Nicht zuletzt ist es ja der öffentliche Dienst selbst, der an einer Strukturreform der öffentlichen Verwaltung interessiert ist, ja geradezu interessiert sein muß.

Ich möchte daher zu dieser notwendigen Strukturreform des öffentlichen Dienstes auch einen kurzen Beitrag leisten. Der soziale Leistungsstaat hat dem öffentlichen Dienst eine Unmenge von Aufgaben übertragen. Der öffentliche Dienst war früher einmal lediglich ein Ordnungsgarant: nationale Sicherheit, öffentliche Ruhe, Ordnung und Rechtspflege standen ja im Vordergrund. Heute steht die Leistungsverwaltung im Vordergrund. Neben der Hoheitsverwaltung beschäftigt sich der öffentliche Dienst mit der Lenkung der Wirtschaft, mit der Sozialverwaltung, mit der Bildungspolitik, mit der Förderung privater

Dr. Gasperschitz

Aktivitäten, von der Forschung bis zur Sportausübung, um nur einige wichtige Aspekte zu nennen.

Der öffentliche Dienst ist im Zuge der Demokratisierung der Staatswillensbildung zum Sozialgestalter geworden. Er ist nicht nur mehr im Dienste des Rechts- und Machtzweckes, sondern auch des Kultur- und Wohlfahrtszweckes tätig. Immer mehr Anliegen des menschlichen Lebens werden zu Aufgaben des Staates, ein Bereich, der von der vorschulischen Erziehung bis zur Altersfürsorge reicht.

Neben den anzutreffenden Lenkungsmaßnahmen gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmungen tritt noch die Eigenunternehmertätigkeit der öffentlichen Hand. Man denke an die Subventionsverwaltung und Auftragsvergabe. Der Staat schließt Arbeits- und Mietverträge ab, gewährt Darlehen, kauft und verkauft Mobilien und Immobilien, schreibt Wettbewerbe aus und tritt selbst am Markt als Unternehmer auf.

Im Sinne einer Öffentlichkeitsarbeit würde es mir sehr zweckmäßig scheinen, wenn eine diesbezügliche Zusammenstellung der Aufgabenbereiche des öffentlichen Dienstes in einem Fernsehfilm gezeigt würde. Damit wüßte der Staatsbürger, was alles der öffentliche Dienst für ihn leistet.

Wenn nun zu den wesentlichen Aufgaben und Zielsetzungen einer Strukturreform die Kostenersparnisse auf dem Personalsektor und im Sachaufwand gehören, dann wäre meines Erachtens in erster Linie eine Durchforstung aller Gesetzaufträge an den öffentlichen Dienst am Platze, um zu überschauen, inwieweit Aufgaben vom öffentlichen Dienst bewältigt werden müssen und inwieweit anderen Institutionen außerhalb des öffentlichen Dienstes Aufgaben zu übertragen wären. Universitätsprofessor Dr. Tomandl hat in einem Vortrag richtig festgestellt: Je weiter sich der Staat in frühere private Bereiche ausdehnt, desto größer wird sein Bedarf an Dienstnehmern, die diese neuen Aufgaben wahrnehmen sollen.

Dem Aufgabenzuwachs steht allerdings selten eine Entäußerung des Staates von angestammten Aufgaben gegenüber. Hier bedarf es eines politischen Auftrages, eines Auftrages an die Verwaltung, die bestehenden Gesetzaufträge zu überprüfen und Entlastungsvorschläge für den öffentlichen Dienst zu erstatten.

Schon der Bericht der Verwaltungsreformkommission vom Dezember 1970 betont, daß die österreichische Rechtsordnung den Selbstverwaltungskörpern weitgehende Rechte zur Mitgestaltung einräumt. Sie sind in der Be-

deutung staatlichen Verwaltungsorganen nahezu gleichzustellen, zumal man in der Verfassungs- und Verwaltungslehre — und ich zitiere Adamovich: „Das Handbuch des österreichischen Verfassungsrechtes“ — von einer Entwicklung zum Kammerstaat spricht.

Der zitierte Bericht der Verwaltungsreformkommission 1970 sieht in der Einrichtung der Selbstverwaltungskörper geradezu die Möglichkeit, eine Reihe von für Staat und Gesellschaft bedeutsame Aufgaben nicht durch die zentrale Staatsverwaltung, sondern durch die Vertretungskörper selbst besorgen zu lassen.

Von der öffentlichen Hand werden Bundesbetriebe, nämlich verstaatlichte Unternehmungen sowie Landes- und Kommunalbetriebe, geführt, die über eine halbe Million Dienstnehmer beschäftigen. Die Bundesbetriebe im engeren Sinn — es handelt sich um rund 150.000 Bedienstete — stellen einen unmittelbaren integrierenden Bestandteil der Verwaltung dar, das heißt ihre Gebarung ist ein Teil der Bundesgebarung. Die Beschäftigten sind Bundesbedienstete, die rechtliche Organisation ist Bestandteil der Rechtsnormen, die die Bundesverwaltung regeln.

Die weitgehende Trennung von Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung ist zweifellos ein offenes Problem. Ich betone nochmals: Die Durchforstung der Gesetzaufträge für den öffentlichen Dienst, die Entlastung des öffentlichen Dienstes von verschiedenen Aufgaben, aber auch die notwendig gewordene Rechtsbereinigung, von der heute auch schon gesprochen wurde, könnten ein wesentlicher Fortschritt in der Verwaltungsreform sein.

Aber auch das Parlament könnte zur Verhinderung der Aufgabenausweitung des öffentlichen Dienstes beitragen. Das Parlament hätte darauf zu achten, daß bei Gesetzesvorlagen und Gesetzesinitiativen nicht immer wieder neue Aufgabenbereiche dem öffentlichen Dienst zugeordnet werden.

Die territoriale Gliederung der Verwaltung ist hundert und zweihundert Jahre alt. Damals gab es weder Eisenbahnen noch Autos. Die Verkehrsverhältnisse der Gegenwart ermöglichen es, einen großen Teil der Ämter zusammenzulegen, und Zweigstellen könnten aufgelassen werden. Nicht Proteste, sondern Zweckmäßigkeit und Kostendenken sollen allein in dieser Frage bestimmend sein.

Die österreichische Verfassung wird vom föderalistischen Konzept beherrscht. Das heißt, der Gesetzgebung und Vollziehung des Bundes sind nur jene Angelegenheiten übertragen, die in der Bundesverfassung ausdrücklich als solche bezeichnet werden. Alle übrigen ver-

Dr. Gasperschitz

bleiben im selbständigen Wirkungsbereich der Länder. Eine Reform der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern ist notwendig, wenn man bedenkt, daß die seit 1925 in der Bundesverfassung getroffene Aufgabenteilung im wesentlichen nicht geändert worden ist.

Es herrscht manchmal in den Zentralstellen die Überzeugung vor, daß die Durchführung von Aufgaben allein durch den Bund nicht bloß sparsam, sondern auch zweckmäßig sei. Die Praxis beweist jedoch, daß in Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes bestimmte Aufgaben von Ländern und Gemeinden nicht nur einfacher, besser und billiger, sondern auch übersichtlicher, orts- und lebensnaher und auch rascher bewältigt werden können. Den Ländern wäre die volle Zuständigkeit für die regionale Strukturpolitik zu übertragen.

Im Bericht der Verwaltungsreformkommission vom Dezember 1970 heißt es, daß die Rechtsfigur der mittelbaren Bundesverwaltung und die volle Wiederherstellung des föderalistischen Systems zu einer erhöhten Dezentralisierung und Dekonzentration in der Verwaltung führen könnte, wodurch der Bund entlastet würde. Neben der Dezentralisation und Dekonzentration ist auch die Delegation ein wirksames Mittel zur Verwaltungsvereinfachung und Personaleinsparung. Ein Grundsatz der Aufgabenerledigung innerhalb von Bundes- und Landesverwaltung muß die weitgehende Delegation der Ausführungsfunktionen an untergeordnete Stellen sein. Die durch Delegation erzielbare Vereinfachung des Geschäftsganges bedeutet Kostenreduzierung. Sie nützt auch dem Staatsbürger, da, wie gesagt, eine raschere Erledigung seiner Anträge und Ansuchen gewährleistet ist. Die Ministerien sollen nur eine Leitungs-, Steuerungs-, Lenkungs-, Koordinierungs- und Kontrollfunktion ausüben.

Ein weitgehendes Delegieren von Entscheidungsbefugnissen nach unten bedeutet nach Ansicht der Verwaltungsreformkommission im Bericht vom Jahre 1970 einen doppelten Gewinn. Neben der Verminderung von zeitraubenden Arbeitsgängen wird dadurch auch die Bereitschaft zu eigener Verantwortung und zu selbständigem Handeln erhöht. Dies bedeutet in der Regel aber auch vermehrte Arbeitsfreude bei den Mitarbeitern; brachliegende Initiativen werden sicherlich geweckt.

Zur Erreichung dieses Zieles sind einerseits normative Maßnahmen der Delegierung von Approbationsbefugnissen erforderlich. Das heißt, ministerielle Erlässe könnten von Sachbearbeitern allein, allenfalls mit einem Kontrollorgan unterzeichnet werden. Hiezu wäre eine Änderung in der Geschäfts- und Kanzlei-

ordnung notwendig. Die Vorarbeiten sind bereits im laufen, wie Herr Staatssekretär Lausecker heute berichtet hat. Verminderung überflüssiger Gesetzaufträge beziehungsweise delegierungsnotwendiger Aufgaben an Institutionen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes stehen, Kompetenzverteilung im Sinne eines kooperativen Föderalismus, Festhalten am Subsidiaritätsprinzip neben Rationalisierung der Betriebe nach den gegebenen technischen Möglichkeiten und modernen Grundsätzen könnten uns dem Ziel nahebringen, das lautet: Trotz Arbeitszeitverkürzung, trotz Verbesserung der Gehaltssysteme keine Kostenexplosion.

Über all diese Probleme wird sehr, sehr viel gesprochen, aber es werden keine wesentlichen — ich will nicht sagen „keine“ — Aktivitäten gesetzt. Die mangelnden Aktivitäten gibt es auch auf anderen Gebieten. So wartet zum Beispiel der öffentliche Dienst bereits seit Jahren auf ein zeitgemäßes Dienstnehmerschutzgesetz. Mit dem Inkrafttreten des Arbeitnehmerschutzgesetzes vom 30. Mai 1972 ist die Frage einer entsprechenden Regelung für Tausende öffentliche Angestellte und Arbeiter besonders aktuell geworden. An sich hätte ja der Bund als der größte Dienstgeber beispielgebend den ersten Schritt in dieser Richtung zu machen gehabt.

Im Arbeitnehmerschutz sind die Grundsätze für alle Maßnahmen und Vorkehrungen festgelegt, die notwendig sind, um den entsprechenden Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer zu erreichen und dessen Weiterentwicklung zu fördern. Nach einem Bericht der Arbeitsinspektorate gab es im Jahr 1972 insgesamt 162.684 Beanstandungen, die unfalltechnische oder arbeitshygienische Mängel betrafen.

Nach dem Arbeitnehmerschutz ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, auf seine Kosten dafür zu sorgen, daß der Betrieb so eingerichtet ist und so geführt wird, daß die notwendige Vorsorge für den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer gegeben ist. Nur für den größten Dienstgeber Bund gelten diese Pflichten nicht.

Im Arbeitnehmerschutzgesetz gibt es Strafbestimmungen. So zum Beispiel wird ein Arbeitgeber, der keine ausreichenden oder entsprechenden Waschgelegenheiten oder keine entsprechenden WC in ausreichender Zahl zur Verfügung stellt, mit einer Geldstrafe bis zu 15.000 S oder mit Arrest bis zu drei Wochen bestraft. Und der Dienstgeber Bund bleibt mangels entsprechender Verpflichtung ungeschoren!

Dr. Gasperschitz

Ich frage mich: Mit welchem Recht wird mit zweierlei Maß gemessen? Wenn der Bund, was man eigentlich voraussetzen müßte, auf dem Gebiet des Arbeitnehmerschutzes vorbildlich wäre, könnte man allenfalls in dieser Frage zur Tagesordnung übergehen. Aber beim Bund herrschen teilweise katastrophale Zustände. Weil man das weiß, will man dem Bund aus finanziellen Erwägungen nicht jene Verpflichtungen auferlegen, die man dem privaten Dienstgeber durch das Arbeitnehmerschutzgesetz auferlegt hat.

Es gibt heute noch genug Amtsgebäude, die nicht einmal den primitivsten hygienischen Anforderungen an einen Arbeitsplatz entsprechen. Es gab schon einige Entwürfe; die bisherigen Entwürfe für ein Dienstnehmerschutzgesetz wurden von den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes deshalb nicht akzeptiert, weil sie nicht geeignet sind, die bestehenden Zustände zu beseitigen. Auch im letzten Entwurf war vorgesehen, daß die Vorschriften über den Dienstnehmerschutz auf bestehende Dienststellen des Bundes nur insofern Anwendung finden, als die dadurch bedingten Änderungen ohne wesentliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebes und — man höre und staune! — ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand durchführbar sind. Im Arbeitnehmerschutzgesetz 1972 finde ich keine solche Bestimmung über die Grenzen der Zumutbarkeit von Kostenaufwendungen für den privaten Dienstgeber.

Frühere Entwürfe enthielten sogar eine Aussage, daß Wasch- und Umkleieräume nur dann vorhanden sein müßten, wenn die Art der Dienstverrichtung eine Körperreinigung und einen Wechsel der Bekleidung am Dienstort notwendig mache. Der Verfasser dieses Passus — entschuldigen Sie, wenn ich eine so delikate Feststellung machen muß — hält eine Händereinigung nach einem WC-Besuch nicht für notwendig.

Ich ersuche Sie, Herr Bundeskanzler, für die rasche Schaffung eines wirksamen Dienstnehmerschutzes für die Beamten und Bediensteten des Bundes besorgt zu sein. Diese Fragen werden immer wieder aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes an uns herangetragen.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich zum Abschluß ein Thema berühren, das seit voriger Woche durch den Landeshauptmann Kery aktualisiert wurde.

In einem Arbeitsgerichtsprozeß lehnt sein Anwalt über ausdrücklichen Wunsch des burgenländischen Landesfürsten den Richter wegen Befangenheit ab, weil dieser Mitglied

der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten ist. In dem Umstand, daß der Beklagte, ein Vertragsbediensteter des Landes Burgenland, durch einen von der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten beauftragten Rechtsanwalt vertreten ist, sieht Landeshauptmann Kery einen Befangenheitsgrund des Richters. Der für 27. November dieses Jahres festgesetzte Verhandlungstermin mußte abberaumt werden. (*Zwischenruf des Abg. R o b a k.*) Darum geht es gar nicht! Es geht hier darum, wie sich die Sache bei Gericht abgespielt hat. Es hat sich um einen Ehrenbeleidigungsprozeß zwischen dem Besucher eines Krankenhauses und dem Betreffenden gehandelt, der als Portier im Krankenhaus Oberpullendorf beschäftigt ist. Den Akt habe ich zur Hand. Ich kenne den Sachverhalt genau. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Landeshauptmann Kery sieht dies als einen Befangenheitsgrund des Richters an. Die Verhandlung mußte abberaumt werden. Es fehlte gerade noch, daß sich nicht auch der Richter selbst für befangen erklärt, denn nicht nur der Kläger, sondern auch der das Land Burgenland vertretende Landeshauptmann ist ebenfalls Mitglied der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten.

Daß sich der den Landeshauptmann vertretende Rechtsanwalt bei der Ablehnung des Richters sichtlich nicht wohlfühlte und offenbar nicht die Hauptrolle einer allfälligen innerpolitischen Auseinandersetzung über Koalitionsfreiheit der Staatsbürger zu spielen gewillt war, geht aus dem Ablehnungsantrag hervor. In diesem erklärt der bevollmächtigte Anwalt — was nicht alltäglich ist —, daß die Ablehnung des Richters auf ausdrücklichen Wunsch seines Mandanten erfolgte.

Der Gedankengang des Landeshauptmannes Kery ist geradezu revolutionär. Denken Sie doch: Richter, Verwaltungs-, Exekutivbeamte, also Beamte mit Entscheidungsgewalt, dürften offenbar keinen Vereinigungen angehören! Das wäre ja die logische Konsequenz aus dem Verhalten des Landeshauptmannes Kery. Er sieht einen Befangenheitsgrund, wenn Richter, Beamte, Angeklagte, Beschuldigte, Kläger oder Beklagte im Streit, in Verwaltungs- und Strafsachen zufällig einer gemeinsamen Organisation wie etwa dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Alpenverein, einer gleichen Kraftfahrvereinigung, derselben politischen Partei oder Religionsgemeinschaft angehören. Der öffentlich Bedienstete müßte geradezu steril gemacht werden.

Man wäre ja fast geneigt zu sagen: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann Kery, Sie haben ein neues innenpolitisches Problem in die Diskussion geworfen, das die Bevölkerung

Dr. Gasperschitz

von den jetzigen Sorgen ablenken könnte. Was ist dagegen schon die Energiekrise, die Benzin- und Heizölknappheit? Die Koalitionsfreiheit der österreichischen Staatsbürger, der Rechtsstaat, ist in Gefahr! Tausende Ablehnungen wegen Befangenheit könnten die Rechtspflege lähmen, wenn man Kerys Gedankengängen folgte.

Die österreichische Innenpolitik wird aber bestimmt nicht von der so wenig glorreichen, weltfremden und absurden Idee des burgenländischen Landeshauptmannes bewegt. In Richterkreisen lächelt man über die Verhaltensweise des Chefs der burgenländischen Landesverwaltung. Ich glaube, es ist nichts tödlicher, als der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden.

Zur Arbeitsgerichtssache selbst auch noch einige Bemerkungen. Ohne sich um die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 Z. 6 des Betriebsrätegesetzes zu kümmern, versetzte der burgenländische Landeshauptmann einen Portier des Krankenhauses Oberpullendorf rechtswidrig in die Wäscherei. Der Betriebsrat wurde nicht eingeschaltet, obwohl durch die Versetzung dieses Vertragsbediensteten eine arbeits- und lohnrechtliche Verschlechterung erfolgte und daher der Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz einzuschalten gewesen wäre.

Der Mann verdient nämlich jetzt nach der Aktenlage in der Wäscherei um rund 1000 S pro Monat weniger als in seiner früheren Stellung.

Auch durch persönliche Weisungen des Landeshauptmannes an die Verwaltung des Krankenhauses können bei Versetzungen gesetzliche Bestimmungen nicht übergangen werden. Wir leben in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat, das sollte doch auch ein sozialistischer Dienstgeber wissen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Waren schon die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen im Burgenland ein politischer Abstieg für Landeshauptmann Kery, so hat er sich diesmal durch völligen Mangel an politischem Fingerspitzengefühl endgültig für höhere politische Ämter disqualifiziert.

Den Freunden des Landeshauptmannes Kery möchte ich raten: Schenken Sie ihm zu Weihnachten zum Studium eine Ausgabe des Betriebsrätegesetzes! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Frau Staatssekretär Karl.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Elfriede **Karl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Zuge der heutigen Debatte sind mehrfach Fragen

der Familienpolitik angeschnitten worden. Ich möchte mir erlauben, darauf einzugehen.

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier hat es in seiner Rede als einen Erfolg bezeichnet, daß im Familienlastenausgleichsgesetz 1967 ein Reservefonds und damit die Möglichkeit geschaffen wurde, Überschüsse des Fonds dem Zugriff des jeweiligen Bundesministers für Finanzen zu entziehen. Das ist durchaus als Erfolg zu bezeichnen. Allerdings wurde damals gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, Überschüsse aus dem Fonds als Forderungen des Fonds an den Bund zu deklarieren und trotz des Reservefonds anderweitig zu verwenden. Erst unter der sozialistischen Regierung wurde auf diese Möglichkeit verzichtet.

Meine Damen und Herren! Wir haben keine Schulden an den Fonds. Die Überschüsse liegen auf einem Postsparkassenkonto beziehungsweise auf einem Postscheckkonto.

Und alle Mittel, die aus dem Fonds genommen wurden, wurden zugunsten der Familien ausgegeben. (*Abg. Dr. Mussil: Hoffentlich!*) Ich glaube, das ist eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann, auch wenn man mit der Natur der einzelnen Leistungen nicht einverstanden ist, was durchaus möglich ist. Wir haben also keine Grundsätze über Bord geworfen, sondern wir haben unsere Grundsätze gewahrt.

Auch jetzt stehen wir wieder vor einer Reihe von wichtigen Maßnahmen der Familienpolitik. Die verlängerte Schutzfrist nach dem Mutterschutzgesetz ist bereits erwähnt worden.

Nun möchte ich auf Herrn Abgeordneten Dr. Leitner eingehen, der gefragt hat, ob wir vielleicht die ledige Mutter als „zweimal dumm“ bezeichnen wollen. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat, offensichtlich die Tatsache, daß sie ein Kind zur Welt bringt.

Herr Abgeordneter! Unter einer sozialistischen Regierung wurde die rechtliche Diskriminierung der unehelichen Mutter beseitigt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Außerdem ist eine Maßnahme wie das wesentlich und spürbar höhere Karenzurlaubsgeld für die ledige Mutter doch gerade dazu angetan, ihr diese besonders schwere erste Zeit mit dem Kind zu erleichtern und es auch ihr zu ermöglichen, die so segensreiche Einrichtung des Karenzurlaubes in Anspruch zu nehmen, was sie bisher größtenteils nicht konnte, weil sie ganz einfach mit dem Karenzurlaubsgeld, das sie jetzt bekommt, nicht leben und auf ihr Arbeitseinkommen nicht verzichten kann. Für so „zweimal dumm“ halten wir die ledige Mutter.

Staatssekretär Elfriede Karl

Auch die Verdoppelung der Geburtenbeihilfe, die allen Frauen dienlich sein wird, wird besonders dazu angetan sein, auch der ledigen Mutter die Situation mit ihrem Kind zu erleichtern.

Man kritisierte auch, daß die Untersuchungen, die im Mutter- und Kindpaß vorgeschrieben sind, zum Teil aus dem Familienlastenausgleichsfonds, zum Teil von den Sozialversicherungsträgern bezahlt werden. Dazu erlaube ich mir folgendes zu sagen:

Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Untersuchungsprogramm. Die ärztliche Betreuung einer werdenden Mutter ist wesentlich intensiver als bisher. Das haben uns die Verhandlungen mit den Ärzten sehr genau gezeigt. Wir haben mit dem Mutter- und Kindpaß und mit der Tatsache, daß in ihm die Ergebnisse eingetragen werden müssen, erstmals die Gewähr dafür, daß diese Untersuchungen tatsächlich durchgeführt werden, und weiters die Sicherheit, daß die Frau, die mit den Ergebnissen im Mutter- und Kindpaß in die Klinik, in das Krankenhaus zur Entbindung kommt, auch wirklich eine Verringerung des Risikos bei der Schwangerschaft, bei der Geburt erfährt. Auch das eventuelle Risiko für ein neugeborenes Kind wird verringert. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn Sie überlegen, was eine kranke Mutter, was ein krankes Kind für eine Familie bedeuten, dann erkennen Sie — wie ich glaube — sehr wohl den familienpolitischen Wert einer solchen Maßnahme. Umso mehr ist dies von Bedeutung, als in den Genuß dieser Untersuchungen alle Frauen kommen, auch die, die keinen vollen sozialversicherungsrechtlichen Schutz genießen. Ich nehme an, es ist Ihnen bekannt, daß zwischen der Bauernkrankenkasse und den Ärzten ein vertragsloser Zustand herrscht. Nun wird auch die Bäuerin, wird auch die Frau in der Landwirtschaft in den Genuß dieser Untersuchungen, in den Genuß dieser wesentlich verbesserten ärztlichen Betreuung während der Schwangerschaft kommen. Ich nehme an, daß die Frauen in der Landwirtschaft sehr wohl den gesundheitspolitischen, aber auch den familienpolitischen Effekt dieser Maßnahme zu schätzen wissen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ihre Vermutung von der Sanierung der Krankenkassa, meine Damen und Herren, stimmt übrigens nicht. Ich habe Ihnen schon erklärt, daß wesentlich mehr gemacht werden wird als bisher. Die Betreuung einer werdenden Mutter während ihrer Schwangerschaft kostet auch wesentlich mehr als bisher, und

es zahlen auch die Kassen einen wesentlich höheren Beitrag, als ihnen bisher die Betreuung der werdenden Mütter gekostet hat.

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier hat außerdem vom Einfrieren der Steuerabsetzbeträge gesprochen und eine Erhöhung von Absetzbeträgen reklamiert, die noch kein Jahr gelten.

Herr Abgeordneter, darf ich Sie auf folgendes aufmerksam machen: Bei den Steuerabsetzbeträgen, auch in der jetzigen Form, gibt es eine relativ große Zahl von Personen mit Kindern, die sozusagen unter den Rost fallen, weil sie ganz einfach keine entsprechende Steuerschuld zusammenbringen, um ihre Absetzbeträge auch tatsächlich auszunützen. Ich halte die Alternative, die wir bieten wollen, nämlich von den Steuerabsetzbeträgen, von den Kinderabsetzbeträgen abzugehen und zu einer direkten Geldbeihilfe zu kommen, für einen wesentlich zielführenderen Weg. Denn damit hilft man vor allem den wirtschaftlich Schwachen. Man hilft vor allem den Alleinstehenden mit Kindern, man hilft vor allem den jungen Ehepaaren, und man hilft, Herr Abgeordneter Dr. Leitner, wieder den mehrfach dumm, wie Sie gemeint haben, Mehrkinderfamilien. Denn gerade die gehören ja auch zu jenen, die die Steuerbegünstigung meistens mangels einer entsprechenden Steuerschuld nicht ausnützen können.

Wir halten diese Maßnahme für wesentlich zweckmäßiger und wesentlich spürbarer als eine Verteilung der Fondsmittel für eine gleichmäßige Erhöhung der Familienbeihilfe, eben weil wir gerade den wirtschaftlich Schwächeren helfen wollen.

Herr Abgeordneter Dr. Leitner! Ich weiß nicht, welchen Vortrag Sie gemeint haben. Wenn das Datum 8. 11. 1973 stimmt, muß ich Ihnen sagen: Ich war an diesem Tag nicht in Linz und konnte daher diesen Vortrag nicht gehalten haben. Aber ich bin sicher, daß ich eine Mütterzulage nie gefordert habe, denn ich gehöre nicht zu den Befürwortern einer solchen Mütterzulage. Ich kann Ihnen auch sagen, warum, und warum ich gerade auch die Mütterzulage, die Sie in Ihrem Antrag gefordert haben, nicht befürworte. Sie haben eine Mütterzulage für die Frauen verlangt, die mindestens zwei Kinder haben, von denen eines unter sechs Jahren ist. Das heißt, Sie suchen ein reines Zufallskriterium heraus und begründen es damit, daß die Leistung der Mutter anerkannt werden müsse, daß man ihr das Zuhausebleiben in der Kleinkindperiode erleichtern müsse, daß man die wirtschaftliche Situation junger Ehepaare verbessern müßte. Und das soll mit einer Zulage geschehen, die an ein Zufallskriterium von

Staatssekretär Elfriede Karl

„mindestens zwei Kindern, eines jünger als sechs Jahre“ gebunden ist. Meine Damen und Herren ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter! Wenn Sie mich aussprechen lassen, werde ich Ihnen erklären, warum ich das so bezeichne. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Erbringt die Mutter, die zwei, drei, vier oder wie viele Kinder immer über sechs Jahren hat, keine Leistung? Verdient deren Leistung keine Anerkennung? Oder, meine Damen und Herren, Hohes Haus, eine ledige Mutter mit nur einem Kind, egal ob es unter oder über sechs Jahren ist, muß oft eine viel größere Leistung erbringen als eine verheiratete Frau mit mehreren Kindern. Sie würde hier unter den Rost fallen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.*) Herr Abgeordneter, ich komme sofort dazu.

Meine Damen und Herren! Auch beim jungen Ehepaar ist die Situation beim ersten Kind oft am schwierigsten. Denn beim ersten Kind muß ein Ehepartner sehr oft den Beruf aufgeben. Gleichzeitig ist für die Wohnung zu zahlen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Hätten Sie einen Antrag gestellt!*) Herr Abgeordneter! Verzeihen Sie, ich versuche Ihnen gerade meine Einstellung zum Müttergehalt zu erklären, nachdem ich darauf angesprochen worden bin, und ich werde Ihnen auch die Alternative ... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Meine Herren! Man kann wirklich nicht alle Fragen gleichzeitig beantworten. Das kann niemand von Ihnen! Lassen Sie die Frau Staatssekretär ausreden! Sie können sich ja zum Worte melden, es muß ja nicht unbedingt losgehen, wenn es 7 Uhr abends ist.

Bitte, die Frau Staatssekretär hat das Wort. Bitte, Frau Staatssekretär. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Sie kann nicht sagen, daß 500 S ein Blödsinn sind!*)

Staatssekretär **Elfriede Karl** (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter! Ich habe nicht gesagt, „daß 500 S ein Blödsinn sind“, sondern ich habe Ihnen erklärt, welche Gruppen von Familien oder, besser gesagt, von Müttern bei einer solchen Maßnahme durchfallen müßten, wo ebenfalls schwierige Situationen bestehen können. Aus diesem Grund — und hier muß ich leider noch einmal auf den Vorschlag zurückkommen, den ich bereits erwähnt habe — erscheint mir, daß Leistungen, die das Kind als Kriterium haben — denn alle diese Schwierigkeiten resultieren aus dem Vorhandensein von einem oder mehreren Kindern und aus

sehr verschiedenen Situationen —, zweifellos vorzuziehen sind. Deshalb zielt unser Vorschlag in die Richtung, von den Kinderabsetzbeträgen auf eine direkte Geldbeihilfe zu gehen und damit allen Müttern, egal welche Schwierigkeiten sie mit ihren Kindern haben, spürbar zu helfen und auch die Leistung dieser Mütter anzuerkennen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zur Frage der Kinderkostenrechnung. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß wir keine befriedigende Kinderkostenrechnung haben. (*Abg. Dr. Mussil: Wir schon!*) Dieser Ansicht sind offensichtlich auch die Familienorganisationen, denn nicht zuletzt auf Grund ihrer Initiative haben wir das Statistische Zentralamt ersucht, bei der nächsten Konsumerhebung die Erhebungen so zu gestalten, daß man Kinderkosten einwandfrei herausrechnen kann, besser als man das aus der letzten konnte, denn die Rechnung, die hier zur Verfügung gestellt werden konnte, beruht auf zahlreichen Fiktionen. Sie ist außerdem schon mehrere Jahre alt, wurde wohl mehrmals mit dem Verbraucherpreisindex aufgewertet, ohne daß jedoch berücksichtigt wurde, daß ein Teil der Kinderkosten, die darin enthalten sind, den Eltern gar nicht mehr erwachsen, und ohne Berücksichtigung darauf, daß aber diese Kosten noch im Index sind.

Nun zu der Frage nach einem weiteren Familienbericht. Ich glaube, sagen zu können: Wir sind hier fast etwas weiter. Auf Grund einer Anregung des Herrn Bundeskanzlers ist der Familienpolitische Beirat damit beschäftigt, wie es zunächst hieß, einen Prioritätenkatalog zu erstellen. Das war die Anregung des Herrn Bundeskanzlers. Es wird im Unterausschuß darüber beraten. Es ist in der Zwischenzeit kein Prioritätenkatalog mehr — dann wäre es wahrscheinlich auch schneller gegangen —, sondern es scheint ein ausgewachsenes familienpolitisches Programm zu werden, wobei sich auf sehr viele Punkte alle Mitglieder des Beirates, zunächst des Unterausschusses, einigen können.

Es wird aus Anlaß der Fertigstellung dieses Prioritätenkatalogs oder dieses Programms, wie immer man es nennen will, zweifellos Gelegenheit sein, sich sehr eingehend mit diesen Fragen zu beschäftigen — es werden das auch die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung tun — und weitere neue Impulse für die Familienpolitik zu finden.

Meine Damen und Herren! Abschließend glaube ich feststellen zu können: Der Familie wurde in den letzten dreieinhalb Jahren sehr wohl geholfen. Ich möchte den Katalog nicht mehr aufzählen; das ist bereits von der Frau Abgeordneten Hager aus geschehen. Es stehen

Staatssekretär Elfriede Karl

einige ganz entscheidende Maßnahmen bevor. Ich glaube sagen zu können: Es ist mehr geholfen und mehr geleistet worden als jeweils in einer so kurzen Zeit vorher. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte sehr gern die Gelegenheit wahrnehmen, zu einigen Aussagen der Frau Staatssekretär Stellung zu nehmen, die meiner Meinung nach einer solchen Ergänzung bedürfen.

Frau Staatssekretär! Ich glaube, es liegt ein gewisses Mißverständnis vor, was die Frage der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel des Familienlastenausgleichs betrifft.

Sie können freilich jetzt sagen: Alles, was an Mitteln vorhanden ist, haben Sie für Zwecke der Familie verwendet. Aber dabei lassen Sie etwas ganz Wesentliches unausgesprochen: Daß wir jetzt praktisch Jahr für Jahr einen Überschub in der Größenordnung von etwa 1 Milliarde haben, die nicht für den Familienlastenausgleich verwendet wird, und gerade diese Maßnahmen, die jetzt beabsichtigt sind, wie etwa die Abdeckung von Untersuchungskosten, lassen die geradezu zwingende Vermutung auftreten, daß diese Mittel, die sich in beträchtlicher Höhe ansammeln, eben für andere Zwecke verwendet werden sollen. *(Abg. Dr. Reinhart: Das ist eine Behauptung! Begründen Sie das! — Abg. Wielandner: Diese Politik machen wir nicht nach!)*

Allein die Tatsache des Liegenbleibens ist schon etwas, was wir beklagen müssen. Was würden Sie dazu sagen, verehrte Frau Staatssekretär, wenn ein Arbeitgeber — ich bleibe bei dem Beispiel, bei dem ich heute schon war — Lohngehälter in hohen Beträgen auf ein Konto legen und sagen würde: Die Arbeitnehmer werden es schon einmal kriegen vom Betrieb!

Das ist nicht der Sinn einer Maßnahme, die auf eine Einkommensumverteilung hinzielt; das ist ja der Familienlastenausgleich. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine Maßnahme der Einkommenskorrektur, das heißt einer nach familienpolitischen Gesichtspunkten vorgenommenen Korrektur der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung, und wenn man eine solche Korrektur der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung im Sinne der Familienpolitik machen will, dann muß man sie in bezug auf die aktuelle

Einkommenssituation machen *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart)*, das heißt, man muß dann, wenn die Mittel vergeben werden, sie auch weitergeben. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Herr Kollege Tull! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um mich mit der Frau Staatssekretär sachlich auseinanderzusetzen. Sie nehmen es mir bitte nicht übel, wenn ich mich mit Ihren Zwischenrufen ausnahmsweise nicht beschäftige. Ich tue das sonst gern, aber ich möchte mich jetzt wirklich gern mit der Frau Staatssekretär unterhalten. *(Abg. Libal: Das sind Märchen, die Sie erzählen! Lauter Erfindungen sind das von Ihnen! — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)*

Punkt 2: die Abdeckung der Untersuchungen für werdende Mütter und Säuglinge aus dem Familienlastenausgleich zu zwei Dritteln. Frau Staatssekretär, ich muß Sie hier über etwas informieren, was Ihnen offenbar nicht ganz bewußt war. Sie haben gesagt, diese Untersuchungen haben einen familienpolitischen Effekt. Das ist richtig, aber der primäre Effekt ist ein prophylaktischer.

Frau Staatssekretär! Wenn Sie eine Krankheit bei einer solchen Vorsorgeuntersuchung entdecken, so vermeiden Sie, daß diese Krankheit dann in stärkerer Auswirkung, womöglich durch einen Todesfall oder eine schwere Krankheit, zum Tragen kommt, und das ist für die Krankenversicherung eine Ersparnis! Die Frau Gesundheitsminister, der Herr Sozialminister argumentieren immer wieder damit, daß letzten Endes die Prophylaxe eigentlich gar keine Kosten hat, denn das, was man sich dadurch einspart, daß man Krankheiten verhindert, muß man wieder in Rechnung stellen.

Ich sehe also in der Untersuchung von werdenden Müttern und Säuglingen zur Vermeidung von Sterblichkeit, Siechtum und so weiter nicht in erster Linie eine familienpolitische Maßnahme, sondern eine gesundheitspolitische Maßnahme. Ich bitte das zu berücksichtigen.

Frau Staatssekretär! Wenn man eine gesundheitspolitische Maßnahme, die nur am Rande eine familienpolitische ist, von den Familien selber zahlen läßt, dann muß man sagen: Ein familienpolitischer Fortschritt, der von den Familien selbst finanziert werden muß, ist in unseren Augen überhaupt kein Fortschritt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wehren uns ganz einfach gegen die selbstgezahlte Familienpolitik. Das ist das, wogegen wir ankämpfen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)*

Dr. Kohlmaier

Diese Dritteldeckung ist nämlich bestenfalls umgekehrt zu akzeptieren. Wenn Sie sagen: Zwei Drittel zahlt die Krankenkasse und ein Drittel der Familienlastenausgleich, dann wäre das vielleicht näher der Tatsache. Ich bleibe auf dem Standpunkt: Der gesundheitspolitische Effekt ist hier der primäre, und der Familienlastenausgleichsfonds ist nicht dafür vorhanden, die Gesundheitspolitik zu finanzieren. *(Abg. Dr. Reinhart: Schwache Argumente!)*

Ich möchte Sie gern auch fragen, Frau Staatssekretär, ob man in dieses Frageprogramm der Bundesregierung, mit dem man die Bevölkerung durch Meinungsforschungsinstitute fragen will oder bereits gefragt hat, woraus die Gesundheit der Bevölkerung finanziert werden soll, auch die Frage aufgenommen hat, ob die Bevölkerung es billigt, daß die Untersuchung von Müttern und Säuglingen von den Familien selbst gezahlt werden muß. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Libal: Wenn Sie nicht bessere Argumente haben!)*

Verehrte Frau Staatssekretär! Ihre Kollegen hindern mich leider, mit Ihnen in jenen Dialog zu treten, den ich gern geführt hätte *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, aber ich hoffe, daß es Sie nicht zu sehr irritiert. Frau Staatssekretär! Sie haben hier wiederum in diesem Zusammenhang darauf Bezug genommen, daß die steuerlichen Maßnahmen, die der Herr Finanzminister vorhat, für die Familien letzten Endes besser sind, das heißt sie sollen eigentlich keine steuerlichen Maßnahmen sein, sondern Sie wollen eine Art zweite Familienbeihilfe aus Mitteln des Staates selbst einführen.

Man kann also sicherlich darüber diskutieren — sehr lang diskutieren —, ob das gerechtfertigt ist oder nicht. Ich möchte Ihnen aber nur hier ein Argument zu bedenken geben, Frau Staatssekretär. Wenn Sie wirklich sagen: Bei Steuerermäßigungen fallen ja soundso viele durch den Rost — oder unter den Rost, haben Sie sogar gesagt —, und das hilft ja allen denen nicht, die unter dem steuerlichen Existenzminimum ihr Einkommen beziehen oder nur eine geringe Steuer zahlen, und wenn ich diese These fortsetze, dann sind alle steuerlichen Maßnahmen eigentlich sinnlos, weil soundso viele durch den Rost fallen, und dann ist natürlich auch die Erhöhung des Kfz-Pauschales sinnlos, denn dann fallen ebenso viele durch den Rost wie bei der Erhöhung des Kinderfreibetrages.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, daß die Kraftfahrer im Durchschnitt einkommenshöher liegen werden und daher eher davon einen Nutzen haben, aber gerade da müssen wir wieder die Frage stellen, die

auch Sie nicht beantwortet haben, Frau Staatssekretär: Wodurch ist es gerechtfertigt, bei der Steuerhilfe an die Familien zu sagen, das ist nicht gerecht, denn es fallen soundso viele durch den Rost, aber in der AZ mit Schlagzeilen groß zu berichten, wie wertvoll es ist, daß man jetzt das Kfz-Pauschale erhöht? *(Abg. Dr. Reinhart: Wo?)*

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Wenn der Plan des Herrn Finanzministers Androsch ... *(Abg. Dr. Tull: Sind Sie dafür oder dagegen?)* Herr Kollege Tull! Jetzt werde ich meinem eigenen Grundsatz untreu. *(Abg. Dr. Tull: Lassen Sie sich nicht stören!)* Ich wollte mich nur mit der Frau Staatssekretär auseinandersetzen. Ich sage Ihnen: Wenn man nur einen Freibetrag erhöhen kann und es zur Auswahl hat, dann würde ich persönlich sagen, eher den Familienabsetzbetrag. Aber Sie haben uns den Nachweis noch nicht erbracht, daß es wirklich notwendig ist, nur den Steuerfreibetrag für das Kfz-Pauschale zu erhöhen. *(Abg. Dr. Tull: Also kein Kfz-Pauschale? Also gegen die Erhöhung des Kfz-Pauschales?)*

Frau Staatssekretär! Zur Frage der steuerlichen Maßnahmen, die Sie hier auch angekündigt haben und die vorher schon der Herr Finanzminister angekündigt hat. Wenn Sie das konsequent durchführen — und es wird also dann jede Familie eine gleich hohe Beihilfe aus dem Familienlastenausgleich bekommen, jede Familie Sachleistungen aus dem Familienlastenausgleich und jede Familie eine steuerliche, es ist dann praktisch nicht eine Ermäßigung, sondern es ist dann eine gleich hohe Zuwendung —, so mag das bis zu einem gewissen Grad der Beihilfengerechtigkeit im Sinne einer im gesamten gesehen höheren Beihilfe mehr dienen als heute die Familienbeihilfe. Sie werden aber dann eine Tatsache haben, die Sie nicht wegbringen, mit noch so vielen Versuchen, das System zu ändern. Wenn Sie diese zweite Beihilfe haben, und es wird praktisch eine zweite Beihilfe sein, so werden, wenn Sie diese Beihilfe unberücksichtigt lassen, und die deckt ja die Kinderkosten dann auch nicht, auch nicht zu 50 Prozent, zwei Einkommensbezieher, von denen der eine ledig ist, keine Kinder hat, und der andere vielleicht fünf Kinder erzieht, dieselbe Steuer zahlen, denn Sie machen ja praktisch eine zweite Beihilfe.

Und da kommen wir an einen Punkt, den Sie immer verschweigen, wenn Sie von der Gleichbehandlung der Kinder reden. Sie reden nämlich nie von der Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen, und die Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen würde erfordern, daß man die gleich behandelt, die dieselbe wirtschaftliche Kraft haben, die dieselbe Einkom-

Dr. Kohlmaier

menssituation, dieselbe Wohlstandssituation haben. Wenn zwei Leute gleich viel verdienen und wenn der eine keine Kinder, der andere aber fünf Kinder hat, so werden Sie doch an der Tatsache nicht vorbeigehen können, daß der, der fünf Kinder ernährt und erzieht, wirtschaftlich schwächer ist, trotz Ihrer zweiten Beihilfe, weil die ja nicht zu einer vollkommenen und auch nicht zu einer 50prozentigen Kinderkostendeckung führen wird. Das ist eine Situation, die man steuerlich auch berücksichtigen muß, denn es ist ungerecht in unseren Augen, wenn der Staat bei der Bemessung der Steuer, also des Opfers, das der einzelne für die Gemeinschaft erbringen muß, auf den Familienstand nicht Rücksicht nimmt.

Und dann kommen wir in eine Situation, Frau Staatssekretär, wo die Lebensversicherung absetzbar ist, wo wir Bausparbegünstigungen haben, wo das Kraftfahrzeug durch einen echten Freibetrag absetzbar ist, der progressiv nach oben wirkt, aber wo wir den Familienstand, die Tatsache, ob von einem Einkommen eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs oder sieben Personen leben, steuerlich unberücksichtigt lassen.

Ich bitte Sie daher, Frau Staatssekretär: Bedenken Sie, daß der Staat, wenn er Steuern vorschreibt, nicht dem Kind eine Zuwendung macht, sondern daß der Staat die Leistungsfähigkeit seiner Bürger, die er besteuert, berücksichtigt muß. Wir bleiben auf dem Boden der Tatsache stehen, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit des einzelnen, ob er jetzt Arbeitnehmer, Selbständiger oder Bauer ist, davon mitbeeinflusst wird, ob von diesem Einkommen er allein lebt oder fünf Personen, sechs Personen oder sieben Personen. Das müssen Sie steuerlich berücksichtigen. Ich bitte Sie, es sich nicht so leicht zu machen und zu sagen: Da kriegt jeder dieselben paar hundert Schilling. Vom Standpunkt des Kindes aus gesehen ist es tatsächlich eine Gleichheit, aber eine Ungerechtigkeit für den Steuerpflichtigen, der viele Kinder hat und genau dasselbe zahlen muß wie der, der keine Kinder hat. Diese Gleichheit lehnen wir ab, Frau Staatssekretär! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Bemerkung noch, Frau Staatssekretär! Sie haben heute dem Abgeordneten Dr. Leitner entgegengehalten, daß Sie sich nicht zum Müttergehalt oder zur Mütterbeihilfe geäußert haben. Ich bitte, dem Abgeordneten Dr. Leitner zugute zu halten, daß er seine Information von der offiziellen „kath-preß“ hatte, die am 8. November 1973, Seite 1 a, berichtet hat, daß Sie bei einer Diskussion der Katholischen Frauenbewegung über die Befreiung der Frau im Linzer Haus der Frau gesprochen haben, und dort wurden Sie wie folgt zitiert:

„Karl sprach sich in diesem Zusammenhang für die Einführung eines Muttergehältes und die Verdoppelung der Kinderbeihilfen aus.“ Es ist natürlich möglich, daß ein solcher Pressedienst etwas nicht sinngemäß wiedergibt, aber ich bitte, dann dem Kollegen Leitner zugute zu halten, daß er sich auf diese Information gestützt hat.

Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß die 500-S-Leistung, die wir beantragt haben, ja nicht davon abhängig ist, ob die Frau erwerbstätig ist oder nicht, sondern allen Müttern gegeben werden und einen zusätzlichen Anreiz bieten soll, in den ersten Lebensjahren des Kindes, wenn es einigermaßen möglich ist, die Berufstätigkeit zu unterbrechen und die Kinder zu erziehen.

Frau Staatssekretär! In diesem Zusammenhang eine Bitte oder ein Appell. Ich glaube, Sie werden nicht abstreiten, daß es für die Kinder zweckmäßig ist, daß die Mutter, solange die Kinder klein sind, ihre Berufstätigkeit unterbricht und sich der Erziehung der Kinder widmet. Sie soll ja nicht ihr Leben lang Hausmütterchen sein, aber eine solche Unterbrechung ist familienpolitisch als positiv zu betrachten.

Die Österreichische Volkspartei hat bereits mehrmals in diesem Haus beantragt, daß die Zeit, in der eine Frau ihre Erwerbstätigkeit unterbricht, um kleine Kinder zu versorgen, einmal bei ihrer Pensionsberechtigung berücksichtigt wird. Wenn Sie also eine echte Hilfe für diese jungen Mütter unternehmen wollen, dann stimmen Sie endlich diesem ÖVP-Antrag zu. Er ist im höchsten Maß familienfreundlich, Frau Staatssekretär! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, daß heute sogar bereits Zeiten der Arbeitslosigkeit für die Pensionsberechnung angerechnet werden? Und da möchte ich Sie als Wahrerin der Interessen der Familien im Bundeskanzleramt fragen: Was ist mehr berücksichtigungswürdig: Arbeitslosigkeit, die natürlich bedauerlich ist, oder Erziehung von Kleinkindern? Vom Gesichtspunkt der Gesamtwirtschaft, der Bevölkerung des gesamten Staates aus gesehen muß ich sagen: Was man der Arbeitslosigkeit zu Recht zubilligt, soll man wohl auch der Erziehung der Kinder zuteil werden lassen.

Den Argumentationsnotstand, in dem Sie sich befinden, Frau Staatssekretär, bringen Sie nicht weg. Sie haben nicht gesagt, daß diese 500 S sinnlos sind, das ist richtig, aber eine Rednerin der Fraktion der Regierung hat in der Debatte am vorigen Freitag — ich weiß jetzt nicht mehr, welche Kollegin der SPÖ es war — ausdrücklich gesagt: Mit 500 S ist den Müttern nicht geholfen. Ich möchte sehr in Frage stellen, ob diese Aussage an sich rich-

Dr. Kohlmaier

tig ist. Aber haben Sie bereits einmal nachgerechnet, was die Erhöhung des Kfz-Pauschales dem einzelnen Steuerpflichtigen bringt? 20, 30 S, mehr werden es auf keinen Fall werden. Das wird als steuerpolitischer Erfolg, den der ÖGB durchgesetzt hat, verkauft. Aber 500 S — das ist sinnlos!

Das sind doch Widersprüche, Frau Staatssekretär! Es tut mir fast leid, daß Sie sich in einer solchen Position bewegen müssen. 500 S sind eine echte Hilfe für die Familie gerade in der Zeit, in der die junge Familie aufbauen muß, den Hausstand aufbauen muß, in der die Frau zu Hause bleiben soll. Eine solche Schwerpunktsetzung ist sinnvoll.

Wenn Sie eine andere Schwerpunktsetzung befürworten, Frau Staatssekretär, bitte sagen Sie sie uns. Es ist doch jetzt nach drei Jahren Regierung Kreisky — insgesamt sind es schon mehr — doch zu erwarten, daß man diese neuen Schwerpunktsetzungen einmal hört. Wir sind gerne bereit, uns mit Ihnen dann auseinanderzusetzen. Alles, was wir bisher vorgeschlagen haben, haben Sie abgelehnt.

Ich bitte Sie daher im Sinne einer gewissen Chancengleichheit zwischen Regierung und Opposition — und da vor allem, damit der Kollege Marsch nicht wieder von der Neinsagerpartei spricht; Sie haben nämlich zu allem, was wir vorgeschlagen haben, bisher nein gesagt —: Geben Sie uns jetzt einmal die Chance, ja zu sagen! Sagen Sie uns, wie Sie die Überschüsse des Familienlastenausgleiches schwerpunktmäßig verwenden wollen. Ich glaube nicht, daß wir dann eine Neinsagerpartei sein werden, sondern wir werden alles aufgreifen, was im Interesse der Familien nützlich ist. Bringen Sie aber bitte Ihre Vorschläge bald! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Pelikan.

Abgeordneter Dr. **Pelikan** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beschäftige mich mit einer Frage, die zwar nicht jene politische Aktualität besitzt wie die Diskussion über familienpolitische Maßnahmen dieser Regierung, aber mit einem Fragenkomplex, der uns, wie ich glaube, in nächster Zeit sehr beschäftigen wird, nämlich mit der Frage der Verwendung elektronischer Datenverarbeitungsgeräte in der Verwaltung des Bundes.

In den Ressortbereich des Bundeskanzleramtes gehört bekanntlich auch die Verwendung dieser elektronischen Datenverarbeitungsanlagen. Dabei ergeben sich einige Probleme, die man transparent machen mußte, und zwar Probleme sowohl für das Parlament selbst, für die Parlamentarier und für den einzelnen Staatsbürger.

Niemand bestreitet heute die Notwendigkeit des Einsatzes moderner Datenverarbeitungsanlagen in der öffentlichen Verwaltung. Dies ist nicht zuletzt auch deswegen notwendig, um gewisse Rationalisierungseffekte zu erreichen und um dem Ruf nach Modernisierung der verwaltungstechnischen Prozesse gerecht zu werden. Allerdings werden dadurch gewichtige Fragen aufgeworfen, und ich möchte mich hier insbesondere mit zwei Problembereichen beschäftigen.

Zunächst ist es eine Tatsache, daß mit Hilfe dieser modernen Informationsmittel die Vollziehung gegenüber der Legislative einen Informationsvorsprung bekommt. Der zweite Bereich, den ich behandeln möchte, betrifft das Problem des Datenschutzes überhaupt.

Was zunächst das Informationsmonopol und den Informationsvorsprung der Regierung angeht, so muß man sich vor Augen halten, daß die Fülle von Daten in der Hand der Vollziehung eine Akkumulation von Macht bedeutet. So wie seinerzeit die Maschine zur Stärkung der menschlichen Arbeitskraft diente, ist es heute der Computer, die elektronische Rechenanlage, die zur Verstärkung der menschlichen Intelligenz dient. Und Wissen, meine Damen und Herren, bedeutet bekanntlich Macht. Diese Macht zeigt sich auch in der Verfügungsgewalt über die gespeicherten Daten.

Dazu kommt noch die Möglichkeit, mit diesen modernen Informationsmitteln aus der Fülle der gespeicherten Daten die wichtigsten zu selektieren, an verschiedenen Orten gespeicherte Daten miteinander zu verknüpfen und auf diese Weise ein vollständiges Informationsbild zu bekommen. Und das alles in kürzester Zeit. Zur Illustration dazu möchte ich nur zwei Beispiele erwähnen:

In der modernen Datenverarbeitung bewegt man sich heute bereits im Nano-Sekundenbereich. Eine Nano-Sekunde verhält sich zu einer Sekunde so wie eine Sekunde zu 31½ Jahren. Mit derartigen Geschwindigkeiten rechnen moderne Computer, wie sie heute bereits eingesetzt werden.

Ein zweites Beispiel: Beim Apollo-13-Projekt mußte die Rückflugroute infolge eines technischen Gebrechens neu berechnet werden. Die Computer benötigten dafür 85 Minuten. Man hat sich den Spaß erlaubt zu überlegen, wie lange die 220 insgesamt bei der NASA beschäftigten Mathematiker zur Errechnung dieses Problems gebraucht hätten. Es wären 4800 Jahre gewesen!

Das zur Illustration, mit welcher Geschwindigkeit heute über die gespeicherten Daten verfügt werden kann, wie schnell elektroni-

Dr. Pelikan

sche Rechenprozesse vor sich gehen können und wie groß damit aber auch der Vorteil für den ist, der über derartige Mittel verfügt.

Die Probleme, die sich nun für das Parlament aus der Anwendung der EDV-Anlagen in der Verwaltung ergeben, sind im besonderen auch verfassungsrechtlicher Natur. Lassen Sie mich einige besonders gravierende Probleme herausstreichen.

Der Grundsatz der Gewaltentrennung, das demokratische Prinzip und nicht zuletzt auch das Legalitätsprinzip lassen eindeutig eine Vorrangstellung der Legislative gegenüber der Vollziehung erkennen. Durch den Informationsvorsprung aber, den die Vollziehung bei ihrer Tätigkeit genießt, werden diese Prinzipien ausgehöhlt, sodaß man fast von einer „schleichenden Verfassungsänderung“ sprechen könnte.

Der bekannte Verfassungsrechtler Georg Jellinek hat dies als die „normative Kraft des Faktischen“ bezeichnet. Nur bin ich der Meinung: Auf dem Gebiet der Verfassung sollte man sich nicht dieser „normativen Kraft des Faktischen“ beugen müssen.

Soll unser Parlament wieder jene Stellung einnehmen können, die ihm nach der Verfassung zukommt, müßten hier entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Ich habe diese Frage bei der Behandlung des Budgetkapitels Bundeskanzleramt in den Ausschusssitzungen zur Sprache gebracht und habe insbesondere darauf hingewiesen, daß der Informationsvorsprung der Verwaltung vollkommen im Widerspruch steht mit der Notwendigkeit, daß das Parlament als die Legislative in diesen Fragen die Priorität genießt. Der Herr Bundeskanzler hat es leider nicht für wert befunden, diese Frage zu beantworten.

Ein weiteres verfassungsrechtliches Problem ergibt sich aus dem sogenannten Ressortprinzip, das die Aufteilung der einzelnen Kompetenzen auf verschiedene Ministerien vorsieht. Dadurch ergibt sich eine sogenannte Innenbrechung der Macht. Auch dieses Prinzip ist zum Teil durch das mit 1. Jänner 1974 in Kraft tretende Bundesministeriengesetz durchbrochen worden, weil dieses auch als Kompetenzgesetz bezeichnete Gesetzeswerk verschiedene Ministerien mit sehr großen Kompetenzen ausstattet.

Des weiteren möchte ich die Regierungsvorlage zum Bundesrechnungsamtsgesetz, 608 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen der XIII. Gesetzgebungsperiode, erwähnen. Wenn diese Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Form Gesetz werden sollte, dann ist auch dadurch der Grundsatz des Ressortprinzips durchbrochen. Es macht nämlich diese

Vorlage ein einziges Ministerium — das Finanzministerium — zu einem Superministerium, zu einem Superinformationsministerium dadurch, daß sich dieses Ministerium selbst durch Verordnung für gewisse Verwaltungsvorgänge zuständig machen kann, die mit Hilfe von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen erledigt werden können. Es ist das ein Problem, das Verfassungsjuristen als formgesetzliche Delegation bezeichnen, und ein Problem, das klar im Widerspruch zum Artikel 18 unserer Bundesverfassung, dem Legalitätsprinzip, steht.

Nun möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, wie man diesem Mangel abhelfen könnte. Hier wäre zunächst etwas zu tun, was bereits in anderen Ländern gang und gäbe ist, nämlich die Einführung eines eigenen parlamentarischen Informationssystems, eines Informationssystems, das in zweierlei bestehen müßte: Zunächst einmal in der Errichtung eines Parlamentsregisters mit Hilfe einer eigenen elektronischen Recheneinheit zur Speicherung aller im Parlament selbst anfallenden Daten, wie zum Beispiel Regierungsvorlagen und deren Änderungen, Dokumentation von Anfragen und deren Beantwortung, politische Information, das Parlamentsregister selbst und dergleichen mehr.

Zweitens müßte eine unmittelbare Zugriffsmöglichkeit zu den Datenbanken der Verwaltung geschaffen werden. Denkbar wäre zum Beispiel ein direkter Anschluß mit Hilfe eines Terminals, einer Ein- und Ausgabeeinheit, zum System der Datenbank des Statistischen Zentralamtes, genannt ISIS, und zu anderen wichtigen Datenbanken, wie sie bei den einzelnen Ministerien bestehen. Ich habe schon das System des Bundesministeriums für Finanzen erwähnt, das jetzt eine eigene Recheneinheit bekommen hat für die Haushaltsführung und Buchhaltung sowie für die gesamte Abgabeverrechnung, Einhebung und Verrechnung, Gehaltsverrechnung für die Bundesbediensteten und so weiter. Es gibt einen Computer beim Bundesministerium für Landesverteidigung, das Innenministerium hat eigene Computer nach dem System EKIS, das dem erkennungsdienstlichen Fahndungsdienst dient, und dem System PKZ, das in weiterer Folge zur Einführung der Personenkennziffer führen wird. Eine Reihe von weiteren EDV-Anlagen gibt es bei den sonstigen Bundesbehörden.

Nun, wenn immer von Transparenz gesprochen wird, meine Damen und Herren, so muß ich fragen: Wie steht es mit dieser Transparenz, wenn Bundesbehörden, also die Vollziehung, über eine Fülle von Informationen und Daten verfügen und die Legislative keinen direkten Zugriff dazu hat? Eine Frage, die sicherlich einer Lösung zugeführt werden muß.

Dr. Pelikan

In anderen Ländern gibt es derartige parlamentarische Informationssysteme seit langem. Es gibt sie in den Vereinigten Staaten von Amerika, dort bundesstaatlich organisiert, es gibt sie in Kanada bei einer Universität, der Queens Anne University, wo das Parlament, die Regierung und die Akademie der Wissenschaften einen direkten Anschluß dazu besitzen, und selbstverständlich in der Bundesrepublik Deutschland; ja sogar Brasilien, das sonst nicht unbedingt als Vorbild dienen muß, hat ein eigenes parlamentarisches Informationssystem.

Bevor ich mich nun mit dem Problem des Datenschutzes im einzelnen befasse, möchte ich an dieser Stelle noch zwei kritische Anmerkungen vornehmen und Anfragen stellen. Zunächst nach dem EDV-Versuchsprojekt Verfassungsdienst, das wir vor einiger Zeit mit einer Präsentation hier im Hause kennenlernen konnten. Ich habe hier die verschiedensten Äußerungen auf Grund von schriftlichen und mündlichen Anfragen der Regierungsmitglieder gehört. Der Herr Bundeskanzler hat einmal zugesichert, daß dieses EDV-Projekt Verfassungsdienst, von dessen Effizienz wir alle, die an der Präsentation teilgenommen haben, sehr beeindruckt waren, fortgeführt wird. Der Herr Staatssekretär hat im Ausschuß gesagt, es wird nicht fortgeführt. Ich glaube, wir müßten endlich einmal Klarheit darüber haben, was mit diesem Projekt geschieht, auf welche Bereiche es wirklich ausgedehnt werden soll oder nicht.

Wie ich zu meinem großen Bedauern höre, hat sich die Mannschaft, die seinerzeit dieses Versuchsprojekt durchgeführt und es erstellt hat, zerschlagen, die Leute haben andere Beschäftigungen angenommen. Ein Umstand, den wir, die mit EDV-Fragen zu tun haben, zweifelsohne sehr bedauern.

Das zweite betrifft die Tätigkeit des EDV-Subkomitees, das beim Bundeskanzleramt errichtet wurde. Dieses EDV-Subkomitee hat bestimmte Aufgabenkreise; sie sind zum Teil definiert in dem alljährlich erscheinenden EDV-Bericht der Bundesregierung. Was dieses Subkomitee aber nicht hat — was wir immer kritisieren müssen —, ist eine Geschäftsordnung. Die Mitglieder dieses Subkomitees, die wirklich gute Arbeit leisten, wissen oft nicht, wofür dieses Subkomitee wirklich zuständig ist. Gewisse Fragen werden dort besprochen, andere, gravierende Fragen wieder nicht. Jedenfalls, glaube ich, Herr Staatssekretär, wäre es gut, wenn die Mitglieder dieses EDV-Subkomitees beim Bundeskanzleramt — im übrigen eines der über hundert Komitees, die es zur Zeit bei dieser Regierung gibt — wissen, welche Aufgaben sie wirklich wahrzunehmen

haben, und insbesondere, welche Entscheidungen sie treffen können: ob sie jetzt nur Beraterfunktion haben oder ob sie wirklich über die schwerwiegenden Probleme, die noch im EDV-Bereich und bei der Verwendung von EDV-Anlagen auf uns zukommen werden, bestimmen können.

Der zweite Bereich meiner Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dem Problem des Datenschutzes gewidmet. Dieses Problem kann man aus zwei Blickwinkeln betrachten. Zunächst im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre als dem Recht des Individuums, selbst zu entscheiden, wie viele Tatsachen seines persönlichen Lebens transparent gemacht werden können und sollen, und als Datensicherung zum Schutz bestimmter Daten vor zufälliger oder absichtlicher Preisgabe, vor dem Zugriff durch Unbefugte und vor unerlaubten Änderungen.

Die Sicherung der Privatsphäre des einzelnen sollte eine Aufgabe der gesamten Rechtsordnung sein, in Anbetracht der umfassenden Informationsmöglichkeit. Dies vor allem wegen der Besonderheiten der Speicherung mit Hilfe von EDV-Anlagen, wobei nur erwähnt sein soll, daß die Anhäufung großer Datenmengen und die Verknüpfung der einzelnen Daten miteinander ein vollständiges Persönlichkeitsbild des einzelnen Staatsbürgers geben können. Wenn früher jemand zufällig in einen persönlichen Akt Einsicht nehmen konnte, so konnte das nicht so gravierend sein wie heute die unbefugte Abrufung von bestimmten Daten. Dazu kommt, daß es bei den EDV-Anlagen kein Vergessen gibt. Der jederzeitige Zugriff und die jederzeitige Abberufung von Daten ist möglich.

Was die Datensicherung, also den Schutz der Daten vor Änderung, absichtlicher Preisgabe und allenfalls sogar Vernichtung angeht, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Herstellerfirmen von EDV-Anlagen bereits über die entsprechenden technischen Einrichtungen verfügen. Etwa die Benutzeridentifikation bei der Gebrauchsnahme von EDV-Anlagen durch Paßworte, Fingerabdrücke oder Handabdrücke. Die Frage ist nur, inwieweit das auch in der Praxis konsequent durchgeführt wird.

In Anbetracht der Wichtigkeit und Relevanz des Problems Datenschutz für den einzelnen Staatsbürger ist der Ruf nach einem Datenschutzgesetz, wie er von unserer Fraktion seit langem erhoben wurde, nur zu berechtigt. Der Referentenentwurf für ein derartiges Datenschutzgesetz ist für mich — die damit befaßten Beamten werden mir das sicher verzeihen — lediglich eine Diskussionsgrundlage. Ein um-

Dr. Pelikan

fassendes Datenschutzgesetz, wie wir es uns vorstellen, müßte unserer Meinung nach folgende Punkte enthalten:

Zunächst den verfassungsrechtlich garantierten Schutz der Daten. Weiters die Garantie dafür, daß die Daten, welche gespeichert werden auch tatsächlich richtig sind. Denn wer garantiert, daß alle jene Informationen, die irgendwo in einem Computer, in einer Rechen- einheit oder in einer Zentraleinheit gespeichert werden, auch tatsächlich richtig sind? Das wäre der Grundsatz der Echtheit der Daten. Des weiteren die Forderung, daß keine Verwaltungsstelle des Bundes mehr Daten speichern darf, als sie für ihre Arbeit unbedingt braucht.

Die Genehmigungspflicht für private Datensammlungen ist ein weiterer Kernpunkt, der in ein Datenschutzgesetz aufgenommen werden müßte, und schließlich — als die wichtigste Frage — die Frage eines Datenschutzbeauftragten, wo wir der Meinung sind, daß dieses Organ ein Kollegialorgan sein müßte, ausgestattet mit einer richterlichen Unabhängigkeit und mit einer Bestellung durch das Parlament.

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte man mit Karl Steinbuch sagen, daß der Mensch von heute in seiner Privatsphäre derart transparent gemacht wurde, daß er einem Fisch im Aquarium gleicht, der von allen Seiten angestarrt werden kann. Das ist eine sicher sehr bedrückende Perspektive.

Aber ich möchte noch weiter gehen und sagen, daß der Mensch an sich mit Hilfe dieser modernen Informationsmittel zum gläsernen Menschen wird. Offenbar ist dies das einzige, was diese Regierung transparent machen konnte.

Wir Parlamentarier, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind aufgerufen, diese Dinge zu ändern, daß dem Parlament und dem einzelnen Staatsbürger die Rechte gewahrt bleiben, die es zu verteidigen gilt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Bregartner.

Abgeordneter **Bregartner** (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Pelikan hat einen hochinteressanten und sachlichen Beitrag zur Datenverarbeitung gebracht, bei dem ich mit ihm in vielen Bereichen übereinstimme. Auch der Regierungspartei und der Regierung ist dieser Fragenkomplex durchaus bekannt, und daher sind auch Maßnahmen eingeleitet worden, um diesen Problemkreis in den Griff zu bekommen.

Nun, meine Damen und Herren, zu meinem Datenbeitrag „Oberste Organe und Bundeskanzleramt“.

Vieles, was ich sagen werde, haben bereits einige Redner erwähnt, doch scheint es mir, daß es gerade bei diesem Kapitel wichtig ist, noch auf weitere Fragen einzugehen. Nach meinem Erachten ist der Bundeshaushalt eines Staates ein sehr wichtiger Bestandteil für die Politik, der sich in verschiedenartigster Weise und in vielerlei Maßnahmen der Bundesregierung äußern kann. Der Bundeshaushalt hat in jedem Lande Aufgaben zu erfüllen, ob auf dem Gebiet der Konjunktursteuerung, der Stabilitätspolitik, die gerade in den letzten Jahren in fast allen Staaten — so auch in Österreich — eine eminente Bedeutung erlangt hat.

Die sozialistische Bundesregierung ist seit 1970 und erst recht seit 1971 bemüht gewesen, diesen Fragen der Stabilität eine große Priorität zu verleihen. Es ist daher von der Sicht eines Abgeordneten notwendig, auf einige markante Leistungen dieser Bundesregierung einzugehen.

Vorher ist es aber, glaube ich, notwendig, sich auch ein wenig mit dem Stil der großen Oppositionspartei kritisch auseinanderzusetzen. Ich habe mich der Mühe unterzogen, noch einmal die Debattenbeiträge der ÖVP-Abgeordneten anlässlich der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1974 anzusehen, und man muß bei aller Toleranz, die man gegenüber einer anderen Partei aufbringen muß, doch feststellen, daß hier die ÖVP ihren Stil noch keineswegs geändert hat.

Es wird immer wieder versucht, sich gewisse Aufhänger für die Budgetdebatte zu suchen. Im Vorjahr war es der Ortstafelkonflikt, der sich vom Beginn bis zum Ende der Budgetdebatte hingezogen hat. Und heuer — so scheint es mir — ist es die wirtschaftliche Situation oder — wie wir es zuletzt gehört haben — die Familienpolitik, die von der ÖVP einer nicht sehr ernsten und objektiven Kritik unterzogen wird.

Es steht mir nicht zu, einer Oppositionspartei den Stil vorzuschreiben, doch glaube ich, die österreichische Bevölkerung wird eine Oppositionspartei darnach beurteilen, wie konstruktiv sie sich mit der Regierungspolitik auseinandersetzt. Diese Auseinandersetzung der Österreichischen Volkspartei ist aber vor allem dadurch geprägt, daß sie vorwiegend zu Maßnahmen dieser Bundesregierung nein sagt. Kollegen von mir haben bereits in einem breiten Katalog aufgezeigt, wo die Österreichische Volkspartei zu Maßnahmen dieser Regierung nein gesagt hat. Die Österreichische Volkspartei hat zwar vor kurzem verlauten lassen, daß sie eine differenzierte Oppositions-

Bregartner

politik gegenüber dieser Bundesregierung betreiben wird. Aber bis heute merkt man von dieser Kursänderung nichts, das heißt, es ist kein anderer Stil zu bemerken. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Dazu vielleicht ein konkretes Beispiel, Herr Abgeordneter Gruber.

Sie alle wissen oder spüren es vielleicht auch, daß durch die verschiedenen Ereignisse, die in der Weltpolitik eingetreten sind, unsere Energiewirtschaft auf eine sehr harte Bewährungsprobe gestellt wurde, die sich auf den verschiedensten Gebieten äußern kann. Die Ölkrise äußert sich vor allem darin, daß seit dem Nahostkrieg eine gewaltige Verknappung an Rohöl eingetreten ist und daß dadurch die erdölproduzierenden Länder ihre Abgabepreise erhöht haben, wodurch auch der Abgabepreis für Benzin und Heizöl in Österreich erhöht wurde.

Der Antrag wurde vor allem von der Bundeswirtschaftskammer gestellt, und ein Exponent dieser Bundeswirtschaftskammer ist Herr Generalsekretär Dr. Mussil, ein Abgeordneter Ihrer Partei.

Ich bin der letzte, der nicht einsieht, daß infolge dieser bekannten Ursachen auch eine Preiskorrektur durchgeführt werden muß. Was macht aber die Österreichische Volkspartei? Das Organ dieser Partei, das „Niederösterreichische Volksblatt“, hat nichts anderes zu tun, als sich polemisch zu äußern, daß diese Regierung die Preise erhöht und daß das wieder Ausdruck einer angeblich schlechten Regierung wäre. Oder: Der Rentnerbund der ÖVP schiebt der Regierung die Schuld zu, da diese Erhöhung eine unzumutbare Belastung für die ärmeren Bevölkerungsschichten darstellt. Am selben Tag verlangt der ÖVP-Abgeordnete Dr. Mussil eine weitere Erhöhung der Benzin- und Erdölpreise, bezeichnet das Ergebnis der Verhandlungen als ein Diktat der Bundesregierung und fordert gleichzeitig neue Preisverhandlungen.

Wenn Sie das differenzierte Oppositionspolitik nennen, dann, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, qualifizieren Sie sich selbst.

Nun vielleicht zu einigen anderen Bereichen, wo ich glaube, daß hier Ihre Kritik nicht sehr ernst genommen werden kann; zum Beispiel, wenn Sie dieser Bundesregierung fallweise immer wieder vorwerfen, daß sie die Verwaltung personell aufblähe.

Es ist sicher festzuhalten, daß seit der Amtsübernahme, das heißt seit 1970, der Personalstand um mehr als 8000 zugenommen hat. Wenn Sie aber in ihrer Kritik ehrlich wären und sich die Details ansähen, dann müßten

Sie feststellen, daß vor allem oder zur Gänze das auf das Konto des Schulbereiches geht, das heißt, daß eben im Schulbereich mehr Lehrer beschäftigt werden als früher.

Die Verwaltung hat ja kaum zugenommen, obgleich wir durch unsere legislative Arbeit hier im Parlament letztlich mit jedem Gesetz dieser Verwaltung mehr Arbeit aufbürden. Es ist also in dieser Verwaltung einerseits mehr von den Beschäftigten selbst geleistet worden, andererseits hat sich aber die Verwaltung modernisiert und auch automatisiert beziehungsweise Rationalisierungseffekte erreicht, sonst wäre dieser Beschäftigtenstand sicherlich nicht zu halten gewesen.

Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß man gerade im öffentlichen Verwaltungsbereich den Erfordernissen dieser Verwaltung dadurch gerecht wird, daß man in sehr vielen Bereichen die Datenverarbeitung, wie das auch mein Vorredner gesagt hat, einsetzt. Ich glaube, daß es auf diesem Sektor in Zukunft noch eine breite Palette von Möglichkeiten auszunützen gibt, um in der öffentlichen Verwaltung jenes Instrument für rasche Entscheidungen in die Hand zu bekommen, wie es in vielen Zweigen der Wirtschaft schon geübt wird.

Um noch einmal auf die Personalausweitung im schulischen Bereich zurückzukommen: Vor allem auch daraus ist ersichtlich, daß wir dem jungen Menschen heute viel mehr Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Eine breite Palette von Maßnahmen zeigt auf, daß durch diese Bundesregierung den jungen Menschen eine noch nie dagewesene Chancengleichheit, eine gleiche Startmöglichkeit gegeben wird, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Auch wenn diese Maßnahmen, die ich nicht gesondert anführen möchte, weil dies sicher noch im Kapitel Unterricht gesagt werden wird, bei der Opposition immer wieder kritisch beurteilt werden, so sind wir letztlich als Sozialdemokraten darauf stolz, daß wir von der Volksschule ausgehend bis zu den Hochschulen den Menschen von heute Bildungsmöglichkeiten anbieten, was zu einer wahren Bildungsexplosion geführt hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Erst seit 1970?*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns das Regierungsprogramm, das der Herr Bundeskanzler im November 1971 dem Parlament vorgetragen hat, ansehen, es mit der in den letzten Jahren entwickelten Tätigkeit vergleichen und die Maßnahmen, die für die Zukunft geplant sind, überblicken, dann können wir bei einiger objektiven Beurteilung feststellen, daß in diesem Land schon sehr viel geschehen ist.

Bregartner

Ich darf nur einige Beispiele erwähnen, ohne Rangordnung natürlich. Im Bundesvoranschlag 1974 haben wir für Entwicklungshilfe einen Betrag von 626 Millionen Schilling vorgesehen; das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 50 Prozent. Ich glaube, daß die Industriestaaten der Welt, wie auch Österreich, die sich eines großen Wohlstandes erfreuen können, verpflichtet sind, ihren Beitrag zu leisten.

Unser Land ist wiederholt von der OECD kritisiert worden, daß wir zu wenig täten. Ich weiß, daß manchmal in der Öffentlichkeit von dem einen oder anderen Entwicklungshilfe nicht immer positiv beurteilt wird. Ich glaube aber, daß wir Hilfsmaßnahmen setzen und Möglichkeiten schaffen müssen, um die Gefahren, die durch ein großes soziales Gefälle entstehen können, abzubauen zu können.

Sicher wird Geld allein zu wenig sein in unserer Hilfestellung. Es gibt ja auch schon eine große Schar von Idealisten, die sich auf Jahre hinaus bereit erklären, mitzuhelfen, um diese unterentwickelten Länder beim Aufbau ihrer staatlichen Einrichtungen zu unterstützen. Zurzeit haben wir 3,5 Milliarden Menschen, davon hungert jeder siebente, das sind 300 Millionen. Es hat mich daher persönlich gefreut, daß wir als kleines Land um 50 Prozent für nächstes Jahr mehr vorsehen als im Jahre 1973.

Meine Damen und Herren! Seit der Regierungsübernahme sind auch tiefgreifende Reformen in diesem Land durchgeführt worden beziehungsweise sind sie in Ausarbeitung, die letztlich in weite Teile des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiches hineinwirken. Wir sind bestrebt, eine Demokratisierung in alle Bereiche des Lebens hineinzubringen, angefangen vom betrieblichen Bereich über die Volksanwaltschaft bis zu den Hochschulen. Für den betrieblichen Bereich darf ich sagen, daß es dieser Bundesregierung und den Sozialpartnern möglich war — das Parlament wird ja in den nächsten Tagen ein entsprechendes Gesetz beschließen —, den Arbeitnehmern ein erweitertes Mitspracherecht zu schaffen und zu bringen. Wir wollen eben in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens jene Normen und Formen finden, die letztlich dem einzelnen Menschen größtmögliche Entfaltung bringen.

Auch vorige Woche sind in diesem Parlament zwei wichtige Gesetze einer Reform unterzogen worden, die letztlich auf die Entwicklung der heutigen Zeit Bedacht nehmen und auf sie abgestimmt sind.

Hohes Haus! Wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung und die Maßnahmen dieser Bundesregierung einer objektiven Analyse unter-

ziehen, dann können wir wahrlich behaupten, daß unser Land zu einem modernen Industriestaat geworden ist, der sich ruhig in den Bereich der westlichen Industriestaaten einordnen kann. Es war während dieser Zeit möglich, wobei sich sicher die Bemühungen der ÖVP auch abgezeichnet haben, das Arrangement mit der EWG zu erreichen. Dieses Arrangement war für die Gesamtwirtschaft dieses Staates von historischer Bedeutung, weil wir damit in ein Nahverhältnis zu einem Markt von über 300 Millionen Menschen gekommen sind, der unserer heimischen Wirtschaft starke Impulse gibt und auch in Zukunft geben wird.

Auch wenn die Österreichische Volkspartei ihr Nein, so auch wieder in der vorigen Woche, zu den verschiedensten Fusionierungen unserer verstaatlichten Industrie gesagt hat, haben wir schließlich diese Fusionierungen durchgeführt, um in Betriebsgrößenordnungen hineinzukommen, die große Vorteile für diese Wirtschaft bieten, um mit den großen Konzernen auf dem Weltmarkt in Konkurrenz treten zu können.

Durch unser großes Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren ist es möglich gewesen, den Abstand zu anderen westlichen Industriestaaten zu verringern. Eine Vollbeschäftigung in noch nie dagewesenem Ausmaß und sozialer Frieden zwischen den Wirtschaftspartnern runden dieses Bild vom modernen Österreich ab.

Auch den Gewerkschaften war es in der Lohnpolitik möglich, ein vernünftiges Maß zu finden, um den Arbeitnehmern einen entsprechenden Anteil an dieser wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern. Die sogenannten Wohlstandsindikatoren zeigen auf — das kann die Opposition nicht wegdiskutieren —, daß es den Menschen von heute besser geht als vor einigen Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Natürlich war der ständige Preisauftrieb, der auf verschiedene Ursachen zurückgeht, das schwierigste Problem in den vergangenen Jahren. Ich glaube aber, daß es möglich war — die Ziffern beweisen es —, durch die Stabilisierungsbemühungen der Regierung den Preisauftrieb einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Auch wenn man uns von der Oppositionspartei immer wieder den Vorwurf macht, daß die Regierung zu wenig täte, muß man doch feststellen, daß in den meisten Bereichen die Regierung bei den Preisen überhaupt kein Instrumentarium in der Hand hat, um einzugreifen. Wer die internationale Entwicklung einigermaßen verfolgt, der muß doch feststellen, daß gerade auf dem Rohstoffsektor eine bis ins Extrem gehende Preisaufwärtsentwicklung zu bemerken war.

Bregartner

Hier kann man mir nichts vormachen. Ich komme selbst aus einem Betrieb und weiß, daß wir heute für Rohstoffe, die wir im Ausland kaufen, also importieren, im Vergleich zum Vorjahr wesentlich mehr zahlen müssen; Steigerungen, die bis über 100 Prozent hinausgehen und die dann natürlich Ausdruck in einem erhöhten Endverbraucherpreis finden. Hier vielleicht der Regierung einen Vorwurf zu machen, wäre echte Polemik, die man Ihnen aber nur vereinzelt abnehmen wird.

Es wird daher notwendig sein, daß diese Bundesregierung auch im kommenden Jahr ihre Bemühungen um die Stabilität fortsetzt. Für das kommende Jahr wird sicher — das wurde ja schon vorhergesagt — eine Beruhigung im Wachstum eintreten. Die OECD-Prognosen sind für die westlichen Industriestaaten für 1974 4 Prozent. Auch wir werden mit geringfügigen Abweichungen in diese Größenordnung hineinfließen.

Die Priorität wird sicher in der Stabilitätspolitik liegen, was auch zu begrüßen ist. Zum Zwecke der Konsolidierung in der Wirtschaft muß man schließlich auch gewisse Wachstumsverzögerungen in Kauf nehmen.

Daneben hat diese Bundesregierung noch in mannigfaltiger Art Schwerpunkte gesetzt. In der Sozialpolitik sind Maßnahmen gesetzt worden, die eine breite Anerkennung finden.

Diese Bundesregierung hat sich auch Gedanken über die zukünftige Investitionstätigkeit gemacht und im Vorjahr ein Zehnjahresprogramm erstellt, das bei Anerkennung der Notwendigkeit dieser Investitionen auch Rücksicht auf die Wirtschaft und auch auf die Finanzierung nimmt.

Diese Regierung hat einen Finanzausgleich mit den Städten und Gemeinden abgeschlossen, der vor allem auf die Bedürfnisse und Aufgaben der Gemeinden und hier besonders der Industriegemeinden Rücksicht nimmt.

Ich bin selbst in einer Gemeinde tätig und weiß von den Bürgermeistern dieser Gemeinden, daß man zufriedener als mit dem vorigen Finanzausgleich ist. Und so könnte man daneben noch sagen, daß eben eine andere Politik von dieser Bundesregierung gemacht wurde und auch wird gegenüber den Jahren, als Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die alleinige Verantwortung hatten.

Das kommende Jahr wird sicher harte Anforderungen, meine Damen und Herren, an alle stellen. Ich bin aber überzeugt, daß diese Regierung, die von der Mehrheitsfraktion dieses Parlamentes unterstützt wird, diese Arbeit wie bisher bewältigen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Herr Vorredner hat wieder einmal versucht, wie auch einige seiner Kollegen schon früher, die differenzierte Politik der Österreichischen Volkspartei als Opposition unter Beobachtung zu stellen. Es war wirklich nur ein Versuch mit leidlich untauglichen Mitteln.

Aber, Herr Abgeordneter Bregartner, ich kann Ihnen eines sagen: Dort, wo es sich um wichtige und wesentliche staatspolitische Aufgaben handelt, wo wir sehen, daß die Regierung ohne entsprechende Bestimmungen überhaupt nicht in der Lage wäre, die gegenwärtige Situation einigermaßen zu bewältigen, haben Sie uns stets auch immer als Unterstützer gefunden.

Ich erinnere nur an die unlängst durchgeführte Beschlußfassung über eine Erweiterung des Rohstofflenkungsgesetzes. Ich darf auch auf die Beschlußfassung über die Gewerbeordnung hinweisen. Ich bin auch überzeugt, daß wir in der Frage der Arbeitsverfassung, die Sie hier ebenfalls angeschnitten haben, eine Einigung erzielen werden. Ich möchte aber auf der anderen Seite sagen, daß wir zum Beispiel einem schlechten Mehrwertsteuergesetz nicht unsere Zustimmung geben konnten. Auch möchte ich in Erinnerung rufen, daß wir bei der Strafrechtsreform über alle Bestimmungen bis auf wenige ominöse Paragraphen eine Einigung und eine Einvernehmlichkeit herbeiführen konnten.

Aber, Herr Abgeordneter Bregartner: Dort, wo Sie gefährliche gesellschaftspolitische Maßnahmen setzen wollen, wie es zum Beispiel diese Fristenlösung ist, wissen wir sehr wohl zu differenzieren und dort sagen wir selbstverständlich ein deutliches und klares Nein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nun doch auf ein Kapitel wiederum zurücklenken, das heute schon in einigen Ausführungen behandelt wurde, und zwar sind es einige Fragen der verstaatlichten Industrie. Ich möchte im Zusammenhang mit dem wesentlichen Thema der Finanzierungsfrage der verstaatlichten Industrie doch auch sagen, daß uns die bisherigen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers und seines Herrn Staatssekretärs zu solchen Finanzierungsfragen innerhalb der verstaatlichten Industrie gegenwärtig — ich möchte es so sagen — an einen in Schwierigkeiten gekommenen Schuldner, der, in die Ecke getrieben, sich nun nach einem Partner umsieht, der ihm mit Rat und Tat aus der Patsche helfen soll, erinnern.

Dkfm. Gorton

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat vor der Stahlfusion eine Morgengabe von 2 Milliarden Schilling an die neue fusionierte Gesellschaft versprochen. Die Unternehmungen haben dies natürlich als Eigenkapitalzufuhr verstanden. Das scheint aber bisher doch noch nicht bestätigt zu sein.

Ja ich möchte sagen: Man konnte den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs im Budgetausschuß am 12. November dieses Jahres entnehmen, daß die Regierung ihren Kopf nun aus dieser Versprechenschlinge herausziehen will. Herr Dr. Veselsky sagte nämlich damals auf die Frage, was sich die VOEST-Alpine selbst vorstellt, daß sie zuerst 400 Millionen bekommen soll und dann in den darauffolgenden vier Jahren die übrigen 1,6 Milliarden Schilling. Wir haben auch weiter von ihm gehört, daß die harte Realität eben anders wäre, daß Budgetmittel nicht möglich sind und daß auch der Bundeshaftungsrahmen sehr weit gespannt erscheint, der aber in erster Linie wohl nur für Fremdmittelzufuhr in Frage kommt. Die OIAG soll jetzt prüfen, in welchem Umfang und wann aus Ausschüttungen der Unternehmungen eine Aufstockung möglich sein wird.

Soweit möchte ich an die Antwort und an die Erwiderung auf unsere Anfrage, wie und wann das geschehen soll, erinnern. Es hat doch etwas den Eindruck erweckt, als wollte man um diese 2 Milliarden Schilling herumkommen.

Der Herr Bundeskanzler hat sich heute wieder dazu bekannt, indem er gesagt hat, es bleibt bei der Morgengabe — diese Ausdrucksweise hat er selbst gewählt —, nur über das Wie und das Wann hat er uns wieder nichts sagen können. Weil nun dieses Morgengabeverprechen ein Jahr nach der Fusionshochzeitsnacht nicht eingelöst erscheint und dadurch sicher ein etwas dubioser Eindruck entstehen könnte, hat sich der Herr Kanzler heute mit der rhetorischen Frage an die Opposition gewandt: ob wir der Meinung wären, daß dies aus Steuermitteln zu bezahlen wäre, oder welche anderen Wege wir vorschlagen. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Nur Steuermittel!*) Nein. Ich habe es so aufgefaßt, als wollten Sie von uns wissen, aus welchen Mitteln das Geld aufgebracht werden soll. Man höre und staune: Der Herr Bundeskanzler macht zuerst Versprechungen und fragt nach einem Jahr die Opposition, wie er sie allenfalls erfüllen soll oder welche Ratschläge wir ihm dazu geben können.

Herr Bundeskanzler! Sie haben eine branchenmäßige Zusammenführung in Form dieses

Stahlfusionsgesetzes beschlossen. Sie haben diese 2 Milliarden Schilling Morgengabe versprochen, und es liegt nun zweifellos an Ihnen, endlich einen Vorschlag zu unterbreiten, wie Sie Ihr Versprechen realisieren wollen, dem fusionierten Stahlkonzern eben diese 2 Milliarden Schilling — ich möchte es so sagen — als Eigenkapital zuzuführen. Die Stahlunternehmungen und auch wir als Opposition glauben doch ein Recht darauf zu haben zu erfahren, wie, aber auch wann Sie diese Versprechen einzulösen gedenken.

Herr Bundeskanzler! Ihre heutige verbale Aussage, daß Sie unter Mithilfe des Eigentümers andere Wege gehen wollen in dem Zeitpunkt, in dem diese Mittel gebraucht würden, um das Geld zu beschaffen — das erscheint uns als Antwort auf die Frage, die auch unser Herr Bundesparteiobermann gestellt hat, als zu wenig. Zweifellos: Gebraucht wird diese Aufstockung sicher schon, denn sonst hätte sich die VOEST-Alpine nicht immer wieder an dieses Versprechen zurückerinnert und auch in Erinnerung gebracht.

Wir nehmen Ihre Meinung, Herr Bundeskanzler, zur Kenntnis, da Sie nicht einen Weg besonderer Begünstigungen gegenüber der anderen Wirtschaft gehen wollen. Ich möchte nicht ungesagt lassen, daß die Bundeshaftung für über 5 Milliarden Schilling Kredite und Anleihen unserer verstaatlichten Industrie, sicherlich, ich möchte sagen, einen gewissen Wettbewerbsvorteil gegenüber der übrigen Wirtschaft darstellt, der zweifellos in einer gewissen Zinsbegünstigung auch den realen Ausdruck findet. — Aber bitte: Das nur als Feststellung.

Ich möchte aber eines auch hier sagen: Wir werden sicher keinen Einwand dagegen haben, wenn wir fordern, daß Sie der verstaatlichten Industrie nicht verwehren sollten, auch im freien Wettbewerb, auf dem Kapitalmarkt, die Schaffung neuen Eigenkapitals zu versuchen, ohne daß das bisherige Aktienkapital der OIAG oder deren Unternehmungen als Kapital des Staates dabei je in Frage gestellt werden soll oder irgendwie eine Kapitalanteilverminderung unter eine entsprechende Mehrheit des Staatskapitals — man kann auch über qualifizierte Mehrheiten sprechen — in der Endphase in Frage kommen soll.

Ich möchte aber nicht ungesagt lassen, daß auf der anderen Seite die verstaatlichte Industrie sicher auch heute Betriebe, die ihr zum Kauf angeboten werden, übernommen hat. Wir glauben, daß hier durch zusätzliche Wertschöpfungen in Form dieser Käufe von ande-

Dkfm. Gorton

ren, bisher nicht verstaatlichten Unternehmungen, der verstaatlichten Industrie Wege auf dem Kapitalmarkt im freien Wettbewerb eröffnet werden sollten, um in entsprechender Form — man könnte auch sagen: äquivalenter Form — Eigenkapital zu schaffen versuchen.

Wir glauben jedenfalls, daß unsere verstaatlichte Industrie keine Wachstumshemmnisse dadurch erfahren soll, daß ihre Möglichkeiten eingeengt werden. Wir sind für eine gleiche Wettbewerbssituation der gesamten Industrie. Das soll zweifellos auch in der Frage der Kapital- und Eigenkapitalbeschaffung für die verstaatlichte Industrie gelten.

Alles jetzt zum Ausdruck Gebrachte gilt genauso auch für Ihre nicht eingelösten Versprechungen betreffend die Elektrolyse Ranshofen. Auch hier würde uns interessieren, wie Sie sich die Aufbringung der nötigen Kapitalien, die Sie ja für den Ausbau der Elektrolyse zugesagt und in Aussicht gestellt haben, vorstellen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben doch auch gewisse ernste Bedenken zur Frage der weiteren Erweiterung des VOEST-Alpine-Konzerns durch Zuordnung der Maschinenindustrie. Unserer Meinung nach hätte es sicher in den Fragen der branchenweisen Zusammenführung andere Lösungen gegeben, die vorher einer Prüfung hätten unterzogen werden sollen.

Ich habe in meiner Aussage am vergangenen Freitag deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir die Zusammenführung der Werften als solche für richtig halten, daß aber die Frage der Zuführung der Werften und der Rumpel AG zur VOEST unserer Meinung nach in Hinblick auf die gesamte Maschinenindustrie unserer verstaatlichten Unternehmungen wesentlich genauer hätte untersucht werden sollen. Wir glauben nämlich, daß auch die branchenmäßigen Ähnlichkeiten der größten verstaatlichten Maschinenfabrik, den Simmering-Graz-Pauker-Werken, mit der Rumpel AG — und auch mit den Werften — hätten zuerst untersucht werden sollen. Ich möchte das nur als Ergänzung zu meinen Äußerungen am vergangenen Freitag in Erinnerung bringen.

Wir glauben, daß der VOEST-Alpine-Konzern mit den bisherigen Tochtergesellschaften für die nächsten Jahre zweifellos genug Probleme zu lösen haben wird und daß er, soweit uns bekannt ist, auch selbst nicht nach neuen Problemen mit neuen Töchtern gesucht oder solche verlangt hat.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem VOEST-Alpine-Konzern doch auch den gesamten Erzbergbau in Erinnerung rufen, der sicher durch die heutige Weltmarktlage an Bedeutung wieder gewonnen hat. Ich möchte als Kärntner hoffen, daß der Erzbergbau Hüttenberg — auch nach Absage des Aufschlusses des Waitschacher Feldes — seinen ihm zugeordneten Platz weiter innerhalb des Gesamtkonzerns behaupten wird können und daß man uns Kärntnern auch die Aufrechterhaltung dieses Betriebes weiter zugestehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verlangen aber auch eine klare Aussage des Herrn Bundeskanzlers über die künftigen Aufgaben und die Stellung der OIAG. Es scheint mir doch, daß auch hier durch die Zuordnung und die Art und Weise, wie die Werft Korneuburg jetzt von der OIAG gekauft wird und auf der anderen Seite eigentlich ohne Gegenzeichnung dem VOEST-Alpine-Konzern übergeben wird — denn in den Kapitalausweisungen wird das sicher nirgends einen Niederschlag finden —, eine Verlagerung und vielleicht eine bewußte Schwächung der OIAG gegenüber dem VOEST-Alpine-Konzern Platz greift. Wir möchten doch auch vom Herrn Bundeskanzler einmal eine klare Aussage hören, wie man sich die Aufgaben der Eigentums-Holding-Gesellschaft künftig nach den von Ihnen mit Mehrheit durchgeführten gesetzlichen Fusionsmaßnahmen vorstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich jetzt auf einige Äußerungen meiner Vorredner zu sprechen komme. Ich glaube, daß gerade im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann glaubte, in der Vergangenheit wühlen zu können und Sachen hervorzuholen, die dann doch etwas eigenartig anmuten.

Ich erinnere daran, daß der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann heute zunächst in schärfster Art und Weise die seinerzeit getroffene Regelung innerhalb der Elektroindustrie kritisiert hat, daß er hier zum Ausdruck brachte, daß die Verhandlungen mit Siemens und so weiter seinerzeit ein Diktat waren, daß die Elin danach für Jahre in Schwierigkeiten gekommen wäre, daß man mit vielen hundert Millionen Schilling eine Sanierung durchführen mußte und daß die Elin letzten Endes der Leidtragende gewesen wäre.

Ich darf aber doch daran erinnern, daß sich diese ganze Entwicklung, in der sich unsere Elektroindustrie im Rahmen des verstaat-

Dkfm. Gorton

lichten Bereiches in sehr schwierigen Situationen befunden hat, schon vor 1966 angebahnt hatte. Der damals dafür verantwortliche frühere Vizekanzler Dr. Pittermann hat versucht, hier im Rahmen der internationalen Kooperationsmöglichkeiten mit der englischen Elektroindustrie Lösungen zu finden. Nach reiflichen Untersuchungen und Überlegungen, über die die Betriebsräte und die Angehörigen in den Betrieben immer informiert wurden und an denen sie auch mitgewirkt haben und sich auch dafür ausgesprochen haben, ist man zu dieser gemeinsamen Lösung mit Siemens gekommen.

Ich möchte hier sagen, daß man die Elin als solche in dieser Zeit der sozialistischen Regierung ja noch zusätzlich hätte stärken können, wenn man sie selbst direkt bei der neuen Siemensgesellschaft beteiligt hätte. Aber das wollte man nicht, hier hat man die OIAG beteiligt.

Aber die Äußerungen und die Kritik des Herr Abgeordneter Dr. Fleischmann scheinen in keiner Weise mit dem dann nachfolgenden Referat des Abgeordneten Wuganigg abgestimmt gewesen zu sein, der ja als Angehöriger des Elin-Konzerns die Situation sicher viel besser kennt als Herr Dr. Fleischmann, auch wenn er zwölf Jahre in der zuständigen Sektion gewirkt hat.

Wir haben vom Herrn Abgeordneten Wuganigg gehört, daß die Elin erfreulicherweise eine 31prozentige Umsatzsteigerung erfahren konnte, daß früher die gesamte Elektroindustrie mit 18.000 Beschäftigten den gleichen Umsatz hatte wie jetzt die Elin allein mit 7500 Beschäftigten und daß die Pro-Kopf-Umsatzleistung von 350.000 S im Jahr 1971 auf 420.000 S im Jahr 1972 gesteigert werden konnte, also um 20 Prozent.

Meine Damen und Herren! Ich habe das jetzt nur wiederholt, falls der Herr Abgeordnete Fleischmann jetzt im Saale sein sollte; er hat ja die Ausführungen seines Kollegen Wuganigg nicht hören können. (*Abg. Doktor Fleischmann: Ich habe es im Lautsprecher gehört!*) Der Herr Abgeordnete Wuganigg hat ja Ihren bedenklichen Äußerungen direkt hohngesprochen und hat hier die Beweise gebracht, wie sich die Elektroindustrie erfreulicherweise und sicher aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem Siemenskonzern und mit der Aufteilung der einzelnen Aufgaben entwickeln konnte. Sie, Herr Doktor Fleischmann, können jetzt direkt auch in den Genuß dieses Zahlenmaterials gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aber nicht weiter auf die Äuße-

rungen des Herrn Dr. Fleischmann eingehen, die ja in vielem sehr widersprüchlich waren und zweifellos der Sache keinen gerechten Dienst tun konnten. (*Abg. Maier: Über Widersprüche müssen Sie nicht reden!*) Ich glaube, daß die Äußerungen vom Herrn Doktor Fleischmann und vom Herrn Abgeordneten Wuganigg sehr widersprüchlich sind. (*Abg. Dr. Fleischmann: Ich glaube, Sie haben nicht zugehört!*) Herr Dr. Fleischmann! Ich habe alles gehört, was Sie gesprochen haben. Ich bin zwar nicht direkt im Saal gesessen, sondern habe es am Lautsprecher gehört. Ich habe mir genau aufgeschrieben, was Sie gerade zu den Fragen der Elektroindustrie hier äußern zu müssen glaubten.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich muß aber doch noch ein sehr ernstes Wort zu den völlig demagogischen Aussagen des Herrn Zentralsekretärs Marsch bringen. Der Herr Zentralsekretär Marsch hat es für notwendig und richtig befunden, das Versagen dieser Regierung in vielen Fragen der Wirtschaftspolitik mit unerhörten Pauschalverdächtigungen zu kaschieren.

Herr Abgeordneter Marsch! Sie scheinen sich in den Fragen der Getreide- und Mühlenwirtschaft wirklich schlecht informiert zu haben, denn sonst könnten Sie sich bei dem ausgefeilten Reglementierungs- und Kontrollsystem, das seit vielen Jahren in der Mühlenwirtschaft besteht, nicht zu so unerhörten Unterstellungen hinreißen lassen, daß dort — und Sie haben die Mühlenwirtschaft hier in erster Linie miteinbezogen — 20.000 Tonnen Mehl spurlos verschwunden seien.

Herr Abgeordneter Marsch! Ich darf Ihnen sagen: In der Mühlenwirtschaft ist jeder Doppelzentner Weizen und jedes Kilogramm Mehl kontrollierbar, und es wird auch laufend die Richtigkeit dieser abgegebenen Meldungen geprüft. Eine solche Verdächtigung ginge demnach nicht nur gegen die Mühlen selbst, gegen die Betriebe, sondern auch gegen die vielen amtlichen Kontrollorgane, die zweifellos in vollem Pflichtbewußtsein ihre Aufgabe erfüllen.

Sie scheinen aber auch nicht zu wissen, daß laut Mühlengesetz sicher nur eine beschränkte Vermahlung möglich ist. Die Mühlen sind ja kontingentiert, die Vermahlung wird monatlich aufgrund der entsprechenden Perzentsätze festgelegt, es wird festgelegt, wie die Kontingente auszunützen sind. Die Mühlen können natürlich nicht mehr Mehl verkaufen als aufgrund der Kontingentausnützung oder allfälliger Vorvermahlungen erzeugt wird. Wenn

Dkfm. Gorton

ein verstärkter Absatz zu beobachten ist, dann versuchen die Mühlen, durch Ansuchen um Vorvermahlungen und auch auf der anderen Seite durch den Mühlenfonds, wenn hier die Notwendigkeit gegeben ist, die Vermahlungsmenge, den Ausmahlungssatz in dem jeweiligen Monat zu heben, sodaß man durch eine verstärkte Leistung versucht, der Nachfrage Herr werden zu können.

Wenn Sie aber hier sagen — und ich habe hier das Protokoll —: „... so sind zum Beispiel 20.000 Tonnen Mehl in den letzten Novembertagen spurlos verschwunden; 20.000 Tonnen, die angeblich weder Mühlen noch Bäcker eingelagert haben. Gleichzeitig bekommen viele Hausfrauen kein Mehl mehr, obwohl die Mühlenbesitzer immer wieder beteuern, die Bäcker bekommen so viel Mehl ...“, dann muß ich Ihnen sagen, daß Hausfrauen nicht bei den Bäckern das Mehl einkaufen, sondern bei den Kaufleuten und auch bei den Lebensmittelhändlern.

Sie haben weiters Unerhörtes gesagt, indem Sie unterstellen: „Hier ist der Konsument offensichtlich zwischen die Mühlsteine der Müller und der Bäcker geraten. Ist das noch mit den guten Sitten zu vereinbaren? Wir müssen die Scheichs im eigenen Lande zur Raison bringen.“

Ich möchte Ihnen doch durch einige Ziffern Ihre völlig haltlosen Aussagen hier widerlegen: Wir haben in der Mühlenindustrie Monatsmeldungen. Es kann sich ja hier nur um den Monat November handeln, also um die letzten Tage und Wochen. Die gesamten Meldungen sind heute am 3. Dezember noch nicht verfügbar. Es war mir aber möglich, über eine Reihe von wesentlichen Mühlen, wo die Unterlagen bereits hier sind und die insgesamt 27,6 Prozent des gesamten österreichischen Mühlenkontingentes ausmachen, die Ziffern für den November zu erhalten.

Es wurden im November 1972 — nur zum Vergleich — von diesen Mühlen, die hier 27,6 Prozent, also mehr als ein Viertel des gesamten Kontingentes in Österreich vermahlen haben und die damit zweifellos repräsentativ für die gesamte Mühlenwirtschaft gelten können, 16.337 Tonnen vermahlen. Im Vergleichsmonat 1973, also im abgelaufenen Monat November, wurden 24.831 Tonnen vermahlen, und zwar aufgrund dessen, daß das Kontingent mit 109 Prozent zur Ausnützung gelangen konnte und natürlich eine Reihe von Mühlen auf Grund der nun verstärkten Nachfrage um Vorvermahlung angesucht und das auch bewilligt bekommen haben.

Ich darf Ihnen versichern, daß von diesen Mühlen das gesamte verfügbare Mehl, soweit überhaupt die Transporteinrichtungen dafür gereicht haben, auch ausgeliefert wurde. Aber der Mangel oder der Engpaß ist ja nicht direkt am Mehlssektor entstanden, am gesamten Mehlssektor, sondern vor allen Dingen bei den Kleinpackungen — Kilopackungen, Zweikilopackungen, Fünfkilopackungen —, die heute auch von den Mühlen zum größten Teil mit-erzeugt werden.

Hier sind natürlich die Kapazitäten der Verpackungseinrichtungen irgendwie begrenzt. Aber trotzdem wurden im Monat November 1972 von diesen Mühlen vergleichsweise 2330 Tonnen Mehl klein verpackt, im November 1973 waren es 3851 Tonnen. Es wurden also um 65,3 Prozent mehr von diesen als repräsentativ anzusehenden Mühlen in Kleinpackungen verpackt, und zwar auf Grund von Sonntagsarbeit, Nachtschicht oder Mehrschichtarbeit, nur um mit den gegebenen Verpackungsmaschinen auch diese zusätzliche Nachfrage am Markt bewältigen zu können.

Es wurden Schichten zusätzlich eingelegt. Ich möchte noch einmal betonen, daß dieser Engpaß in erster Linie nur auf dem Kleinverpackungssektor entstanden ist. Wenn Sie sich bei Ihren Kollegen von der zuständigen Gewerkschaft erkundigt hätten, hätten Sie auch erfahren, daß hier bei den Konsummühlen — und wir haben doch einige in ganz Österreich — genau dieselbe Situation war. Man hat sich bemüht, alles auszuliefern. In den Kaufläden und auch in den Konsumvereinen bemühte man sich selbstverständlich, alle Wünsche zu erfüllen.

Ich habe auch vom Bundesgremium des Kleinhandels mit Lebensmittel die Nachricht bekommen, daß man selbstverständlich auch alles auf den Markt geworfen hat, was möglich war, und daß selbstverständlich auch der Großhandel nicht gehortet hat.

Herr Abgeordneter Marsch! Ich habe mich verpflichtet gesehen, auf Ihre völlig haltlosen Unterstellungen, die Sie hier an diesem Pult gegen einen gesamten Wirtschaftsbereich zum Ausdruck gebracht haben, ganz klar mit Ziffern und wirklich letzten Erhebungsergebnissen zu antworten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur mit einer Feststellung schließen, Herr Abgeordneter Marsch: Wenn also hier Scheichs im eigenen Lande zur Raison gebracht werden sollen, da muß ich schon sagen, daß man dann jene Scheichs, die nach der Methode „Haltet den Dieb“ andere Berufsgruppen diffamieren wollen, zur Raison bringen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich dem Herrn Abgeordneten Gorton mit aller erforderlichen Deutlichkeit sagen, daß ich nur eine Frage gestellt habe, nämlich ob die Kapitalaufstockung in der verstaatlichten Industrie beide Male etwa aus Steuergeldern erfolgen soll. Eine andere Frage habe ich nicht gestellt. Ich habe hinzugefügt, daß es sich dabei um eine rhetorische Frage handelt. Das heißt weiters: Wenn man eine rhetorische Frage stellt, dann erwartet man keine Antwort. Und es ist auch keine notwendig. Ich bitte das sagen zu dürfen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dkfm. Gorton: Aber wir hätten gerne eine Antwort gehört!)*

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung wünscht der Herr Abgeordnete Doktor Fleischmann das Wort. Redezeit: 5 Minuten!

Abgeordneter Dr. **Fleischmann** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann die Sache sehr kurz machen. Ich brauche nur das stenographische Protokoll zu verlesen, das über meine Rede bereits vorliegt. Ich habe laut diesem Protokoll nach den Aufzeichnungen der Parlamentsstenographen folgendes gesagt:

„Wir haben ja nicht den Ausverkauf der Elektroindustrie in Österreich zu vertreten. Das bleibt Ihnen vorbehalten. Wenn dann von Rettung gesprochen wird, was auch schon getan wurde, dann lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die damaligen Verhandlungen mit Siemens keine Verhandlungen waren. Sie waren ein Diktat, das zu erfüllen Sie sich nicht gescheut haben.“

Ich kann das mit voller Berechtigung hier sagen, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Gorton, weil ich an den Verhandlungen führend teilgenommen habe. *(Ruf bei der ÖVP: Wo?)* In der ÖIAG. Das zum einen! *(Abg. Dr. Koren: Ich habe geglaubt, das war ein Diktat, Herr Dr. Fleischmann? — Abg. Doktor Kohlmaier: Haben Sie verhandelt oder ein Diktat entgegengenommen?)*

Zum anderen, zu dem Gegensatz, den Sie zwischen dem Kollegen Wuganigg und mir bei der Elin konstruieren wollen. Auch hier trocken das Protokoll:

„In ähnlicher Weise ist man seinerzeit bei der AEG vorgegangen. Man hat das ganze dann als Triumph gefeiert, hat aber verschwiegen, daß man damit Elin für Jahre in die größten Schwierigkeiten gebracht hat und daß zur Sanierung dieser Probleme, die daraus bei Elin entstanden sind, ein Betrag von mehr

als 700 Millionen Schilling erforderlich gewesen ist ...“ *(Abg. Dkfm. Gorton: Die Schwierigkeiten haben Sie ja vorher schon gehabt!)*

Das können Sie auch in den Akten der ÖIAG nachlesen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Was hat er denn jetzt berichtet? Sich selbst!)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. König. Ich werde ihn einige Minuten vor 9 Uhr fragen, ob er seine Rede noch beenden kann.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst noch ein paar kurze Worte zu der Berichtigung, die Kollege Fleischmann hier vorgebracht hat, und zwar zur Sache.

Ich erinnere mich noch ganz genau an die Zeit, in der man sich in der Koalitionsregierung gemeinsam — der damalige Bundeskanzler und der damalige Vizekanzler Ihrer Partei — den Kopf zerbrochen hat, wie man den Schwachstromwerken helfen könnte, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen sind. Damals war es für Ihre Partei ein Dogma, daß nicht der geringste Teil an verstaatlichten Unternehmen ins Ausland verkauft werden darf. Das Ergebnis war, daß es den Betrieben immer schlechter gegangen ist. *(Abg. Doktor Fleischmann: Und Sie haben ausverkauft!)* Dazu komme ich gleich. Hier wurde eine Konstruktion geschaffen, Herr Kollege, die zu einem heute blühenden Unternehmen geführt hat, zu einem expansiven Unternehmen, das Tausende Arbeitsplätze in diesem Land sichert. Fragen Sie Ihre Betriebsräte in diesem Unternehmen, was die dazu denken. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Jawohl!)* Hier wurde der Grundstein gelegt für das, was uns der Herr Bundeskanzler mit seiner Beschäftigungsreserve bei der UNO-City für die schlechten Zeiten verspricht. Hier wurde die Beschäftigungsreserve tatsächlich geschaffen.

Meine Damen und Herren! Sie sprechen von Ausverkauf der österreichischen verstaatlichten Industrie. Ja erinnern Sie sich nicht mehr daran, daß Ihr Finanzminister auf eine Anfrage hier im Parlament zur Elektrobau AG in Linz erklärt hat: Man braucht ausländisches Wissen, man muß hier die Partnerschaft mit dem Ausland suchen und daß er ein Unternehmen, das hochaktiv ist, das ein Aktivum des Landes Oberösterreich darstellt, in wesentlichen Beteiligungen an die ausländische Konkurrenz, an die schwedische ASEA, verkaufen möchte. So sehr haben sich Ihre Auffassungen gewandelt! *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist nicht richtig!)*

8438

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 3. Dezember 1973

DDr. König

Herr Bundeskanzler! Sie sagen: „Das ist nicht richtig!“ Ich nehme das gerne zur Kenntnis, wenn Sie mit Ihrem Veto den Herrn Finanzminister daran hindern werden, diesen Ausverkauf eines gesunden österreichischen Unternehmens herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt nämlich auch in Österreich durchaus potente Partner für dieses oberösterreichische Unternehmen. Und es ist gar nicht gesagt, daß es überhaupt Partner braucht, denn die EBG ist seit Jahren aktiv.

Wenn man ein defizitäres, schwindsüchtiges Unternehmen mit Hilfe eines potenten Partners, wie es die Siemens waren, saniert, wenn man Arbeitsplätze garantiert, dann nennen Sie das Ausverkauf der österreichischen Industrie. Wenn man aber ein aktives Unternehmen, das dem Staat Steuern bringt und obendrein ein gesunder lebenskräftiger Betrieb ist, in wesentlichen Beteiligungen ans Ausland verbubeln will — ich sage: verbubeln will, denn der Verkauf ist nicht notwendig —, dann ist das „staatsmännische Voraussicht im Hinblick auf das große zukünftige Europa“. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundeskanzler, ich bin Ihnen dankbar für den Zwischenruf, daß das nicht stimmt. Das kann ich doch wohl nur so auffassen, daß Sie sich dafür verbürgen werden, daß die EBG-Anteile nicht an die schwedische ASEA veräußert werden, wie das der Herr Finanzminister in diesem Haus in Aussicht gestellt hat.

Herr Bundeskanzler, und wenn schon Beteiligungen veräußert werden, dann im Lande! Es gibt genug potente österreichische Partner, die sich hiefür auch schriftlich mit Angeboten zur Verfügung gestellt haben. Aber auch das ist nicht notwendig. Die EBG ist selbständig, die EBG ist gesund, die EBG braucht das eigentlich nicht, was im Falle der Schwachstrom- und Starkstromwerke etwas anderes war. *(Abg. Brauneis: Herr Kollege König! Haben Sie aber auch überprüft, warum die so schlecht geworden sind?)* Sie sind schlecht geworden ... *(Abg. Brauneis: Weil Sie laufend ein Veto eingelegt haben, daß man die Betriebe gesund macht! Das haben Sie verhindert!)* Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten. *(Abg. Brauneis: Das hat Ihre Partei verhindert! — Widerspruch bei der ÖVP.)* Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten. Wissen Sie warum? *(Abg. Brauneis: Ihre Partei hat jede Sanierungsmaßnahme abgelehnt, damit sie zum Verkauf bereitgemacht worden sind! Das war Ihre Taktik?)*

Wissen Sie, was die Elin gesund gemacht hat? Die Elin hat gesund gemacht das Kooperationsabkommen mit Siemens! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Fragen Sie die Leute bei der Elin!

Wissen Sie, was sie krank macht? Wenn Sie an den Konkurrenten ASEA verkaufen, dann wird die Elin das erste Opfer sein. *(Abg. Brauneis: Nein! Sie haben durch Ihren Einspruch verhindert, daß die Siemens und die AEG saniert werden!)* Der verstaatlichte Betrieb der Elin ist das erste Opfer dieser Ausverkaufspolitik, die die heutige Regierung an Schweden in Aussicht gestellt hat! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber nochmals: Ich nehme die Zusage des Herrn Bundeskanzlers gerne zur Kenntnis. *(Zwischenruf des Abg. Brauneis.)*

Präsident Probst *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Brauneis! Bitte, keine Zwischenreden! *(Abg. Brauneis: Aber einen Zwischenruf!)* Das war kein Zwischenruf! *(Abg. Brauneis zum Abgeordneten Dr. Withalm: Dort sitzt der Vizekanzler, der im Fünftehnerausschuß jede Sanierung verhindert hat! — Präsident Probst gibt neuerlich das Glockenzeichen.)* Meine Herren! Es wird sowieso bald 9 Uhr!

Abgeordneter DDr. König *(fortsetzend)*: Herr Abgeordneter Brauneis! Wenn die Österreichische Volkspartei, die damals die Regierung gestellt hat, die Sanierung der Betriebe verhindert hätte, hätten Sie nicht so gesunde Betriebe übernehmen können! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Brauneis: Kollege König! Das Wort verdrehen kann ich auch! Wir haben von der Elektroindustrie gesprochen und nicht von den Betrieben, die wir übernommen haben!)*

Herr Abgeordneter Brauneis! Der Herr Bundeskanzler hat einmal zur Fertigstellung der Wohnanlagen unter seiner Regierung erklärt, er habe nicht zu verantworten, wenn die versprochene Steigerung um 5000 Wohnungen jährlich nicht gehalten wird, denn das gehe noch auf die Versäumnisse der Vergangenheit zurück. Ein Haus baut man nicht, sagte er, in einem Jahr. — Und auch einen Betrieb, Herr Abgeordneter Brauneis, macht man nicht in einem Jahr gesund, sondern Sie ernten heute die Früchte, deren Grundlagen in den Jahren davor gelegt wurden! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun, meine Damen und Herren, werde ich die Gelegenheit wahrnehmen, die mir noch verbleibt bis zum Ende der heutigen Sitzung, Ihnen einiges Interessantes aus dem Protokoll

DDr. König

der Sitzung des Ministerkomitees vom 28. Februar 1972 zur Kenntnis zu bringen, die sich unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers mit dem Pleiteprojekt der UNO-City beschäftigt hat.

Der Herr Bundeskanzler hat vor kurzem angesichts der weltweiten Erdölkrise und ihrer Auswirkungen folgenden Satz geprägt: Die Zeit des Verschwendens ist vorbei!

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, Sie meinen das so, wie Sie es gesagt haben, und beziehen das nicht nur auf die Bevölkerung, die den Gürtel enger schnallen soll, sondern auch auf die Regierung, die mit gutem Beispiel vorangehen soll.

Wenn die Zeit des Verschwendens vorbei sein soll, Herr Bundeskanzler, dann glaube ich, muß das auch ganz besonders für Ihr Lieblingsprojekt, die Monster-UNO-City, gelten, die geradezu ein Paradebeispiel der Verschwendung öffentlicher Mittel darstellt.

Wenn man im Zusammenhang mit diesem Budget von Budgetverschleierung gesprochen hat, weil dringend notwendige Investitionen nur in der Stabilitätsquote drinnen sind — das gilt sogar für die „Postrundschau“ der Post, was eine Augenauswischerei darstellt —, dann gilt die Verschleierung in ganz besonderem Maße für die UNO-City. Es ist nicht so, daß diese Verschleierung in diesem Fall formell nicht zu Recht bestünde! Noch sind ja die Zahlungen nicht fällig, noch kann man sich hinter geringen Positionen für die provisorische Unterbringung im Budget beim Bundeskanzleramt und hinter relativ geringen Beiträgen für die erst begonnenen Anfänge des Baues verschanzen. Meine Damen und Herren! Die Stunde der Wahrheit wird kommen! Sie wird für die Regierung und für die Regierungspartei kommen, wenn Sie nicht zeitgerecht Einsicht zeigen und wenn Ihnen Protokolle, wie dieses des Ministerkomitees vom 28. Februar 1972 keine Lehre sind.

In diesem Ministerkomitee — ich zitiere den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der IAKW, jener Gesellschaft, die der Herr Bundeskanzler mit der Durchführung betraut hat — ging es um die Frage, wie weit man das Konferenzzentrum erweitern solle. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das Parlament betraut!*) Jawohl, Herr Bundeskanzler, „das Parlament betraut“. Formell ist auch das richtig. Das Parlament hat die IAKW durch das Finanzierungsgesetz hinsichtlich der Kreditaufnahmen finanzrechtlich gedeckt, betraut aber wurde sie nicht vom Parlament! Sie wurde durch einen Übergabevertrag betraut, den Sie,

Herr Bundeskanzler, erst zwei Jahre danach, als die Gesellschaft bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, abgeschlossen haben, den nicht das Parlament abgeschlossen hat.

Der Übergabevertrag ist mit Jänner 1973 datiert. Herr Bundeskanzler! Bis dahin gab es überhaupt keine rechtliche Betrauung für diese Gesellschaft, außer der Erklärung, die Sie abgegeben haben.

In jener denkwürdigen Sitzung sagte der Aufsichtsratspräsident Dr. Waiz:

„Herr Bürgermeister, meine Herren Minister, meine Herren Stadträte!“ Sie alle waren versammelt. „Ich werde die auf Seite 17 des Ihnen übergebenen Arbeitspapiers enthaltene Kurzfassung erläutern. Zur Vorgeschichte ist zu sagen, daß das von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wien im Jahre 1967 beschlossene Gesamtkonzept für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum in Wien neben den Amtssitzen für die beiden Internationalen Organisationen auch die Errichtung eines leistungsfähigen österreichischen Konferenzentrums vorgesehen hat. Ein solches wurde in den Angeboten an die beiden Organisationen diesen auch in Aussicht gestellt, dementsprechend beim Ideenwettbewerb berücksichtigt und hat auch seinen Niederschlag im Staber-Projekt gefunden.“

Jetzt kommt es aber:

„Infolge der Kürze der damals zur Verfügung stehenden Zeit“ — ei, sieh an: die lange Vorbereitung, der internationale Ideenwettbewerb, die Überarbeitung, das alles nennt man die „Kürze der damals zur Verfügung stehenden Zeit“ — „konnten Details, insbesondere hinsichtlich Staatenkonferenzen, nicht berücksichtigt werden, sodaß dem Wettbewerb nur ein — für dieses allerdings ausreichendes — provisorisches Raum- und Funktionsprogramm zugrunde gelegt werden konnte. Eine eingehende Überprüfung auf der Basis des Staber-Projektes hat nun ergeben:

1. Das Konferenzzentrum ist insgesamt gesehen etwas zu groß;“

Herr Bundeskanzler: „insgesamt gesehen etwas zu groß ist!“

„2. die im Wettbewerb geforderte und zunächst für die Realisierung vorgesehene Baustufe eins ist funktionell nicht selbstständig und würde daher einen Torso darstellen;“

Herr Bundeskanzler! Ich erinnere mich, daß man dieses Projekt ob seiner funktionalen Geschlossenheit gepriesen hat, und daß man gesagt hat, daß diese Baustufe eins bereits

DDr. König

in sich voll funktionsfähig sei. Jetzt, nach Jahren, kommt man darauf, sie wäre „funktionell nicht selbständig“.

Zwei Monate später bringt man ein Gesetz ein, nämlich das IAKW-Finanzierungsgesetz, das eben diese funktionell nicht selbständige und nicht funktionsfähige Baustufe eins des Konferenzentrums zum Inhalt hat, Herr Bundeskanzler! Was stimmt nun?

Waiz fährt fort:

„3. Überdies würde die Baustufe eins für die an sie gestellten Anforderungen, nämlich die Möglichkeit zur Abhaltung von Staatenkonferenzen zu bieten, zu klein sein. Es ist daher die endgültige Entscheidung des Bauherrn Bund in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien über das Raum- und Funktionsprogramm erforderlich, und zwar:

1. hinsichtlich der Funktion des Konferenzentrums ...

2. hinsichtlich Größenordnung beziehungsweise Fassungsraum.“

„Welche Lösungsmöglichkeiten“ — so fährt Waiz fort — „gibt es bei der Beurteilung des Problems der Größenordnung des Konferenzentrums? Kurz zusammengefaßt folgende: Man könnte natürlich sagen, eine rechtliche Verpflichtung gegenüber den Internationalen Organisationen besteht nur hinsichtlich der Generalkonferenz der IAEO, die jährlich in Wien abgehalten werden muß und für die wir vorzusorgen haben.“

Herr Bundeskanzler! Ich bin baß erstaunt. Das haben wir ja nie gehört! Hier wird bekräftigt:

„... eine rechtliche Verpflichtung“ — eine rechtliche Verpflichtung der Regierung Klaus — „besteht nur hinsichtlich der Generalkonferenz der IAEO, die jährlich in Wien abgehalten werden muß.“ Und nichts weiter!

Das sagt der Vorsitzende der IAKW, der Mann, der als Vertreter der Bundesregierung auch schon vorher in den vorbereitenden Ausschüssen des Ministerkomitees gesessen ist.

Ich muß schon sagen: Hier gewinnen die Dinge ja ganz neue Aspekte!

Auch hinsichtlich der Kosten gibt es neue Aspekte. Nun fährt Waiz fort — ich überspringe einiges —:

„Links: erste Baustufe 471 Millionen, rechts: erste Baustufe 700 Millionen.“

Das sind offenbar die angebotenen Alternativen.

Ich erinnere daran, daß das Kongreßzentrum bekanntlich mit 600 Millionen im IAKW-Finan-

zierungsgesetz veranschlagt ist. Preisbasis ist das Jahr 1969. Hier scheinen die 700 Millionen durchaus noch passabel zu sein.

Die anderen Zahlen sind die Kosten für denkbare weitere Baustufen.

Darf ich zum Abschluß“ — so sagt Waiz — „dieser Kurzinformation noch auf folgendes verweisen: Wir haben auch die Verwendungsmöglichkeiten des Konferenzentrums, das primär für die Abhaltung von Staatenkonferenzen ausgelegt ist, für kommerzielle Zwecke eingehend geprüft und sind zu dem Ergebnis gelangt, daß die Baustufe eins des modifizierten Projektes kommerzielle Kongresse in der Größenordnung von rund 3500 Teilnehmern ermöglichen würde.“

Herr Bürgermeister Gratz aber spricht in seinem Brief von 8000 Teilnehmern.

Ein Vorstandsmitglied, nämlich Direktor Buschmann, der auch im Finanzministerium tätig ist, ein Mann, von dem man annimmt, daß er rechnen kann, macht nun folgende folgenschwere Bemerkung:

„In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die Betriebskosten für dieses Konferenzzentrum nicht unbeträchtlich sein werden“ — für das große nämlich, das Sie wollen, Herr Bundeskanzler — „und wir daher bestrebt sein müssen, neben den Staatenkonferenzen, die natürlich Vorrang haben, möglichst viele kommerzielle Veranstaltungen hereinzubekommen, denn nur dann wird die Gesellschaft in der Lage sein, zumindest den laufenden Betriebsaufwand abzudecken. Mit einem Verdienen der Abschreibungen und Zinsen ist meiner Meinung nach mit Sicherheit nicht zu rechnen.“

Also werden wir auch noch aus den laufenden Betriebskosten bis zum Nimmerleinstag ein Riesen-Defizit einfach deshalb haben, weil wir heute der Gigantomanie nicht genug bekommen.

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter, bringen Sie Ihre Rede bis 21 Uhr noch zu Ende? Ich nehme es nicht an. Oder?

Abgeordneter **DDr. König**: Nein, dazu bin ich nicht in der Lage. Ich muß morgen fortsetzen.

Präsident **Probst**: Dann unterbreche ich Ihre Rede und unterbreche auch die Sitzung bis morgen, Dienstag, 4. Dezember, 9 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Dienstag, dem 4. Dezember 1973, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 4. Dezember 1973

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage 880 und Zu 880 der Beilagen, Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppen I und II sowie Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bezügegesetz geändert wird (975 der Beilagen).

Am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf kurz den Inhalt dessen rekapitulieren, was ich gestern zu diesem Thema einleitend sagen konnte.

Ich habe festgestellt, daß, wenn dieses Budget den Titel „Verschleierungsbudget“ verdient, das im besonderen Maß für den Monsterbau der UNO-City gilt, der in diesem Budget nur ganz gering veranschlagt ist, weil das dicke Ende erst in den kommenden Jahren kommt.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß der Herr Bundeskanzler angesichts der weltweiten Verknappungserscheinungen davon gesprochen hat, die Zeit des Verschwendens sei vorbei. Ich habe die Frage daran geknüpft, ob die Regierung auch gedenkt, bei sich selbst anzufangen, den Gürtel enger zu schnallen; ob dieses Monsterprojekt, an dem noch unsere Kinder und Kindeskinde Schulden zahlen werden, auf ein vernünftiges Maß reduziert werden wird, oder ob die Empfehlung „die Zeit des Verschwendens ist vorbei“ nur für das Volk als Gebrauchsanweisung bestimmt ist.

Ich habe aus dem Protokoll des Ministerkomitees vom 28. 2. 1972 zitiert, das unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers getagt hat, und aus dem sich ergibt, daß eine rechtliche Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung nur zum Bau des Konferenzzentrums in der Größenordnung besteht, wie es für die jährlich stattfindenden Konferenzen der internationalen Atombehörde erforderlich ist, also in einem ganz geringen Ausmaß. Was darüber hinausgeht, entspringt keiner rechtlichen Verpflichtung, sondern der freiwilligen Entscheidung dieser Regierung.

Ich habe darauf hingewiesen, was auch aus diesem Protokoll hervorgeht, daß die Betriebskosten für ein solches Monsterkonferenzzentrum

in keiner Weise gesichert sind, daß die Verantwortlichen der IAKW festgestellt haben, daß diese Kosten gigantisch sein werden und daß überhaupt nicht damit gerechnet werden kann, auch nur zum geringsten die Abschreibungen hereinzubringen.

Wir konnten schließlich gemeinsam klären, Herr Bundeskanzler, daß Ihre Auffassung, das Parlament hätte die IAKW mit der Durchführung des Baues beauftragt, irrig ist. Es war nämlich diese Regierung, die diese Gesellschaft mit einem Übergabsvertrag beauftragt hat, mit einem Übergabsvertrag, der erst auf Drängen der Opposition zwei Jahre später geschlossen wurde, nachdem diese Gesellschaft bereits ihre Arbeit aufgenommen und die Republik Österreich zu nicht unbeträchtlichem Maße verpflichtet hat.

Damit komme ich zu der Frage: Was kann der Herr Bundeskanzler eigentlich gemeint haben, als er der Österreichischen Volkspartei im Sommer während seines Urlaubs vorgeworfen hat, diese Volkspartei sei nur für eine Minilösung, diese Volkspartei sei eine Greißlerpartei, die für eine zukunftsweisende große Lösung nichts übrig hat.

Was ist denn eigentlich diese Minilösung, die der Herr Bundeskanzler als so kleinkariert bezeichnet hat? Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, das ist die Lösung, die diese Regierung dem Parlament vorgelegt hat. Das ist der Vorschlag, der in dem IAKW-Gesetz, das wir gemeinsam hier beschlossen haben, enthalten ist.

Es erhebt sich die Frage: Hat diese Regierung, als sie dieses Gesetz vorgelegt hat, schon damals die Auffassung gehabt, das ist etwas Unbrauchbares, das ist nicht geeignet, das ist viel zu wenig? Wenn ja, dann hätte sie die Verpflichtung gehabt, das Parlament voll zu informieren. Oder ist sie erst jetzt zu dieser Auffassung gekommen? Dann ist es erst recht unrichtig, den Parteien, die im guten Glauben dieser Regierungserklärung ihre Zustimmung gegeben haben, kleinkariertes Denken vorzuwerfen.

Herr Bundeskanzler! Als der Vorwurf der Minilösung nicht mehr so recht gezogen hat, wurde ein neues Argument geboren. Es wurde der Volkswirtschaftler Professor Keynes strapaziert. Unter dem Titel: „Keynesscher Kreislauf“ haben Sie, Herr Bundeskanzler, die kühne Theorie vertreten, diese UNO-City wird keinen Schilling kosten. Das kommt alles wiederum durch erhöhte Steuern herein.

DDr. König

Herr Bundeskanzler! Um nicht Gefahr zu laufen, Ihnen bei der Beurteilung dieser Ihrer volkswirtschaftlichen Interpretation nahezu-treten, will ich einen anderen sprechen lassen. Es ist jener Professor Horst Knapp, den ein Abgeordneter Ihrer Fraktion gestern bemühte, als er ihn zitierte. Wie bezeichnet denn der Volkswirtschaftler Horst Knapp diese Ihre Monster-UNO-City, Herr Bundeskanzler? Horst Knapp stellt in der „trend“-Ausgabe vom November 1973 unter der Überschrift: „Münchhausen-City“ — das ist Ihre UNO-City, Herr Bundeskanzler! — folgendes fest:

„Die Hundstage haben in diesem Sommer offensichtlich auch Politikern arg zu schaffen gemacht, die selbst im Urlaub das Surren der Fernsehkameras nicht mehr missen können. Und gerade als die Gurken am sauersten waren, gelang Österreichs Bundeskanzler die Quadratur des Kreises:

Wieviel immer die Tintenburg für die beiden UN-Organisationen ... an runden Milliarden verschlingen mag — im Grunde koste sie Familie Österreicher keinen luckerten Heller, weil besagte Milliarden in die österreichische Wirtschaft zurückfließen.

Kraft derselben Logik ist es schon weiland Baron Münchhausen gelungen, sich inklusive Pferd am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen ...“

Er fährt in seiner Beurteilung fort:

„Stünde Derartiges in der Klausurarbeit eines Erstsemestrigen in Nationalökonomie, würde der Prüfer halbverdauten Keynesianismus diagnostizieren: ...

Seit Keynes gehört es zwar zu den finanzpolitischen Binsenwahrheiten, daß Mehrausgaben des Staates in weiterer Folge auch Mehreinnahmen bewirken — ... —, aber zu den finanzpolitischen Binsenwahrheiten gehört auch die bittere Erkenntnis, daß dieses Tischleindeckdich nur bei einer Grenzsteuerbelastung von 100 Prozent funktioniert; beläßt der Fiskus dem Bürger von mehr verdienten hundert Schilling auch bloß einen einzigen, fehlt dieser in der Staatskasse und muß sich der Finanzminister wohl oder übel überlegen, wo er für ein zusätzliches Projekt Geld einsparen kann.

Wie immer man es dreht und wendet“ — schließt Horst Knapp —, „im Kollegheft eines Erstsemestrigen wäre das sich selbst finanzierende UNO-City-Projekt verteuftel pinschverdächtig.“

Das ist die Beurteilung, die diese Erklärung durch einen führenden Nationalökonomenerfährt, ich glaube, jeder weitere Kommentar ist überflüssig.

Nun, Herr Bundeskanzler, zu dem, was Sie versprochen haben, und zu dem, was Sie gehalten haben.

Am 12. Juli 1973 erklärten Sie, wie Sie auf Urlaub waren, der Presse:

„Wenn es zu keiner Einigung käme“ — mit der Volkspartei war gemeint —, „dann würde eben nur ein Minimalprogramm gebaut werden.“ Im selben Sinne haben Sie sich auch gegenüber dem „Kurier“ und anderen Tageszeitungen geäußert.

Es kam mit der Volkspartei zu keiner Einigung, weil wir es abgelehnt haben, die Mitverantwortung für einen solchen Pyramidenbau zu übernehmen. Dennoch, Herr Bundeskanzler, haben Sie Ihr Versprechen, es komme dann zu einer kleinen Lösung, nicht eingelöst: Ich stelle fest: Versprochen — gebrochen.

In diesem Hause, Herr Bundeskanzler, erklärten Sie zur Auswahl des Staber-Projektes: Das preisgekrönte Projekt des Architekten Pelli ist um eine halbe Milliarde teurer, das kostet 2,25 Milliarden, das Staber-Projekt nur 1,75 Milliarden. Das kann man doch dem österreichischen Steuerzahler nicht zumuten.

Herr Bundeskanzler! Nunmehr kostet das Projekt nach dem Schreiben des Herrn Finanzministers sage und schreibe 10 Milliarden Schilling und weitere 10 Milliarden Schilling an Finanzierungskosten; also 20.000 Millionen Schilling! Herr Bundeskanzler! Kann man das dem Steuerzahler nicht ersparen? Sie haben eine billige Lösung versprochen und gebrochen.

Herr Bundeskanzler! Hier in diesem Hause haben Sie gesagt: Ich übernehme die volle Verantwortung für dieses Projekt. Und ebenfalls in diesem Hause haben Sie kurz darauf erklärt: Ich habe damit überhaupt nichts zu tun, das ist eine eigene Gesellschaft, die nach dem Aktienrecht verantwortlich ist. Eine Gesellschaft allerdings, die diese Regierung vorher gegründet hat, eine Gesellschaft, in der die Beamten dieser Regierung sitzen, eine Gesellschaft in der das Ministerkomitee offensichtlich noch sehr kräftig unter Ihrem Vorsitz mitmischt. Versprochen — gebrochen, Herr Bundeskanzler!

Herr Bundeskanzler! Wenn man das, was sich bei den Baukosten an Wundersamem getan hat, ansieht, dann stellt sich einem die Frage, warum sich eigentlich der Vorstand der Gesellschaft, warum auch Sie sich, Herr Bundeskanzler, und die Regierung so sehr dagegen wehren, daß beedete unabhängige Ziviltechniker und Zivilingenieure dieses Projekt überprüfen. Jeder kleine Wohnbau, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, wird

DDr. König

überprüft. Dieses Monsterprojekt soll nicht überprüft werden? Dabei wäre es gerade hier notwendig, dieser wundersamen Kostenvermehrung auf den Grund zu gehen.

Im IAKW-Finanzierungsgesetz, das immer noch gilt, Herr Bundeskanzler, denn Sie haben sich ja bis heute gescheut, eine Novelle für das Monsterprojekt im Haus einzubringen, steht: für das Bürogebäude 2,5 Milliarden Schilling. Dann gibt es noch ein Schreiben der IAKW, in dem davon gesprochen wird, daß neben den Baukostensteigerungen noch 1 Milliarden für Kubaturerhöhung dazukommt und eine halbe Milliarde für — wie heißt das so schön? — „technisch und funktionalbedingten Mehraufwand“. In der Sauregurkenzeit im Sommer wollte man uns das unter „erhöhter Erdbbensicherheit“ verkaufen.

Herr Bundeskanzler! Wenn wir das Protokoll des Ministerkomitees vom 28. 2. 1972 auf Seite 11 ansehen, dann müssen wir feststellen, daß selbst diese Zahlen, die der Finanzminister genannt hat, noch weit untertrieben sein dürften. Denn hier stellt das Vorstandsmitglied der IAKW, Puschmann, fest, daß zu den Baukosten der kleinen Variante des Kongreßzentrums von 700 Millionen noch 300 Millionen bei einer der vorgeschlagenen Varianten dazu kämen und es sich bei dieser Milliarde insgesamt um Nettobeträge handle. Dann sagt er:

„Das sind rund 7 Prozent des gesamten Bauvolumens. Bei einer zwanzigjährigen Finanzierungsdauer muß man diesen Betrag praktisch mit zwei multiplizieren.“

Wenn eine Milliarde 7 Prozent ist, Herr Bundeskanzler, dann sind 100 Prozent nicht 10, sondern 14 Milliarden und mit zwei multipliziert 28 Milliarden Schilling! Etwas später stellen wir fest, daß auch das noch nicht die ganzen Kosten sind, weil man zu der Milliarde Baukosten, die in dieser Variante veranschlagt ist, noch ungefähr 25 Prozent für Einrichtungskosten veranschlagen müsse.

Herr Bundeskanzler! Dieses Projekt droht in Wahrheit eine Pleite für diese Regierung zu werden. Ein Beweis dafür, daß diese Regierung einfach nicht wirtschaften kann! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! In diesem Protokoll wird auch festgestellt: Der Herr Außenminister hat danach gefragt — er ist ein seriöser Mensch, er schaut sich an, was denn eigentlich gebraucht wird —: Für wie viele Leute bietet denn die Hofburg Platz? Darauf haben Sie gesagt: Das Kongreßzentrum der Hofburg faßt 1200 Personen.

Jetzt schreibt Herr Bürgermeister Gratz am 3. 10. 1973 einen Brief, in dem er sagt: Wien ist nur mit einer großen Lösung gedient. Ein Konferenzzentrum für 8000 Personen muß her.

Wenn das nicht Gigantomanie ist, dann frage ich mich, Herr Bundeskanzler, wie man das eigentlich sonst bezeichnen muß.

Herr Bundeskanzler! Dabei haben Sie selbst gesagt — auch in diesem Protokoll vom 28. 2. 1972 ersichtlich —, daß ja gar nicht daran gedacht ist, daß die UNO-Vollversammlung nach Wien kommt, sondern das wäre nur so ein Hinweis, um es den Leuten plausibler zu machen. Ich darf das wörtlich zitieren auf Seite 9:

„Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang noch“ — so sagten Sie —, „daß ich, wenn ich von der Größenordnung einer UN-Generalkonferenz spreche, keinesfalls die Abhaltung einer solchen Konferenz in Wien im Auge habe. Ich will diese Größenordnung nur als Orientierungspunkt verstanden wissen, eben deshalb, weil das sehr bekannt ist und sich jeder leicht etwas darunter vorstellen kann.“

Also keine Rede davon, daß wir sie brauchen, sondern das wird leichtfertig in den Raum gestellt. Aber gebaut wird, und bezahlt muß werden! Aus Steuergeldern muß es bezahlt werden!

Herr Bundeskanzler! Ist es nicht aufklärungsbedürftig, wenn heute etwa die Gemeinde Wien bei geförderten Wohnungen ein Limit ansetzt mit 5300 S pro Quadratmeter für die öffentliche Wohnbauförderung? Das ist übrigens der Grund, warum heute die „Arbeiter-Zeitung“ schreiben kann, daß die Wohnungsgenossenschaften, die Eigentumswohnungen und Genossenschaftswohnungen bauen, so viele Nachzahlungen verlangen müssen. Weil hier die Grenze gesetzt ist und weil Ihre Inflation, die durch solche Projekte wie dieses Monsterprojekt der UNO-City angeheizt wird, die Baukosten exorbitant in die Höhe treibt. Weil hier die Leute jetzt die Zeche der Inflation bezahlen müssen, während zur gleichen Zeit jene, die Protégés jener sind, die Einfluß haben, in Gemeindebauten sitzen und es sich billig richten können. Das ist nämlich die Wahrheit, das sind die wahren Auswirkungen Ihrer Politik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Während man bei voll eingerichteten Büroräumen mit 8000 bis 10.000 S pro Quadratmeter auskommt und beim Allgemeinen Krankenhaus mit allen Einrichtungen, mit allen teuren Installationen mit 25.000 S, kostet die UNO-City 50.000 S pro Quadratmeter. 50.000 S!

DDr. König

Allein die Fassaden kommen auf über 2000 S pro Quadratmeter. Das ist auch kein Wunder, denn wir konnten jetzt erst feststellen — man erfährt ja die Wahrheit leider erst zierweise und man muß sich das herausholen —, daß überhaupt nur 50 Prozent der verbauten Fläche als Nutzfläche für Büroräume zur Verfügung stehen. Das ist ein Verhältnis von Leerfläche zu Bürofläche von 1 : 1. So etwas gibt es in der ganzen österreichischen Baugeschichte nicht. Das ist ja das Beispiel einer totalen Fehlplanung Ihres hochgelobten Architekten.

Ich werde Ihnen jetzt einen unverdächtigen Kronzeugen zitieren, welche Meinung der zum Wert der Planung des von Ihnen erkorenen Architekten hat. Es ist kein anderer als der ehemalige Bürgermeister Felix Slavik.

Ich zitiere zunächst einmal den Herrn Senatsrat Seda. Er erklärte nämlich einleitend — auch alles aus dem Protokoll, des Ministerkomitees unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers vom 28. 2. 1972 —: „Ich glaube, aus den Unterlagen geht hervor und es wurde ja bereits in diesem Gremium beschlossen“ — zwei Monate bevor das Gesetz dann mit wesentlich geringeren Beträgen ins Parlament kam —, „daß das Raumprogramm größer ist, als es ursprünglich dem Wettbewerb zugrunde gelegt worden ist.“

Was sagt nun Slavik dazu? —

„Wenn wir uns den Plan ansehen, wird die Eishalle ja schon völlig entwertet.“ Die ist auch um sehr viel Geld erst neulich im WIG-Gelände gebaut worden. „Die Eishalle“ — so fährt Slavik fort — „schaut neben dem Bauwerk aus wie eine Zündholzschatel. Außerdem soll jetzt noch ein Teil vom Eisenbahnersportplatz weggenommen werden.“

Indem sich Waiz bemüht, das zu rechtfertigen, sagt er:

„Nach dem Schmitz-Slavik-Abkommen, Herr Bürgermeister, trifft die Grundbeistellung die Gemeinde Wien.“

Darauf sagt Slavik: „Nein. Wir haben damals ja festgelegt, um welchen Grund es sich handelt. Über den Grund des Eisenbahnersportplatzes wurde nie geredet, und dieser ist auch im Wettbewerb nicht enthalten.“

Wieder versucht Waiz schüchtern eine Entgegnung: „Aber das gemeinsame beschlossene Programm erfordert jetzt diesen Streifen.“

Und Slavik: „Nein. Das gemeinsam beschlossene Programm erfordert, daß Architekt Staber nachdenkt und eine andere Lösung vor-

schlägt. So einfach muß es sich auch der Architekt nicht machen, daß er sagt, dort ist ein Sportplatz, fein, den nehme ich!

Ich sage ohnehin, wenn er noch ein Stück weiter geht, ist er auf der Alten Donau unten! Da werden wir ihm noch eine Brücke schlagen, damit er dort auch noch bauen kann. Auf der anderen Seite haben wir die Eishalle. Er sagt sich, fein, da gehe ich auch hin.“

Slavik sagt: „Ich glaube, die Geschäftsführung soll dem Architekten sagen, daß er andere Lösungen vorschlagen soll, wobei er die Eishalle nicht bekommt und auch den Sportplatz nicht bekommt. Wie er die Sache löst, ist seine Aufgabe. Dafür bekommt er ja das Architektenhonorar.“

Nicht wenig, meine Damen und Herren! Vorläufig sind schon insgesamt 600 Millionen Schilling an Honoraren enthalten: Dazu wird Kollege Moser noch einiges sagen.

Jetzt werde ich Ihnen noch etwas sagen: Hier also sagt ein unverdächtiger Zeuge, Bürgermeister Slavik, wie er diese Planung Ihres geschätzten Herrn Architekten Staber beurteilt, und wir sagen ganz mit Slavik: Wir wollen die Kontrolle dieses Vorhabens! Wir wollen, Herr Bundeskanzler, daß Sie endlich der Forderung der Volkspartei nachgeben und unabhängige beeidete Ziviltechniker mit der Überprüfung dieses Vorhabens beauftragen. Was beim Wohnbau recht und billig ist, muß bei diesem Monsterprojekt auch recht und billig sein. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Sie können die Architekten noch durch einen Notar mit dem Los wählen, aber nehmen Sie beeidete unabhängige Zivilarchitekten (*Zustimmung bei der ÖVP*) und lassen Sie das Prüfprogramm unabhängig von der Kammer festlegen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie dieser Forderung nicht nachgeben, dann werden Sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen — da können noch so viele Klagen kommen, wir werden uns da nicht schrecken lassen —, daß es hier offenbar etwas zu vertuschen gibt (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), daß hier offenbar etwas verheimlicht wird. Denn wer die Prüfung scheut, der muß erst erklären, warum er sie scheut. So lange gilt der Vorwurf. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. K r e i s k y: Der Architekt ist ja nur zum Verdienen, nicht zur Prüfung dabei!*)

Herr Bundeskanzler! Sie selbst haben der Bundes-Ingenieurkammer gesagt, Sie sind für eine Prüfung. Nur eingehalten wurde es bis heute nicht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. —*

DDr. König

Abg. Dr. Fischer: Weil der Untersuchungsausschuß nichts zusammenbringt, tut er sich da wichtig machen, der Herr König!)

Am 23. November 1972, Herr Bundeskanzler (*Abg. Dr. Fischer: Weil der Untersuchungsausschuß ein Blindgänger ist! — Heftige Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP*) hat Ihnen Generaldirektor Eklund von der IAEO ... (*Abg. Dr. Fischer: Komische Figur da unten!*) Herr Abgeordneter Fischer! Ich habe in diesem Haus noch niemanden beleidigt, weder von diesem Pult noch von den Rednerbänken! (*Ruf bei der SPÖ: Keine einzige Behauptung hat bei Ihnen gehalten!*) Ich habe hier niemanden beleidigt, ich habe hier nur zitiert! (*Heftige Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP. — Abg. Doktor Fischer: Was ist mit der „gigantischen Schiebung“? Wann werden Sie sich entschuldigen?*) Herr Präsident, kann ich fortfahren?

Am 23. November 1972 hat Generaldirektor Eklund dem Herrn Bundeskanzler geschrieben ... (*Abg. Dr. Fischer: Bevor Sie mit neuen Verleumdungen anfangen!*) Das sind keine Verleumdungen, Herr Abgeordneter Fischer! (*Beifall bei der ÖVP.*) „Verleumdung“ selbst ist eine Beleidigung! Das sind Feststellungen aus dem Ausschuß, und ich habe sie belegt! (*Abg. Dr. Fischer: Sie wissen, daß Sie nicht vor Gericht kommen, weil Sie immun sind!*) Ich weise den Vorwurf der Verleumdung mit aller Entschiedenheit zurück! Ich weise den Vorwurf der Verleumdung zurück! (*Abg. Dr. Fleischmann: Er kann nicht geklagt werden! — Weitere heftige Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Der Tag dauert noch lange genug! Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter DDr. König (*fortsetzend*): Ich habe gesagt: Ich zitiere aus den Protokollen des Ausschusses, und ich nehme von diesen Protokollen kein Wort zurück. Ich weise den Vorwurf der Verleumdung zurück. (*Abg. Dr. Fischer: Was ist mit dem Vorwurf der Schiebung?*)

Ich habe ausdrücklich erklärt: Ich werde mich auf Zitate beschränken, um gar nicht in Gefahr zu geraten, irgend jemandem nahezutreten. (*Abg. Dr. Fleischmann: Sie können nicht geklagt werden, Sie Feigling, Sie!*)

Herr Abgeordneter Dr. Fleischmann! Die Zivilklagen sind alle eingestellt worden! Bleiben Sie bei der Wahrheit! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Fleischmann.*)

Am 23. November 1972 hat Generaldirektor Eklund von der Internationalen Atombehörde Ihnen, Herr Bundeskanzler, einen Brief ge-

schrieben. In der Folge dann — nur von der folgenden Korrespondenz haben wir Durchschriften bekommen (*Zwischenruf des Abg. Kern*) — hat er festgestellt, daß er überhaupt nur die Hälfte des vorgesehenen Büroraumes brauchen wird. Dennoch, Herr Bundeskanzler, wurde der Auftrag in vollem Umfang vergeben.

Ich frage, Herr Bundeskanzler: Warum wurde die große Oppositionspartei, die Sie ja in die Mitverantwortung einbinden wollten, über diese Korrespondenz des Herrn Generaldirektors Eklund, über die Tatsache, daß er nur den halben Raumbedarf hat, nicht zeitgerecht informiert?

Zwei Monate, bevor das IAKW-Gesetz hier eingebracht wurde, haben Sie im Ministerkomitee beschlossen, daß das Konferenzzentrum wesentlich größer gebaut werden soll, daß es zum 10-Milliarden-Projekt kommen soll, und haben hier ein 3,5-Milliarden-Projekt vorgelegt.

Ich frage, Herr Bundeskanzler: Warum wurde das Haus in diesem Zeitpunkt nicht voll informiert?

Am 16. Jänner 1973 wurde der Übergabsvertrag geschlossen, der ausdrücklich die IAKW nur ermächtigt, die Baustufe I zu bauen, und einen Tag später, am 17. Jänner 1973, schreibt die IAKW einen Brief, in dem sie feststellt, daß das überholt ist und daß die Größenordnungen ganz andere sein werden, daß sie verhalten ist, die Baustufe II zu bauen.

Herr Bundeskanzler! Am 3. Mai 1971 wurde der Syndikatsvertrag des Bundes mit der Gemeinde Wien abgeschlossen. Hier steht im Artikel 15 ein ausdrückliches Weisungsrecht des Bautenministers an die IAKW. Im Übergabsvertrag, zwei Jahre später, fehlt dieses Weisungs- und Kontrollrecht.

Ich frage, Herr Bundeskanzler: Warum wurde dieses Weisungs- und Kontrollrecht nicht in den Übergabsvertrag aufgenommen?

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, die Opposition hat ein Recht darauf, diese Fragen zu stellen, sie hat ein Recht darauf, Antworten zu bekommen.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Schreiben an den Herrn Bundesparteiohmann Dr. Schleinzer wörtlich erklärt:

„Abschließend möchte ich bemerken, daß natürlich die Fragen der Rangordnung zwischen einem solchen zukunftsorientierten Projekt, für das in der Öffentlichkeit erst um Verständnis geworben werden muß, und Investitionen für leichter motivierbare Vorhaben,

DDr. König

wie Schulen und Spitäler, Gegenstand reiflicher Überlegungen der Bundesregierung gewesen sind.

Sie ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Problematik und Lösung hier nicht im Entweder — Oder liegt, sondern in der Bewältigung der Aufgaben, beides zu tun.“

Dieses Sowohl-Als auch charakterisiert treffend der von Ihnen auch öfters bemühte Professor Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ vom 5. Oktober 1973 unter dem Titel „Abschied vom Sowohl-Als auch“:

„Wir wollen es nicht merken“, sagt er, „aber die Pforten hinter diesem Paradies beginnen sich weltweit bereits zu schließen. Wachstumsverwöhnt, wie wir heute sind, wird uns der neue, ehrlichere Stil der Demokratie nicht leicht ankommen. Sobald sich Wünsche aller Art nicht mehr aus dem Zuwachs befriedigen lassen, kommt für die Politik die Stunde der Wahrheit. Das Sowohl-Als auch geht zugegebenermaßen besser ins Ohr. Aber je weniger uns hohe Wachstumsraten helfen, uns darüber hinwegzuschwindeln, desto brutaler wird sich erweisen, daß es auch im politischen Raum nur ein Entweder — Oder gibt.“

Herr Bundeskanzler! Wann werden Sie diese volkswirtschaftliche Wahrheit zur Kenntnis nehmen? Wir, Herr Bundeskanzler, sind der Auffassung, daß diese Monster-City eine unvermeidbare Belastung der Steuerzahler darstellt, daß es hier nicht zu einer Einschränkung der Fremdarbeiter, sondern zu einer Vermehrung der Gastarbeiter kommen wird, nicht zu einer Drosselung der Baukonjunktur, sondern zu einem Überhitzen der Baukonjunktur, nicht zu einer Verbilligung der Baukosten für Wohnbauten, sondern zu einer Verteuerung der Baukosten für Wohnbauten, daß dieses Projekt ein Mammutprojekt ist, das in dieser Größenordnung weder zu verantworten noch durchzuführen ist.

Wir verlangen von Ihnen, Herr Bundeskanzler, nicht mehr und nicht weniger: Beugen Sie sich dieser volkswirtschaftlichen Einsicht! Wenden Sie Ihren Grundsatz, daß die Zeit des Verschwendens vorbei ist, auch auf sich selbst an! Tragen Sie endlich der billigen Forderung der Opposition, die nur recht und billig ist, Rechnung: Beedete Zivilingenieure sollen diesen Monsterbau überprüfen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brauneis. (Zwischenruf des Abg. P a y. — Gegenrufe bei der ÖVP.)

Abgeordneter Brauneis (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich noch einige Worte zur ver-

staatlichten Industrie sprechen darf, dann möchte ich eingangs erklären, daß Sie von der Österreichischen Volkspartei in diesem Haus immer doppelzünftig mit dieser Industrie umgegangen sind. Sie sind in Wahrheit in Ihrem Innersten gegen diese verstaatlichte Industrie, Sie wissen nur, daß über 100.000 Menschen dort beschäftigt sind, und so reden Sie im Haus positiv dazu, obwohl Sie hinterher alles versuchen, um der verstaatlichten Industrie Schwierigkeiten zu machen. (Zustimmung bei der SPO.)

Die Abgeordneten Dr. König und Dkfm. Gorton haben ja gestern auch von den Schwierigkeiten bei der Elektroindustrie und bei der Simmering-Graz-Pauker AG gesprochen. Dazu darf ich Ihnen sagen, was ja schon einige Male hier ausgeführt worden ist: Vizekanzler Pittermann hat ja leider als zuständiger Ressortchef keinerlei Vollmacht gehabt, sondern konnte nur Beschlüsse, die einstimmig im Vierzehner- oder dann im Fünfzehner-Ausschuß gefaßt wurden, an die Regierung herantragen. In diesem Ausschuß hat man von Ihrer Seite alles blockiert. In der Elektroindustrie hat man das Beispiel so demonstriert, daß man jede Sanierung verhindert hat, sodaß es dann zum Verkauf von Aktien an ausländische Konzerne gekommen ist, weil man eben keine andere Möglichkeit mehr gesehen hat, diese Betriebe zu retten.

Herr Vizekanzler Withalm ist momentan nicht hier. Er ist aber mit in dem Ausschuß, in dem Vierzehner- und Fünfzehner-Ausschuß gesessen. Wir haben uns jahrelang bemüht, für die Schoeller-Bleckmann Stahlwerke eine Kapitalaufstockung durchzuführen. Erst als diese Betriebe am Rand ihrer Existenz gestanden sind, hat man doch letzten Endes zugestimmt. So ähnlich war es bei der Simmering-Graz-Pauker AG. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) So ähnlich wie bei der Simmering-Graz-Pauker AG: Erst als Vizekanzler Pittermann damals verlangt hat, es müsse, wenn jetzt nicht die Ablöse des ÖVP-Generaldirektors durchgeführt wird, der Betrieb den Konkurs ansagen, hat man sich entschlossen, diesen Mann, der völlig unfähig war, diesen Betrieb zu führen, abzulösen. (Dkfm. Gorton: Warum ist dann bei Schoeller-Bleckmann der Generaldirektor gegangen damals?)

Sie haben sich auch damals, als Vizekanzler Pittermann Vorschläge unterbreitet hat, die branchenweise Zusammenführung in der verstaatlichten Industrie durchzuführen, ablehnend verhalten. Ich möchte nicht das alles wieder bringen, was Sie gesagt haben, daß es nämlich absolut nicht notwendig ist, die branchenweise Zusammenführung der ver-

Brauneis

staatlichten Betriebe durchzuführen. Nachher haben Sie selbst ein Gesetz eingebracht (*Abg. Dkfm. Gorton: Gegen das ihr gestimmt habt!*), das dasselbe gesagt hat, nur mit dem einen Unterschied, daß es schon sehr spät war. Es wäre für diesen großen Wirtschaftsbereich besser gewesen, wenn man schon einige Jahre vorher die Zusammenführung gemacht hätte. Aber eines darf ich dir sagen, lieber Kollege Gorton: Wir Sozialisten haben dann den Beschluß von Ihnen respektiert und weitergeführt. (*Abg. Dkfm. Gorton: Aber dagegengestimmt!*) Wir haben die OAG nicht umgestaltet. Die sozialistische Regierung und die Sozialistische Partei haben immer versucht, wenig Veränderungen herbeizuführen, denn jede Veränderung in der Wirtschaft bringt Unruhe und Schwierigkeiten.

Wir wollten auch die IBV nicht auflösen. Es war damals der Wunsch der OVP, die IBV aufzulösen, weil Herr Bundeskanzler Raab dann nicht mehr Vorsitzender, sondern nur Stellvertreter gewesen wäre. Wir haben immer einen anderen Weg eingeschlagen. Wir haben jetzt mit der OIAG gearbeitet. Es wird nun vom Herrn Dr. Keimel der Vorwurf gemacht: Drei Jahre ist ja nichts unternommen worden. — Das stimmt ja nicht! Es ist immer versucht worden, die Betriebe zusammenzuführen. Warum hat sich denn dann die Regierung eingeschaltet? — Weil ja letzten Endes jeder Betrieb für sich gearbeitet hat und weil jeder Betrieb gemeint hat, seine Meinung sei die bessere und müsse sich durchsetzen.

So ist es zu einer „großen Lösung“, zu einer kleinen Lösung, zu dieser oder jener Lösung gekommen, bis sich letzten Endes die Bundesregierung eingeschaltet und dezidierte Vorschläge unterbreitet hat, die auszuarbeiten waren. Und dann ist es gelaufen: Es ist zu einer Stahllösung in der ersten Runde gekommen. Man hört von Ihnen wieder: Diese Stahllösung! — Auch dagegen habt ihr gestimmt. Das ist die Zwiespältigkeit. Der Arbeiter- und Angestelltenbund in meinem Betrieb hat zugestimmt, Kollege Gorton. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.*) Der Arbeiter- und Angestelltenbund in meinem Betrieb hat zugestimmt. Erst als er von euch zurückgepfiffen wurde, hat er dagegen gestimmt, aber mit der Betonung: Ihr werdet das ja sowieso beschließen und dann arbeiten wir ohnehin zusammen, es geht gar nicht anders, es muß ja letzten Endes so gemacht werden.

So kann man auch Politik betreiben. Aber ob das zum Vorteil ist, ist eine andere Frage. Der Herr Abgeordnete Mussil hat einmal so unterschwellig gesagt: Das Verhältnis der

Mutter VOEST-Alpine zu ihren Töchtern ist nicht so gut, und so weiter; jetzt kriegen sie noch die Werften und die Firma Rumpel; dieser Konzern wird überfordert; wir haben eine sehr, sehr schlechte Meinung von den Managern in der verstaatlichten Industrie. — Letzten Endes haben die Manager aber bewiesen, daß sie etwas können.

Sehen Sie sich die wirtschaftliche Entwicklung an: In der Zeit der Rezession, als in allen Betrieben im Ausland die Produktion zurückgegangen ist, haben wir voll gearbeitet. Aber bei uns verhält es sich letzten Endes so, daß die Mutter eben Töchter hat, und in den Töchtern ist ja ein vollverantwortlicher Vorstand, der die Geschäfte führt. Lediglich bei den Investitionen und so weiter gilt es, eine einheitliche Richtlinie einzuhalten.

Ich darf Ihnen sagen: Die Fusionierung betreffend die VOEST-Alpine, die Vertöchterung von Schoeller und Böhler an diesen Konzern, hat bewirkt, daß nach Beschlußfassung über dieses Gesetz der Verkauf zum Beispiel schon so vorbereitet war, daß er konzernmäßig einheitlich ausgerichtet war und einheitlich die Verkaufsorganisation eben sofort wirksam werden ließ und keinerlei Überschneidungen mehr vorkommen. Es wird jetzt mit dem neuen Jahr auch der komplette Einkauf so weit organisiert sein, daß er unter einheitlicher Richtlinie arbeiten kann.

Die großen Schwierigkeiten, die natürlich in der Verarbeitung vorhanden sind, sind nach meiner Meinung schon so weit beseitigt, daß bei entsprechenden Absprachen zwischen den Betrieben, Werksleitungen und Betriebsräten eine sehr einvernehmliche Lösung gefunden und ohne Schwierigkeiten der Übergang vielleicht da und dort für eine andere Produktion reibungslos erfolgen kann.

Bezüglich der Schiffswerften sagen Sie, daß ein selbständiger Verarbeitungsbetrieb besser gewesen wäre als eine Vertöchterung mit der VOEST. Es sind ja Gutachten gemacht worden. (*Abg. Dkfm. Gorton: Wir wollten Gutachten haben!*) Die Vorstände der Betriebe, ob schwarz oder rot, haben sich letzten Endes mit diesen Problemen beschäftigt und haben festgestellt, daß dieser Weg der bessere ist. Das Argument, daß die anderen Schiffswerften der Welt großen Stahlkonzernen angeschlossen sind, ist ja nicht mein Hauptargument. Ich darf Ihnen sagen, daß ja die verstaatlichte Stahlindustrie nicht nur ein Stahlproduzent ist, sondern diese große Stahlindustrie ist ja auch der Hauptverarbeiter in diesem Lande. Es gibt Überschneidungen — auch mit den Schiffswerften — im Maschinenbau. Das kann man doch letzten Endes, wenn das

Brauneis

ein Konzern ist, viel leichter lösen als beim Vorhandensein von zwei verschiedenen Konzernen. (*Zwischenrufe bei der OVP.*) Die Vorstandsdirektoren der beiden Schiffswerften und die Belegschaftsvertreter sind jedenfalls einstimmig für diese Lösung eingetreten. Ich glaube, daß das Fachleute sind, die an Ort und Stelle überprüfen können, ob das notwendig ist oder nicht.

Wenn vom Erzbergbau gesprochen wird: Ich habe meinem Freund Bacher gesagt, daß das eigentlich jetzt der einzige Betrieb im ganzen Konzern dieser großen Stahllösung ist, dessen Existenz am gesichertsten ist. Sie haben diesen großen Erzkrieg, der immer gewesen ist, ja miterlebt. Jetzt ist das eine Firma. Wo jetzt mehr Erz aus dem steirischen Erzberg verarbeitet wird, spielt derzeit finanziell keine Rolle, also ob das in Linz oder in Donawitz geschieht. Jedenfalls sind die Arbeitsplätze am Erzberg für die Menschen dort in diesem Raum gesichert.

Ihr Hauptargument: die Finanzierung, die Bundeshaftung, die von der Regierung übernommen wurde. Lieber Kollege Gorton! Es hat einmal ein OVP-Mandatar, als wir unter der OVP-Alleinregierung auch Schwierigkeiten mit der Bundeshaftung gehabt haben, die um ein halbes Jahr zu spät gegeben wurde und uns einiges Geld mehr gekostet hat, weil in der Zwischenzeit etwas geschehen ist, ein Aufsichtsrat in unserem Unternehmen der OVP erklärt: Wer sonst soll eine Haftung übernehmen als der Eigentümer! Jedenfalls gehören die verstaatlichten Betriebe dem Staat, und nur er ist in der Lage, Haftungen zu übernehmen. So wie jeder Private für seinen Betrieb Haftungen übernehmen muß, muß letzten Endes der Staat für diesen Wirtschaftskomplex ebenfalls die Haftung übernehmen. Und wenn es dann dort eventuell zu Verbesserungen kommt ... (*Abg. Dkfm. Gorton: Und wenn er sich durchsetzt, ist es ein Wettbewerbsvorteil!*) Ihr seid für Gleichberechtigung bei verstaatlichter und privater Wirtschaft. So wie der Private für seinen Betrieb die Haftung übernehmen muß, verlangen wir, daß der Staat als Eigentümer der verstaatlichten Industrie ebenfalls die Haftung für Geldaufnahmen übernimmt.

Nun zu den 2 Milliarden, die angeführt worden sind. Hier muß die OIAG auftreten. Mir ist bekannt, daß die Verhandlungen zwischen der Stahlindustrie und der OIAG schon sehr weit gediehen sind und eine Lösung gefunden wurde, die die Zuführung von Mitteln für Investitionen auch in diesem Stahlkonzern garantieren wird.

Wir haben aber darüber hinaus durch eine andere Dividendenpolitik der Regierung, als sie früher war, sehr viele Mittel zugeführt erhalten. Ich kann Ihnen sagen, daß die verstaatlichte Industrie in den letzten drei Jahren 1364 Millionen Schilling an Dividenden abgeführt und die OIAG 1180 Millionen Schilling im gleichen Zeitraum wieder an die verstaatlichte Industrie zurückgeführt hat. Das sind zwei Zahlen, die wir vorher nie gehört haben, weder in der Dividendenabführung noch in der Zuführung von Mitteln.

Zum Abschluß darf ich Ihnen noch eines sagen: Sie mögen Ihren Weg gehen, wir gehen unseren! Nur darf ich hinzufügen, daß unser Weg für die über 100.000 Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie, darüber hinaus für die Beschäftigten in der weiterverarbeitenden Industrie in Österreich der sichere in die Zukunft ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter Glaser (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach § 85 der Geschäftsordnung des Nationalrates hat jeder Abgeordnete das Recht, vom Präsidenten den Ruf zur Ordnung zu verlangen. Im Sinne der Bestimmungen dieses Paragraphen der Geschäftsordnung verlange ich vom Herrn Präsidenten einen Ordnungsruf für den Herrn Abgeordneten Dr. Heinz Fischer, und ich hoffe, daß der Herr Präsident im Sinne einer gleichen Behandlung aller Abgeordneten diesem Verlangen Rechnung tragen wird.

Dem Herrn Abgeordneten Brauneis möchte ich, meine Damen und Herren, einiges sagen: Er begann seine Rede etwa damit, daß wir von der OVP bezüglich der verstaatlichten Industrie nur wissen, daß dort rund 100.000 Beschäftigte sind, und uns sonst um diese Betriebe herzlich wenig kümmern. So etwa waren doch, Herr Kollege Brauneis, Ihre Ausführungen.

Ich möchte Ihnen sagen, daß wir im Lande Salzburg nur einen verstaatlichten Betrieb, und zwar den Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig, haben. Über diesen Betrieb, über die Sorgen der dort Beschäftigten, über die Bedeutung dieses Betriebes vor allem für die gesamte österreichische Wirtschaft, insbesondere in Krisenzeiten, sind sich alle Salzburger OVP-Abgeordneten nicht nur im klaren, sondern alle Salzburger OVP-Abgeordneten und insbesondere der Salzburger Landeshauptmann Dr. Lechner haben sich sehr erfolgreich für diesen Betrieb verwendet. Es konnten, dank der Bemühungen vor allem des Landeshauptmannes Dr. Lechner, dort wesentliche Investi-

Glaser

tionen getätigt, es konnte ein neues Feld erschlossen werden, kurzum, der Betrieb von Mühlbach am Hochkönig und damit auch die Existenz der dort Beschäftigten ist gesichert.

Aber das, was Sie, Herr Abgeordneter Brauneis, von diesem Betrieb wahrscheinlich nicht wissen, ist das Ergebnis der letzten Betriebsratswahlen in Mühlbach am Hochkönig. Bei den Angestellten ist es der ÖVP gelungen, die stimmenstärkste Gruppe zu werden, und bei den Arbeitern ist die Listengemeinschaft ÖAAB-Fraktion Christliche Gewerkschafter knapp an die Sozialisten herangekommen. Mandatsverhältnis 4:3; also im Gesamtbetriebsrat jetzt nur mehr ein Mandat mehr der SPÖ-Fraktion. Das wollte ich Ihnen sagen, weil Sie das sicherlich nicht gewußt haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Brauneis: Das Wahlergebnis der Elin 15:0! — Heiterkeit bei der SPÖ.)* Herr Abgeordneter Brauneis, ich bin für Salzburg zuständig und freue mich, daß ich Ihnen dieses Salzburger Wahlergebnis mitteilen konnte. Weitere diesbezügliche Ergebnisse werde ich Ihnen im Laufe meiner Ausführungen noch sagen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte an und für sich jetzt sagen: Teuerster Herr Bundeskanzler!, aber das Eigenschaftswort teuer, dritte Steigerungsstufe, nicht im Sinne von lieb und wert, sondern teuer im Sinne von Höchstpreisen und von ständig wachsendem Steuerdruck gewertet wissen. Daß der Herr Bundeskanzler nicht einmal bei den Beratungen seiner eigenen Gruppe im Saale ist, ist ja ein Kapitel für sich. Ich darf jene Damen und Herren von der sozialistischen Seite, die schon vor 1970 diesem Haus angehört haben, daran erinnern, daß Sitzungen wiederholt unterbrochen werden mußten; wenn Herr Dr. Klaus im Bundeskanzlerzimmer oder bei einer Beratung gewesen ist, haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen, meine Damen und Herren!

Auch eine Vertretung durch einen Staatssekretär haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, denn Sie waren ja damals der Auffassung, daß ein Staatssekretär in einer monocoloren Regierung etwas vollkommen Überflüssiges ist. Es hat damals allerdings nur zwei Staatssekretäre gegeben, und seit Dr. Kreisky Kanzler ist, gibt es drei. *(Abg. Dr. Fleischmann: Drei!)* Im Bundeskanzleramt, Herr Dr. Fleischmann! Wir sprechen im Moment über das Kapitel Bundeskanzleramt.

Noch einmal: Ein gewisses Fair play sollte immer gelten, egal, ob man im Augenblick der Regierungspartei angehört oder ob man auf den Bänken der Oppositionspartei sitzt.

Dieses Fair play vermissen wir bei Ihnen bei jeder Gelegenheit. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch auf einige Beweise dafür zurückkommen.

Meine Damen und Herren! Noch einmal — wahrscheinlich wird der Herr Bundeskanzler am Lautsprecher zuhören, und das ist die Begründung für meine Anrede —: Teuerster Herr Bundeskanzler! Immer stärker steigende Preise kennzeichnen den Weg der Regierung Kreisky. Täglich muß die Bevölkerung hören oder lesen beziehungsweise bei jedem Einkauf feststellen, daß alles, aber buchstäblich alles teurer geworden und noch kein Ende dieser Teuerungswellen abzusehen ist, denn noch kann ja „Kreisky und sein Team“ arbeiten.

Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky liebt es — er hat es auch im Parlament wiederholt getan —, bei passenden Gelegenheiten Erlebnisse und Erinnerungen aus seiner politischen Jugendzeit zu erzählen. Ich kann mir daher sehr gut vorstellen, daß beispielsweise der damalige Student Bruno Kreisky in den zwanziger Jahren und zu Beginn der dreißiger Jahre etwa bei Demonstrationen über die Ringstraße ein Transparent getragen hat oder hinter einem solchen marschierte, auf dem im Sinne der marxistischen Ideologie stand: Eigentum ist Diebstahl! Würde der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky heute ein Transparent tragen oder hinter einem solchen Transparent marschieren, dann, meine Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hauses, müßte auf diesem Transparent wohl stehen: Inflation ist Diebstahl! Inflation ist Diebstahl am ehrlich erarbeiteten Einkommen, am ehrlich verdienten Lohn jener Menschen, die von der Arbeit ihrer Hände und ihres Geistes leben und sich und ihre Familien erhalten müssen.

Immer wieder muß Ihnen in Erinnerung gerufen werden: 3 Prozent Preissteigerung war für die Sozialisten, war aber auch für die Arbeiterkammer und für einzelne Gewerkschaften ein nicht zumutbarer Raubzug auf die Taschen der Armen und auf die Taschen unseres Volkes überhaupt.

Nur, meine Damen und Herren, auf der linken Seite des Hauses: Die Protestierer von 1970 erklären heute: 7 Prozent und mehr Prozent Teuerung pro Jahr sei ein Erfolg. Die sozialistische Mehrheit des Arbeiterkammertages stimmte vor drei Wochen eine von den Vertretern des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes eingebrachte Resolution nieder, worin die Sorge über die inflationistische Entwicklung zum Ausdruck gebracht wurde.

Glaser

In diesem Antrag der OAAB-Arbeiterkammerräte — und ich spreche für und über die Arbeiterkammer deshalb noch immer sehr gerne, weil ich drei Perioden, also fast 15 Jahre, selbst Kammerrat der Salzburger Arbeiterkammer war — hieß es unter anderem: „Zugleich hat die Preissteigerung ein Ausmaß erreicht, das den Wert aller wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften stärker beeinträchtigt als je zuvor. Die österreichischen Arbeiter und Angestellten können nicht verstehen, daß eine Inflationsrate von zuletzt 7 Prozent bereits als Erfolg bezeichnet wird, nachdem noch vor drei Jahren eine Inflationsrate von 3 Prozent als besorgniserregend und nachteilig für die österreichischen Arbeiter und Angestellten deklariert worden ist, und außerdem das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in seiner jüngsten Prognose eine neuerliche Erhöhung der Inflationsrate über 7 Prozent hinaus bereits für den Beginn des nächsten Jahres als ebenso konkrete wie wahrscheinliche Gefahr bezeichnet hat.“

Wie gesagt, meine Frauen und Herren Abgeordneten: Diese Resolution, diese Entschliebung wurde von der sozialistischen Mehrheit des Arbeiterkammertages niedergestimmt.

Darf ich ein anderes Beispiel bringen? Aus einer Aussendung, die vor kurzem von der Salzburger Landesregierung, und zwar von der Abteilung Wirtschaft und Wohnung, erfolgte, geht unter anderem hervor, daß beim sogenannten sozialen Wohnungsbau innerhalb von knapp drei Jahren eine Preissteigerung, also eine Verteuerung, von mehr als 55 Prozent eingetreten ist. Diese harten, aber wahren und nüchternen Tatsachen erfordern wohl keinen weiteren Kommentar.

Vor wenigen Tagen las ich in einer Zeitung die Schlagzeile: „Arbeiterkammer sagt: Rindfleisch zu teuer!“

Meine Damen und Herren! Für die Arbeiterkammer ist nur das Rindfleisch zu teuer? Die Arbeiterkammer schwieg bei der immensen Verteuerung etwa des Ofenheizöles. Die Arbeiterkammern schweigen bei den vielen Tariferhöhungen. Erst am kommenden Montag, am 10. Dezember, soll ja der Hauptausschuß wieder eine gewaltige Tariferhöhung für den Frachttarif der Österreichischen Bundesbahnen beschließen.

Die Arbeiterkammern sagen aber heute auch nichts mehr wie seinerzeit Präsident Benya, nämlich, daß eine Preissteigerung von 4 bis 4½ Prozent gewissermaßen das Äußerste noch zu verantwortende und noch Erträgliche sei. Aber mit diesem Schweigen leistet die Mehrheit der Arbeiterkammer, leisten die

sozialistischen Arbeiterkammerräte nur der sozialistischen Regierung Schützenhilfe und stellen ihre eigentliche Aufgabe, die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen, leider in den Hintergrund. (*Zwischenruf des Abg. Treichl.*)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege, der Sie sich gerade bemerkbar gemacht haben! Stellen Sie sich vor: Unter einer OVP-Regierung würden Preise und Tarife so zu laufen beginnen, wie das derzeit unter Ihrer Regierung der Fall ist. Würde die sozialistische Arbeiterkammerfraktion, würden die sozialistischen Gewerkschafter da auch schweigen? Eine dringliche Anfrage nach der anderen würde es geben. Mißtrauensanträge und weiß Gott was noch. Worte wie „Unfähigkeit“ und ähnliches würden nur so durch den Raum hallen. Aber, meine Damen und Herren, wie sagte doch — der Herr Bundeskanzler ist nicht da — Dr. Kreisky vor den beiden letzten Nationalratswahlen? Eine neue Regierung, so sagte Dr. Kreisky, hat vor allem die Aufgabe, die Preise wieder in den Griff zu kriegen. Ja, in den Griff hat er sie bekommen, aber in den falschen, sie haben nämlich zu laufen begonnen.

Und das Reden, meine Damen und Herren, ist ja zweifellos die stärkste Seite des derzeitigen Bundeskanzlers. Lassen Sie mich aus einer Sammlung Kreiskyscher Zitate zum Thema Österreichischer Rundfunk einiges vorlesen, einer Sammlung von Kreiskyschen Zitaten, die vor wenigen Tagen in den Salzburger Nachrichten erschienen ist. Dabei darf ich sagen: Die Salzburger Nachrichten gehören nicht zu jenen unabhängigen Zeitungen, über die vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei ein Flugblatt mit dem Titel erschienen ist: „Unabhängige Zeitungen wollen die Regierung Kreisky stürzen“.

Der Inhalt dieses Flugblattes hat allerdings eine Reihe von sozialistischen Landesorganisationen veranlaßt, dieses Blatt gar nicht zur Verteilung zu bringen. Auch die sozialistische Landesorganisation Salzburg hat es vorgezogen, dieses Flugblatt dem Altpapier zuzuführen, womit eigentlich das beste Werturteil über eine Aussendung des sozialistischen Zentralsekretariates gegeben ist. (*Abg. Treichl: Sehen Sie, Kollege Glaser! Das ist Demokratie! Was Sie nie machen würden!*)

Und die „Salzburger Nachrichten“ glaube ich deshalb auch — da sie von Ihnen anerkannt wird — zitieren zu dürfen, denn es ist ja nicht lange her, daß der Chefredakteur dieser Zeitung, Herr Professor Doktor Ritschel sehr wesentlich an einer Kreisky-Biographie mitgearbeitet hat. Wenn er also

Glaser

hiefür gut genug ist, dann wird auch das gut genug sein, was in den „Salzburger Nachrichten“ vom 30. November auf Seite 3 steht.

Unter dem Titel „Mit spitzer Feder“ finde ich hier: „Die Debatte über das neue Strafrecht im Nationalrat hat die Diskussion über die beabsichtigte Rundfunkgesetzänderung der SPÖ in den Hintergrund treten lassen.“

Die Aussagen Kreiskys über das Rundfunkgesetz und den ORF, die er in den vergangenen drei Jahren gemacht hat, sind nicht nur oft unverständlich, sondern lassen eine weitere Meinungsänderung im Lichte neuerer Erfahrungen nicht ausgeschlossen erscheinen. So sagte der Kanzler: — Er ist nicht da, er hat wahrscheinlich Wichtigeres zu tun, das Parlament ist ja dem Kanzler nicht so wichtig. (Abg. Dr. Tull: Er ist im Hause!) Herr Doktor Tull! Daß Sie das sagen, freut mich, denn das habe ich noch in meinen Gedanken gespeichert, wie Sie nicht gerufen, nein, geschrien und gebrüllt haben, wenn Herr Dr. Klaus bei der Beratung seiner Gruppe nicht anwesend war. (Beifall bei der ÖVP.)

So sagte Dr. Kreisky: „Ich bleibe auf dem Boden des Rundfunk-Gesetzes, das wir haben, ich schlage keine Novellierung vor“ (das war im Juli 1970).

„Das Rundfunkgesetz wird jedenfalls geändert. Und zwar nicht unwesentlich“ (November 1972).

„Die SPÖ wird die Parlamentsmehrheit nicht dazu benützen, das Rundfunkgesetz zu ändern“ (Mai 1972).

„Ich glaube an keine Einigung mit einer der beiden Parteien. Die Rundfunkreform werden wir nur mit unserer Mehrheit durchführen müssen“ (Juli 1973).

„Vorgeschlagen werden soll, was dem Geist und dem Text des Volksbegehrens am nächsten kommt“ (Februar 1973).“ So Kreisky im Februar 1973.

„Der kommende Entwurf für ein neues Rundfunkgesetz wird zum Teil sogar radikal.“ — Kreisky im Juni 1973.

„Das neue Rundfunkgesetz wird keine Lex Bacher, und es wird auch kein Köpferollen beim ORF geben.“ — „Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Bacher, daß unsere Auseinandersetzung bis zur letzten Konsequenz geführt wird.“ — Juli 1973.

Meine Damen und Herren! Es gäbe noch gut ein Dutzend ähnlicher, sich widersprechender Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky allein zum Thema Österreichischer Rundfunk. Aber, wie gesagt,

Widerspruch ist ja auch eine der Stärken des derzeitigen Herrn Bundeskanzlers. Ich darf festhalten: Der Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky steht ja mit dieser widersprechenden Meinung und mit widersprechenden Absichten über das Rundfunkgesetz nicht allein da, denn auch beim Herrn Bundesminister Dr. Broda scheint mir — wie hat dieser Ausdruck im Laufe der letzten Woche so oft gelautet? — eine Bewußtseinsänderung oder eine neue Bewußtseinsbildung vor sich gegangen zu sein.

Der Herr Justizminister Dr. Broda erklärte zum Thema Österreichischer Rundfunk noch am 28. Jänner 1972: Das Rundfunkgesetz soll nicht geändert werden, weil dies nicht in den Absichten der Bundesregierung beziehungsweise des Regierungsprogramms liegt. — So Dr. Broda am 28. Jänner 1972.

Und wenn ich mir in Erinnerung rufe, was Dr. Broda als oppositioneller Abgeordneter am 8. 7. 1966 zum Rundfunkgesetz sagte — jenen Damen und Herren, die damals nicht da waren, darf ich es vorlesen —: „Einer der Gründe, warum die sozialistische Fraktion gegen das vorliegende Rundfunkgesetz stimmen wird, ist die Politikerklausel ...“ Diese Klausel widerspricht auch der Verfassung. —

Meine Damen und Herren! Die sogenannte Politikerklausel im jetzigen Rundfunkgesetz bezieht sich praktisch auf den Generalintendanten und bezieht sich darauf, daß die Programm Direktoren — Fernsehdirektor, technischer Direktor — kein politisches Mandat ausüben dürfen. Die Politikerklausel, die Sie jetzt in Ihrem Entwurf drinnen haben, sieht unter anderem vor, daß nicht einmal mehr dem Aufsichtsrat politische Mandata angehören dürfen. Herr Dr. Broda sagte damals, diese Klausel widerspreche der Verfassung, und jetzt wird diese Klausel wesentlich verschärft und ist plötzlich verfassungsmäßig in Ordnung? — Eine merkwürdige Bewußtseinsänderung ist hier beim Herrn Dr. Broda vor sich gegangen.

Aber, meine Damen und Herren, wohin man blickt, über welches Thema immer man spricht — eine Regierung der Widersprüche, eine Partei der Widersprüche, Wahlversprechungen und die in den letzten drei Jahren gesetzten Taten und Handlungen stimmen bei weitem nicht überein.

Ich habe erwartet, meine Damen und Herren, wenn heute das Kapitel Bundeskanzleramt zur Diskussion steht, daß nicht nur der Herr Bundeskanzler anwesend ist und damit einer selbstverständlichen Pflicht nachkommt, ich habe gedacht, als gestern der Herr Bundes-

Glaser

kanzler sich kurz zu Wort gemeldet hat und ihm dabei auch ein Versprecher passiert ist — er sprach von Schilling und Ore —, daß er mit seinen Gedanken noch bei jenem Gespräch ist, das er am Sonntag mit seinem Parteifreund Olof Palme und dem deutschen Bundeskanzler Brandt führte, und habe mir ebenfalls gedacht, nun wird der Herr Bundeskanzler einiges erzählen, was er mit diesen beiden Herren zur Lösung der Energiekrise besprochen hat. Bis heute haben wir darüber nichts gehört, denn das, was im ORF-Journal zu hören war, daß während der Weihnachtsfeiertage in Westdeutschland kein Fahrverbot sein wird, war nicht neu, das hat nicht der Herr Bundeskanzler erreicht, sondern das ist schon bekanntgegeben worden, als die westdeutsche Bundesregierung ein Sonntagsfahrverbot für fünf Sonntage eingeführt hat. Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat sich in keiner Weise darum gekümmert, daß dadurch nicht nur der österreichische Fremdenverkehr, sondern vor allem ganz Westdeutschland einen wesentlichen Schaden erleiden wird. Herr Dr. Kreisky hat sich auch nicht gekümmert, daß beispielsweise die Durchfahrt durch das sogenannte kleine deutsche Eck für Österreicher auch an Sonntagen möglich ist; es ist dem Herrn Landeshauptmann Dr. Lechner von Salzburg gelungen, das zu erreichen.

Und wieder darf ich jetzt den Damen und Herren von der sozialistischen Seite in Erinnerung rufen: Als vor etlichen Jahren der damalige Bundeskanzler Dr. Klaus mit dem damaligen deutschen Finanzminister Franz Josef Strauß sich zu einer privaten Zusammenkunft in Werfen im Bundesland Salzburg getroffen hat, kam wenige Tage später im Parlament eine dringliche Anfrage der sozialistischen Abgeordneten, die wissen wollten, was Dr. Klaus mit Franz Josef Strauß gesprochen hat. Ich habe es daher als etwas Selbstverständliches empfunden, daß Herr Dr. Kreisky die gestrige oder die heutige Gelegenheit nützen wird, um dem österreichischen Nationalrat, also der Volksvertretung, zu sagen, was er mit den Regierungschefs von Westdeutschland und Schweden besprochen hat. Aber Herr Dr. Kreisky hat auch das offenbar nicht notwendig. (*Abg. Wodica: Ich staune über Ihren Wissensdurst!*) Herr Wodica, wir kennen uns ja sonst, glaube ich, ganz gut, und Sie wissen, daß mich vieles interessiert, so wie ich bisher festgestellt habe, daß Sie und auch Ihre sozialistischen Fraktionskollegen zumindest alles immer so lange interessiert hat, solange die ÖVP dafür zuständig war. Seit Ihre Parteifreunde zuständig sind — und das verstehe ich gerade von Ihnen, Herr Kollege Wodica, nicht —, drücken Sie gewissermaßen

die Augen zu, die Ohren verstopfen Sie sich, und den Mund halten Sie auch zu, nur damit Sie nichts sehen und nichts hören müssen und damit Sie nichts zu reden brauchen. Innerlich geben Sie mir ja recht und sagen: Ich habe es mir ganz anders vorgestellt, wenn wir einmal die Regierung stellen werden!, und jetzt sind Sie halt enttäuscht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe ja gesagt, daß zwischen Taten und Handlungen der sozialistischen Regierung ein haushoher Unterschied besteht. Da habe ich mir unter anderem die Repräsentationsausgaben im Jahr 1969, also dem letzten Jahr der ÖVP-Regierung, und die Repräsentationsausgaben im Bundesvoranschlag 1974 herausgesucht. Herr Dr. Tull, erinnern Sie sich, Sie waren einer derjenigen, der gegen die Repräsentationsausgaben schärfstens gewettert hat. Sie waren einer derjenigen, der x-mal Fragen gestellt hat, wieviel das oder jenes gekostet hat und so weiter. Sie waren also ein Vertreter der Sparsamkeit.

Heute ist das anders, meine Damen und Herren: Während im letzten Jahr der ÖVP-Regierung noch insgesamt 12,3 Millionen Schilling für Repräsentationsausgaben vorgesehen waren — und zwar ist das der Rechnungsabschluß —, sind im Budgetentwurf 1974 fast 24 Millionen Schilling — also das Doppelte — für Repräsentationsausgaben vorgesehen. (*Abg. Dr. Tull: Heute tut sich auch mehr!*) Es mag das nicht nur ein Beweis dafür sein, daß Sie die Gelder verschwenden, sondern sicherlich auch ein Beweis dafür, daß, seit Sie die Verantwortung tragen, der Schilling nichts mehr wert ist. (*Abg. Dr. Tull: Wollen Sie keine internationalen Kongresse haben? Auf Klaus war ja niemand neugierig, da ist kein Mensch gekommen!*)

Meine Damen und Herren! Auf all diese Probleme, auf all diese Widersprüche wird ja auch die österreichische Bevölkerung in stets zunehmendem Maße aufmerksam, und wo die österreichischen Wähler Gelegenheit haben, ihre Unzufriedenheit, ihre Enttäuschung über die Regierung zum Ausdruck zu bringen, tun sie das auch. Von den Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg angefangen bis zu den oberösterreichischen Landtagswahlen spannt sich ein Bogen sozialistischer Wahlpleiten, Herr Dr. Tull (*Abg. Dr. Fleischmann: Von Wien reden Sie nichts? — Rufe bei der SPÖ: Was ist mit Wien?*), wobei vor allem noch die Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen besonders hervorgehoben werden sollen.

Herr Dr. Tull, ich bin einigermaßen zufrieden, wenn ich mich in jenem Bundesland, in

Glaser

dem ich der Obmann der Partei bin, und in jenen Bundesländern, die ungefähr zu meinem Nachbargebiet und so weiter gehören, auskenne. Und wenn Sie etwas über Wien hören wollen, so hat auch in Wien die Österreichische Volkspartei Stimmen und ein Mandat gewonnen. Wenn Sie das so beunruhigt hat, daß die ÖVP in Wien auch gewonnen hat, so ist das bitte Ihre Sache. Aber aus meinem Bundesland noch zwei Beispiele — wir werden gleich sehen, ob Sie jetzt auch wieder „au!“ sagen —: Vor kurzem haben in der Salzburger Gebietskrankenkasse Betriebsratswahlen stattgefunden; vor einigen Jahren hatte die Sozialistische Partei beziehungsweise die sozialistische Gewerkschaftsfraktion in der Salzburger Gebietskrankenkasse sechs Betriebsräte und die Listengemeinschaft ÖAAB-Fraktion Christlicher Gewerkschafter einen. Heute hat die Listengemeinschaft ÖAAB-Fraktion Christlicher Gewerkschafter sechs Mandate, die sozialistische Fraktion eines.

Dabei darf man festhalten, das ist, glaube ich, für die Sekretäre der Sozialistischen Partei, aber sicherlich auch für den Herrn Bundeskanzler interessant: Die Sozialistische Partei hat in der Gebietskrankenkasse Salzburg dreimal so viele Mitglieder, als sie bei der Betriebsratswahl Stimmen bekommen hat. Was ergeben sich da für Aspekte bei den nächsten Wahlen, wenn nur mehr ein Drittel der sozialistischen Parteimitglieder ihrer eigenen Partei die Stimmen gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Vor kurzem haben unter anderem bei den zehn Straßenmeistereien im Lande Salzburg — am 12. November war es — Personalvertretungswahlen stattgefunden. Bisher hatte die sozialistische Gewerkschaftsfraktion in diesen zehn Straßenmeistereien die Stimmenmehrheit und stellte damit auch die Obmänner.

Seit dem 12. November hat die Fraktion ÖAAB-Christliche Gewerkschafter in sechs von diesen zehn Straßenmeistereien den Obmann und die sozialistische Fraktion nur mehr in vier.

Auch hier, Herr Kollege Tull, ein Zeichen dafür, daß gerade die arbeitenden Menschen erkennen, daß sie von Ihrer Partei, von Ihren Versprechungen so getäuscht wurden wie wohl niemals zuvor die österreichische Bevölkerung in letzter Zeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, daß der Herr Bundeskanzler nicht da ist; angeblich ist er im Ministerrat. *(Rufe bei der SPÖ: Ministerrat!)* Ja, jetzt werde ich Ihnen etwas sagen: Wie oft ist beispielsweise der Ministerrat unter dem Vorsitz des Herrn Vizekanzlers zusammengetreten, sehr oft ist

das schon der Fall gewesen. Man könnte das auch jetzt tun, und der Herr Bundeskanzler könnte hier sein. Er weiß es außerdem schon lange genug, daß gestern das Parlament tagte und heute wieder Nationalratssitzung ist, daß gestern und heute seine Budgetgruppe zur Beratung stand beziehungsweise steht. Ich betrachte es nach wie vor — so wie Sie das seinerzeit meiner Meinung nach mit Recht gesagt haben — als eine Mißachtung des Parlaments, wenn der Bundeskanzler bei der Beratung seiner Gruppe gar nicht anwesend ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darf ich zum Schluß noch etwas sagen. Vergangene Woche habe ich bei der Behandlung eines ÖVP-Antrages gegenüber dem Herrn Finanzminister Dr. Androsch einen sehr schweren Vorwurf erhoben. Ich sagte, daß sich jene Meldungen verdichten, aus denen hervorgeht, daß Steuereingänge in sehr beträchtlicher Höhe nicht in den offiziellen Ausendungen aufscheinen und daß etwa 4 bis 5 Milliarden Schilling — es gibt Experten, die noch höhere Ziffern nennen — auf Verwahrung gelegt wurden; also bei der Ausendung, bei der offiziellen Mitteilung an das Parlament, an die Abgeordneten, an die Bevölkerung, an die Presse und so weiter die wahren Steuereingänge der Höhe nach gar nicht stimmen.

Von seiten des Herrn Ministers Doktor Androsch erfolgte keine Reaktion, auch kein Dementi. Ich muß daher annehmen, daß meine Informationen richtig sind, daß also die Bekanntgaben des Finanzministers hinsichtlich der Höhe der Steuereingänge, der Abgabeneingänge et cetera nicht richtig sind.

Unter diesen Voraussetzungen muß ich aber auch annehmen, daß alle anderen Erklärungen des Herrn Finanzministers über Steuererträge, über Steuereingänge und so weiter, insbesondere etwa auch die Angaben über die Erträge der Mehrwertsteuer, nicht den Tatsachen entsprechen. Mir stehen nur Unterlagen für mein Bundesland zur Verfügung, und da stelle ich immer wieder, wenn ich die Monatsberichte vergleiche, fest: Die Eingänge der Mehrwertsteuer sind jedes Monat gut doppelt so hoch wie die alte Umsatzsteuer in den Vergleichsmonaten des Vorjahres.

Der Herr Finanzminister tritt aber vor das Fernsehen und sagt, auf Schilling und Groschen — wenn er sich verspräche, würde er sagen: auf Schilling und Öre — genau ist die Umsatzsteuer wie jetzt die Mehrwertsteuer.

Ja, meine Damen und Herren, jemand, der nicht einmal über Steuereingänge dem Parlament die Wahrheit sagt, dem können wir

8454

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Glaser

doch nicht glauben, und einem Budgetentwurf eines solchen Finanzministers können wir auf gar keinen Fall die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann.

Abgeordneter Dr. **Fleischmann** (SPÖ): Hohes Haus! Ich war bisher der Überzeugung, daß wir eine Art Gentlemen's Agreement zwischen den Klubs abgeschlossen haben — auch der Herr Kollege Peter ist offenbar dieser Auffassung, er hat das gestern schon gesagt —, daß zwar der Hauptsprecher der jeweiligen Fraktion mehr als 20 Minuten sprechen darf *(Rufe bei der ÖVP: Was heißt „darf“!)*, daß aber die sonstigen Wortmeldungen sich in Grenzen von 20 bis 25 Minuten zu halten hätten.

Bei der Österreichischen Volkspartei ist man offenbar nicht dieser Auffassung, und ich darf hier und heute sagen, meine Herren von der rechten Seite dieses Hauses: Wenn sich das nicht ändert, dann werden wir uns auch nicht mehr daran gebunden fühlen, und wer dann das bessere Sitzfleisch hat, das wird sich sehr bald herausstellen, das werden Sie schon merken. *(Ruf bei der ÖVP: Nur keine Drohungen! — Abg. Glaser: Sie haben das bessere Sitzfleisch, wir haben die besseren Gedanken!)* Die besseren Gedanken, Herr Kollege Glaser, haben Sie in Ihrem „glanzvollen“ Referat sicher nicht geäußert, ansonsten hätten Sie nicht derartigen Unfug über den Kupferbergbau Mitterberg hier erzählen können. Denn der Herr Landeshauptmann Lechner hat für diesen Kupferbergbau Mitterberg außer Interventionen überhaupt nichts getan. Die tatsächlichen Fakten sind in Bilanzbereinigungen gesetzt worden. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die Ziffern im einzelnen vorlesen. Ich war nämlich bei diesem Geschäft, Sie aber nicht. Sie sind ein Postler. *(Ruf bei der ÖVP: Was ist das für ein Argument!)* Das ist der Unterschied!

Wenn Sie genau wissen wollen, was dort passiert ist, dann kann ich Ihnen sagen, daß im Jahre 1972 — und keinen Tag und kein Monat früher, Herr Kollege Glaser — die Bilanzbereinigung in Mitterberg passiert ist. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Nichts ist passiert, überhaupt nichts! Die Bilanzbereinigung ist 1972 erfolgt in einer Höhe von 40 Millionen Schilling. Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, sogar die Einzelposten aufzählen. Es ist eine Streichung des Bundesdarlehens, das an die OIAG übertragen wurde, in der Höhe von 15 Millionen Schilling vorgenommen worden. Das war 1972 und nicht zur Zeit Ihrer Regierung. Es ist außerdem ein OIAG-Darlehen

in der Höhe von 21 Millionen Schilling noch zusätzlich für den Aufschluß gegeben worden, und es sind noch kleinere Posten von rund 3 Millionen Schilling, die auch erst in diesem Jahre einer Bereinigung zugeführt wurden und nicht früher, wie Sie hier fälschlich behauptet haben.

Ebenso muß man sagen, daß Herr Abgeordneter König gestern hier sehr unhaltbare Behauptungen über die Elektroindustrie aufgestellt hat. Es ist ja gar nicht wahr gewesen, Herr Kollege König, daß nur dadurch, daß man das an Siemens übertragen hat, die Arbeitsplätze gesichert wurden. Siemens hat ja blühende Betriebe übernommen, echt blühende Betriebe! WSW allein hatte über 6000 Beschäftigte, war überbeschäftigt, mußte die Produktion erweitern, ist nach Zistersdorf hinausgegangen, ist nach Kärnten hinuntergegangen. Diese Betriebe haben die Siemensleute eingesteckt, wenn Sie es genau wissen wollen, aber sonst gar nichts. So viel zur Elektroindustrie.

Dann noch etwas. Ihr Herz für die verstaatlichte Industrie geht sehr deutlich aus einem Aktenvermerk hervor, den uns die Österreichische Volkspartei übermittelt hat. Ich darf das vorlesen:

„Zu den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers“ — das war damals Pittermann bitte — „müssen die ÖVP-Vertreter im Vierzehnerausschuß feststellen, daß die vorliegenden Berichte der Arbeitskreise“ — es ging damals um die branchenweise Zusammenfassung — „nicht gezeigt haben, daß allgemeine Reorganisationsmaßnahmen angesichts der Entwicklung in der Produktionstechnik wie in der Marktsituation durch eine straffe Konzernführung unbedingt erforderlich erscheinen.“

Ganz im Gegenteil haben die Berichte gezeigt, daß eine gesellschaftsrechtliche Konzentrierung auch nicht zweckmäßig ist.“

Und wissen Sie, wer das unterschrieben hat? Unterschrieben haben das die Herren Dr. Maleta, der Herr Dr. Schmitz, Herr Doktor Iglar, der Herr Weissmann, der Herr Harramach, der Herr Ing. Fröhlich und der Herr Graf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das sind die nackten Tatsachen, auf die ich mich hier beziehen kann. Dieser Brief steht zur Verfügung, wenn Sie wollen. *(Abg. Glaser: Uns interessieren aber die Preissteigerungen!)*

Herr Kollege Glaser! Ein Wort zu den Preissteigerungen sage ich gerne. Aus dem einfachen Grunde: Zu dem Zeitpunkt, wo wir

Dr. Fleischmann

über die 3 Prozent gewettet haben, sind wir mit diesen 3,1 Prozent im europäischen Spitzenfeld gelegen (*Zustimmung bei der SPÖ — Widerspruch bei der ÖVP*), aber jetzt liegen wir mit unseren Preissteigerungen an drittletzter Stelle. Das ist der Unterschied, das ist der wesentliche Unterschied. Im übrigen, Herr Kollege Glaser... (*Abg. Glaser: Die Preissteigerungen haben begonnen, als in Deutschland die sozialistische Regierung eingesetzt wurde!*) Herr Kollege Glaser, wer hat denn die Preissteigerungen in England zu vertreten, wo Konservative regieren und die 10 Prozent haben? Ja, ich weiß, die hat der Wilson zu vertreten, denn beim Heath ist ja nichts passiert. Die haben ja nicht drei Jahre lang regiert, sondern die haben ja nur verwaltet, administriert nach Ihrer Meinung. So kann man nicht argumentieren, meine Herren! Da ist doch völlig hoffnungslos. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Darf ich noch etwas, Herr Kollege Glaser, sagen. Fahren Sie doch einmal auf Urlaub in die Nachbarländer. Jetzt werden Sie zwar keine Zeit haben, weil Sie die Budgetdebatten „verschönern“ müssen, das kann ich schon verstehen. Aber wenn Sie dann einmal eine geruhsame Stunde haben, was ja auch bei einem Parlamentarier hie und da vorkommt, dann setzen Sie sich ins Auto und fahren Sie über die Grenze, meinetwegen nach Reichenhall. Dann schauen Sie, wie die Dinge dort liegen. Dann werden Sie nicht mit so komischen Argumenten hier auftreten, die kein Mensch, der von Wirtschaft auch nur fünf Minuten Ahnung hat, ernsthaft vertreten kann. (*Abg. Glaser: 7 Prozent Preissteigerung ist für die Bevölkerung nicht komisch, sondern eine traurige Angelegenheit! — Beifall bei der ÖVP.*) Herr Kollege Glaser! Sie haben während der ganzen Zeit Ihrer Opposition pausenlos dieselbe Walze rennen, und wenn ich sehr boshaft wäre, müßte ich sagen, daß der Herr Parteiobmann Dr. Schleinzler das Manuskript verwechselt hat, denn die Rede habe ich schon 1971 gehört und 1972. Eingefallen ist Ihnen bisher noch gar nichts. (*Zwischenrufe der Abg. Glaser und Zittmayr.*) Herr Kollege Glaser! Es hat noch nie eine derartige Realeinkommensteigerung in Österreich gegeben wie gerade unter dieser Regierung; das muß man auch mit aller Deutlichkeit sagen (*Zustimmung bei der SPÖ*); denn die Realeinkommen sind bei uns in einem Ausmaß gestiegen, das Sie sich nie hätten träumen lassen. (*Abg. Fachleutner: Sie betreiben eine Ausbeutung des Volkes!*) Oje, Herr Fachleutner, mir bricht das Herz, wenn ich Ihnen zuhöre. Noch nie hat es für die Landwirtschaft soviel Geld gegeben

wie gerade unter dieser Regierung. Und Sie reden etwas? Was fällt Ihnen denn ein! Das ist doch geradezu grotesk, was Sie hier betreiben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich habe gar nichts vergessen. Ich gehe gerne auf Zwischenrufe ein, mir macht das nämlich Vergnügen, im Gegensatz zu Ihnen. Wenn Sie einen Zwischenruf kriegen, dann beugen Sie sich zu den Mikrofonen vor. Ich unterhalte mich mit Ihnen, mir macht das nichts aus.

Darf ich zum Schluß noch etwas zur branchenweisen Zusammenfassung der verstaatlichten Industrien sagen. Die Versuche gehen ja schon sehr weit zurück. Schon im Jahre 1946/47 hat ein gewisser Herr Bergrat Doktor Leitner, der Ihnen sicher ein Begriff sein wird — er war einer der Vertrauten des damaligen Bundesministers Krauland —, einen Eisen- und Stahlplan entwickelt, der durchaus Hand und Fuß hatte. Eine spätere Ergänzung hat auch wieder ein Mann vorgenommen, der wirtschaftliches Verständnis hatte, nämlich der Herr Professor Taucher. Aber alle diese Versuche, die hier von Leuten, die von der Wirtschaft wirklich etwas verstanden haben, unternommen wurden, alle diese Versuche sind mit schöner Regelmäßigkeit der Obstruktion der Österreichischen Volkspartei zum Opfer gefallen.

Und eines muß man schon sagen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, und das ist eigentlich das, was mich so traurig stimmt: Sie reden einerseits in Ausschusssitzungen immer wieder von unserer gemeinsamen verstaatlichten Industrie. Wenn es aber dann Schwierigkeiten in dieser verstaatlichten Industrie gibt, dann haben Sie entweder zugeknöpfte Hosentaschen oder Sie haben sich die Ohren zugestopft, oder aber Sie haben überhaupt weggeschaut. Das ist etwas, was diese Industrie einfach nicht verträgt. Und gerade weil diese Industrie das nicht verträgt, liegt sie uns Sozialisten so am Herzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da das Kapitel Bundeskanzleramt zur Diskussion steht, darf ich mich mit der Arbeitsweise der sozialistischen Alleinregierung an Hand von einigen Beispielen auseinandersetzen. Ich erachte das deswegen für notwendig, weil uns fast täglich neue Beweise der unsystematischen und überaus schlampigen Arbeit der Bundesregierung ins Parlament geliefert werden.

Peter

Als eines der Beispiele möchte ich den Entwurf zu einem Arbeitsverfassungsgesetz mit seinen zahlreichen Abänderungsanträgen heranziehen, um dadurch neuerdings zu unterstreichen, wie sich die sozialistische Alleinregierung vorstellt, daß eine so weitreichende Gesetzesmaterie mit so umfassenden Abänderungsvorschlägen, die uns seit gestern zur Verfügung stehen, am Freitag dieser Woche seriös behandelt und verabschiedet werden sollen.

Man kann, meine Damen und Herren, nicht oft genug diese Praxis der Regierung Kreisky einer Kritik unterziehen, denn diese Vorgangsweise und dieser Stil sind Ursache und Grund dafür, warum die Gesetzesmaterien in dieser Gesetzgebungsperiode qualitativ so schlecht sind. Die Verantwortung dafür gedenken wir freiheitlichen Abgeordneten nicht zu übernehmen, diese Verantwortung liegt im Kompetenzbereich der sozialistischen Alleinregierung.

Ein weiteres Beispiel führe ich noch an, das die Vorgangsweise dieser sozialistischen Alleinregierung charakterisieren soll. Vor 14 Tagen tagte der „Bevorratungsgipfel“ ohne jede Unterlagen und ohne jeden Behelf für die dort tätigen Mitglieder. Es wurde vereinbart, einen Arbeitskreis einzusetzen, der entsprechende Voraussetzungen und Gesprächsgrundlagen zu erarbeiten hätte. Dieser Arbeitskreis tagte in der vergangenen Woche. Für heute 17 Uhr ist der „Bevorratungsgipfel“ neuerdings einberufen. Namens der freiheitlichen Abgeordneten stelle ich fest, daß für diesen „Bevorratungsgipfel“, der heute für 17 Uhr angesetzt ist, keine Unterlagen zur Verfügung stehen, daß also eine seriöse Vorbereitung an Hand dessen, was die Bundesregierung zu bevorraten beabsichtigt, nicht möglich ist. Es wird daher wieder jenes typische Bla-Bla werden, das wir auch vor 14 Tagen erlebt haben.

Daher hielt ich es für geboten, jene Lesart der sozialistischen Alleinregierung noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, deren sich die Österreichische Bundesregierung im Gegensatz zu Bonn bedient, wenn dort vor einigen Tagen Bundeskanzler Dr. Brandt unter anderem ausführte: „Die Krise, an deren Anfang wir erst stehen, ist nicht zu verharmlosen. . . Und damit das Ganze nicht leidet, muß der einzelne sich in seiner privaten Bequemlichkeit etwas einschränken. Größere Opfer werden nicht verlangt, jedenfalls nicht jetzt im Augenblick.“

Weiter meinte Bundeskanzler Brandt: „Wir bereiten uns auch vor für den Fall, daß der Wind härter wehen sollte.“

Wir haben am Freitag der vergangenen Woche von der Regierungsbank aus neuerdings die Verniedlichungstaktik und die Beschönigungsversuche des Handelsministers Staribacher Revue passieren lassen können. Wir sind in dieser Woche keinen Schritt weitergekommen. Bis zur Stunde zeichnen sich keine zielführenden Konzepte der sozialistischen Alleinregierung zur Bevorratung ab. Die Regierung glaubt, sich entweder in Schweigen hüllen zu sollen oder mit Beschönigungstaktik das Auslangen finden zu können.

Darf ich in diesem Zusammenhang der sozialistischen Alleinregierung in Erinnerung rufen, was Tag für Tag zu diesem Thema in österreichischen Zeitungen geschrieben wird. Heute heißt es dazu unter anderem: „Hamstern ja, aber mit Hirn.“ Sagen wir besser: bevorraten ja, aber mit Hirn, und zwar nach bestimmten Überlegungen, nach einem bestimmten Konzept. Es wird in den Tageszeitungen heute auf folgende Gefahr aufmerksam gemacht. Ich zitiere: „Als Folge der Hamsterwelle drohen dem Konsumenten nicht nur finanzielle Verluste, sondern auch Gefahren für Gesundheit und Leben. Denn die oft übereilt zusammengekauften Lebensmittelvorräte sind nur begrenzt haltbar und drohen zu verderben. Dadurch entstehen kaum überschaubare Gefahrenherde.“

Wo sind die Maßnahmen der Aufklärung dieser sozialistischen Alleinregierung zum gegenständlichen Teil der Bevorratung? Wo ist die Meinungsäußerung des zuständigen Handelsministers? Wo ist die Meinungsäußerung der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz? Glaubte die Regierung Kreisky wirklich, in dieser Situation weiter so verfahren zu können, wie sie in den vier Wochen der Krise bis jetzt verfahren ist? Dann, glaube ich, irrt diese sozialistische Alleinregierung grundsätzlich.

Von wem stammen diese mahnenden Worte? — Aus dem Bereich der Konsumenteninformation, die ja letzten Endes auch der Sozialistischen Partei nicht fremd sein dürfte. Ja man ist von Seite der sozialistischen Alleinregierung nicht einmal willens und geneigt, jene mahnenden Worte ernst zu nehmen, die aus ihrem eigenen Interessenbereich kommen.

Im Augenblick tagt ein kleiner Kreis der drei Fraktionen, um die Frage des Fahrverbotes zu prüfen. Der Handelsminister steht auf dem sturen Standpunkt, daß das Fahrverbot in der Straßenverkehrsordnung untergebracht werden muß. Und da sagen die Juristen des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, daß das verfassungswidrig ist.

Peter

Namens der freiheitlichen Abgeordneten halte ich fest: Wir sind bereit, die sozialistische Alleinregierung in Fragen der Bevorratung tatkräftig zu unterstützen, in Fragen der Vorsorge dort zu unterstützen, wo diese Vorsorge im Interesse der österreichischen Bevölkerung notwendig ist. Aber wenn die Bundesregierung glaubt, uns in einer solchen Situation als Oppositionsparteien ihren Willen aufzwingen zu müssen, wenn die Bundesregierung glaubt, in dieser Situation neuerdings keine Kompromißbereitschaft bekunden zu müssen, dann liegt sie meines Erachtens auf einer vollkommen falschen Ebene bei den Gesprächen, die heute um 17 Uhr fortgesetzt werden sollen.

Was nun richtig ist, das soll doch gefälligst die sozialistische Alleinregierung zuerst in ihrem Schoße ausdiskutieren, und wenn sie innerhalb dieses Kabinetts zu Fragen der Bevorratung eine einheitliche Meinung hat, dann soll sie die Oppositionsparteien zu Gesprächen einladen. (*Beifall bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*) Aber es wird Zeit, daß die Regierung Kreisky in der Vorsorge- und Bevorratungsfrage endlich innerhalb des Kabinetts eine einheitliche Meinung als Voraussetzung dafür erarbeitet, um damit in konstruktive Gespräche mit den Oppositionsparteien eintreten zu können.

Dieser Arbeitsstil der sozialistischen Alleinregierung bedarf der täglichen Kritik während der Budgetdebatte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär im Bundeskanzleramt Doktor Veselsky.

Staatssekretär Dr. Veselsky: Herr Präsident! Hohes Haus! Die gestrige Debatte, insbesondere die Beiträge der Herren Abgeordneten Vetter, Dr. Pelikan und Dkfm. Gorton geben Anlaß zu einigen Überlegungen; zunächst zur Frage der Raumordnungspolitik, womit sich Abgeordneter Vetter beschäftigte.

Ich darf in diesem Zusammenhang betonen, daß das Anliegen der Raumordnungspolitik ein modernes Anliegen ist; ein Anliegen, das erst in den letzten Jahren aktualisiert wurde. Ich darf unterstreichen, daß es dieser Bundesregierung vorbehalten blieb, das Anliegen der Raumordnungspolitik von der Stufe der Kontemplation auf jene der Aktion zu heben.

Wir haben eine Situation, in der gegenwärtig zum Beispiel vom Abgeordneten Vetter die Frage gestellt werden kann nach dem Aufwand der Raumordnungspolitik für bestimmte Projekte und nach der Methode, die dabei angewendet wird. Ich möchte unterstreichen, daß das früher, unter früheren Bundes-

regierungen gar nicht möglich gewesen wäre. Das unterstreicht, daß wir uns im Bereich der Raumordnungspolitik im Stadium der Aktion befinden. Wir haben die Österreichische Raumordnungskonferenz geschaffen. Das war nicht nur ein Reden, sondern das geschah im Jahr 1971.

Diese Österreichische Raumordnungskonferenz ist Ausdruck des kooperativen Bundesstaates. Sie ist aber auch Ausdruck der geteilten Kompetenzen auf dem Gebiete der Raumplanung. Das entspricht dem föderalistischen Aufbau der österreichischen Verfassung. Ich darf unterstreichen, daß das Ausland in jenen Staaten, wo es auch einen bundesstaatlichen Aufbau gibt, zum Beibehalten eines solchen Weges eher kritisch eingestellt ist.

Die Vorgangsweise auf dem Weg zu einem österreichischen Raumordnungskonzept, das wir von der Österreichischen Raumordnungskonferenz erwarten, ist eine mühsame, und sie ist vielleicht auch Ausdruck eines vielfach bestehenden politischen Kooperationsvorbehaltes. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß Bestrebungen, eine Bundesländerfront gegen den Bund aufzubauen, sicherlich eine kooperative Raumordnungspolitik eher erschweren. Aber wenn man von einer Länderfront sprechen könnte, so überhaupt nicht gegen den Bund, sondern es gibt hier divergierende Meinungen zwischen den einzelnen Ländern, zwischen West und Ost.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Österreichische Raumordnungskonferenz auf eine Initiative des Bundeskanzlers Dr. Kreisky aus dem Herbst 1970 zurückgeht. Weil der Weg zu einem österreichischen Raumordnungskonzept so weit ist, gibt es auch detaillierte Vorschläge des Bundes für eine raschere Vorgangsweise. Diese Vorschläge sind getragen von der Überzeugung, daß es unsere Aufgabe ist, allen Österreichern ohne Unterschied dessen, wo sie wohnen, annähernd gleichwertige Lebensbedingungen zu bieten. Es wurde die Notwendigkeit, einen gesamtstaatlichen Zusammenhalt zu fördern, unterstrichen. Das wurde in der Raumordnungspolitik in Österreich bisher überhaupt nicht beachtet. Es wurde unterstrichen, für Problemgebiete unverzüglich Hilfe zu bieten. Das heißt, für alte, in Strukturschwierigkeiten geratene Industriegebiete. Hier gibt es das Modellprojekt Aichfeld-Murboden. Weiters für die Ostgrenzgebiete, die unter Schwierigkeiten leiden, die politisch dadurch motiviert sind, daß es sich um eine nicht offene Grenze handelt, und schließlich für die als Problemgebiete anzusehenden Bergräume Österreichs.

Staatssekretär Dr. Veselsky

Darüber hinaus wurde darin die Notwendigkeit unterstrichen, Entwicklungschancen regionalpolitisch dort zu wahren, wo sie sich bieten, insbesondere im Bereich des Donausausbaues. Ich wäre sehr froh gewesen, dazu gerade von einem niederösterreichischen Abgeordneten auch ein positives Votum zu hören, geht es doch darum, auch für Niederösterreich Entwicklungschancen sondergleichen zu nützen.

Demgegenüber herrscht da und dort die Auffassung vor, daß man durch die Addition von regionalen Teilkonzepten zu einem österreichischen Gesamtkonzept kommen könnte. Ich befürchte allerdings, daß, wer ein solches Mosaik bauen will, vielleicht letztlich feststellen muß, daß der letzte Baustein sehr lange auf sich warten läßt oder daß der letzte Baustein dann zu groß oder zu klein ist, daß man also damit sehr lange warten muß, vielleicht allzu lange.

Von der Sorge getragen, daß das zu lange dauern kann, aktualisierte daher der Bund auf Antrag des Bundeskanzlers die Frage der Entwicklung der Ostgrenzgebiete. Im April des Vorjahres wurde auch tatsächlich in der Österreichischen Raumordnungskonferenz ein Unterausschuß eingesetzt, der sich den Fragen des Donausausbaues, aber auch den Fragen der Grenzgebiete zuwenden soll. (*Abg. Kraft: Im Ausschuß reden — und getan wird nichts!*) Und da das eben lange dauert (*Abg. Kraft: Zu lange!*), hat der Bund ein Sofortprogramm in diesem Jahr auf Bundesebene entwickelt (*Abg. Kraft: Was ist im Mühlviertel geschehen — nichts!*), Herr Abgeordneter Kraft, und dieses Sofortprogramm des Bundes wurde der Niederösterreichischen Landesregierung am 25. September zur Kenntnis gebracht.

Ich darf unterstreichen, daß hier kein Widerspruch zu Aussagen des Bundeskanzlers vorliegt, wenn auf der anderen Seite gesagt wurde, erst am 5. November wurden im Rahmen der ERP-Großkreditkommission die Richtlinien für das Grenzlandförderungsprogramm festgelegt. Es ist dies nämlich nicht dasselbe, Herr Abgeordneter Vetter, darauf möchte ich hinweisen.

Sie monierten ein Gesetz für die Grenzlandförderung, besser gesagt für die Ostgrenzlandförderung. Das Ergebnis unserer eingehenden Prüfung lautet so, daß ein solches Gesetz nicht notwendig ist. Es wäre nur notwendig gewesen, wenn man beispielsweise das Instrument der regional differenzierten Abschreibung beibehalten oder noch ausgebaut hätte. Aber wir haben uns hier zu einer Vereinheitlichung entschlossen, weil dieses In-

strument regionalpolitisch nicht gegriffen hat. Und dazu sagte auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ja, wenn auch jetzt Herr Abgeordneter Dr. Mussil von diesem Pult aus immer wieder diese Vereinheitlichung kritisiert, eine Vereinheitlichung, zu der er in seiner Funktion als Generalsekretär der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ja gesagt hat. (*Abg. Jungwirth: Weil sie mit zwei Zungen sprechen!*)

Herr Abgeordneter Vetter beanstandete, daß die Beantwortung der von ihm im Ausschuß gestellten Fragen erst mit Schreiben vom 30. November erfolgte. Ich möchte festhalten: Die Fragen wurden vom Klub der ÖVP am 15. November präzisiert, die Antworten ergingen mit 30. November, die Fertigstellung war am 26. November; es lagen also knapp 14 Tage zwischen der Anfragestellung und ihrer Beantwortung. Es war dies eine eingehende Beantwortung, Herr Abgeordneter Vetter, von vier Seiten. Dazu braucht man Zeit. Ich glaube, daß die österreichischen Beamten wahrhaft gut und schnell arbeiten, und ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, doch zu berücksichtigen, daß wir hier versuchen, die Opposition rechtzeitig und vollkommen zu informieren, und daß kein Makel an der Arbeit unserer Beamten aus dieser Wortmeldung haften bleiben soll. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Vetter: Das habe ich auch nicht behauptet!*)

Herr Abgeordneter Vetter, Sie sagten, daß Niederösterreich sehr viel für die Grenzlandförderung tut, und nannten die Summe von 60 Millionen Schilling. Sie meinten, der Bund tut nichts. Ich darf Ihnen sagen, aus dem Brief, den Sie erhalten haben, werden Sie, wenn Sie ihn durchgelesen haben, sehr leicht ersehen, daß die Hilfe des Bundes wesentlich größer ist. Sie beläuft sich für Niederösterreich allein, ohne Berücksichtigung der Schulbauten, auf 150 Millionen Schilling, und das ist noch immer viel mehr als 60 Millionen Schilling. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich möchte daher sagen, daß dieser von Ihnen angestellte Vergleich als unrichtig zu bezeichnen ist.

Ich darf in Erinnerung rufen, worauf sich diese Hilfe des Bundes konzentriert. Es war der Bund, der im Rahmen des ERP-Programms ein Sonderprogramm beschlossen hat für die Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in grenznahen Entwicklungsgebieten des Mühlviertels, Niederösterreichs, des Burgenlandes, der Steiermark und Teilen Kärntens. Dafür sind in diesem Geschäftsjahr 200 Millionen Schilling vorgesehen, in etwa 100 Millionen Schilling werden allein Niederösterreich zugute kommen. (*Abg. Vetter: Herr Staatssekretär, das sind Kredite, die zurückgezahlt werden müssen!*)

Staatssekretär Dr. Veselsky

Ich darf darauf hinweisen, daß es sich um begünstigte Kredite handelt: Zinsfuß 1 Prozent. Fragen Sie, wo Sie sonst um ein Prozent Zinsen Kredite bekommen! (*Beifall bei der SPO.*) Fünf Jahre besteht Tilgungsfreiheit. Ich darf noch hinzufügen, daß die Eigenfinanzierungsquote nur 30 Prozent beträgt.

Wie sehr man in der Wirtschaft über dieses Sonderprogramm erfreut ist, hat auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft unterstrichen. Am 5. November wurden die Richtlinien hinausgegeben, und heute haben wir einen Stand von Anmeldungen, den ich Ihnen mitteilen darf, von 181 Millionen Schilling, und weitere 100 Millionen zeichnen sich bereits ab.

Hohes Haus! Der Bund hat sich weiters bereit erklärt, die Ostgrenzgebiete Niederösterreichs — Niederösterreich hat ja nur solche — auch dadurch zu fördern, daß ein Betrag von 10 Millionen Schilling als Beteiligung des Bundes an der Niederösterreichischen Raumordnungs-, Betriebsansiedlungs- und Strukturverbesserungsgesellschaft übernommen werden soll. Niederösterreich hat da bisher ein Njet gesagt.

Darüber hinaus wurde — das steht auch in dem Brief, den Sie erhalten haben — ein Schwerpunkt zur Errichtung und Förderung von Einrichtungen für die überbetriebliche Berufs- und Weiterbildung gebildet. Allein sechs derartige Projekte werden in diesem Raum gefördert; allein für das Schulungszentrum Siegmundshergberg werden 23 Millionen Schilling aufgewendet.

Im Rahmen der im ERP-Fonds für Fremdenverkehrszwecke zur Verfügung stehenden Mittel — sie sind limitiert, hier gibt es einen gewaltigen Überhang — sollen 15 Millionen Schilling für Ostgrenzlandförderung ausgegeben werden. Darüber hinaus gibt es — der Brief an Sie hält das fest — ein Sofortprogramm zum Ausbau des berufsbildenden mittleren und höheren Bundesschulwesens in Niederösterreich. Wenn ich auf all das, was hier geplant ist, und auf die Kosten eingehen würde, so würde ich wahrscheinlich die Zeit und die Geduld des Hohen Hauses über Gebühr in Anspruch nehmen.

Dazu gibt es eine planmäßige Vorgangsweise zur Verbesserung der Verkehrssituation in Niederösterreich. Der Ausbau des Bundesstraßennetzes B wird unter dem Gesichtspunkt der Grenzlandförderung betrieben werden. Allein 1974 werden in diesem Bereich 94 Millionen Schilling, auf den Waldviertler Schnellstraßen 39,8 Millionen Schilling zum Einsatz gebracht.

Sie sagen, daß die Gesetzesnovelle, die kürzlich zum ÖBB-Gesetz beschlossen wurde, keine Voraussetzung dafür geschaffen hat, den Betrieb unrentabler Nebenstrecken aufrechtzuerhalten. Da möchte ich Ihnen widersprechen! Denn damit haben wir die Voraussetzung. Ich glaube, es wird durch diese Novelle auch der Tatsache Rechnung getragen, daß man Bahnen nicht nur vom Standpunkt der betriebswirtschaftlichen Rentabilität betreiben darf, sondern auch den gesamtwirtschaftlichen Nutzen unter Berücksichtigung der diesem gegenüberstehenden Kosten sehen muß. Hier muß man eben gesamtwirtschaftliche Überlegungen anwenden, und dazu bietet jetzt diese Novelle die Handhabe. (*Beifall bei der SPO.*)

Besondere Priorität wurde der Förderung von Anschlußbahnen für eisenbahnorientierte Industriebetriebe im Grenzgebiet eingeräumt. Zusätzlich gibt es die vom Bund offerierte Bereitschaft, einen Verkehrsverbund Wien, Niederösterreich und Burgenland herzustellen. Während der Vertrag zwischen dem Bund und Wien bereits paraphiert ist, hat sich Niederösterreich noch nicht einmal dazu geäußert.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, es wäre zweckmäßig, im Zusammenhang mit der Förderung der Ostgrenzgebiete Österreichs, insbesondere Niederösterreichs, doch auch vom Donauausbau zu sprechen. Denn dieser Donauausbau bietet Niederösterreich, den Menschen in Niederösterreich eine gewaltige Entwicklungschance.

Die Notwendigkeit, Wasserkraftwerke und andere heimische Primärenergieträger auszubauen — dazu gehört vor allem, die Wasserkraft zu nutzen —, wird gerade angesichts der gegenwärtig weltweiten Energiekrise unterstrichen. Ich glaube, das soll man auch hier unterstreichen! Denn damit wäre auch eine Standortaufwertung für die an der Donau liegenden Gebiete Oberösterreichs, aber auch Niederösterreichs verbunden. Es würde sich dadurch eine Ausstrahlung weit in den Ostgrenzraum hinein durch die Nützung der Chance der Schiffbarmachung der Donau auch für Europakähne ergeben.

Wir stehen vor einer Entscheidungsfrage, vor der Alternative: Wollen wir Entwicklungspolitik in Österreich für die Menschen machen, oder wollen wir eine Konservierungspolitik für Graugänse betreiben?

Hohes Haus! Es war das Anliegen der Bundesregierung, beim Donauausbau auf die Notwendigkeit des Umweltschutzes Bedacht zu nehmen. Das findet sich im Antrag der Bundesregierung an die Österreichische Raumordnungskonferenz.

Staatssekretär Dr. Veselsky

Herr Abgeordneter Dr. Pelikan hat sich mit Fragen der Elektronischen Datenverarbeitung beschäftigt und von einem drohenden Informationsmonopol der Bundesregierung sowie von der normativen Kraft des Faktischen, die ansonsten im Völkerrecht immer wieder zitiert wird, gesprochen. Er hat unterstrichen, daß die Notwendigkeit eines parlamentarischen Informationssystems besteht, das Regierungsvorlagen, Dokumentation und politische Information einschließen und einen direkten Anschluß an das Statistische Zentralamt und sein im Aufbau befindliches integriertes statistisches Informationssystem eröffnen soll.

Ich darf dazu festhalten: Diese österreichische Bundesregierung beschäftigt sich seit Jahren mit der Prüfung des Einsatzes von EDV-Anlagen für ein parlamentarisches Informationssystem.

Es ist bekannt, daß das ebenfalls von Ihnen angezogene Versuchsprojekt Verfassungsrechtsdokumentation auch zum Ziele hatte, eine solche nichtnumerische Datenverarbeitung zu erproben und Erfahrungen zu gewinnen.

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Pelikan in diesem Zusammenhang die Weltraumfahrt und die Bewältigung der damit verbundenen Probleme mit Mitteln der EDV erwähnte, so darf ich, etwas korrigierend, dazu doch sagen: Bei der Weltraumfahrt geht es um die Bewältigung numerischer Probleme. Die Dokumentation von Gesetzestexten und die politische Dokumentation erfordern aber die Bewältigung nichtnumerischer Dokumentationsprobleme und ist noch wesentlich schwieriger. (*Abg. Dr. Pelikan: Ich bezog das auf die Geschwindigkeit!*) Ja, Geschwindigkeit! — Aber die Parallele, Herr Abgeordneter, ist fachlich ganz einfach nicht haltbar.

Sie haben, Herr Abgeordneter, zusätzlich einige wesentliche Anregungen gebracht, zu denen ich gerne noch Stellung nehmen werde.

Wir haben aus dem Versuchsprojekt Verfassungsrechtsdokumentation wertvolle Erfahrungen gewonnen. Es hat sich gezeigt, daß dieses Projekt durchaus erfreuliche technische Resultate zeigt, daß wir aber dann, wenn wir es so anwenden würden, wie es sich im Herbst des vergangenen Jahres präsentierte, hohe Kosten und hohe organisatorische Aufwendungen in Kauf nehmen müßten, sodaß hier die Frage nach Nutzen und Kosten eher schwierig zu beantworten wäre.

Das Versuchsprojekt Verfassungsrechtsdokumentation wurde pünktlich am 15. November 1972 abgeschlossen. Sie selbst konnten sich vom Funktionieren überzeugen, aber für uns begann erst eine Periode der Evaluierung der Ergebnisse. Wir sind nun bereits zu einem

vorläufigen Endergebnis gekommen, welches zeigt, daß, wenn man Modifizierungen des ursprünglichen Projektes zur Kenntnis nimmt und beschließt, eine Fortsetzung durchaus richtig sein wird. Wir haben dafür bereits budgetäre Vorkehrungen für das nächste Jahr.

Wenn sich einige unserer wertvollen Mitarbeiter verlaufen haben, so sind wir keinesfalls darüber glücklich, aber dies hing mit dem Sonderstatus und der Sonderbezahlung zusammen. Hier muß nun eine permanente Lösung gefunden werden.

Wir glauben, daß die organisatorischen Möglichkeiten insbesondere mit der Einführung einer Lichtsetzmaschine bei der Staatsdruckerei gegeben sein werden. Wir bekommen dadurch nicht nur beschleunigte Drucklegungsmöglichkeiten — statt achtmaligem Schreiben einer Regierungsvorlage wird man mit einem einmaligen Schreiben auskommen —, sondern auch das Parlamentservice wird verbessert werden können. Wir können damit auch direkt auf eine dokumentalistische Bearbeitung übergehen. Ich glaube, daß dies auch das Parlament sehr interessiert.

In diesem Zusammenhang gibt es auch eine Arbeitsgruppe, besetzt vom Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst und Parlamentsdirektion. Diese Arbeitsgruppe ist also sozusagen unterwegs.

Uns kommt es darauf an, daß wir keine futuristischen Illusionen erwecken, sondern daß wir in realistischer Einschätzung der Situation auf dem Boden einer vernünftigen Entwicklung bleiben.

Herr Abgeordneter Dr. Pelikan! Sie fragten nach der Geschäftsordnung des EDV-Subkomitees. Ich darf Sie auf den EDV-Bericht 1971 verweisen. Dort sind diese Funktionen festgehalten. Die Aufgaben des EDV-Subkomitees ergeben sich aus Beschlüssen der Bundesregierung. Sie wurden zuletzt am 22. Juni 1971 erweitert. Es ist Aufgabe des EDV-Subkomitees, EDV-Schwerpunkte zu bilden und gegen den „Wildwuchs“ der EDV-Anlagen in allen Ressorts vorzugehen, mehrjährige EDV-Pläne zu ermöglichen, kompatible Hardware and Software, die Vereinheitlichung der Ausbildung des EDV-Personals vorzunehmen, die Schaffung der Voraussetzung für den entscheidungsorientierten Einsatz im EDV-Bereich des Bundes vorzusehen und eine verbesserte Koordination einzuleiten. (*Präsident Doktor M a l e t a übernimmt den Vorsitz.*)

Nun steht man vor der Frage, ob eine eigene Geschäftsordnung notwendig ist. Das wird in einem eigenen Arbeitskreis, im Arbeitskreis Planung geprüft.

Staatssekretär Dr. Veselsky

Zuletzt, Herr Abgeordneter Dr. Pelikan, zum Datenschutz. Es gibt einen einzigen ausländischen Staat, der ein Datenschutzgesetz auf gesamtstaatlicher Ebene hat. Das ist Schweden, wo allerdings dieses Gesetz erst mit 1. Jänner nächsten Jahres in Wirksamkeit treten wird.

Sie haben hier erstmals die Überlegungen der ÖVP kundgetan: fünf Punkte. Sie waren uns bisher unbekannt, und ich darf sagen, die meisten Punkte sind durchaus bereits im letzten Entwurf, im zweiten Entwurf zu einem Datenschutzgesetz, der vom Bundeskanzleramt ausgearbeitet wurde, enthalten. Einen verfassungsrechtlichen Schutz sollten wir nicht wählen, es gibt dabei zu große Probleme. Wir könnten dadurch unter Umständen mehr Schaden als Nutzen stiften. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Festhalten darf ich, daß in diesem bereits zweiten Referentenentwurf zu einem Datenschutzgesetz folgende Bereiche berücksichtigt sind:

Die Speicherung personenbezogener Daten und deren Weitergabe soll nur auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung möglich sein.

Es soll eine Auskunftspflicht gegenüber allen Betroffenen bestehen.

Es soll jeder Betroffene einen Berichtigungsanspruch haben.

Es soll eine Auskunftspflicht gegenüber den Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates bestehen.

Es soll eine Fremdkontrolle der Verwaltung geben, bestehend aus Betroffenen, Parlament und Volkswirtschaft und eine Selbstkontrolle der Verwaltung durch Einsetzung von Datenschutzbeauftragten im Rahmen der EDV-Koordination.

Ich darf abschließend eines sagen: Während frühere Regierungen glaubten, ohne Datenschutzgesetz auskommen zu können, war es die Auffassung dieser Regierung, daß man unbedingt vor Ausbau von parlamentarischen und verwaltungstechnischen Informationssystemen oder zumindest gleichzeitig damit auch einen gesetzlichen Datenschutz braucht, um Mißbrauch zu verhindern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, stelle ich aus dem Protokoll, das mir soeben übergeben wurde, fest, daß der Abgeordnete Dr. Fischer tatsächlich die Bemerkung gemacht hat: „Bevor Sie mit neuen Verleumdungen anfangen!“ Ich erteile ihm deshalb den Ordnungsruf.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Fleischmann glaubte die Opposition rügen zu müssen, daß sich nicht alle ihre Redner an die Redezeit von 20 Minuten gehalten haben.

Auch der Herr Staatssekretär war nicht gerade kurz, aber wenn man die beiden Redemeldungen des Herrn Abgeordneten Doktor Fleischmann zum Kapitel Bundeskanzleramt zusammenzählt, so dürfte man gerade etwa auf eine dreiviertel Stunde kommen. Er hält damit die Spitze der Redezeit beim Kapitel Bundeskanzleramt, er ist daher der letzte, der berechtigt wäre, Rügen zu erteilen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bin nicht ganz sicher, ob der Herr Bundeskanzler es zu den angenehmen Auswirkungen des großen Kompetenzgesetzes rechnet, daß ab 1. Jänner 1974 die Koordinierung der umfassenden Landesverteidigung in den Bereich des Bundeskanzleramtes kommt.

Im Vorgriff auf diese Aufgabe hat er am Nationalfeiertag ein prominentes Publikum in die Hofburg eingeladen. Unter dem Titel „Volk und Landesverteidigung“ hat er bedeutende Wehrexperthen des In- und Auslandes dort reden lassen, und es hat mich überrascht, daß er und der Herr Finanzminister Dr. Androsch dem schwedischen General Nils Sköld Beifall geklatscht haben, als dieser erwähnte, Schweden bringe für die umfassende Landesverteidigung pro Jahr 30 Milliarden Schilling auf. Dann schlüpfte der Herr Bundeskanzler in das neue Gewand des großen Landesverteidigers und erklärte, er sehe es als seine Aufgabe an, nunmehr in alle Bundesländer Österreichs zu fahren, um dort dafür einzutreten, daß man endlich die Notwendigkeit der Landesverteidigung in Österreich erkennt.

Meine Damen und Herren! Wer hat den Herrn Bundeskanzler eigentlich bisher gehindert, das zu tun?

Vielleicht sollte man noch hier im Hause festhalten, daß er drei konkrete Dinge dort zugesagt hat:

1. Die Bundesregierung fördert mit ganzer Kraft die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe.
2. Die Grundsätze der Landesverteidigung werden in die Bundesverfassung hineingenommen.
3. Dem Parlament wird eine Entschließung vorgelegt, in der diese Grundsätze konkretisiert werden.

Dr. Eduard Moser

Ich halte es bei der Flexibilität des Herrn Bundeskanzlers für durchaus möglich, daß ein Gesinnungswandel bei ihm vorgegangen ist.

Meine Damen und Herren! Wir sind auch auf diesem Gebiet keine Neinsagerpartei. Wenn es der Herr Bundeskanzler ehrlich meint, dann sind wir bereit, bei einer Landesverteidigungspolitik, die der Herr Bundesparteiobmann gestern wieder als ein staatspolitisches Anliegen hier charakterisiert hat, mitzuwirken.

Auch der ehemalige Verteidigungsminister Dr. Prader hat gestern hier die Bereitschaft erklärt, gemeinsame Formulierungen in der Verteidigungspolitik zu treffen und an diesen Maßnahmen mitzuwirken.

Aber mit verbalen Ankündigungen allein ist es nicht getan. Seit Jahren fordern wir hier den Bericht zur Landesverteidigung. Nicht für den Verteidigungsrat, wie der Herr Bundeskanzler gestern gesagt hat. Hier im Hause wollen wir ihn haben. Hier wollen wir diskutieren, genauso wie es in allen Demokratien der Fall ist.

Solange wir den Bericht nicht haben, halten wir uns an das Weißbuch, das ein Oppositionspolitiker, Herr Professor Ermacora, herausgeben mußte, weil ein ungeheures Informationsdefizit besteht; nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Abgeordneten. Wenn man dieses Weißbuch durchsieht, dann ist man erschüttert, welches Sicherheitsrisiko diese Regierung dem österreichischen Volk zumutet. Die Regierung ist auf vielen Gebieten ungläubwürdig, aber so ungläubwürdig wie bei der Landesverteidigung ist sie nirgends! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe den Herrn Bundeskanzler im Finanzausschuß gefragt, welche Mittel er im Bundeskanzleramt für die Aufgaben vorgesehen hat, die er in der Hofburg groß verkündet hat. Er mußte dort sagen, finanzielle Mittel habe er noch keine. Und als wir ihn über die Vorstellungen fragten, die er sich zur Erfüllung dieser Aufgabe zurechtgelegt hat, meinte er, ein Konzept liege noch nicht vor, aber er habe den Herrn Dr. Bayer, sicher einen tüchtigen Mann, den Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung, beauftragt, ein solches Konzept auszuarbeiten.

Wenn man dieses Konzept nachlesen will, findet man es, meine Damen und Herren, leider nicht in einem Bericht an das Hohe Haus, sondern im „Sozialistischen Akademiker“, der Zeitschrift des BSA, Oktober-Nummer 1973. Dort wird das Konzept veröffentlicht, das nun im Bundeskanzleramt wahrgenommen werden soll.

Es ist nichts anderes als das im Jahre 1965 bereits ausgearbeitete Konzept für die umfassende Landesverteidigung mit den drei Modellen. Es ist aber auch darin auch eine gehörige Portion Kritik an den Unterlassungen dieser Regierung enthalten. Ich möchte nun nicht mit eigenen Worten Kritik üben, sondern es mit den Worten des Herrn Dr. Bayer tun, der nun ausersehen ist, eine besondere Rolle im Bundeskanzleramt zu spielen.

Was sagt Herr Dr. Bayer zum Krisenfall, also zu jenem Fall, in dem internationale Spannungen bestehen und in welchem die wirtschaftliche Landesverteidigung im Vordergrund stehen muß? — Unter anderem lese ich dort:

„Es gibt keinen europäischen Staat, ausgenommen Österreich, der sich nicht Rohstoffe auf Lager gelegt hätte. Die anderen neutralen Staaten investieren jährlich hohe Beträge in die ständige Erweiterung ihrer Bevorratung. In Österreich werden die Fabriken, die auf Rohstoffe aus dem Ausland angewiesen sind, im Falle deren Ausbleibens innerhalb von drei bis sechs Wochen ihre Tore schließen müssen.“

Meine Damen und Herren! Wir verlangen Maßnahmen zur Sicherung dieser Arbeitsplätze in Krisenfällen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Neutralitätsfall, in jenem Fall also, in dem sich kriegerische Wirren in der Nachbarschaft abzeichnen, kommt zur wirtschaftlichen Landesverteidigung vor allem noch der Schutz der Zivilbevölkerung. *(Abg. Skritek: Wo gibt es solche Wirren in unserer Nachbarschaft?)* Was sagt Herr Dr. Bayer im Oktoberbericht des Bundes Sozialistischer Akademiker? — Herr Abgeordneter Skritek! Wenn: das ist der Neutralitätsfall, wie er im Konzept enthalten ist! — Ich darf Dr. Bayer zitieren:

„Kompetenzschwierigkeiten, mangelndes Erkennen der Notwendigkeiten für den Zivilschutz und die zivile Landesverteidigung und unzureichende Geldmittel haben uns in diesem Bereich noch kaum über das Planungsstadium hinaustreten lassen.“

Meine Damen und Herren! Wünschen wir, daß dieser Fall nie eintritt!

Ich will vom Verteidigungsfall gar nicht reden; dazu haben wir beim Kapitel Landesverteidigung noch Zeit.

In der umfassenden Landesverteidigung kommt es eben nicht auf eine Art Garnierung der militärischen Maßnahmen mit einigen Hilfeleistungen aus anderen Gebieten an. Die Armee hat kein Monopol mehr für die Verteidigungsleistung. Kein Sektor der umfassenden

Dr. Eduard Moser

Landesverteidigung kann ohne Schaden vernachlässigt werden. Wir brauchen ein ordentliches Konzept einer Gesamtverteidigung, wie das alle Staaten, vor allem die neutralen Staaten, haben.

Meine Damen und Herren! Was steht in der Regierungserklärung? — Es ist notwendig, die Regierungsfraktion gelegentlich an diese Erklärung zu erinnern, weil das Wort gefallen ist, das Regierungsprogramm sei ja schon fast erfüllt.

Was sagt Herr Bundeskanzler Kreisky in der Regierungserklärung? — „Das gesamte Volk, welches im Falle einer Aggression in Mitleidenschaft gezogen werden würde, hat sich zu schützen, weshalb an der Verfolgung des weiteren Ausbaues einer Umfassenden Landesverteidigung festgehalten wird und die nötigen Vorsorgen getroffen werden.“

Und weiter heißt es: „Legistische Voraussetzungen“ sind zu schaffen. Eine „wirksame Umfassende Landesverteidigung“ ist aufzubauen.

Hier steht: „weiterer Ausbau“. — Im Jahre 1970 hat der Herr Bundeskanzler alles vorgefunden. Er hätte nur weiter auszubauen brauchen. Es ist ja nicht wahr, daß ihm kein Erbe hinterlassen wurde! Aber seit damals ist fast nichts geschehen.

„Die nötigen Vorsorgen“ sind zu treffen. — Jetzt beginnt man in einer Zeit der Krise, sich über Vorsorgen den Kopf zu zerbrechen.

„Legistische Voraussetzungen“. — Meine Damen und Herren! Seit zwei Jahren liegen Papiere noch und noch im Landesverteidigungsrat geheim hinter Polstertüren und werden nicht behandelt.

Was will der Herr Bundeskanzler koordinieren? — Er hat kein Geld im Budget des Bundeskanzleramtes. Er hat für die geistige Landesverteidigung dem Herrn Bundesminister Sinowatz 600.000 S zugewiesen. Der Schweizer Experte hingegen hat gesagt, daß er Hunderte Millionen Schilling für diese Aufgabe in der Schweiz hat.

Für die wirtschaftliche Landesverteidigung sind im Handelsministerium zwei Beamte, zwei tüchtige Beamte tätig. In Schweden sind es 150, die auf diesem Gebiet wirken.

Für den Zivilschutz der Bevölkerung, für die zivile Landesverteidigung, für die es eine Faustregel gibt, daß 10 Prozent des Verteidigungsbudgets dafür aufzuwenden sind, finden wir im Budget 0,5 Promille, einen lächerlichen Betrag!

Wenn man das Budget so betrachtet, so nähert es sich dem Nulltarif für die umfassende Landesverteidigung. Und wenn das angesichts eines Sicherheitsrisikos, einer Gefährdung unserer Selbstbehauptung geschieht, dann ist das umso unerträglicher, umso unverständlicher, als man auf anderem Gebiet ja sehr wohl Mittel im gigantischen Ausmaß zur Verfügung hat.

Der Abgeordnete Dr. König hat heute zur UNO-City einiges berichtet. Ich möchte das nur durch einen einzigen — einen einzigen! — Fall aus diesem Baudschungel ergänzen.

Sie haben die Kritik der Opposition in dieser Sache nie ernst genommen. Sie dachten immer, wir wollen nur Propaganda machen und wir wollen nicht Kontrolle ausüben.

Aber meine Damen und Herren der Linken dieses Hauses! Hinter einer Fassade staatspolitischer Parolen, von Hinweisen, was man zur Sicherheit Österreichs durch die UNO-City beitragen könnte und welche Weltgeltung Wien bekommen wird, hinter dieser Fassade spielen sich Vorgänge ab, deren finanziellen Begleiterscheinungen ein gigantisches Ausmaß erreichen.

Im Jahre 1971, als man erkannte, daß der Architekt Staber nicht in der Lage war, das gesamte Unternehmen selbst zu bauen, hat man einen Koordinator eingeschaltet, dessen Aufgaben sind, das ganze Projekt zu überwachen, die Oberleitung der Bauausführung, örtliche Bauaufsicht und die Kostenberechnung.

Es waren mehrere Bewerber damals vorhanden, schließlich bekam es die Firma Ing. Walter, ein Großunternehmer aus Essen, der schon bei der Auswahl des Projektes herangezogen wurde und dessen Heranziehung hier im Haus ja bereits kritisiert worden ist.

Herr Ing. Walter, federführend für eine Arbeitsgemeinschaft Wien, an der auch zwei österreichische Firmen beteiligt sind, verlangte für diese Tätigkeit pauschal ein Honorar von 127 Millionen Schilling. Um diesen Betrag hat er den Auftrag erhalten. Er war um 12 Millionen Schilling billiger als sein ernster Konkurrent, und in einem Schreiben der IAKW ist festgehalten, daß das ein namhafter Grund dafür war, daß er diesen großen Auftrag erhielt.

Wenn man den Koordinatorvertrag ansieht, dann stehen wohl die 127 Millionen Schilling drinnen, aber nicht als Pauschalsumme, sondern sie werden berechnet von den jeweiligen Baukosten prozentuell, wie das in der Gebührenordnung festgelegt ist.

8464

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Dr. Eduard Moser

Da hat man nun eine sehr tiefe Bausumme angesetzt, nämlich 2,2 Milliarden Schilling, damit man auf die 127 Millionen Schilling gekommen ist.

Als nun der Herr Bundeskanzler im Sommer zur Überraschung der Bevölkerung 10 Milliarden Baukosten verkündet hat und der Herr Finanzminister das auch in einem Schreiben festgelegt hat, da begann man zu rechnen: Wie entwickeln sich denn eigentlich die Honorare?

Wir haben es zuerst nicht geglaubt, wir haben es von Fachleuten überprüfen lassen. Meine Damen und Herren! Das Honorar des Herrn Ing. Walter, des Koordinators, steigt bei einer Bausumme von 10 Milliarden Schilling von 127 Millionen Schilling auf 630 Millionen Schilling! Um eine halbe Milliarde mehr! Das Konferenzzentrum ist ja einbezogen in den Vertrag.

Meine Damen und Herren! Es übersteigt die Vorstellungskraft! Es ist einfach ungeheuerlich, daß ein Mann, ein Ausländer, einen solchen Betrag bekommt, den er gar nicht verlangt hat! (*Ruf bei der ÖVP: Millionen über die Grenze!*)

Mit der halben Milliarde, meine Damen und Herren, könnte das gesamte Gesundheitsprogramm, wie es die Frau Minister Leodolter oder unser Abgeordneter Primarius Wiesinger entworfen hat, für 1974 voll erfüllt werden. Es könnten alle Krankenhäuser modernisiert werden. Sie könnten alles das im Gesundheitswesen machen, was Sie sich vorgenommen haben. Begreife, wer das vermag. Ich vermag es nicht.

Ich bin überzeugt: Der Herr Bundeskanzler kann ja nicht gewußt haben, als er 10 Milliarden Schilling sagte, daß hier eine Honorarerhöhung um eine halbe Milliarde Schilling drinnen ist. Der Herr Bundeskanzler — vielleicht hört er am Mikrofon mit — wurde in der letzten Zeit — ich weiß zwei Fälle persönlich — von namhaften Fachleuten auf die völlig sinnlose Verschwendung bei diesem Projekt aufmerksam gemacht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich erwähne zwei Details, die ihm noch dazu von einem Fachmann, der selbst an diesem Bau mitwirkt, gesagt wurden:

Die internationalen Organisationen haben verlangt, daß zu jedem Büro in diesem Riesenkomples ein eigenes Klo kommt. Meine Damen und Herren! Können Sie sich vorstellen, was das bedeutet, die sanitären Anlagen nicht mehr in einem Block zusammenzufassen, sondern überall eigene Anschlüsse, eigene Klos? Das ist eine Verteuerung um Hunderte Millionen Schilling! Ja kann man denn von den

internationalen Beamten nicht erwarten, daß sie einige Schritte über den Korridor gehen können, um die sanitären Anlagen zu erreichen? Es werden vor allen die Entwicklungsländer nicht verstehen — die UNIDO ist ja für die Entwicklungsländer da —, daß man eine solche Verschwendung in diesem Projekt Platz greifen läßt.

Ein anderes Detail: Das gesamte Gebäude soll mit einer hochmodernen Klimaanlage — nicht nur in den Räumen, sondern auch in den Gängen; überall — ausgestattet werden. Das kostet zusätzlich 100 Millionen Schilling. Und der betreffende Fachmann hat dem Herrn Bundeskanzler gesagt, daß das unverantwortlich ist, obwohl er selbst daran verdient.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Zumutung, daß Sie unter solchen Aspekten das Ansinnen an den Bundesparteiobmann der ÖVP gestellt haben, die Mitverantwortung zu übernehmen, noch dazu in einem Zeitpunkt, wo längst die gesamten Aufträge für den Rohbau vergeben waren. Wenn es den Untersuchungsausschuß nicht gäbe — wir würden das alles nicht erfahren! Ich verstehe eigentlich nicht, warum Sie den Ausschuß unbedingt weghaben wollen. Sie müßten eigentlich dankbar sein, daß hier hineingeleuchtet wird.

Ich zitiere aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. November heurigen Jahres das, was aus der „sozialistischen Korrespondenz“ übernommen wurde. Dort steht:

Die ÖVP wird noch einige Alibi-Anträge im Untersuchungsausschuß stellen, um die Untersuchung noch einige Monate am Leben zu erhalten, aber alle Beteiligten sind sich einig, daß im UNO-City-Untersuchungsausschuß „nichts mehr drinnen“ ist.

„Im SPÖ-Klub ... rechnet man, daß der UNO-City-Untersuchungsausschuß sich noch bis zum Frühjahr 1974 hinschleppen und dann mangels eines entsprechenden Tatbestandes seine Tätigkeit einstellen wird.“

Meine Damen und Herren! Ich habe hier einen Brief der IAKW vom 10. Oktober 1973 — also neuesten Datums — an den Präsidenten des Nationalrates Benya. Nach diesem Brief entschließt sich die IAKW endlich, Verhandlungen mit dem Koordinator, also mit Ing. Walter, aufzunehmen, um die exorbitant hohen Honorarforderungen herabzusetzen.

Das geschieht jetzt, meine Damen und Herren, weil wir ein Jahr gebohrt haben im Untersuchungsausschuß! Das alles hätte man doch schon beim Vertragsabschluß bedenken können! Und wenn dieser Untersuchungsausschuß auch nichts anderes bewirken sollte, als hier Millionen, ja vielleicht sogar Hunderte Mil-

Dr. Eduard Moser

lionen Schilling dem österreichischen Steuerzahler zu ersparen, dann hätte er sich wirklich gelohnt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Bereicherungen bei diesem Projekt haben gar nichts zu tun mit dem Wert der UNO-City-Anlage, mit der Sicherheitspolitik Österreichs, mit den staatspolitischen Zielsetzungen und mit der Weltgeltung Wiens. Gar nichts! Das sind einfach Auswüchse, die abgestellt werden müssen. Diese Bereicherungen in dieser gigantischen Höhe sind umso unerträglicher, als man — wie ich eingangs ausgeführt habe — für die umfassende Landesverteidigung, die Sicherung unserer Freiheit und Unabhängigkeit kaum Geld hat.

Es ist hoch an der Zeit, daß bei der UNO-City die Grundsätze der Sparsamkeit einkehren und die Interessen Österreichs dort wirksam vertreten werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Hobl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Hobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wortmeldungen der Abgeordneten Doktor König und Dr. Moser veranlassen mich, ein paar Aufklärungen zu den Fragen und polemischen Darstellungen zu geben, die beide im Zusammenhang mit der UNO-City hier vorgebracht haben.

Ich glaube, daß die große Oppositionspartei froh sein sollte, daß die derzeitige Bundesregierung das Konzept des Wettbewerbsprogramms für das österreichische Konferenzzentrum nicht unbesehen übernommen hat. Eine Überprüfung hat nämlich ergeben, daß dieses Konzept aus 1968 ganz schwerwiegende Mängel hatte. Die Errichtung nur der ersten Baustufe wäre nämlich funktionell nicht befriedigend gewesen und hätte auch den derzeitigen Konkurrenzverhältnissen auf dem Konferenz- und Kongreßsektor in der Welt nicht Rechnung getragen.

Die verantwortungsbewußte Prüfung dieser Fragen unter der derzeitigen Bundesregierung hat also eine Fehlplanung beziehungsweise bedeutende Fehlentwicklung, meine Herren Kollegen, verhindert. Wer dies nicht wahrhaben will, beurteilt entweder das Sachproblem falsch oder — was ich viel eher vermute — legt keinen Wert darauf, daß Wien seinen Rang im Weltspitzenfeld der Kongreßstädte in der Zukunft erhalten und nach Möglichkeit verbessern kann.

Die Erklärung, warum der Endausbau des Konferenzzentrums im IAKW-Finanzierungsgesetz von 1972 noch nicht berücksichtigt wurde, ist sehr einfach, und die Herren Doktor König und Dr. Moser wissen das sehr genau. Die vom Herrn Dr. König erwähnte Beratung des Ministerkomitees vom Februar 1972 hat nämlich zwar die grundsätzliche Überlegung für den Vollausbau des österreichischen Konferenzzentrums gebracht, aber noch nicht die Entscheidung über das endgültige Raum- und Funktionsprogramm. Diese Frage wird ebenso wie die Frage der Betriebsführung, die Sie, Herr Kollege Dr. König, in Ihren Ausführungen berührt haben, und der Kosten eines solchen Konferenzzentrums sehr eingehend unter Einschaltung von Experten geprüft. Erst nach Abschluß dieser Prüfungen wird die endgültige Entscheidung über die Gestaltung des Konferenzzentrums getroffen werden. Eine sorgfältige Prüfung, meine sehr geehrten Damen und Herren — jedenfalls sorgfältiger als jene von 1967 und 1968 —, kann wohl nicht Anlaß eines Vorwurfs sein, wie er vom Herrn Kollegen Dr. König hier vorgebracht wurde.

Was den Umfang beziehungsweise das Fassungsvermögen des österreichischen Konferenzzentrums anlangt, möchte ich bemerken, daß schon im Wettbewerbskonzept aus 1968 für den Endausbau ein Fassungsvermögen für 9000 Personen vorgesehen war. Abgesehen davon aber hat sich, wenn man die Frage nach der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Konferenzzentrums für die Bundeshauptstadt bejaht, die Größe des Konferenzzentrums allein am Bedarf für Staatenkonferenzen und Kongressen unter Berücksichtigung der derzeit bekannten beziehungsweise voraussehbaren Konkurrenzverhältnisse zu orientieren. Andere Überlegungen könnten nur zu einer Fehlplanung beziehungsweise zu einer Fehlinvestition führen.

Ich nehme an, daß beide Kollegen, Herr Dr. König wie Herr Dr. Moser, ihre Informationen über jene Gutachten haben, die die IAKW bei namhaften Fachleuten über die Beurteilung von Größen der Konferenzzentren und über die voraussichtliche Entwicklung in dieser Sparte der Konferenzzentren, der Konferenzen und Kongresse in der Welt, eingeholt hat.

Herr Kollege Dr. König hat auch gemeint, daß im IAKW-Gesetz gar nichts darüber drinnen steht, was die IAKW an Aufgaben zu leisten hat. Herr Kollege Dr. König! Der § 1 des IAKW-Finanzierungsgesetzes sagt genau, daß der Bund die Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des

Ing. Hobl

als Bundesgebäude zu errichtenden Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien einer Aktiengesellschaft zu übertragen hat.

Herr Dr. König! Sie haben sehr viel von Verschleierung in bezug auf das Budget gesprochen. Es kann sich die Größenordnung des Projekts noch nicht im Budget auswirken. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat Ihrem Bundesparteiohmann in einem Brief ganz offen dargelegt, wie sich die Kostensituation im Sommer dargestellt hat. Von einer Verschleierung kann da überhaupt keine Rede sein! Sie selbst und auch die Mitglieder der Bundesregierung haben diese Zahlen in der Öffentlichkeit mehrmals genannt. Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und Erklärungen des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt vor Wahlen haben ganz deutlich gezeigt, wie ernst die Bundesregierung und auch der Repräsentant der Stadt Wien, der Bürgermeister, diese Fragen nehmen.

Es ist ganz eigenartig, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei: Ein Redner kommt hier zu diesem Pult und sagt: Diese Bundesregierung redet nur, sie handelt nicht, sie tut nichts! Und der nächste kommt und sagt: Sie tut zuviel, viel zuviel, und viel zu schnell, dieses Projekt ist viel zu groß, viel zu umfangreich! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Sie sind nicht nur eine Partei des Neinsagens, sondern Sie haben auch in der Frage, ob die Bundesregierung nur redet oder ob sie auch handelt, von Redner zu Redner eine verschiedene Darstellung. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Sie Opposition um jeden Preis betreiben, und Sie betreiben diese Opposition immer mehr im Hinblick auf Opposition gegen diese Republik und nicht gegen die Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Gehen Sie auf den Ursprung der ganzen UNO-City zurück. Das, was Ihre Herren — ich glaube nicht einmal alle, aber insbesondere die Herren Doktor Moser und Dr. König — hier betreiben, ist ja nichts anderes als eine Kindesweglegung. Es ist das Kind der ÖVP-Alleinregierung, das hier vernünftigerweise (*Beifall bei der SPÖ*) von der sozialistischen Regierung im Interesse unseres Landes weiter gehegt und gepflegt wird. Sie distanzieren sich davon immer mehr, je größer das Kind wird und je mehr sich die Entscheidungen, die wir jetzt bei der Erziehungsarbeit für Ihr Kind leisten, als richtig herausstellen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Aber den Wasserkopf habt ihr dem Kind angehängt!*) Nein, mein lieber Kollege Zittmayr! Ich rechne, daß es im Klub der Österreichischen Volkspartei nicht nur einen Mandatar gibt, der

gar keine große Freude mit der Art und Weise hat, wie manche Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die der ÖVP angehören, in dieser Frage agieren. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Der Kollege Dr. König hat gesagt, wer die Prüfung scheut, hat etwas zu verbergen, und er meinte, Prüfung ist alles das, was er hier vorschlägt. Wenn also Dr. König hier Prüfingenieure vorschlägt, so ist das die einzige Form der Prüfung eines solchen Projektes, und wenn jemand gegen die Prüfvorschläge des Herrn Kollegen Dr. König ist, dann hat er etwas zu verbergen. Er verschweigt hier, daß wir gemeinsam den Rechnungshof bestimmt haben — über einen Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers —, und Herr Dr. König verschweigt, daß es sozialistische Abgeordnete waren, die — ich war der Erstunterzeichner — für die Wiedereinsetzung eines Untersuchungsausschusses in dieser Legislaturperiode eingetreten sind. Prüfung ist nur das, was Dr. König für Prüfung hält; alles andere ist Verbergen.

Meine Herren! Es ist ja schon ganz deutlich für den objektiven Betrachter: Der erste Anlauf in der Frage wurde mit der großen Parole „Schiebung“ geführt. Er ist ins Leere gegangen. Dann sind Presseerklärungen gekommen, die nichts als Klagen eingebracht haben. Schließlich haben wir den Untersuchungsausschuß eingesetzt, und dort haben wir gemeinsam beschlossen, daß der Herr Bundeskanzler neben anderen Personen noch als Zeuge gehört werden soll, damit man ihm von seiten der Opposition noch Fragen stellen kann.

Sie nehmen heute das Kapitel Bundeskanzleramt wieder zum Anlaß, diese Fragen an den Herrn Bundeskanzler nicht im Rahmen des Untersuchungsausschusses, sondern hier zu stellen. Sie wollen sich, meine Herren, Herr Dr. König und Herr Dr. Moser, Ihr angeschlagenes Gesicht in dieser Frage in Ihrer Partei und in der Öffentlichkeit immer wieder kosmetisch reparieren. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Wer ist angeschlagen?*) Jawohl, insbesondere die beiden Herren Kollegen!

Einmal kommt man hierher — selbst die zwei von mir genannten Redner — und sagt, die Bundesregierung solle Vorsorge treffen, daß Arbeitsplätze gesichert werden, sollte sich ein Rückschlag auf Grund der sich anbahnenden Energiekrise in Europa ergeben, und wenn wir erklären, daß unter anderem auch der Bau der UNO-City die Garantie für eine jahrelange Beschäftigung österreichischer Arbeiter und Angestellter gibt, dann kritisieren Sie das.

Ing. Hobl

Wenn der Herr Kollege Dr. König Äußerungen des ehemaligen Bürgermeisters von Wien, Felix Slavik, aus einem Protokoll zitiert, wie er die Organe der IAKW betreffend Fragen und Entscheidungen behandelt hat, so ist das für mich der beste Beweis dafür, daß sozialistische Politiker (*Abg. Dr. Gruber: Kein einziges Regierungsmitglied ist da! — Unruhe bei der ÖVP*) im Zusammenhang mit der IAKW ganz genau kontrollieren, ob sinnvolle oder weniger sinnvolle Sachen gemacht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Herr Kollege Dr. Moser sagt: „In diesem Baudschungel!“, so stellt er wieder mit einem Wort etwas ganz „Dramatisches“ dar, und wenn er hier sagt: Wir werfen vor: nur Propaganda und keine Kontrolle!, dann muß ich erwidern: Na, die beiden Redner haben das heute wieder ganz genau bewiesen.

Wenn Herr Dr. Moser ferner über den Koordinator, den Koordinatorvertrag und über die Aufgaben, die der Koordinator hat, sprach und man das im Protokoll nachliest, dann erkennt man, daß der Koordinator auch ein hohes Maß an Prüffunktionen hat. — Aber das wird von den Herren hier nicht gesagt!

Herr Kollege Dr. Moser hat genau gewußt — er hat es ja dann zum Schluß gesagt —, daß die Organe der IAKW dabei sind, die Verträge hinsichtlich der Honorare einer Revision zu unterwerfen. Nur vorher hat er es so dargestellt, als ob es seines Hinweises oder des seiner Kollegen bedurft hätte. Daß der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, den Herr Kollege Dr. Moser hier zitiert hat, ihm nicht gefällt, das glaube ich schon. Aber dem Herrn Dr. Moser gefällt ja auch nicht, daß manche Abgeordnete in seiner eigenen Partei ihn fragen, ob das noch sehr sinnvoll ist, und er fühlt sich hier unter Druck gesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, egal wie lange er noch tagen möge, werden wieder beweisen, daß die Anschuldigungen und Unterstellungen, die hier vorgebracht wurden, jeder Grundlage entbehren. Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Burger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Hohes Haus! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich dem Herrn Abgeordneten Hobl sagen, daß der Rechnungshof ja nur bis zur Errichtung der Baugesellschaft prüfen kann. Aus diesem Grunde verlangt die Österreichische Volkspartei Prüfungsingenieure. Und ich glaube, daß es auch recht ist, hier festzustellen, daß es gescheiter wäre, in der der-

zeitigen Energiekrise Kraftwerke zu bauen statt dieses Milliardenprojekt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Brauneis hat in seiner Rede festgestellt, daß die ÖVP gegen die verstaatlichten Betriebe wäre. Ich möchte hier doch auch in Erinnerung bringen, daß damals, als die Verstaatlichungsgesetze 1946 hier geschaffen worden sind, die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit in diesem Hause hatte. Hier ist ein Widerspruch drinnen.

Er hat aber auch festgestellt, daß die Betriebsratswahlen bei Elin so erfolgreich ausgegangen sind. Meine Damen und Herren! Ich mute Ihnen nicht zu, daß Sie den Betriebsratswahlkampf bei Elin kennen. Auf jeden Fall ist dieses Ergebnis verschleiert, weil die Kandidierenden Listen zurückziehen mußten, weil man ihnen mit Kündigungen — nicht nur vom Arbeitsplatz, sondern auch mit Kündigungen aus den Dienstwohnungen — gedroht hat. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich werde mich über die Vorgänge bei den Betriebsratswahlen — schon als Vizepräsident der Steirischen Arbeiterkammer — genauest informieren. Denn letzten Endes verfolgt hier der Gewerkschafter den Gewerkschafter. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Herr Kollege Burger! Wie können Sie etwas behaupten, wenn Sie sich erst nachher informieren können! Zuerst bläst man groß, nachher geht man sich informieren! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Sie können Zwischenrufe machen! Sie machen diese Zwischenrufe gegenüber einem Kollegen, der es immer wieder selbst erlebt, was ich hier gesagt habe. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die verstaatlichte Industrie: Man sagte, die Volkspartei sei feindlich eingestellt. Nun ist diese verstaatlichte Industrie aus dem Budget endgültig draußen. Man findet sie nicht mehr. Ein Umstand, der in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung unvorstellbar gewesen wäre.

Gerade jetzt — in der Zeit der Fusion innerhalb der Eisenindustrie und der Buntmetallindustrie — wären Geldmittel notwendig. Vor allem in diesem Jahr, wo die Stahlindustrie und die Stahlfusion ihren ersten Geburtstag feiert, sollte man erwarten dürfen, daß im Budget einige Ansatzpunkte drinnen sein könnten. Es bleibt, nachdem nichts im Budget drinnen ist, doch nun zu hoffen, daß die 2 Milliarden Schilling, welche vom Herrn Bundeskanzler in Linz versprochen worden sind, in irgendeiner Form bald gegeben und

8468

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Burger

eingelöst werden. Denn die Finanzierungsprobleme, die der Stahlkonzern nunmehr hat, sind größer als man schlechthin denkt und als man schlechthin die Situation beurteilt. Wir erwarten und der Vorstand erwartet diese 2 Milliarden Schilling.

Die Fusion der Stahlindustrie hat viele Probleme mitgebracht, und es wird bei der Fusion der Nichteisenindustrie nicht anders sein. Ich denke an jenes Gesetz, das wir vor einigen Tagen beschlossen haben. Es ist nicht meine Aufgabe, von Schwierigkeiten im Geschäftsbereich zu reden, sondern ich möchte einige Dinge im sozialen Bereich aufzählen.

Obwohl die Stahlfusion bald den einjährigen Geburtstag hat, sind Dinge im Sozialbereich, die man uns versprochen hat, nicht gelöst worden. Man hat uns vor der Fusion auf den Arbeitsplätzen und in den Betrieben versprochen, daß das Sozialpaket harmonisiert werden wird. Damit ist wohl die Ertragsprämie, die beide Firmen den Belegschaften auszahlen, aber auch die Treueprämie gemeint. Kein Betriebsratsobmann, gleich welcher Partei, kann es sich leisten, diese sozialen Forderungen, dieses Sozialpaket auf Kosten anderer Dinge, die wir haben, zu erreichen oder auf Dinge, die uns gegeben worden sind, zu verzichten.

Und hier, meine Damen und Herren, liegen wieder einmal Dinge im Bereich der Versprechungen. Es haben uns die sozialistischen Betriebsräte in dem Zusammenhang alles versprochen. Aber nicht nur die Betriebsräte in den Betrieben, auch die sozialistischen Abgeordneten im steiermärkischen Landtag sagten: Wenn die Fusion vollzogen ist, dann wird im Bereiche der sozialen Dinge alles wohlbestellt sein. Gekommen allerdings ist es anders.

Es wird nie möglich sein, alle Dinge in einem Großbetrieb zu harmonisieren, alle Dinge gleichzuziehen, weil die Arbeitsbedingungen andere sind, weil die Verträge, die die Betriebsräte mit den Werks- und Unternehmensleitungen abgeschlossen haben, andere sind, aber gleich sein kann und gleich sein muß der Anteil am von allen erarbeiteten Ertrag; vom höchsten Angestellten bis zum letzten Arbeiter.

Was gleich sein muß, ist die Wertschätzung der Betriebstreue, wenn diese in Form einer Prämie ausgeschüttet wird. Ich habe als Oppositionsabgeordneter förmlich die Pflicht, diese Dinge für unsere Kollegen hier aufzuzeigen. Sie warten ja, bis ein Versprechen, das gegeben worden ist, eingelöst wird.

Ich will damit zwei Dinge erreichen:

Erstens, daß man die unterschiedliche Behandlung in der Ertragsprämie bei gleicher Leistung ausschaltet, daß man in diesem Bereich jedem das gleiche Recht zuteil werden läßt.

Zweitens aber möchte ich, da ich es hier aufzeige, erreichen, daß die SPO-Betriebsvertretungen sich endlich angewöhnen, den Belegschaften die Wahrheit und nicht die Unwahrheit zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von den versprochenen 2 Milliarden könnte ein kleiner Betrag für die sozialen Belange in diesem Großunternehmen abgezweigt werden. Herr Bundeskanzler! Hier würden Sie den Belegschaften einen guten Dienst erweisen, wenn Sie einen kleinen Teil Ihres Versprechens einlösen würden. Oder, so muß ich mir die Frage stellen, denkt man die Finanzierung so zu lösen, daß man das Ansuchen des Konzerns um Befreiung von der Gewerbeertragssteuer genehmigt hat? In diesem Zusammenhang hörte man monatelang nichts. Erst bei einer Gemeinderatssitzung in Eisenerz kam man darauf, daß die Gewerbeertragssteuer nicht mehr abgeliefert wird. Für die Stadt Leoben — ich habe keine Ursache, mich vielleicht mit Gemeinden sozialistischer Mehrheit auseinanderzusetzen —, aber allein für die Stadt Leoben ist der Verzicht auf die Gewerbeertragssteuer oder auf die Nullstellung, wie man sagt, ein Schaden von 7 bis 8 Millionen Schilling, für Eisenerz von 3 Millionen Schilling, für Zeltweg von 2 Millionen Schilling und so weiter und so weiter. Die Betriebsräte und die Bürgermeister von der sozialistischen Fraktion haben beim zuständigen Referenten im Lande Steiermark, Landesrat Bammer, protestiert. Sie wurden abgewiesen und sie kehrten heim und schwiegen zu diesem Problem. Der Bundeskanzler sagte: Ich stehe zu diesem Versprechen, ich weiß nur nicht, wann und wie ich dieses Versprechen einlösen werde; so im Finanzausschuß des Hauses.

Meine Damen und Herren! Wenn die Stahlfusion unter den verschiedensten Begleiterscheinungen zu leiden hatte, dann sicher auch deshalb, weil maßgebliche Fachleute verschiedenste Ansichten über diese Fusion hatten. Ich darf einige Zeitungsüberschriften zitieren, auf den Inhalt aber verzichten. So schreibt zum Beispiel die „Presse“ im September 1973: Fohnsdorf und Pöfing Bergla nicht zu halten. Ein paar Tage später schreibt der „Kurier“: In Fohnsdorf geht der Betrieb weiter. Dann wieder die „Südost Tagespost“: Investitionskürzungen bei der Alpine — was mich veranlaßte, an den Herrn Bundeskanzler eine Anfrage zu richten, ob das der Wahrheit

Burger

entspreche. Der Herr Bundeskanzler sagte: Nein, es entspricht nicht der Wahrheit, es werden keine Investitionen gekürzt. Ich habe diese Antwort erwartet, weil es untragbar wäre, im steirischen Raum Investitionskürzungen vorzunehmen. Gekürzt wurde nichts, aber die steirische Industrie hat keinen Anteil am Investitionssonderprogramm in der Höhe von 2,6 Milliarden Schilling.

Es steht dann in der „Neuen Zeit“: Nicht den Kopf in den Sand stecken! So der Herr Generaldirektor Dr. Geist: Neue Techniken machen Hochöfen in Donawitz und die LD-Tiegel überflüssig.

Die Betriebsräte haben diese Stahlenquete auf der Kapfenberger Burg scheinbar ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Ich darf hier meine Meinung zum Ausdruck bringen: Unverständlich, daß solche Äußerungen, vom höchsten Manager der ÖIAG ausgesprochen, von den Betriebsräten widerspruchslos zur Kenntnis genommen werden. In einer Zeit der Mitsprache, in einer Zeit der Mitbestimmung darf ein Betriebsrat, gleich welcher Fraktion, zu solchen Äußerungen nicht schweigen. Daher sage ich das hier. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe früher, als ich meine Rede begann, viele Zwischenrufe bekommen wegen Elin, daß dieses oder jenes nicht stimme. Herr Bundeskanzler! Herr Staatssekretär! Man soll ja nicht Pauschalverdächtigungen machen, man muß ja auch hier am Rednerpult konkret werden, man muß ja immer darauf bedacht sein, daß vielleicht die Öffentlichkeit einen Teil der Rede mithört, und deshalb bringe ich Ihnen noch etwas, meine Herren von der Sozialistischen Partei. *(Abg. Skritek: Das erste war ein Rohrkrepierer!)* Der sozialistische Betriebsratsobmann Exl von Krieglach hat folgendes gesagt: Ich nehme keine ÖAAB-Mitglieder oder der ÖVP Nahestehende in meinen Betrieb auf. — Und er hat diese Meinung wahr gemacht. Soll ich Ihnen die Namen derer, die nicht aufgenommen worden sind, jetzt vorlesen? Entbinden Sie mich davon, denn es könnte sein, daß diese vier, deren Namen ich da habe, erneut Schwierigkeiten bekommen, nachdem ich für ihre Aufnahme interveniert habe. *(Abg. Steiner: Das ist eine Personalpolitik!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß das Recht auf Arbeit und Brot der heimische Arbeiter genauso haben muß wie der Fremdarbeiter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wäre noch zu sagen, daß die Stahlfusion für den steirischen Erzberg — und das wurde hier schon erwähnt — seinen Vorteil hatte. Es ist der Erzkrieg zu Ende, weil nicht mehr

zwei Verhandlungspartner sind. Hätten sich die Vorsitzenden der Vorstände nicht benommen wie feindliche Brüder, hätte auch dieser Erzkrieg ausbleiben können.

So hoffe ich, meine Damen und Herren, daß man alle Probleme der verstaatlichten Wirtschaft mit dem notwendigen sittlichen Ernst betrachtet und ihnen so begegnet, daß dieser Industrie notfalls jederzeit jene Mittel gegeben werden, die sie braucht, um die Arbeitsplätze von 104.000 Beschäftigten zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Steinhuber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Steinhuber** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, über Betriebsratswahlen zu sprechen, aber der Kollege Burger zwingt mich dazu. Kollege Burger, du weißt ganz genau, daß die kleinen kandidierenden Gruppen bei der Elin nicht die erforderliche Unterschriftenzahl bekommen haben, um kandidieren zu können. *(Abg. Burger: Wegen der Kündigungsdrohungen!)* Sollte hier ein Terror ausgeübt worden sein, dann wäre ein logischer Schluß, daß die Belegschaft weiße Stimmzettel hineingeschmissen hätte. Aber wenn das so wäre, wenn ein Druck auf die Belegschaft ausgeübt worden wäre, was müßte dann passieren? Glaubst du wirklich, daß ein Betriebsrat mit in die Wahlzelle gehen kann und sagen kann: So und so, mein Freund!, sondern diese Wahl ist ordnungsgemäß abgewickelt worden. Das möchte ich hier sagen.

Aber ich gebe dir ein Beispiel, was du nicht weißt und was sehr interessant ist: Bei uns, bei der Simmering-Graz-Pauker AG, bei der vorletzten Betriebsratswahl, habe ich sogar mit meinen Freunden vom ÖAAB gesprochen und habe gesagt: Warum kandidiert ihr nicht bei den Arbeitern? — Na ja, wir machen ohnehin keinen Stich, wir haben nie ein Mandat bekommen, 40 Stimmen sind zu wenig! So ungefähr sagten sie. Ich sagte: So kandidiert doch! Sie haben nicht kandidiert. Was stellte sich heraus? — Es war eine Absprache, daß bei den Angestellten kandidiert wird, und die Kommunisten bei den Angestellten haben dem ÖAAB die Stimmen gegeben, und umgekehrt, der ÖAAB den Kommunisten die Stimmen, damit die Arbeiter einen Kommunisten haben mit Unterstützung des ÖAAB. *(Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Doktor Gruber: Beweise! — Abg. Glaser: Wo ist der Beweis für solche Behauptungen?)* Das kann ich beweisen. Gute Freunde von euch

8470

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Steinhuber

haben mir gesagt: Da spielen wir gar nicht mit, diese Politik nennen wir auch eine Packelei! Soll ich nun in der Öffentlichkeit eure Parteifreunde hier aufzählen? Wollt ihr das haben, damit ihr sie anprangern könnt? — Ich liefere eure Parteifreunde nicht eurem Schiedsgericht aus! (*Abg. Suppan: Das ist aber niedlich! — Abg. Dr. Schwimmer: Sindbad, der Seefahrer!*)

Nun komme ich zum eigentlichen Inhalt dieses Kapitels.

Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton sprach gestern davon, daß die verstaatlichte Industrie die gleichen Wettbewerbschancen haben müßte wie die Privatindustrie. Richtig, Herr Abgeordneter, wir unterstützen das voll inhaltlich und hundertprozentig. Aber der Herr Dkfm. Gorton hat ganz vergessen, daß vor zehn Jahren noch seine Partei in dieser Frage einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat. Herr Dkfm. Gorton weiß genauso gut wie ich, daß damals alles unternommen wurde seitens der ÖVP, daß die verstaatlichte Industrie ja nicht in den Bereich der Finalindustrie vorstößt. Auch hier ein Beispiel.

Im Werk Graz der Simmering-Graz-Pauker AG hatten wir gegen Ende der fünfziger Jahre Auftragsschwierigkeiten. Über 100 Arbeiter standen vor dem Abbau. Die SGP beziehungsweise, genau gesagt, das Werk Graz der Simmering-Graz-Pauker AG wollte damals Fenster und Türstöcke fertigen — wir hatten eine große Tischlerei, die Bauindustrie hatte Hochkonjunktur —, aber das wurde der verstaatlichten Industrie verboten. Einflußreiche Kreise der ÖVP und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft waren damals dagegen. Ich frage Sie: Ist das hier die Chancengleichheit? Das ist eine Benachteiligung der verstaatlichten Industrie. 100 Arbeiter wurden brutal auf die Straße gesetzt. Sie wurden entlassen, weil die ÖVP es so wollte.

Und nun zur Zusammenführung der verstaatlichten Industrie. 1964 war die ÖVP im 15er-Ausschuß gegen jede Zusammenführung der verstaatlichten Unternehmungen. Ihre Vertreter argumentierten damals so — ich erinnere mich noch ganz genau, weil sie ja durchdrungen von dem Willen waren —: Auf keinen Fall eine Zusammenführung der verstaatlichten Industrie, denn das könnte eine zu große Konkurrenz gegenüber der Privatindustrie geben, das könnte ja gefährlich werden. Ja man argumentierte damals: Nicht die Zusammenführung ist für die verstaatlichte Industrie zweckmäßig, sondern gerade das Gegenteil ist notwendig und erforderlich; eine Dekonzentration, eine Dezen-

tralisierung ist für die verstaatlichten Betriebe das optimal Beste. So sagten damals die Vertreter der ÖVP.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, daß Abgeordneter Dkfm. Gorton jetzt die Ansicht vertritt, daß die SGP bei der Vertöchterung der Linzer und Korneuburger Schiffswerfte sowie der Rumpel AG mit der VOEST-Alpine nicht ausgeklammert hätte werden sollen; zumindest hätte man diese Frage ernstlich prüfen müssen. Das ist richtig, das ist auch unser Standpunkt. Wir im Zentralbetriebsrat haben einen einstimmigen Beschluß auch mit den Vertretern des OAAB gefaßt, daß wir eine Vertöchterung mit der VOEST für das optimal Beste halten.

Aber in dieser entscheidenden Frage waren die Manager, die der ÖVP angehören, dagegen, einflußreiche Wirtschaftsmanager waren dagegen. Deshalb konnte die Frage derzeit noch nicht positiv gelöst werden. Es ist aber sicher noch nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen, und ich bin überzeugt, daß die sozialistische Regierung das Beste tun wird, um die Beschäftigungssituation und die Arbeitsplätze in der SGP zu sichern.

Nun einen einzigen Satz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Vetter, die er gestern hier im Hohen Hause in bezug auf die regionalpolitischen Probleme gemacht hat. Es ist ein Musterbeispiel dieser Regierung in bezug auf die Regionalpolitik, daß sie Betriebsgründungen im Raume Aichfeld-Murboden vorgenommen hat. Die Regierung Kreisky hat das geschaffen, was die ÖVP in ihrer vierjährigen Regierungszeit nicht zustande brachte. (*Abg. Schrotter: Was hat das Land dazu beigetragen, und was hat der Bund dafür hergegeben?*) Das Land hat natürlich etwas dazu beigetragen, aber die Krise bestand schon, als die ÖVP-Alleinregierung im Amt war, und die ÖVP-Alleinregierung hat mit Herrn Landeshauptmann Krainer damals nicht zustande gebracht, Industriegründungen durchzuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist das Verdienst der Regierung Kreisky, es ist das Verdienst der Regierung, daß dort menschenwürdige, moderne Arbeitsplätze für über tausend Arbeiter geschaffen wurden.

Wenn man heute im Laufe der Debatte den Oppositionsrednern aufmerksam zuhörte, dann bekam man den Eindruck, sie üben Kritik um der Kritik willen. Sachlich haben sie ja gegen diese Regierungspolitik nichts zu sagen. Was kann man denn auch sagen, wenn die Pensionen in der Zeit der SPÖ-Regierung im Vergleich zur Zeit der ÖVP-Regierung für die

Steinhuber

Ausgleichsrichtsatzbezieher um mehr als das Doppelte gestiegen sind? In den vier Jahren ÖVP-Alleinregierung stiegen sie um 20 Prozent, seit 1970 in knapp vier Jahren SPÖ-Regierung um 44,5 Prozent. Sie sind sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozenten ausgedrückt gestiegen.

Was kann die ÖVP schon dazu sagen, wenn am 1. Jänner 1974 die stärkste Pensionserhöhung in Kraft treten wird? Die Pensionen werden nämlich um 10,4 Prozent erhöht, und mit 1. 7. 1974 wird es nochmals eine 3prozentige Pensionserhöhung geben. Dies ist die stärkste Pensionserhöhung, die in den letzten Jahrzehnten in Österreich verwirklicht werden wird. Der Hilflosenzuschuß wird 50 Prozent der Pensionen betragen, mindestens aber 839 S. Die Ruhensbestimmungen werden wesentlich gelockert, der Freibetrag, bis zu dem eine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden kann, ohne daß ein Pensionsruhen eintritt, wird ab 1. Jänner 1974 bereits auf 3231 S monatlich erhöht. Deshalb kann ich ohne Übertreibung sagen: Unter dieser sozialistischen Regierung wurde der größte sozialpolitische Fortschritt, den es je in der Ersten und Zweiten Republik gab, erreicht. (*Abg. Deutschmann: Das glaubt er selber nicht!*)

Die ÖVP war und ist noch immer gegen eine rasche fortschrittliche Sozialpolitik. Alle Gesetze, die für die arbeitenden Menschen sozialpolitische, arbeitsrechtliche und finanzielle Vorteile brachten und von den Sozialisten durchgesetzt wurden, stoßen, obwohl hier im Hohen Haus teilweise seitens der ÖVP zugestimmt wurde, auf einen geradezu leidenschaftlichen Widerstand in den Ausschußverhandlungen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Die ÖVP ist in ihrem Wesen eben sehr konservativ, ja, Herr Doktor, sie ist sogar stockkonservativ, wenn Sie das hören wollen.

Diese meine Behauptungen möchte ich auch mit einem Beweis untermauern. Den Entwurf des Arbeitsverfassungsgesetzes hat der Bundesparteivorstand der ÖVP noch vor Ende der Begutachtungsfrist rundweg abgelehnt. Eine Inseratenkampagne in den Zeitungen wurde gegen diesen Entwurf gestartet. Ist das fortschrittlich? Nein, das ist — wie ich schon gesagt habe — stockkonservativ. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Warum ist der Entwurf dann abgeändert worden?*) Diese Ablehnung ist kein Zufall, denn der Gesetzentwurf sieht eine spürbare Ausweitung der Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in den Betrieben vor.

Weil Sie gegen diesen Entwurf, gegen diese Regierungsvorlage sind, haben Sie auch auf der Wirtschaftspartnerebene verhandelt. Bei

diesen Verhandlungen haben Sie, wie man den Zeitungsberichten entnehmen konnte, alles unternommen, um die fortschrittlichen Bestimmungen in diesem Gesetz zu bremsen. Das ist Ihr Recht, das halte ich Ihnen gar nicht vor, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Einzuwenden habe ich aber, daß Sie dann nicht sagen dürfen, daß Sie ernstlich und ehrlich die Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Lande vertreten. Dieses Recht spreche ich Ihnen ab. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Praxis zeigt uns gerade auch in dieser Frage, daß die Arbeitnehmer in der ÖVP wenig oder, besser gesagt, nichts mitzureden haben. Wo es darauf ankommt, steht die ÖVP samt dem ÖAAB treu und geschlossen auf der Seite der Unternehmer.

Die Hunderttausenden Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie und darüber hinaus in Österreich wissen ganz genau, daß die gesetzlichen Interessen nur von einer Partei im Parlament vertreten werden, nämlich von den Sozialisten.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion unterstützt dieses Budget 1974, weil es ein weiterer Schritt ist, um Österreich in allen Bereichen fortschrittlicher zu gestalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es erübrigt sich, auf die Ausführungen des Kollegen Steinhuber einzugehen, denn Behauptungen wie etwa die, daß nur mehr die Sozialisten die Arbeitnehmer vertreten, glauben Sie ja selbst nicht.

Ich möchte mich nun mit meinem eigentlichen Thema befassen, mit der Entwicklungshilfe. Die Regierungspartei hat, als sie noch nicht Regierungspartei war, bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihr Herz für die Völker der Dritten Welt gezeigt. Das gehörte gewissermaßen zum Standard der sozialdemokratischen Tradition, das gehörte zu den Standardanliegen dieser Partei, als ob sie diese Anliegen gepachtet hätte. Wie bei vielen anderen Anliegen ist es aber dann auch hier gegangen: Theorie und Praxis haben sich als zwei grundverschiedene Dinge erwiesen. Wo man früher gedrängt hat, läßt man sich jetzt Zeit.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern — man vergißt ja so etwas gerne in der Regierungspartei —, daß es eine der ersten Taten der Regierung Kreisky war,

Dr. Kaufmann

die österreichische Entwicklungshilfe nicht etwa zu erhöhen — wie man es von einer solchen Regierung hätte erwarten können —, sondern sie zu kürzen.

So schleppend ist es dann auch weitergegangen. Enqueten sind einberufen worden, Besprechungen wurden durchgeführt und Organisationen wurden aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten. Es wurden also lauter Dinge unternommen, in denen die Regierungspartei zweifelsohne sehr begabt ist. Nur an Konkretem ist nichts oder zumindest sehr wenig geschehen.

Als dann im heurigen Frühjahr — ich möchte auch daran erinnern — meine Fraktion nach Beendigung des Vietnamkrieges den Antrag stellte, dem bedrängten Volk in Vietnam zu helfen, wurde dieser Antrag von der Regierungspartei kurzerhand abgewiesen; so wie in der vergangenen Budgetdebatte, also im vorigen Jahr, mein Entschließungsantrag, einen Teil der ständig wachsenden Repräsentationsausgaben für Entwicklungshelfer zur Verfügung zu stellen, kurzerhand vom Tisch gewischt wurde.

Stattdessen hat der Herr Bundeskanzler die Jugendorganisationen aufgerufen, für Vietnam zu sammeln. Die Bundesregierung werde dann, so hat er gesagt, die aufgebrachten Beträge verdoppeln.

Ich möchte daher an dieser Stelle fragen: Wieviel hat nun diese Bundesregierung wirklich für diese Vietnamhilfe aufgewendet und wieviel gedenkt sie noch aufzuwenden?

Im kommenden Jahr soll der Betrag für die Entwicklungshilfe um fast 50 Prozent auf 626 Millionen Schilling verdoppelt werden. Ich stimme dem Kollegen Bregartner bei, der gestern sagte: Ich habe mich gefreut, daß wir als kleines Land 1974 um 50 Prozent mehr für Entwicklungshilfe vorsehen. Ich möchte aber doch sagen, daß auch dieser Betrag — international gesehen — viel zu gering ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang den Herrn Staatssekretär Veselsky zitieren, der laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 24. Oktober erklärte:

„... Österreich wird damit aber immer noch weit unter vergleichbaren Staaten liegen.

Der Anteil der öffentlichen Hilfe am Bruttonationalprodukt von derzeit 0,09 Prozent werde zwar mit der Ausweitung der Budgetmittel im nächsten Jahr etwas steigen und bei Hinzurechnen der Entwicklungsmilliarden aus Devisenüberschüssen sogar 0,2 Prozent erreichen ... , doch wenden andere Staaten schon jetzt weit mehr für Entwicklungshilfe auf. Die

Anteile betragen etwa in Dänemark 0,45 Prozent, in Belgien 0,55 Prozent, in Holland 0,68 Prozent und in Großbritannien 0,4 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß Österreich bereits ein höheres Bruttonationalprodukt pro Kopf hat als Großbritannien.

Auch bei der gesamten Entwicklungshilfe“ — bitte, immer laut Staatssekretär Veselsky — „liegt Österreich mit einem Anteil von 0,54 Prozent am Bruttonationalprodukt noch weit unter dem von den Vereinten Nationen gesetzten Ziel von 1 Prozent.“

Dementsprechend groß war und ist ja auch die internationale Kritik. Ich möchte nur erinnern etwa an ein Interview mit Botschafter Martin, der am 12. Dezember des vergangenen Jahres sagte:

„Unsere Hauptkritik bezog sich darauf, daß ein Land wie Österreich, das solche wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen hatte und das heute eine so gesunde Wirtschaft hat, so relativ wenig für die Entwicklungsländer tut.“

Es ist daher unverständlich und mutet sehr sonderbar an, wenn etwa die „Sozialistische Korrespondenz“ sich zu schreiben getraut: „Die ÖVP wolle die Regierung zu konkreten Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe drängen und vor allem ein Entwicklungshilfegesetz durchsetzen ...“

Diese „Sozialistische Korrespondenz“ bezieht sich damit auf Ausführungen des Abgeordneten Dr. Mock.

Dann schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“ weiter:

„Weiß Herr Mock wirklich nicht, daß auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe niemand gewartet hat, bis die ÖVP auf etwas ‚drängen will‘? Das Entwicklungshilfegesetz ... ist ... im Entwurf längst fertig und wurde vor rund einem Vierteljahr zur Begutachtung ausgesandt. Man sieht: Auch hier kommt die ÖVP wieder einmal zu spät.“

Zu spät? Wenn hier jemand, glaube ich, zu spät kommt oder kam, dann war es die Regierungspartei. Ich zitiere wieder dieselbe „Sozialistische Korrespondenz“ vom 26. Juli des heurigen Jahres, wo es heißt:

„Die Entwicklungshilfepolitik Österreichs wird endlich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das Entwicklungshilfegesetz, dessen Begutachtungsverfahren bereits abgeschlossen ist, wird im Herbst dem Nationalrat vorgelegt werden. Parallel dazu sind die Arbeiten am Entwicklungshilfekonzert der Regierung, das Förderungsziele und Empfängerstaaten festlegt, nahezu abgeschlossen.“

Dr. Kaufmann

Wir warten auf diese Gesetze, die schon lange angekündigt worden sind, wobei das Begutachtungsverfahren abgeschlossen ist. Wir warten auf diese Gesetze noch immer. Ich frage: Wer kommt und wer kam hier zu spät?

Erfreulich wenigstens, daß die Entwicklungshilfekompetenzen ab 1. Jänner des nächsten Jahres im Bundeskanzleramt zusammengefaßt und hoffentlich damit auch effizienter sein werden.

Zum Abschluß, Hohes Haus, möchte ich noch eine Frage anschneiden, die mir angesichts der jüngsten internationalen Ereignisse aktuell erscheint. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Entwicklungshilfe in breiten Kreisen der Bevölkerung nicht gerade populär ist. Sagen wir das offen: Die Meinung, wir haben im eigenen Land genug Probleme, hört man immer wieder. Die Regierungspartei hat auch kaum etwas getan, dieses Problembewußtsein der Bevölkerung zu heben.

Das Verständnis der Bevölkerung für Entwicklungshilfe hat nun durch die Ereignisse im Nahen Osten und durch die Drosselung der Ollieferungen an Westeuropa eine weitere Abwertung erfahren. Vielfach wird in der Bevölkerung befürchtet — und man hört das jetzt immer wieder —, daß hier mit westeuropäischen Geldern Länder oder Kreise gefördert werden könnten, die ihrerseits dann versuchen, die Geberländer politisch unter Druck zu setzen und Geschäfte zu machen.

Man fragt sich, was gewisse Olländer mit diesen Milliardenbeträgen machen, die sie einnehmen, während wir für die Entwicklungshilfe zahlen, und ob diese Milliardenbeiträge oder zumindest ein Teil dieser Milliardenbeiträge auch der Entwicklungshilfe zugute kommen.

Wie gedenkt sich — und das ist meine Frage — hier die Regierung zu verhalten? Ist an eine Differenzierung der Entwicklungshilfe gedacht oder nicht? Denn eines steht fest: Der Entwicklungshilfegedanke ist viel zu verpflichtend, als daß es mißbraucht und in Mißkredit gebracht werden dürfte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Über alle internationalen Differenzen hinweg sollten nicht jene neuerlich die Zeche bezahlen müssen, die unserer Hilfe wirklich bedürfen. Das sind wir dem Frieden, das sind wir der Völkergemeinschaft und das sind wir uns selbst schuldig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wuganigg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wuganigg** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Burger hat vorhin erklärt, daß es anlässlich der Betriebsratswahlen am 15. November zu Drohungen gekommen sei, daß man den Arbeitern gegenüber Drohungen über Kündigungen ausgesprochen habe.

Ich muß sagen, der Herr Abgeordnete hat ein besonderes Glück, ins Fettnäpfchen zu treten. Er eifert hier scheinbar auch seinem Kollegen, dem Herrn Abgeordneten König, nach. Aber selbst wenn sich beide noch so sehr anstrengen, ihr großes Vorbild, ihren Herrn Generalsekretär, werden sie trotzdem nicht erreichen können. Ich glaube, daß es dem Herrn Abgeordneten so gehen wird, wie ein Zitat aus den „Kranichen des Ibykus“ besagt: „Kaum war ihm das Wort entfahren, wollt er's im Busen gern bewahren.“

Ja, es hat bei dieser Wahl zwei Versuche gegeben, Listen zu erstellen, Versuche, die nicht zustande gekommen sind. Ich kann nicht mehr sagen: es waren doch nur Versuche. Beide sind gescheitert. Und ich sage Ihnen gerne weshalb. Da gab es einmal die kommunistische Liste. Für diese Liste wurden vor einem Jahr — im Oktober des Vorjahres waren bekanntlich auch Betriebsratswahlen — so viele Stimmen abgegeben, daß die kommunistische Liste sieben Mandate bekam.

Es ist ein großer Fehler, den Sie hier machen: das waren nämlich keine Kommunisten. Es gibt bei uns nur sehr, sehr wenige Kommunisten, die paar Hauskommunisten, die jeder letzten Endes für sich buchen kann. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das waren Leute, die damals eben mit irgend etwas unzufrieden waren.

Ich glaube, daß auch Ihnen bekannt ist, daß Betriebsratswahlen letzten Endes in allererster Linie Personenwahlen sind. Ich sage Ihnen hier nur ein Beispiel, warum das bei uns so ist. Wir haben auch einen Gemeinderat, der in freien Wahlen gewählt wird. Bei den letzten Wahlen bekam die sozialistische Liste 20 Mandate und die ÖVP-Liste 5 Mandate. Obwohl auch die Freiheitliche Partei und die Kommunistische Partei kandidiert haben, sind diese leer ausgegangen.

Es ist gar kein Wunder, wenn diesmal die Kommunisten im Betrieb keine Unterschriften bekamen. Aber Sie haben uns den Vorwurf des Terrors gemacht. Dazu kann ich Ihnen jetzt wieder ein Beispiel sagen; davon könnten wir sprechen. *(Ruf bei der ÖVP: Das heißt Terror ...!)* Nein, aber ich bringe Ihnen jetzt das Beispiel.

Wuganigg

Ich habe eine Aktennotiz über einen Vorfall, der sich in diesem Zusammenhang bei uns zugetragen hat. Wir haben nämlich in unserem Werk zirka zwei Dutzend jugoslawische Gastarbeiter. Diese jugoslawischen Gastarbeiter wurden kurz vor der Wahl — sie waren ja nach dem Betriebsrätegesetz stimmberechtigt — in ihren Quartieren aufgesucht. Ich will Ihnen die ganze Aktennotiz nicht verlesen. Es waren Leute, die wir nicht kennen, darunter eine Frau, die perfekt kroatisch sprach. Und sie erklärten den jugoslawischen Gastarbeitern: „Wenn sie nicht unterschreiben, müssen sie damit rechnen, daß sie schon morgen“ — das steht wortwörtlich hier — „die Heimreise nach Jugoslawien antreten müssen.“

Man hat also den jugoslawischen Gastarbeitern von Seite der Kommunisten — es waren fremde Kommunisten, die da gekommen sind — gedroht, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich glaube — und da stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Burger überein —, da kann man wohl sagen: Das ist Terror! — Nur kam er nicht von uns.

Nun hat es eine zweite Liste gegeben — das wird jetzt schon etwas interessanter und da soll sich einer auskennen. Da steht eines Tages einer der sieben kommunistischen Betriebsräte vor den Toren des Werkes und verteilt Schuhe. Gratis. An die Vorbeikommenden. (*Zwischenrufe.*) Ja das ist sehr interessant, meine Herrschaften, aber das Lachen wird Ihnen bald vergehen. Uns war selbstverständlich klar, daß das zu Propagandazwecken geschieht; da haben eben die Kommunisten wieder irgendwo etwas bekommen, mit dem das bezahlt worden ist, denn der Betriebsrat kann sich das ja nicht leisten.

Und dann geschah das Wunder der Metamorphose. Bei dieser Wahl wollte nun dieser kommunistische Betriebsrat von den anderen Kommunisten nichts wissen und wollte eine eigenen Liste aufstellen; und er ging dann damit Unterschriften sammeln. Nur hat er kein großes Glück gehabt, soweit wir es dann später erfahren konnten. Aber dann kam eben die Hilfe. Man hat versucht, ihn zu unterstützen. Dieser kommunistische Betriebsrat — er war es ja noch zu diesem Zeitpunkt — suchte die Arbeiter in den Wohnungen auf und versuchte auf diese Weise, Unterschriften für seine Liste zu erhalten. Aber er kam nicht allein; er war in Begleitung. Aber das war kein Kommunist. Wissen Sie, wer das war? Das war ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei (*Hört!-Hört!-Rufe bei der SPO*), der mit dem kommunistischen Betriebsrat um Unterschriften bettelte!

Meine Damen und Herren! Das ist schrecklich, aber es war nicht das erste Mal. Auf diesem Wege wollte man nämlich den Arbeiter- und Angestelltenbund in das Werk einschleusen, und der kommunistische Betriebsrat sollte sozusagen als Trojanisches Pferd dazu dienen. (*Ruf bei der ÖVP: Schauernmärchen!*) Immer, wenn Ihnen etwas nicht schmeckt, ist das ein Schauernmärchen. Arm in Arm mit den Kommunisten wollten Sie sicherlich nicht das Jahrhundert herausfordern, aber Sie sind darangegangen, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu spalten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wenn Sie bei dieser schillernden Gesinnungsgemeinschaft keine Unterschriften bekommen konnten, dann spricht das nur für die Anständigkeit der Menschen, die sie Ihnen verweigert haben. (*Zustimmung bei der SPO.*)

Aber dann, meine Damen und Herren, kam der Wahltag. An diesem Wahltag konnte ja eigentlich der Beweis erbracht werden, welche „schrecklichen Verhältnisse“ es dort gibt, welcher „Terror“ dort herrscht, welche Kündigungsdrohungen ausgesprochen wurden, und so weiter, denn es war doch eine geheime Wahl. Bekanntlich gibt es bei einer geheimen Wahl verschiedene Möglichkeiten: Man kann nicht hingehen und ist weg. Man geht hin und wirft etwas anderes hinein. Das ist immer möglich.

Und wie war das Ergebnis? Ich würde sagen, schreiben Sie sich das gut hinter die Ohren: Bei einer 93prozentigen Wahlbeteiligung wurden auf die sozialistische Liste, die allein kandidierte, 90 Prozent aller Stimmen abgegeben. (*Beifall bei der SPO.*)

Meine Damen und Herren! Wenn das keine klare Entscheidung ist, dann weiß ich nicht, was eine klare Entscheidung ist. (*Erneuter Beifall bei der SPO. — Abg. Kern: „Demokratie“ ist das! — Abg. Ofenböck: Vorher haben Sie alle umgebracht!*) Ich könnte schon wieder darauf eingehen. Aber ich muß es Ihnen verzeihen, Herr Abgeordneter Ofenböck, Ihnen muß man ja sehr, sehr viel verzeihen. (*Abg. Ofenböck: Auf Ihr Verzeihen kann ich verzichten!*)

Auf jeden Fall weise ich den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Burger schärfstens zurück. Ich darf nicht sagen, daß es eine Verleumdung ist, sonst bekomme ich ja einen Ordnungsruf. Es ist eine Unwahrheit — und ich will Ihnen noch etwas sagen —, es ist ein Rufmord an unserem Betrieb. (*Abg. Kern: An den sozialistischen Funktionären!*) Denn diese Behauptung ist geeignet, das Ansehen des Betriebes — sicherlich auch, wir wehren

Wuganigg

uns ja deshalb — zu schädigen und damit auch die Arbeitsplätze zu gefährden. (*Abg. Kern: Ihr seid ja nicht der Betrieb!*) Wenn Sie das wollen, wenn das Ihre Absicht ist, dann zeigen Sie uns damit Ihr wahres Gesicht! (*Beifall bei der SPO. — Abg. Pansi: Wo ist der Bürger, was sagt er dazu?*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Suppan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Suppan (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte die Betriebsratswahldebatte nicht fortsetzen. Ich glaube aber, aus dem, was der Abgeordnete Steinhuber und nun der Abgeordnete Wuganigg gesagt haben, geht doch klar hervor, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes eigentlich sehr, sehr konservativ sind. Ich glaube, wir hätten diese ganzen Schwierigkeiten mit der Einbringung von Wahlvorschlägen nicht, wenn Sie sich, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, bereit finden würden, dieselben Bestimmungen bei der Einbringung der Wahlvorschläge anzuwenden wie zum Beispiel beim Personalvertretungsgesetz des öffentlichen Dienstes, nicht die doppelte Anzahl der Unterschriften, sondern wie wir sie beim Personalvertretungsrecht des öffentlichen Dienstes haben.

Wenn der Abgeordnete Steinhuber gemeint hat, unsere Einstellung zu der Arbeitsverfassung sei sehr konservativ, dann bitte ich den Abgeordneten Steinhuber, am kommenden Freitag den Beweis anzutreten und diese von mir urgierte Änderung des Betriebsrätegesetzes in der Arbeitsverfassung vorzunehmen.

Hohes Haus! Ich bin sehr froh, daß ich dem Zentralsekretär der Sozialistischen Partei — jetzt geht er leider hinaus, ich hoffe, er wird wieder hereinkommen — doch auf seine gestrigen Ausführungen antworten kann. Ich habe zuerst geglaubt, Zentralsekretär Marsch hätte sich versprochen. Ich habe aber dann nachgelesen und festgestellt, daß Zentralsekretär Marsch folgendes ausgesprochen hat: „Damals, als Sie die Verantwortung gehabt haben, sind Sie mit 3,1 Prozent um die Hälfte über dem europäischen Durchschnitt gelegen, und heute liegen wir im untersten Feld bei den Preissteigerungen. Das ist der Unterschied.“ Das hat Zentralsekretär Marsch gestern hier um 13,45 ausgeführt.

Ich weiß nicht, welche Unterlagen dem Zentralsekretär Marsch zur Verfügung gestanden sind, als er diese Behauptung hier aufgestellt hat. (*Ruf bei der ÖVP: Gar keine!*) Ich habe schon gestern in einem Zwischenruf gemeint, der Herr Zentralsekretär Marsch be-

reite nun wiederum eine der „beliebten“ — unter Anführungszeichen — Belangsendungen der Sozialistischen Partei vor und habe sich nur im Ort geirrt.

Hohes Haus! Ich nehme die Übersicht Nr. 2, die uns der Herr Bundesminister für Finanzen zum Budget 1974 zur Verfügung gestellt hat. Ich wiederhole noch einmal: „Damals, bei 3,1 Prozent, lagen Sie um die Hälfte über dem europäischen Durchschnitt.“ Ich darf daher annehmen, daß sich der Herr Zentralsekretär Marsch auf das Jahr 1969 berufen hat. Wie waren damals die Indexsteigerungen? Österreich 3,1, Bundesrepublik Deutschland 2,7, Frankreich 6,4, Großbritannien 5,5, Belgien 3,8, Dänemark 4,4, Italien 2,6, Niederlande 7,5, Norwegen 3,1, Schweden 2,7, und so weiter. 14 Staaten sind hier angeführt, und Österreich hat damals mit Norwegen den neunten Platz eingenommen. Ich muß sagen, der Herr Zentralsekretär Marsch hat sich wirklich sehr geirrt, als er diese Behauptung aufgestellt hat: die sozialistische Regierung bliebe nun im unteren Drittel der Preissteigerungen, hat Zentralsekretär Marsch hier behauptet.

Hohes Haus! Ich nehme wiederum die Tabelle des Herrn Bundesministers für Finanzen, Übersicht Nr. 2 für 1973. An erster Stelle liegt Italien mit 8,5 Prozent, an zweiter Stelle die Niederlande mit 8 Prozent und an dritter Stelle Österreich mit 7,5 Prozent. Wir sind nicht im unteren Drittel, sondern wir sind dank Ihrer — unter Anführungszeichen — „guten“ Politik ins obere Drittel in Europa geraten! (*Ruf bei der SPO: Aber das stimmt nicht!*) Nein? Dann korrigieren Sie, bitte, Ihren Finanzminister, daß er uns nicht falsche Unterlagen zur Verfügung stellt, denn wenn das nicht stimmt, Hohes Haus, dann stimmt ja das ganze Budget 1974 nicht, dann ist auch dieses falsch! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Oder, weil der Herr Zentralsekretär gemeint hat, daß wir damals doppelt so hoch waren, noch eine Zahl aus den Unterlagen Übersicht Nr. 5: Schuldbetrag pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1969 5914 S, im Jahre 1974 7881 S. Ich glaube, Hohes Haus, wir befinden uns auch hier im oberen Drittel.

Die von Ihnen so oft zitierte „Schuldenpolitik“ der Österreichischen Volkspartei, die ja immer wieder bei Belangsendungen und bei anderen Gelegenheiten hinausgelassen wird, sieht so aus: im Jahre 1969 nach dieser Statistik — und ich nehme an, der Herr Finanzminister liefert uns objektive Unterlagen — 43,6 Milliarden Schilling — das ist die Finanzschuld am Ende des Jahres —; für 1974 erwartet sich der Herr Finanzminister Finanzschulden in Höhe von 58,7 Milliarden

Suppan

Schilling, also um 25 Prozent mehr als im Jahre 1969. Das ist Ihre „gute“, ist Ihre „fortschrittliche“ Politik!

Unser Klubobmann hat zum Budget 1973 — und Sie wissen, der Herr Bundesminister für Finanzen hat damals gemeint ... (Abg. Dr. Tull: Kollege Suppan, wir werden uns demnächst im Finanzausschuß darüber unterhalten! Da werden Sie aufgeklärt! — Weitere Zwischenrufe.) Ja, werden wir uns! Ich habe ihn schon nachgelesen, Herr Abgeordneter Dr. Tull! Unser Klubobmann hat (Abg. Doktor Tull: Der Klubobmann ist ja kein Evangelist!) auf dieser Seite — denn der Herr Finanzminister hat ja gemeint, mit dem Budget 1973 wäre eine neue Seite in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes aufgeschlagen, diese Seite ist nun bald zu Ende geschrieben — damals gesagt: Wir fürchten, daß die Inflation vom Trab in den Galopp versetzt wird. Ich glaube, wir können über diese neue Seite des Herrn Finanzministers für das Jahr 1973 zwei Worte schreiben: Mehr Inflation und weniger Wirtschaftswachstum! (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Wie schaut denn dieser Galopp, den unser Klubobmann vorausgesagt hat, aus? Im Jänner 1973 betrug die Inflation 8,1 Prozent — das ist ja schon ein Vollgalopp —, im Feber 8 Prozent, im März 7,7 Prozent — eine kleine Verschnaufpause also. Im April setzte sie dann mit 8 Prozent wieder zum Galopp an. Im Mai lag sie bei 8,1 Prozent. Nun folgt langsam der Wahltrab: Juni 7,2, Juli 7,1, August 7 Prozent. Im September — es stehen ja Wahlen vor der Tür — beträgt sie nur mehr 6 Prozent, und unmittelbar nach der Wahl setzen wir wieder zum Galopp an: Im Oktober steigt sie auf 7 Prozent! In den nächsten Tagen werden wir ja die Indexziffer für den Monat November 1973 erhalten!

Hohes Haus! Ich glaube, bei diesen Indexziffern werden wir knapp unter 8 Prozent liegen beziehungsweise knapp 8 Prozent erreichen. Das ist jener Galopp, von dem unser Klubobmann gesprochen hat. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Er hat schon oft prognostiziert, und es ist falsch gewesen!)

Hohes Haus! Am 6. Juli 1972 haben Sie mit 90 : 87 Stimmen hier in diesem Haus das Kärntner Ortstafelgesetz beschlossen. Sie waren damals sehr stolz, weil Sie 18 Jahre Versäumnis aufgeholt haben. Wir haben Sie damals gewarnt. Wir haben Sie ersucht, in Verhandlungen einzutreten. Sie haben von Ihrer Mehrheit rücksichtslos Gebrauch gemacht und haben dieses Kärntner Ortstafelgesetz mit 90 : 87 Stimmen beschlossen.

Wir alle wissen, wie es zur Gesetzwerdung dieses Initiativantrages der Abgeordneten Gratz und Genossen gekommen ist. Zuerst gab es die Regierungsvorlage, dann einen Initiativantrag, dann eine Fristsetzung. Am 6. Juli erfolgte mit der Einsetzung der 51 Prozent Mehrheit, eben mit 90 : 87 Stimmen, die Beschlußfassung über dieses Kärntner Ortstafelgesetz.

Wenn man im stenographischen Protokoll nachliest, dann kommt man drauf, daß im Vorjahr bei der Budgetberatung über die Obersten Organe und das Bundeskanzleramt Abgeordneter Dr. Kerstnig noch den vagen Versuch unternommen hat, die Österreichische Volkspartei für die bei der Durchführung dieses Gesetzes entstandenen Unruhen verantwortlich zu machen. Ich glaube, Dr. Kerstnig hat sich inzwischen auch eines Besseren belehren lassen.

Wir haben nun die einmalige Situation — das spricht bereits für den Gedanken der Rechtsstaatlichkeit dieser Regierung —, daß sie mit 90 : 87 Stimmen ein Gesetz beschließt und dann nicht in der Lage ist, dieses Gesetz zu vollziehen, weil es die betroffene Bevölkerung ablehnt.

Ich möchte hier sehr positiv vermerken, daß der Herr Bundeskanzler unseren Vorstellungen nachgekommen ist und die sogenannte Ortstafelkommission eingesetzt hat. Diese Ortstafelkommission — Herr Bundeskanzler hat gestern wieder von der Studienkommission gesprochen — wird ja ihre Arbeit, wie wir hörten, bald zum Abschluß gebracht haben.

Hohes Haus! Ich glaube, ich kann mir ersparen, auf die Widersprüchlichkeit auch des Herrn Bundeskanzlers im Zusammenhang mit diesem Ortstafelgesetz hinzuweisen.

Zuerst wurde der Versuch unternommen, der Oppositionspartei die alleinige Schuld an den Unruhen in Kärnten in die Schuhe zu schieben. Als am 25. März 1973 in Kärnten Gemeinderatswahlen stattfanden, die den Verlust der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei in diesem Lande zur Folge hatten, wurde plötzlich der Alleinschuldige gefunden.

Ich möchte hier doch auf einige Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in diesem Zusammenhang hinweisen. Auf Ihrem Bundesparteitag in Villach, wo Sie so überzeugend die Fristenlösung beschlossen haben, hat der Landesparteiobmann der Sozialistischen Partei Kärntens eigentlich wenig Stimmen erhalten. Hier kann ich lesen: „Nur mit einer hauchdünnen Mehrheit rutschte gestern abend Kärntens Landeshauptmann Hans Sima ... in

Suppan

das SPO-Präsidium.“ Der Herr Bundeskanzler hat damals aber bei diesem Parteitag den Mut dieses Parteiobmannes im Zusammenhang mit der Ortstafelfrage in den Vordergrund gestellt.

Nach den Gemeinderatswahlen 1973 sind die Aussagen des Herrn Bundeskanzlers etwas anders! Die „Kleine Zeitung“ vom 17. 8. 1973: „Als Parteivorsitzender muß ich jedoch in aller Deutlichkeit sagen, daß jemand seine Funktion von der Partei erhält und von deren Vertrauen getragen wird. Dieser Grundsatz gilt aber auch dann, wenn jemand dieses Vertrauen nicht mehr besitzt oder wenn ihm dieses entzogen wird. Dies ist eine grundsätzliche Haltung, die nichts mit dem Fall Sima zu tun hat.“

Am 29. 8. 1973 sagte Dr. Kreisky in einem ORF-Interview: „Es gibt das Innerkärntner Problem, bis zu welchem Zeitpunkt der gegenwärtige Landeshauptmann im Amt bleibt. Das müssen sich die Kärntner untereinander ausmachen.“

Am 7. 9. 1973 schwächt Dr. Kreisky laut „Kronen-Zeitung“ weiter ab: „Ich werde ihm' (Sima) ‚einen Brief schreiben und mit ihm reden.‘ Über den Inhalt des Vermittlungsversuches will er noch nichts Konkretes sagen: ‚Ich werde zur Einsicht mahnen.‘“

Hohes Haus! Ich wollte das feststellen, weil doch sehr massiv der Versuch unternommen wurde, die Vertreter der Oppositionsparteien für die Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Kärntner Ortstafelgesetz allein verantwortlich zu machen. Wir begrüßen es, daß die Regierung und vor allen Dingen der Herr Bundeskanzler den Weg geändert haben.

Wir begrüßen es auch, daß die Verfahren, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Ortstafelsturm eingeleitet wurden — ich hoffe, daß diese Vermutung stimmt — nun niedergeschlagen werden sollen. Ich sage ausdrücklich, wir begrüßen diese Entwicklung.

Nachdem die Studienkommission nun ihre Arbeiten weitgehend abgeschlossen hat, erhebt sich für uns die Frage, welche Funktion das von Dr. Kreisky geschaffene Kontaktkomitee in Zukunft noch ausüben soll. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, daß er nun nach Vorliegen des Berichtes die politischen Parteien dieses Hauses zu Besprechungen einladen wird.

Hohes Haus! Wir bekennen uns uneingeschränkt zu den Bestimmungen des Österreichischen Staatsvertrages. Wir bekennen uns auch uneingeschränkt zu einer gesetzlichen Regelung zur Durchführung der noch offenen

Bestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages, wenn gewährleistet ist, daß die betroffene Bevölkerung mitwirken kann.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mit dem Kärntner Ortstafelgesetz viel Porzellan zer schlagen. Sie haben die Kärntner Bevölkerung weitgehend verunsichert. Nun, Herr Bundeskanzler, sind in dieser Frage Sie am Zug. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Blecha. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Blecha** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist Tradition, daß die Debatte über die ersten Budgetkapitel als eine Art Generaldebatte über die Regierungspolitik geführt wird.

Die Abgeordneten der Opposition lassen an der Politik der Bundesregierung kein gutes Haar. Es wird niemand von unserer Seite der Opposition den Stil vorschreiben. Ich meine aber doch, daß allzu viele Falschmeldungen, die im Laufe der beiden Tage hier von Abgeordneten, vor allem der ÖVP-Opposition, vorgebracht worden sind, das Niveau einer Debatte, die eine Generaldebatte sein sollte, keineswegs herzustellen vermögen.

Heute vormittag — ich möchte nur zwei Redner herausgreifen — sind zum Beispiel einige Äußerungen gemacht worden, die es klarzustellen gilt.

Abgeordneter Professor Moser hat darauf hingewiesen, daß angeblich bei der UNIDO-City in jedem Büroraum der UNIDO beziehungsweise der IAEO ein Klo gebaut wird. Ich weiß nicht, woher er das hat; jedenfalls ist das unrichtig. Richtig ist, daß sich diese Organisationen niemals etwas Derartiges vorgestellt haben und daß die IAKW entsprechend der österreichischen Dienstnehmerschutzverordnung die sanitären Einrichtungen baut, keineswegs aber für jedes Büro ein Klo.

Herr Abgeordneter Dr. König hat darauf hingewiesen, daß die Baukosten der UNO-Gebäude pro Quadratmeter 50.000 S betragen werden. Das hat schon im Wiener Wahlkampf der Abgeordnete Hahn in Wahlreden behauptet. Damals ist diese Behauptung schon berichtigt worden. Es kostet der Quadratmeter 15.000 S. Das ist längst bewiesen, es haben Zeitungen darüber berichtet. Der Abgeordnete König von der ÖVP, der das genau weiß, geht hier in der Generaldebatte zum Rednerpult und bringt wieder die falschen Ziffern. Man fragt sich, wozu.

Sind alle Angaben, die Sie hier machen, so richtig wie die der Herren Moser und König? Was soll die österreichische Öffent-

Blecha

lichkeit von solchen Debattenbeiträgen halten? Und dann noch eines: Ist es überhaupt sinnvoll, unbestrittene Leistungen Österreichs, für die eben auch eine Regierung mitverantwortlich ist, herabzuwürdigen in einer Zeit, in der die Welt in Bewegung geraten ist und in der es darum geht, das erst in der Zweiten Republik entwickelte österreichische Selbstwertgefühl zu stärken und nicht zu schwächen? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Die Inflation, Herr Abgeordneter Doktor Zittmayr, hat ihren Ausgang in den Vereinigten Staaten genommen. Der Dollar hat das Weltwährungssystem in Unordnung gebracht. Die Drosselung der Lieferung von Rohöl aus einer Reihe ölproduzierender Länder hat die wirtschaftliche Entwicklung einiger westeuropäischer Länder beeinflusst, mit denen auch wir Österreicher durch einen intensiven Handel verflochten sind. Aber in dieser bewegten Zeit, in der wir uns jetzt gerade befinden, ist es doch notwendig, daß auch im Parlament darauf hingewiesen wird, daß dieses Österreich wirtschaftlich gesünder als je zuvor dasteht, ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß dieses Österreich seit mehr als drei Jahren einen kontinuierlichen Aufschwung, eine ungebrochene Konjunktur erlebt, daß dieses Österreich das Einkommen seiner Bewohner stetig steigern konnte und daß die Währung dieses Landes im Vergleich zu den Währungen der anderen Länder härter und härter wird. Es ist, glaube ich, auch notwendig darauf hinzuweisen, daß gerade diese Fakten dazu geführt haben, daß Österreich heute der Bewunderung der Welt sicher und kein Hinterlassene in Europa mehr ist.

Umso erstaunlicher ist es dann, daß OVP-Abgeordnete zwei Tage hindurch nichts anderes zu tun haben, als dieses Österreich krankzujammern, sein Ansehen herabzusetzen, seine Aufwärtsentwicklung als Sozialstaat zu bremsen. (*Abg. Kern: Das ist wieder Ihre Dialektik!*) Das von den Vertretern jener OVP, die die teuerste Regierung, die es je in diesem Land gegeben hat, gestellt hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Kern.*) Das, Herr Abgeordneter Kern, von der OVP, die ständig Steuererhöhungen eingeführt hat — ich erinnere nur an die Erhöhung der Einkommensteuer (*Abg. Kern: Die höchsten Steuern nehmen Sie im nächsten Jahr ein!*), an die Erhöhung der Ausgleichsteuer, an die Erhöhung der Umsatzsteuer, an die Erhöhung der Vermögensteuer, an die Einführung der Alkoholsondersteuer, an die Einführung der Autosondersteuer — und die trotzdem (*lebhaftes Zwischenrufe bei der OVP*) — Herr Hietl, das können Sie auch mit Schreien nicht

wegdisputieren — die Schuldenlast ungeheuer gesteigert hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Hätten Sie es abgeschafft!*)

Herr Dr. Zittmayr! Die OVP-Regierung wurde vom österreichischen Volk abgeschafft. Es hat nämlich nicht Ihnen, sondern uns die Mehrheit im Parlament gegeben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Aber ihr hättet die Möglichkeit gehabt, die Steuern zu senken!*)

Die SPÖ-Regierung hat am 1. Jänner 1971 und am 1. Jänner 1973 die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Um 6 Milliarden muß die Bevölkerung heuer mehr Lohnsteuer zahlen als voriges Jahr!*) Daraus können Sie ersehen, um wie viele Milliarden sich in Wirklichkeit das Einkommen der österreichischen Lohn- und Gehaltsabhängigen erhöht hat. (*Abg. Hietl: Von dem sie nichts haben, weil Ihre Preisentwicklung das wieder wegnimmt!*)

Meine Damen und Herren! Sie haben darauf hingewiesen, daß sich die Staatsschuld vermehrt hat. Darüber muß man auch heute etwas sagen. Die österreichischen Verpflichtungen betragen im Jahre 1966 29,3 Milliarden Schilling. Nach vier Jahren OVP-Regierung ist diese Schuldenlast auf 47,1 Milliarden Schilling angestiegen. Wann aber kam es erst zu einer Umkehr dieses unheilvollen Trends? 1971, meine Damen und Herren! Ende 1969, als Sie noch regierten, unter der Regierung Dr. Klaus, betrug die Staatsschuld 13,1 Prozent des Bruttonationalproduktes. Heute, unter der Regierung Kreisky, beträgt sie 10 Prozent! (*Bravo-Rufe und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ein alter Hut! — Abg. Hietl: Von der Preisentwicklung reden wir lieber nicht!*) Das ist Ihnen unangenehm, ich kann mir das vorstellen!

Nach dem Regierungsantritt der SPÖ-Regierung hat sich auch unsere Auslandsverschuldung stetig verringert. Hatten Sie das Kunststück zuwegegebracht, die österreichischen Auslandsschulden in vier Jahren von 3,7 Milliarden auf ganze 13,5 Milliarden Schilling zu steigern, so haben wir diesen Schuldenberg abgebaut, Jahr für Jahr. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben die Schulden gemacht, und wir haben sie zurückgezahlt, zum Teil sogar vorzeitig, das ist der Unterschied. (*Abg. Doktor Zittmayr: Herr Blecha, Sie kennen sich da wirklich nicht aus!*)

Die Finanzschulden, die von der OVP-Regierung in der Höhe von 37 Milliarden Schilling aufgenommen worden sind, sind heute von der SPÖ-Regierung bis auf 12 Milliarden Schilling getilgt worden.

Bleda

Wenn Sie hier auch versucht haben, es so darzustellen, als wären wir in Europa weit zurück, dann darf ich Ihnen an Hand dieser Schulden auch noch etwas sagen: Nennen Sie mir ein einziges Land in Europa, das eine so geringe Staatsverschuldung gemessen am Jahresbudget wie Österreich hat. Kein einziges Land hat eine so geringe Staatsverschuldung wie Österreich! Sie beträgt derzeit 36 Prozent des österreichischen Jahresbudgets.

Die reiche Bundesrepublik Deutschland, die bald nach Österreich kommt, hat 43 Prozent. Die Schweiz, in vielen Punkten Ihr Vorbild, hat 54 Prozent. Italien, um an das andere Ende dieses Kontinuums zu kommen, 150 Prozent. Kanada, konservative Regierung, 176 Prozent. Die Vereinigten Staaten, konservative Regierung, 178 Prozent Staatsverschuldung. Großbritannien, konservative Regierung, nahezu 200 Prozent Staatsverschuldung, gemessen am Jahresbudget. Österreich, sozialistische Regierung, 36 Prozent! Da sagen Sie nichts! (*Ruf bei der ÖVP: Und Schweden?*) Schweden ungefähr 48 Prozent. Im Spitzenfeld, allerdings nicht so gut wie Österreich. Da haben Sie recht. (*Abg. Dr. Zittmayr: Dank unserer seinerzeitigen guten Politik!*)

Wir haben eine Wirtschafts- und Stabilitätspolitik betrieben — und das Budget für das kommende Jahr zeichnet diesen Weg weiter —, die es ermöglicht hat, auch jene Reserven anzulegen, um in einer schwierigen Situation, die man auf Grund der letzten Entwicklungen auch erwarten kann, ein Druchstarten jederzeit möglich zu machen.

Was die SPÖ vor den Wahlen versprochen hat — und das muß man ganz deutlich sagen —, das hat sie auch gehalten. Wir haben versprochen, Österreich an die kleinen europäischen Industrieländer heranzuführen. Wir haben das in einer wesentlich kürzeren Zeit zuwege gebracht, als wir uns das noch im Traume 1970 vorstellen haben können. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Den Österreichern soll man in einer solchen Zeit, in der wir uns nun befinden, reinen Wein einschenken, nicht so einen trüben oder gebrochene Wein, wie ihn uns einige Ihrer Abgeordneten hier servieren wollten. Reinen Wein einschenken heißt sagen, daß es uns noch nie so gut gegangen ist wie jetzt, aber daß dieses Gutgehen in jenem Wirtschaftssystem, dem auch wir Österreicher angehören, nicht automatisch gesichert ist. Wenn Gewitterwolken am Horizont stehen, dann muß man das Dach des Hauses verstärken und die Sicherungen überprüfen, da kann man sich nicht so sehr um die Einrichtung kümmern.

Aber Sie von der ÖVP müssen unglaubwürdig werden, wenn Sie in einer solchen Zeit auf der einen Seite eine effektivere Stabilitätspolitik verlangen und auf der anderen Seite Forderungen erheben, die Milliarden und Abermilliarden Schilling kosten.

Die Senkung der Mehrwertsteuer haben Abgeordnete von Ihrer Seite verlangt: das würde die Republik 6 Milliarden Schilling kosten;

die Senkung der Mineralölsteuer haben Sie verlangt: das sollte 1,2 Milliarden Schilling kosten;

eine Senkung der Lohnsteuer sofort ab 1. Jänner 1974 ist verlangt worden: das sollte 3,6 Milliarden Schilling kosten;

die Einführung der Mütterpension hat die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek verlangt: das würde uns 6 Milliarden Schilling kosten;

eine Steigerung der Mutterbeihilfe: kostet 1,2 Milliarden Schilling.

Diese Maßnahmen werden von Ihren Abgeordneten gefordert, und gleichzeitig verlangen Sie mit treuherzigem Augenaufschlag eine noch effektivere Stabilitätspolitik!

Dann ist der Herr Abgeordnete Suppan zum Rednerpult gegangen und hat herumgejamert, daß das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr vielleicht zurückgebremst werden könnte. — Darüber ist man sich in der Welt heute auch einig, daß die Grenzen des Wachstums bald erreicht sind, daß das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten langfristig nicht im selben raschen Ausmaß weitergehen darf, wie das in den letzten Jahrzehnten der Fall war.

Wir mußten an der Spitze Europas, was das Wirtschaftswachstum betroffen hat, 1970, 1971, 1972 und auch 1973 stehen, weil wir aufholen müssen, weil wir noch weit von jenem Platz entfernt waren, der uns auf Grund der Ressourcen, die dieses Land hat, längst gebührt hätte, auf Grund all der Einnahmemöglichkeiten, die dieses Land hat, auf Grund des Fleißes seiner Bevölkerung, auf Grund seiner landschaftlichen Schönheiten, auf Grund seiner Bodenschätze, auf Grund seiner hochentwickelten Industrie.

Diesen Platz mußten wir erst erreichen, aber die Grenzen des Wachstums sind doch auch uns gezogen.

Wie rasch dieses Wachstum in der letzten Zeit war, möchte ich an dem Beispiel Österreichs verdeutlichen: Es hat sich gezeigt, daß die österreichische Wirtschaft in der Zeit vom ersten Weltkrieg bis herauf in die späten

Blecha

vierziger Jahre und in die beginnenden fünfziger Jahre so gut wie nicht gewachsen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Zeit der Monarchie bis herauf in das Jahr 1949 etwa haben wir eine stagnierende Wirtschaft. Aber von dem Zeitpunkt der fünfziger Jahre an bis jetzt in die siebziger Jahre — wobei die höchsten Wachstumsraten, die es je gegeben hat, die der letzten Jahre unter der sozialistischen Bundesregierung sind — hat die österreichische Wirtschaft die Produktion, die reale Produktion auf das Vierfache gesteigert!

Also das allein ist, glaube ich, ein Beweis dafür, daß auch wir bald in die Nähe der Grenze des Wachstums kommen. Ein halbes Jahrhundert Stagnation, und dann in einer atemberaubenden Zeit eine Vervierfachung unserer realen Produktion!

Eine Verlangsamung des beschleunigten Wachstums der Industriestaaten wird aber in erster Linie im Hinblick auf die Knappheit der Rohstoff- und Energieversorgung, aber auch im Hinblick auf die Knappheit der bisher vielfach für freie Güter gehaltenen Umweltelemente Luft und Wasser zu erwarten sein.

Heute können wir es uns dank dieser Politik, die in den letzten dreieinhalb Jahren betrieben worden ist, auch leisten, nach der Erreichung eines gewissen Wohlstandes, den wir uns 1970 noch gar nicht haben vorstellen können, die Bevölkerung zu einem Umdenken aufzurufen. Mir ist schon klar, daß so ein Aufruf zum Umdenken einer Partei, die das Grundprinzip kapitalistischer Wirtschaftsweise, das Profitmachen um jeden Preis, so hochhält, schwerer fällt; schwerer als uns fällt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)* Aber an einem Tag wie heute, in dieser durch die Energieverknappung gekennzeichneten Situation, soll man auch im Verlauf einer Generaldebatte, wie sie hier geführt wird, zu diesem Umdenken einige Worte sagen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Hat die BAWAG einen Profit?)*

Der Fortschritt der Wissenschaft hat es ermöglicht, daß die Menschen heute frei von den Unbillen der Natur geworden sind. — Natürlich ist auch die BAWAG kapitalistisch organisiert, Herr Kollege Kohlmaier, das wird auch niemand in Abrede stellen. Aber dieses ganze System in Frage stellen, das ist eine unserer Aufgaben! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Da müssen Sie selber anfangen! Bis jetzt haben Sie es noch nicht getan!)*

Dieses Umdenken ist gerade jetzt leichter möglich, wo etwa Verknappungserscheinungen auf dem Mineralölsektor die ganze Wun-

derwirtschaft unserer Tage in Unruhe versetzen konnten und das Wohlbefinden des Wohlstandsbürgers in Frage gestellt worden ist.

Jetzt ist es auch möglich, darauf hinzuweisen, daß es nicht länger angeht, daß wir in einer Gesellschaft leben, die zwar die Privatisierung der Gewinne duldet, aber gleichzeitig die Sozialisierung der Verluste immer lautstärker verlangt.

Was die Gesellschaftskritiker schon seit längerer Zeit festgestellt haben, ist gerade jetzt unseren Mitbürgern zu vermitteln: daß das menschliche Wohlbefinden vom Menschen unserer Tage und von der von ihm mehr oder weniger kritiklos akzeptierten Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von einer von ihm akzeptierten falschen Wertordnung her bedroht ist. Jetzt sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß eben das Zusammenraffen von Reichtümern, das Anstreben immer neuer Annehmlichkeiten nicht das Lebensglück bedeutet. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das wissen wir schon lang!)*

Die Anhänger der sogenannten Katastrophentheorie haben eine totale Umweltverschmutzung und eine vollkommene Erschöpfung der Rohstoffreserven in Aussicht gestellt. Wir Sozialdemokraten waren nie Anhänger dieser Katastrophentheorie, aber wir haben stets diese Gefahren erkannt. Beispiele dafür sind die Grundsatzprogramme unserer Partei, an denen die Regierungspolitik sich auch orientiert. Wir haben die Gefahren erkannt und deren Abwendung in einer radikalen Änderung dieses bestehenden Wertsystems gesehen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber das „Humanprogramm“ ist doch geändert?)* Noch vor kurzem, Herr Kollege Kohlmaier, ist das von Leuten Ihrer Partei als ideologischer Quatsch abgetan worden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Kann mich nicht erinnern!)*

In den fortgeschrittensten Industrieländern ist das Wirtschaftswachstum heute schon kein Indikator für steigenden Wohlstand mehr. Die Wirtschaft wächst teilweise — Gott sei Dank noch nicht bei uns, wo wir den großen Nachholbedarf haben, aber in anderen Ländern — nur mehr deshalb so stark, weil gigantische Summen investiert werden mußten und weiter investiert werden müssen, um die Abfälle der profitorientierten Massenproduktion beseitigen zu können, weil Unsummen für die Beseitigung der Schäden dieses Wirtschaftssystems aufgewendet werden müssen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)* Die Ausgaben für die Spitäler, die Investitionen in die Umweltschutzindustrie, in die pharma-

Blecha

zeitische Industrie, um jene notwendigen Medikamente zu bekommen, damit die gesundheitlichen Schäden, die diese profitorientierte Wirtschaft anrichtet, beseitigt werden können (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber die sozialistische Wirtschaft hat dieselben Probleme!*), die haben das Wachstum jetzt noch ermöglicht, das Wachstum einer Gesellschaft, von der der amerikanische Gesellschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith sagte, daß sie „maximales Profitstreben zum Maßstab aller Dinge“ gemacht hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Aber ist es nicht absurd, daß diese Art von Schadensbekämpfung den größten Teil eines künftigen Wirtschaftswachstums auffressen soll und daß dann die Gefahr besteht, daß ab einer bestimmten Größe des Wirtschaftswachstums dieses in eine Verschlechterung der Qualität des Lebens umkippt?

Die in Frage gestellte Energieversorgung kann meiner Meinung nach die Änderung der Wertskala, der sich so viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger verhaftet fühlen, herbeiführen. Und das wäre doch ein Anliegen aller drei Parteien dieses Hauses.

Alle drei Parteien haben erklärt, im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stehe der Mensch. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das stimmt!*) Es geht um den Menschen, und daher müßten wir alles tun, jene Werte in den Vordergrund zu rücken, die die menschlichen sind. Dazu gehört aber auch, daß das Gemeinschaftsinteresse vor dem Egoismus zu rangieren hat. Dazu gehört aber auch, auf unser Österreich bezogen, daß die nationalen Interessen vor kurzfristige Parteiinteressen, wie sie in der Debatte immer wieder geäußert worden sind, zu stellen sind! (*Beifall bei der SPO.*)

Der Herr Abgeordnete Peter hat heute vormittag erklärt, wir wären bereits mitten in einer Krise. Ich möchte das zurückweisen. Wir haben noch keine Krise, aber wir haben Hamsterkäufe. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das hat es beim Adolf auch geheißen!*) Aber die sind von jenen ausgelöst worden, Herr Abgeordneter Kohlmaier, die ihre Gewinne auf Kosten einer von Ihnen verunsicherten Bevölkerung erhöhen wollen! (*Zustimmung bei der SPO.*) Das sind jene Mühlenbesitzer (*Abg. Kern: Das müssen Sie aber nachweisen!*), die, obwohl wir wissen, daß wir auf Monate hinaus mit Getreide, mit Weizen und Roggen versorgt sind, das Gerücht aussprengen, daß es bald kein Mehl mehr geben wird (*Abg. Dr. Mussil: Das ist eine Irreführung der Bevölkerung!*), und die die Hausfrauen dazu bringen, daß sie in die Geschäfte laufen, daß

sie die Geschäfte stürmen, um Mehl zu hamstern.

Das sind jene Profiteure, die sich hier in Wirklichkeit als die Raubritter der modernen Gesellschaft entpuppen. (*Zustimmung bei der SPO. — Zwischenrufe bei der OVP.*)

Das sind auch jene, die es zuwege gebracht haben, das Gerücht auszustreuen: Weil irgendwo in Asien die Reisernte schlecht gewesen ist, würde der Reis in Österreich knapp werden!, wobei wir den Reis zum Großteil aus ganz anderen Ländern beziehen. Es gibt keinerlei Schwierigkeiten, zum Beispiel aus Holland Reis zu importieren, von holländischen Firmen, die schon bisher einen großen Teil des österreichischen Importes gedeckt haben. Wir haben auch die Möglichkeit, Reis aus Italien und auch aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Nein, da wurde eine Hysterie entfesselt! In dem Augenblick aber, in dem der Preis für 1 kg Reis auf 29 S in den Geschäften gestiegen ist, da war er wieder vorhanden. Das machen diejenigen Leute, die Sie vertreten, Herr Abgeordneter Dr. Mussil! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Aber in dieser Zeit geht es nicht darum ... (*Abg. Dr. Zittmayr: Die Regierung hat die Psychose ausgelöst!*) Das ist der größte Witz, den Sie in diesem Hause erzählt haben, Herr Dr. Zittmayr. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Weil die Regierung so unsicher wirkt! — Weitere Zwischenrufe bei der OVP.*)

Heute geht es darum, daß wir energisch jener Auffassung und jener Meinung entgegenzutreten müssen, die zum Credo einiger Ihrer Abgeordneten geworden ist, daß nämlich der Profit die Mittel heiligt.

Die Zuckerindustrie schreit nach höheren Preisen, obwohl gerade die Zuckerindustrie in Österreich die höchste Rendite erreicht. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Man erklärt auch einmal, im nächsten Jahr würde es zuwenig Zucker geben. Es sind das die Herren Zuckerbarone, die sich bereits eingedeckt haben ... (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.*)

Präsident **Probst** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter Doktor Mussil! Sie waren so lange nicht da. Aber kaum sind Sie — und auch andere Herren — hier, geht es gleich immer los.

Der Herr Abgeordnete Blecha hat das Wort! Wort!

Abgeordneter **Blecha** (*fortsetzend*): Das sind in Wirklichkeit die Ursachen für jene Entwicklung, die der Herr Abgeordnete Peter aufgezeigt hatte. Das sind diejenigen, die dahinter-

8482

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Blecha

stehen: Die Mühlenbesitzer, die Zuckerfabrikanten und die Reishändler und wie sie alle heißen. Das sind die Preissteigerer! Das sind diejenigen (*Zwischenruf des Abg. Suppan*), die zum Galopp antreten, Herr Abgeordneter Suppan! Diese Preissteigerungen werden nicht von den Arbeitnehmern und werden nicht von den Konsumentenorganisationen beantragt. Sie werden von jenen beantragt, die der ÖVP die Wahlwerbung zahlen! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die europäische Rohölkrise hat noch etwas anderes gezeigt, nämlich welchen Schatz wir in Österreich in der eigenen verstaatlichten Österreichischen Mineralölverwaltung haben und welche Gefahren die multinationalen Konzerne für die Völker darstellen. (*Abg. Kern: Ich werde Ihnen sagen, wer die Preise in die Höhe getrieben hat! Passen Sie dann gut auf!*) Noch nie war die Lage der Multinationalen auf dem europäischen Mineralölmarkt so stark wie jetzt. Als Verwalter von Knappheitsgütern haben sie die Chance ergriffen, Preise und Mengen nach ihren Interessen und sehr oft auch gegen die Interessen der einzelnen Nationen zu steuern. International gesehen ergibt sich die schauerliche Wahrheit: Je träger der Ölstrom fließt, desto stärker sprudeln die Profite der multinationalen Konzerne. Das ist die Wahrheit!

Ich darf Ihnen nur ein Zitat sagen. Im „Spiegel“ stand, daß der Shell-Chef Johann Wellbergen gemeint hat — jetzt, am Höhepunkt der Versorgungskrise mit Erdöl —: „Wenn wir jetzt keine großen Gewinne machen, dann würde ich garantiert nicht mehr auf meinem Stuhl sitzen.“

Und wenn Ihnen, Herr Mussil, das zu wenig ist, so sage ich Ihnen: Auch der Esso-Generaldirektor Ohm hat sich in ähnlicher Weise geäußert. Er hat erklärt: „Jetzt können wir wieder eine angemessene Rendite erzielen.“

Staaten aber, die wie Österreich über eine eigene staatliche Ölgesellschaft verfügen, tun sich leichter als jene, die bei ihrer Ölversorgung von den Internationalen abhängen. (*Abg. Mitterer: Aber Sie haben immer gesagt: Weg mit den Kleinen! Nur die Großen werden alles gut machen! Jetzt sind die Großen auch wieder schlecht?*) Die Existenz multinationaler Konzerne, Herr Abgeordneter Mitterer, erfordert eine internationale Strategie zur Eindämmung ihres Profitstrebens dort, wo es eindeutig auf Kosten der Völker geht. Das ist eine alte sozialdemokratische Weisheit. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Jetzt zeigt sich, daß trotz der Lieferzusagen der Ölproduzenten das Rohöl nicht unbedingt im vollen Umfang den Weg in die Verbrau-

cherstaaten finden muß, wenn es über die internationalen Konzerne verteilt wird. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Der Blecha ist ein konservativer Marxist! Ganz eindeutig!*) Die Ölversorgung ist nur gesichert ... (*Abg. Kern: Längst überholt!*) Schauen Sie: Was überholt ist, werden die Menschen draußen feststellen. (*Abg. Mitterer: Das bestimmen Sie!*) Daß Sie, Herr Abgeordneter Kern, das nicht verstehen, obwohl die ganze Welt das versteht und obwohl diese Kritik an der Politik der internationalen Konzerne in der Ölkrise sogar in den Bruderparteien der ÖVP laut und lauter wird, das zeigt, wie weit Sie, Herr Kern, und wie weit die ÖVP hinter der geistigen Entwicklung zurück ist, nämlich hinter der internationalen Bewußtseinsbildung. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Kern.*) In der CDU hätten Sie nicht einmal einen Platz draußen im Kammerl als Botengänger. (*Abg. Mitterer: Herr Blecha! Waren Sie gegen die Kleinen? — Rufe bei der ÖVP: Schämen Sie sich, daß Sie qualifizieren, wer hier Platz hat! Das ist zuviel! Das ist nicht Ihre Sache! — Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Passen Sie auf: Welchen Platz der Herr Kern bei Ihnen hat, das habe ich ohnedies nicht qualifiziert. Das überlasse ich ... (*Weitere heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Bitte, sich zu mäßigen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bitte, sich auf allen Seiten zu mäßigen. (*Rufe bei der ÖVP: Einen Ordnungsruf, Herr Präsident!*) Für einen Ordnungsruf habe ich keinen Anlaß!

Bitte, Herr Abgeordneter Blecha. (*Weitere Rufe bei der ÖVP: Wir beantragen einen Ordnungsruf, Herr Präsident!*)

Abgeordneter **Blecha** (*fortsetzend*): Die Ölversorgung ist nur gesichert, wenn der Ölimport durch nationale Gesellschaften durchgeführt wird, und zwar auf der Grundlage von Verhandlungen zwischen dem ölproduzierenden und dem ölverbrauchenden Staat.

In diesem Zusammenhang darf ich ein Beispiel für die Vorsorge im nationalen Interesse anführen: Wir haben in Österreich die Österreichische Mineralölverwaltung. Die Österreichische Mineralölverwaltung mit den beiden verstaatlichten Vertriebsorganisationen Elan und Martha hat etwa bei Benzin einen Marktanteil von zirka 17 Prozent. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Hoffentlich haben sie auch einen Profit!*) Diese staatliche Österreichische Mineralölverwaltung hat, als die Krise akut geworden ist, 1,5 Millionen Tonnen Mineralölprodukte gelagert gehabt. Die internationalen

Blecha

Gesellschaften, die etwa 80 Prozent des Marktes beherrschen, haben nicht einmal 100.000 Tonnen in unserem Land gelagert gehabt.

Daran ersehen Sie, wie notwendig es für die österreichische Wirtschaft ist, daß wir staatliche Betriebe haben, wie notwendig es ist, daß wir alles daransetzen, um diese verstaatlichten Betriebe zu verbessern und ihnen die Startmöglichkeiten und die Konkurrenzmöglichkeiten zu erweitern, wie groß in Wirklichkeit unser Interesse an einem guten Florieren dieser Unternehmen sein muß. *(Abg. Mitterer: Aber haben Sie noch nicht gehört, daß ein Unterschied ist zwischen einer Firma und einer Raffinerie? Das ist doch lächerlich!)* Aber Herr Kollege! Es geht doch jetzt gar nicht um die Raffinerie. *(Abg. Mitterer: Aber Sie reden doch davon!)* Das haben Sie nicht bemerkt. *(Abg. Mitterer: Sie wissen genau, daß da ein Unterschied ist!)* Darüber können wir noch zu einem anderen Zeitpunkt diskutieren.

Wir sind der Auffassung, daß die Versorgungsschwierigkeiten bei Mineralölprodukten wiederum ein Beispiel dafür sind, wie notwendig die Stärkung unserer verstaatlichten Industrie in einer Zeit ist, in der dieses Österreich möglichst autark zu sein hat. *(Abg. Kern: Einen besseren Profit soll sie auch haben!)*

Ich möchte zum Schluß kommend noch auf einen Punkt eingehen, der in einigen Debattenbeiträgen angeschnitten worden ist. Man hat uns vorgeworfen, die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche angekündigt und nicht durchgeführt zu haben. — Wir haben die Demokratisierung in den verschiedensten Bereichen durch die entsprechenden Initiativen vorangetrieben: Auf dem Gebiet der Schule, auf dem Gebiet der Universitäten und auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die berechtigte Forderung der Gewerkschaften nach einer qualifizierten Mitbestimmung hat auch in Österreich zum Neudurchdenken des Problems wirtschaftlicher Macht geführt. Die Wirtschaft ist nicht länger als ein isolierter Bereich unserer Gesellschaft zu betrachten.

Aber eines der zentralen Probleme der modernen Demokratie ist die demokratische Machtkontrolle. Für den Bereich der Wirtschaft ist das jetzt allgemein akzeptiert worden. Es gilt aber — neben der Wirtschaft — noch einen ganz besonders wichtigen Bereich, in dem das Problem der Machtkontrolle ebenso bedeutsam ist und der auch erst in den letzten Jahren in seiner vollen Bedeutung bewußt geworden ist, zu regeln. Das ist der Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation.

Die politische Funktion der Massenmedien in der demokratischen Gesellschaft ist ziemlich genau bestimmbar. Die Demokratie hat jedem Staatsbürger die Möglichkeit der Mitwirkung, der Partizipation an den politischen Entscheidungen zu garantieren. Diese Mitwirkung verlangt aber eines: Sie verlangt Information.

Der mündige Staatsbürger muß die Alternativen wenigstens in ihren Grundzügen kennen. Das Geflecht der Interessen muß für ihn durchsichtig gemacht werden. Diese Funktion haben heute vornehmlich Hörfunk, Fernsehen und Presse übernommen.

Wenn wir davon gesprochen haben, daß Demokratiereform ein permanenter Prozeß ist, dann ist auch die Rundfunkreform ein permanenter Prozeß, dann gilt auch hier immer wieder, die gesetzlichen Bestimmungen und die Struktur des Rundfunks den neuen Gegebenheiten, den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Wenn wir heute der Auffassung sind, daß die vornehmste Aufgabe des Rundfunks in Österreich darin besteht, die Meinungsvielfalt zu den wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zu präsentieren, um dem mündigen Staatsbürger jene umfassende Information zu vermitteln, deren er bedarf, um seine Meinung frei bilden zu können, dann ist die Fortsetzung der Rundfunkreform etwas, was in Wirklichkeit auch mit Ihren Absichten konform gehen müßte. Auch Sie sprechen immer von Demokratiereform.

Wir haben eine Regierungsvorlage im Haus, die der Herr Bundeskanzler hat ausarbeiten lassen, die in den wesentlichen Punkten den Forderungen, die das Volksbegehren erhoben hat und die das ÖVP-Gesetz aus dem Jahre 1966 nicht erfüllen konnte, entspricht und die jenen Anforderungen Rechnung trägt, die sich in unserer rasch wandelnden Zeit ergeben haben.

Wir sind der Meinung, daß der mündige Bürger das Wesenselement dieser Demokratie ist. Dieser Bürger ist vor Manipulation zu schützen, und er hat einen Rechtsanspruch auf eine möglichst umfassende Information. Beides soll jene Novelle bringen, die jetzt in den kommenden Wochen im Haus verhandelt werden wird. Diese Novelle gilt es zu realisieren im Interesse einer Verlebendigung und einer Weiterentwicklung der Demokratie, die ein kontinuierlicher, ein permanenter Prozeß ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König zum Wort gemeldet.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Blecha hat die Behauptung aufgestellt, daß der Abgeordnete Hahn im Wahlkampf und ich selbst hier im Hause die Kosten für die UNO-City mit 50.000 S je Quadratmeter wider besseres Wissen genannt hätten, weil es nach seinen Worten nur 15.000 S wären. Ich will den Beweis für die von uns angeführten Kosten liefern:

Es sind pro Beschäftigten bei der UNO-City 12 Quadratmeter Bürofläche vorgesehen. Es sind 4700 Beschäftigte, das macht 56.000 Quadratmeter. Ich habe hier die Behauptung aufgestellt, und ich stehe dazu, daß bei dieser UNO-City erstmals in Österreich sich ein Verhältnis von Leerraum zu benützbarem Raum von 1 : 1 ergibt. Man muß also die Bürofläche mit zwei multiplizieren, das ergibt 112.000 Quadratmeter. Seitens der IAKW wurde uns eine Kostensumme von 5,6 Milliarden Schilling per März 1973 genannt. Das sind ganz genau 50.000 S pro Quadratmeter.

Herr Abgeordneter Blecha! Die von Ihnen genannten 15.000 S können nur auf zweierlei Weise ermittelt werden. Nämlich entweder, wenn man die ganzen Rasenflächen, die Parkplätze und Abstellplätze dazurechnet und unzulässigerweise vielleicht die Baukosten des Gebäudes auf Parkplätze und Rasenflächen umlegen wollte (*Abg. Dr. Kohlmaier: Auf ganz Wien!*), oder aber, wenn man die alten Ziffern von Architekt Staber zugrunde legt, jenes Projekt, das der Herr Bundeskanzler Kreisky mit 1,75 Milliarden als so besonders preisgünstig bezeichnet hat. Das ergibt auch 15.000 S pro Quadratmeter. Nur stimmen diese Ziffern leider nicht, wir sind leider weit, weit darüber hinaus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Diskussion über die Problematik der IAKW ist, wenn ich das so beobachte, von einer Hochhausdiskussion mehr oder weniger zur Häuseldiskussion geworden. Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe der Freiheitlichen Partei ist, in diesen noch nicht abgeschlossenen Prozeß mit polemischen Bemerkungen einzugreifen.

Wenn aber der Kollege Blecha schon gesagt hat, man soll der Bevölkerung reinen Wein einschenken, und damit einen Wahlslogan der Freiheitlichen Partei aufgegriffen hat, dann sollte er auch nicht eine Verschuldungsspielerei starten, wie er sie hier vorgelegt hat. Er hat darauf hingewiesen, daß Österreich ge-

messen an seinem Budget eine verhältnismäßig niedrige Verschuldung im Vergleich zu anderen Ländern hat. Man sollte doch dabei bedenken — das muß, um ein klares Bild zu schaffen, auch gesagt werden —, daß ein hoher Anteil des Budgets am Bruttonationalprodukt es sehr leicht möglich macht, dann mit einem niedrigen Verschuldungsgrad in Erscheinung zu treten. Das heißt mit anderen Worten, daß die große Verschwendung aus den Mitteln des Staatsbürgers über das Budget auf der anderen Seite den Eindruck erweckt, man sei vergleichsweise niedrig verschuldet. So einfach, Herr Kollege Blecha, sollte man sich das nicht machen.

Einen Aufruf, den Sie hier gemacht haben, möchte ich doch aufgreifen und näher darauf eingehen. Das war der Aufruf zum Umdenken, der Aufruf, doch aus der zukünftigen wirtschaftlichen Situation jetzt schon Schlußfolgerungen zu ziehen, Überlegungen anzustellen und viele bisherige Konsumgewohnheiten neu zu überdenken, eine Umorientierung vorzunehmen.

Ich glaube nur nicht, daß man sich das so einfach machen kann, daß man behauptet und sich darauf versteift: Wir sind in einer profitorientierten Wirtschaft, daher ist das System von vornherein schlecht; diese Profitorientierung muß beseitigt werden; an allen Fehlentwicklungen ist diese Profitgier schuld.

Unbestritten, daß gerade extreme Zielorientierung auf die Gewinnmaximierung kein wirtschaftliches Problem zu lösen vermag. Das wurde aber auch nie behauptet. Unsere Wirtschaft hat keineswegs den Gewinn als alleinige Zielsetzung. Soweit kann man doch die Vorstellungen der Wirtschaftstreibenden nicht verfälschen, daß man ihnen unterstellt, sie seien ausschließlich am Gewinn interessiert, sie seien ausschließlich vom Profit gesteuert.

Es ist gar kein Zweifel, daß der Gewinn als Maßstab für die Funktionsfähigkeit eines Unternehmens sich gut bewährt hat. Es ist gar kein Zweifel, daß auch sozialistische Unternehmen selbstverständlich den Gewinn als Maßstab für die Entwicklung und Gebahrung eines Unternehmens heranziehen. Es ist gar kein Zweifel, daß das Heranziehen dieses Maßstabes Gewinn uns die von Ihnen, Kollege Blecha, zitierte Befreiung von der Umwelt ermöglicht hat, und daß man durchaus sagen kann, daß das System, die wirtschaftliche Leistung in irgendeiner Form zu bewerten, gut funktioniert hat und erfolgreich gewesen ist.

Es ist aber ebenso richtig, daß eine reine Gewinnorientierung nicht zielführend sein kann. Aber davon ist ja keine Rede. Wir

Dipl.-Ing. Hanreich

haben längst unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet, daß sozialpolitische Gesichtspunkte eine wesentliche Bedeutung dabei haben, wir haben längst Vorschriften und haben erst neuerlich in der Gewerbeordnung weitere dieser Vorschriften beschlossen, die den Umweltschutz sicherstellen, die die Voraussetzung dafür sind, daß als zusätzliche Zielkomponente für die Unternehmen Umweltschutz und sozialpolitische Problematik eingebaut werden.

Ich glaube nicht, daß man es sich so einfach machen kann, indem man das Profitsystem anprangert und gleichzeitig verschleiert, daß man mit dem System der Marktwirtschaft bisher erfolgreich gearbeitet hat.

Sicherlich werden wir Wohlstandsbürger das Konsumdenken einer Änderung unterziehen müssen, sicherlich werden wir uns genauer zu überlegen haben, daß viele Ausgaben, die wir heute noch als notwendig ansehen und die wir glauben nicht missen zu können, überflüssig sein können und korrigiert werden müssen. Man wird sich verschiedene Modetorheiten, die man bisher akzeptiert hat, auch in Bereichen langlebiger Konsumgüter neu überlegen müssen.

Man wird aber trotzdem nicht darum herumkommen, durch ein vernünftiges wirtschaftliches System — und das System der Marktwirtschaft ist dafür geeignet — die Voraussetzung zu schaffen, daß die Leistung innerhalb der Gesellschaft richtig bewertet wird.

Wir können es von freiheitlicher Seite nicht tolerieren, wenn Kollege Blecha als Sprecher der Sozialistischen Partei die Krisensituation, die sich abzeichnende Notsituation, zum Anlaß nimmt, die Durchsetzung der Funktionärsdiktatur zu fordern. Es geht nicht an, daß man glaubt, durch den Aufhänger Krisensituation und Notsituation eine Reglementierung des Staatsbürgers einführen zu können. Es geht nicht an, daß man hier versucht, von oben her eine Bevormundung durchzuführen, die weit über das hinausgeht, was aus der Situation selbst an Steuerungsmaßnahmen erforderlich ist.

Ganz richtig, daß das Lebensglück mit ein Ziel menschlicher Tätigkeit ist und sein soll. Aber eines steht fest: Wir haben nicht die Absicht, uns von der Sozialistischen Partei unsere Form von Lebensglück vorschreiben zu lassen! *(Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.)*

Es ist doch nicht so, daß wir nicht ebenfalls die Gefahren erkannt hätten, daß wir nicht längst dieser Problematik aufrecht ins Auge gesehen hätten. Wie oft haben wir darauf hin-

gewiesen, daß man solchen kritischen Situationen, wie wir sie momentan haben, vorbeugen sollte, daß man Vorsorge treffen sollte.

Wenn wir heute hören, daß die „bösen“ Hintermänner in der Wirtschaft, die Großkapitalisten, die multinationalen Unternehmungen diejenigen sind, die die Hamsterkäufe initiieren und verursachen, dann muß ich Ihnen sagen: Wäre der Beschwichtigungshofrat Staribacher infolge getätigter Vorsorgen glaubwürdiger, dann könnte kein Mensch in der Welt den Österreicher zu einer Hamsterwelle bringen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Für die Weiterentwicklung der Mineralölsituation, Kollege Blecha, machen Sie es sich auch sehr einfach: Die Multinationalen sind die Bösen; das wird so schön schwarz-weiß an die Wand gemalt, in der Schattenrißtechnik gezeichnet, damit man nur ja keine Grautöne einführen *(Abg. Ulbrich: Na, blaue!)*, damit man sich nur ja nicht zu genau in die Problematik begeben muß. Man malt hier einen Buh-Mann an die Wand und lobt dann unsere ÖMV und ihre besonders zukunftsweisende Haltung, ihre sehr sinnvolle Vorsorge und so weiter.

Wir sollten einmal anfangen, uns mit der Frage zu beschäftigen, ob es überhaupt richtig ist, daß wir unsere Ölreserven, über die wir im Moment aus eigener Produktion verfügen, noch weiter in dem Umfang ausschöpfen! Sollten wir nicht vielmehr auch hier mit dem Umdenken beginnen und uns überlegen, daß diese Vorräte, die ohnehin kaum mehr lange vorhalten werden, etwas pfleglicher behandelt werden, und ob man dem von uns mehrfach betonten Wunsch nicht endlich einmal Rechnung tragen sollte, sich über die Mineralöl- und Mineralvorkommen in Österreich einmal einen besseren Überblick zu verschaffen.

An der eigenen Türe hätten wir zu kehren. Hier wäre eine Fülle von Möglichkeiten, Vorsorge zu treffen, bevor man gegen die Multinationalen wettert, für die es sicher notwendig ist, Regeln zu finden, die zu steuern zweifellos eine Aufgabe der übernationalen Politik ist. Ich habe aber manchmal das Gefühl, daß die Multinationalen jetzt in ihrer weltweiten Versorgungsaufgabe durch die nationalistische Politik einzelner Länder mehr gehindert werden, als sie durch sinnvolle Vorschriften in der Tätigkeit eingeschränkt würden, die Sie ihnen grundsätzlich als negativ unterstellen. Ich glaube, daß wir auch da ohne Verstaatlichungsgeschrei und ohne Polemiken Möglichkeiten hätten, die Verbindung der multinationalen Konzerne zu unserem eigenen Land zu verbessern.

Dipl.-Ing. Hanreich

Sie sollten sich nicht darauf beschränken, hier heftig zu polemisieren, hier einen Teufel an die Wand zu malen, der in dieser Form gar nicht existiert. Das Teufel-an-die-Wand-Malen — das muß doch ganz klar gesagt werden — war immer die Methode, die Bevölkerung von einer kritischen Situation abzulenken, einen Buh-Mann, einen Popanz, vorzuzeigen, auf den man den Unwillen des Volkes ableitet. So einfach, Herr Kollege Blecha, wird sich die Sozialistische Partei ihrer Verantwortung, die sozialistische Regierung ihrer Verantwortung dem österreichischen Volk gegenüber nicht entledigen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kern.

Abgeordneter **Kern (ÖVP)**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einiges bezüglich der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Blecha. Herr Abgeordneter Blecha! Zu Ihrer Beleidigung, die Sie mir vielleicht in einiger Erregung entgegengeschleudert haben, nur eines: Mich kann nicht jeder beleidigen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zu dem, Herr Abgeordneter, was Sie zur Verschuldung gesagt haben — bis 1969 haben wir es jedenfalls ganz anders gehört —, einige Worte. Jeder Sachverständige, jeder Unternehmer, aber auch jeder Unselbständige wird es ohneweiters begreifen, daß es Zeiten gibt, in denen man eben Geld aufnehmen muß, um investieren zu können oder auch um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Sie werden sich vielleicht noch erinnern — oder fragen Sie den Herrn Bundeskanzler selbst —, daß Dr. Kreisky im Jahre 1966 bei den Regierungsverhandlungen, die zwischen den beiden Parteien stattgefunden haben, nachher einem Journalisten unter anderem erklärt hat: In den nächsten Jahren wird es hier in unserem Land nicht lustig werden. Er hat also im Jahre 1966 schon gesehen, wie die internationale wirtschaftliche Entwicklung sein wird und was auf uns zukommt.

Es war ja in den ersten Jahren der ÖVP-Alleinregierung wirtschaftlich nicht gerade rosig. *(Abg. Dr. Tull: In der ÖVP-Zeit war es nie rosig!)* Wir hatten in den ersten Jahren lediglich ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent. Herr Dr. Tull! Sie können mir doch jetzt nicht sagen, daß die ÖVP-Alleinregierung, die im Jahre 1966 die Verantwortung übernahm, Schuld daran gehabt hätte, daß vorher vielleicht — wo Sie daran mitgewirkt haben — einiges versäumt worden ist und nicht so gemacht werden konnte, wie es notwendig gewe-

sen wäre. Es war nun einmal so, daß damals die wirtschaftliche Situation nicht so schön war.

Durchschnittliches Wirtschaftswachstum in diesen vier Jahren: 2¹/₂ Prozent. Zu Beginn damals lediglich 1 Prozent. Aus dem Grund natürlich auch die Notwendigkeit, um die Konjunktur anzukurbeln, entsprechend zu investieren, also Geld aufzunehmen.

Aber es kommt ja darauf an, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man in einer Zeit der Hochkonjunktur, ich möchte sagen der Hochkonjunktur, wo man noch dazu laufend mehr Steuern jedes Jahr einnimmt als ursprünglich präliminiert, wieder Schulden zurückzahlt und nicht neue macht. Darauf kommt es an.

Wenn das nämlich der Private eine Zeitlang macht, kann er sich's ausrechnen, wann er unter den Hammer gerät. Beim Staat geht das anders, da wird eben der Schilling dünner.

Nun darf ich einen unverdächtigen Zeugen für die Situation von 1970 betreffend die wirtschaftliche Entwicklung zitieren: Es ist der Herr Vizekanzler Häuser, Herr Dr. Tull. Er sagt hier im Sozialbericht, Bericht über die soziale Lage 1970: „Nach dem guten Ergebnis des Jahres 1969“ — letztes Jahr der ÖVP — „hat sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Berichtsjahr noch beschleunigt. 1970 erreichte das Bruttonationalprodukt nach vorläufigen Berechnungen einen Gesamtwert von 372,2 Milliarden Schilling; das entspricht einem Zuwachs von 12 Prozent“ nominal, real „7,1 Prozent“.

Im Jahre 1970! Sie haben ein gutes Erbe übernommen. Sie haben ein Erbe übernommen, das sich sehen lassen kann. Natürlich auch aus dem Grund hätten wir erwartet, daß Sie den Schuldenstand in diesem Jahre entsprechend verringern. Noch dazu bei diesen — wie ich bereits erwähnt habe — sehr hohen Steuereingängen.

Der Herr Abgeordnete Blecha hat unter anderem besonders auf das Verantwortungsbewußtsein hingewiesen, das notwendig ist; er hat von der Demokratisierung gesprochen, das wäre wichtig. Doch frage ich, wie sich das mit diesem Flugblatt verträgt, das der Herr Zentralsekretär Marsch vor kurzem seinen Funktionären und seinen Mitgliedern übermittelt hat, in dem sie aufgefordert werden, gewisse Zeitungen unter Umständen nicht zu beziehen, weil diese die Regierung stürzen wollen. Nur deshalb, weil sie es wagen, manchmal auch ein kritisches Wort über die Praxis der Regierung zu schreiben.

Kern

Bevor ich nun auf meine eigenen Ausführungen eingehe, darf ich einen ... (*Abg. Doktor Tull: Waren das fremde?*) Zu dem, was ich sagen wollte, es waren zuerst Erwidern, Herr Dr. Tull, auf das was Abgeordneter Blecha gesagt hat. Bevor ich auf mein Thema eingehe — ich danke für die Berichtigung, Herr Doktor —, bevor ich auf mein eigenes Thema eingehe, möchte ich noch einen Entschließungsantrag einbringen, der Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft vorsieht. Das wird auch in meinem Thema mitbehandelt werden, ich würde daher den Herrn Präsidenten bitten, daß dieser Entschließungsantrag dann vom Schriftführer verlesen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade die Ereignisse der letzten Monate — es wurde heute wieder davon geredet —, die Ölkrise, aber vorher schon in den Sommermonaten die Eiweißfuttermittelkrise, die wir Landwirte besonders verspürt haben, hat drastisch allen Österreichern die Abhängigkeit unseres Landes vom Ausland vor Augen geführt. Und die Regierung hat damals sehr schnell — sie konnte es auch — beruhigend auf den hohen Eigenversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln hingewiesen.

Ich möchte dazu nur sagen: Es ist absolut nicht das Verdienst der Regierung, der SPÖ überhaupt, daß dem so ist, es ist in erster Linie das Verdienst der übermäßigen Anstrengung der Bauern, die bei diesen Preisen noch immer brav ihre Pflicht erfüllen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler ist immer noch nicht da. Der Ministerrat wird anscheinend noch immer tagen. Es ist ein Zeichen dafür, wie sehr der Herr Bundeskanzler dieses Parlament achtet, wie sehr er hier sein eigenes Kapitel mitverfolgt und sich dafür interessiert. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Da sich unser Herr Bundeskanzler, unser Regierungschef, weit mehr als seine Amtsvorgänger auch direkt in die Agrarpolitik einmischt und eingreift, hätte ich einige Fragen an ihn. Vielleicht kann man ihm das weitergeben, Herr Staatssekretär. Ich würde darum bitten.

Und zwar hätte ich ihn fragen wollen, ob er im Ernst glaubt, daß er mit seiner Agrarpolitik, mit der Agrarpolitik seiner Regierung, mit diesem Agrarbudget insbesondere, das von einigen unserer Redner schon richtigerweise als Aushungerungsbudget tituliert wurde, zur Erhaltung oder gar Verbesserung einer funktionstüchtigen Landwirtschaft in unserem Lande beitragen wird. Das ist ja letzten Endes die Voraussetzung, daß es auch in

Zukunft möglich ist, unsere Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in jeder Zeit entsprechend zu versorgen.

Vor der Wahl 1970 gab es schöne Versprechungen, es gab dann zwei Regierungserklärungen, in denen auch eine sehr positive Agrarpolitik angekündigt wurde, und es gab vor ganz kurzer Zeit eine Budgetrede des Herrn Finanzministers Dr. Androsch, der hier wörtlich erklärt hat, daß das Agrarbudget 1974 auf demselben hohen Niveau wie das des Vorjahres basiert und das die Förderung fortgesetzt wird.

Da möchte ich nur eines sagen: Das Wort „hohes“ ist ja geradezu eine Frotzelei. Ich komme sofort darauf, wie die Situation beim Agrarbudget den anderen Ausgabensummen gegenübergestellt aussieht.

Steigen werden 1974 die Gesamtausgaben um 18 Prozent; im heurigen Jahr sind die Gesamtausgaben des Bundes um 13,5 Prozent gestiegen. Ergibt also in den zwei Jahren 1973/74 zusammen 31,5 Prozent. Die Ausgaben bei Kapitel 60 und 62, Landwirtschaft und Preisausgleiche, steigen im Jahr 1973 — laufendes Jahr — und für das nächste Jahr um ganze 6,6 Prozent, meine Damen und Herren. Das ist also das „hohe“ Niveau, das der Herr Finanzminister hier zum Ausdruck gebracht hat. Es liegt damit um 25 Prozent unter den allgemeinen Ausgabensteigerungen des Budgets, es liegt bei einer 14prozentigen Inflationsrate in diesen zwei Jahren weit darunter. Das heißt mit anderen Worten, daß nicht einmal die Hälfte der Inflation mit diesen 6,6 Prozent hier abgedeckt werden konnte.

Bei einer Teuerung von 7 Prozent im Schnitt, die im Jahre 1974 nicht geringer sein wird — bei den Baupreisen, bei den Maschinenpreisen, beim Treibstoff, wird sie auf alle Fälle weit über 7 Prozent betragen —, liegen gerade die echten Förderungsmittel, die Förderungsmittel, die die Bauern draußen aus dem Grünen Plan und so weiter bekommen sollen, bedeutend niedriger. Für den Güterwegebau beispielsweise um 28 Millionen — sie fallen von 308 auf 280 Millionen —, bei der Grundzusammenlegung, der Kommissierung sind es um 5,8 Millionen weniger, beim Wasserbau um 3 Millionen weniger und so weiter.

Erhöht hat sich allerdings — das stimmt, der Herr Abgeordnete Wielandner hat das vor einigen Tagen, am Freitag, gesagt — die Zuteilung für die Treibstoffrückvergütung, und zwar um 24,5 Millionen, sie steigt von 1973 bis 1974 von 362,5 auf 387 Millionen. Die Kosten für das Dieselöl für das nächste Jahr, für 1974, meine Damen und Herren, steigen

8488

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Kern

allerdings um 458,4 Millionen. Wenn man nun diese 24,5 Millionen von den 458,4 Millionen abzieht, zahlen die Bauern im nächsten Jahr für das Dieselöl um 434 Millionen mehr.

Das sind die Fakten, das sind die Tatsachen, über die Sie nicht hinwegkommen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Seit Sie regieren, ist die Gesamtbelastung bei Dieselöl für unsere Bauern — abgerechnet die Steigerung der Treibstoffrückvergütung, die sich sicherlich um einiges erhöht hat — um 655 Millionen mehr als früher, Herr Doktor Tull. So schaut es in Wirklichkeit aus.

Der Herr Bundeskanzler — er ist bereits da; ich bin sehr froh, daß er da ist — hat am 20. September 1973 vor der Landtagswahl in Oberösterreich — ganz zufällig natürlich — das gefärbte Dieselöl für die Landwirtschaft in Aussicht gestellt. Herr Minister Weihs hat im Finanzausschuß auf eine diesbezügliche Frage gesagt, im Jahre 1975 werde es soweit sein. Herr Minister Androsch hat jetzt am 30. November bei der ersten Aussprache oder bei der Enquete erklärt, er wisse überhaupt nichts. Er hat alles das verneint in der Gegenwart des Herrn Landwirtschaftsministers. (*Abg. Doktor Tull: Verneint hat er es nicht!*) Herr Bundeskanzler! Was soll nun wirklich geschehen im nächsten Jahr? Sollen die Bauern wirklich diese 450 Millionen mehr bezahlen müssen in dieser Situation?

Und nun auch etwas zu den Handelsdüngerepreisen. Verteuerungen seit dem Jahre 1970, seit Sie regieren: Nitramoncal 35,82 Prozent, Superphosphat 42 Prozent, Thomasmehl 63 Prozent — das ist der Phosphordünger, den die Bergbauern brauchen —, Kali 60prozentig 40 Prozent, Volldünger 32 Prozent und so weiter.

Meine Damen und Herren! Demgegenüber hat sich der Weizenpreis in diesen Jahren um 6 Prozent erhöht. Das sind die Fakten.

Trotzdem schreibt natürlich das „Agrarjournal“, das die Bauern vor kurzem bekommen haben (*Abg. Dr. Tull: Das liegt Ihnen im Magen, was?*) — dreimal dürfen Sie raten, wer das zahlen muß; ich komme später darauf zurück —, auf der ersten Seite: Es geht aufwärts mit der österreichischen Landwirtschaft. — Ja, mit den Preisen bei ihren Betriebsmitteln, da geht es aufwärts! Da haben Sie recht, das hätten Sie aber dazuschreiben müssen.

Und nun, meine Damen und Herren, einiges zu dem, was ja die ganze Situation, die Aus-hungerung unseres Agrarbudgets, vorbereitet hat. Und da muß ich mich wieder an den Herrn Bundeskanzler als den Chef der derzeitigen Regierung wenden.

Die Regierung hat im Herbst 1970 einen Subventionsbericht, und zwar über das Jahr 1969, herausgebracht. Dieser Bericht war laut Bundeskanzleraussage in der zweiten Anfragebeantwortung so dringlich, daß man keine Zeit mehr hat verlieren können. Es haben die Regierungsmitglieder nicht einmal die Zeit gehabt, zu einer einheitlichen Auffassung über die Erstellung des Berichtes zu kommen, über die Grundlagen, über den Subventionsbegriff einig zu werden. Sie haben die widersprechendsten Aussagen bei den Anfragebeantwortungen gemacht. Man hatte also überhaupt keine Zeit, einen Bericht zu erstellen.

Der Bericht ist aber dann, ohne im Haus verhandelt zu werden, untergegangen, hat ein Staatsbegräbnis erster Klasse erhalten. Es war also doch anscheinend nicht so dringlich, wie der Herr Bundeskanzler es damals hingestellt hat. Es kam nicht Licht in den Subventionsdschungel. Es stimmt auch nicht, daß die Landwirtschaft den Löwenanteil an den Subventionen im Jahre 1969 erhalten hätte, wie das die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet hat. Richtig war, meine Damen und Herren, der Bericht des „Kurier“, daß die Agrarier schon im Jahre 1971 bei der ersten Budgeterstellung der Sozialisten durch die sozialistische Regierung entsprechend gerupft wurden, um etwa 500 Millionen laut „Kurier“ vom Oktober 1971.

Nun, auf unsere Vorhalte, auf unsere Proteste hat dann der Herr Bundeskanzler in der ersten Anfragebeantwortung am 8. Feber 1971 erklärt: Eine aussagefähige Studie über die Bevölkerungsschichten, die letzten Endes durch Subventionen begünstigt werden, ist derzeit nicht bei den vorhandenen Daten erstellbar. — Er hat also gesagt, man könne nicht sagen, wer etwas bekomme, weil die „Arbeiter-Zeitung“ immer geschrieben hat, die Bauern seien es.

Das hat aber den Herrn Bundeskanzler überhaupt nicht geniert, im September, vorher auch schon in verschiedenen Flugschriften und Flugzetteln, aber im September 1972 dann ganz offiziell auf eine Frage im Fernsehen zu erklären, daß die Bauern in Österreich die größten Subventionen bekämen, daß sie Subventionsmilliarden aus Steuergeldern erhielten.

Herr Bundeskanzler! Man kann nur staunen über diese schnelle Wandlung.

Aber auch der Herr Finanzminister hat hier völlig widersprüchliche Erklärungen abgegeben. Er sagt in der ersten Anfragebeantwortung am 14. März 1973 — bitte, die Quellen sind alle da, sofern wieder einer sagen sollte, das sei alles nicht wahr, was da gesagt wird;

Kern

ich kann es Ihnen nachher geben, ich kann nur nicht alles vorlesen, um meine Redezeit nicht zu sehr zu verlängern —, der Bundesminister für Finanzen sagt also am 14. März 1973 auf eine Anfrage des Herrn Pansi, daß die Preisausgleiche der Landwirtschaft zuzuzählen sind. Derselbe Finanzminister aber sagt schon vorher im zweiten Subventionsbericht: Bei den Maßnahmen Preisausgleiche geht es nicht ausschließlich um eine Förderung der Landwirtschaft, sondern insbesondere um versorgungs- und marktpolitische Aufgaben, die auch den Konsumenten zugute kommen. — Da soll sich einer auskennen!

Und dann, Herr Bundeskanzler, kam eine zweite Idee. Sie haben gesehen, daß im Herbst 1970 in der Zeit Ihrer Minderheitsregierung die Bauernbundabgeordneten nicht dazu zu bewegen waren, wie Sie vorher gemeint haben, bei der Abstimmung doch zum Teil vielleicht auch mit Ihnen zu gehen. Da kam dann Ihre Äußerung, und zwar erstmals am 16. 11. 1971, in der „Presse“, daß die Landwirtschaftskammern in Österreich nicht echt subventionieren, daß sie nur Trinkgelder verteilen. Es wurde von Unkorrektheiten gesprochen, und es ist noch in Erinnerung, was heuer im Frühjahr vor den Sommerferien hier im Parlament Herr Landwirtschaftsminister Weihs bezüglich der Förderung einer Kusine damals gesagt hat; er hat inzwischen ja alles zurücknehmen müssen. Es mußte eine Bundesprüfungskommission eingesetzt werden, obwohl der Herr Minister Weihs, der Herr Landwirtschaftsminister, in einer schriftlichen Anfragebeantwortung ausdrücklich erklärt hat, daß zum Zwecke der Prüfung an Ort und Stelle über Wunsch des Rechnungshofes bereits im Jahre 1955 im Ministerium eine entsprechende Überprüfungsstelle eingerichtet worden ist und daß allein durch diese Maßnahmen eine ausreichende Überprüfung der Verwendung dieser Mittel gewährleistet erscheint.

Was macht nun diese Kommission, meine Damen und Herren? Es werden von dieser Kommission — unterschrieben vom Herrn Minister Weihs — die verschiedenen Anträge eingesehen und behandelt. Der Herr Minister Weihs schreibt dann an die Bauern Briefe — jedenfalls sind sie von ihm unterschrieben; wer sie schreibt, weiß ich nicht —, und da wird ausgeführt — wörtlich —: Dieses Ansuchen — also das Ansuchen des Bauern — wurde durch die Bundesprüfungskommission, welcher derzeit die bäuerlichen Organisationen Allgemeiner Bauernverband und Österreichischer Arbeitsbauernbund — wer es nicht wissen sollte: das ist der SPÖ-Arbeitsbauernbund — angehören, also durch bäuerliche Berufskollegen und Praktiker in der Sitzung

am Soundsovielten begutachtet. Ich kann Ihnen nunmehr die erfreuliche Mitteilung machen ... und so weiter, daß Sie das Geld bekommen.

Meine bescheidene Frage: Herr Bundeskanzler! Ist das nun Parteipolitik — ja oder nein —, die hier in das Ministerium hineingetragen ist?

Und das schönste ist, daß das ganze zum Teil gar nicht stimmt. Da haben Bauern nämlich Briefe bekommen, daß sie das Geld kriegen, tatsächlich haben sie es ein halbes Jahr vorher schon gehabt; andere Bauern wieder haben Briefe bekommen und haben über ein Jahr auf das Geld warten müssen. Das ist noch zu diesem Problem zu sagen.

Und dann kam im Herbst des vergangenen Jahres die Idee, daß man Bauernorganisationen Geld geben müßte. In den Erläuterungen zum zweiten Budgetüberschreitungs-gesetz 1972 heißt es, daß 5 Millionen Schilling an Bauernorganisationen gegeben werden sollen zu dem Zwecke der Information und Aufklärung betreffend EWG-Arrangement. So steht es in den Erläuterungen.

Der „Arbeitsbauernbund“ hat in seinem Ansuchen, das er dem Ministerium übermittelt hat, sehr treuherzig dem Minister mitgeteilt, wofür er das Geld wirklich verwenden will, nämlich um „aufzuklären“. Es ist nämlich dringend notwendig, daß man die Bauern in Österreich „aufklärt“.

Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen nur an zwei Beispielen sagen, wie diese Aufklärung aussieht. Im vergangenen Jahr hat vor der Einführung der Mehrwertsteuer diese Zeitschrift des SPÖ-Arbeitsbauernbundes, „Die Agrarzeitung“, berichtet, daß die Mehrwertsteuer demnächst eingeführt werde; sie habe noch keinen umgebracht, so schlimm werde es nicht werden. Aber dann, auf der nächsten Seite haben sie schon geschrieben: Bauern, kauft euch rechtzeitig Handelsdünger, denn es ist doch ein wirtschaftlicher Schaden im nächsten Jahr! Das ist die großartige informative Aufklärung.

Ein zweites. Es hieß, die Bauern kämen bei dem Bodenbeschaffungsgesetz überhaupt nicht zu Schaden, es geschehe ihnen nichts. Der Bauernminister Moser hat das natürlich widerlegen müssen und hat gesagt, daß natürlich die Bauern mit einbezogen werden müssen.

Das ist also die objektive Aufklärung dieser „Agrarzeitung“, die mit Steuergeldern, Herr Bundeskanzler, mit Steuergeldern, die aus den mageren Förderungsmitteln, aus diesem Aus-

8490

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Kern

hungerungsbudget hier wahrscheinlich abgezweigt werden. Dagegen haben wir etwas, Herr Bundeskanzler!

Nun meine Frage auch an Sie, Herr Bundeskanzler: Werden diese Gelder auch für das Jahr 1973 und 1974 wieder gegeben und in dieser Form verwendet?

Wir haben ja schon damals, im Jahre 1972, Herrn Minister Weihs gesagt, daß diese Gelder besser für AIK-Kredite, für Zinsverbilligungen, zu verwenden wären.

Die Erfolge Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, beginnen sich leider in der Landwirtschaft schon auszuwirken. Ich muß Ihnen sagen, daß ich gestern erst erfahren habe, daß der Verbrauch an Handelsdünger in Österreich im heurigen Jahr um 30 Prozent zurückgegangen ist, was natürlich auch mit einer entsprechend niedrigeren Ernte im nächsten Jahre verbunden sein wird.

Die Entwicklung bei den bäuerlichen Berufsschülern, Herr Bundeskanzler, ist bezeichnend. Wir haben die Situation, daß die Zahl der bäuerlichen Kinder, die nach Austritt aus der Pflichtschule das erste Jahr verpflichtet sind, die Berufsschule zu besuchen, in den letzten Jahren so stark abgenommen hat, daß wir in der Zeit, in der diese Berufsschüler dann den Hof übernehmen werden, nur mehr jeden vierten Vollerwerbsbetrieb in Niederösterreich besetzen werden können.

Die Regierung negiert wichtigste agrarische Probleme, legt ein Aushungerungsagrarbudget vor, sie stellt damit eine funktionsfähige Landwirtschaft in Frage, die in der Gegenwart und in der Zukunft von größter Bedeutung für das Überleben aller Voraussetzung wäre.

Ihr Spiel, Herr Bundeskanzler, mit den Bauern auf dem Schachbrett Ihrer Politik wird aber letzten Endes zu einem Schachmatt Ihrer eigenen Parteiziele werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Leitner, den Entschließungsantrag vorzulesen.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:**

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kern, Hietl, Vetter und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1974 (880 und 974 d. B.) betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Die Erhaltung der Kulturlandschaft wird wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Bevölkerung und für den Fremdenverkehr zu einem allgemeinen Anliegen.

In der Regel verlangt die Erhaltung der Kulturlandschaft, daß die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen aufrechterhalten wird. Die weitere Bewirtschaftung erscheint jedoch dort gefährdet, wo die landwirtschaftliche Einkommensentwicklung unzureichend ist.

Im besonderen trifft das für die Gebiete an der sogenannten „toten Grenze“ im Osten und Nordosten Österreichs zu und für jene Böden, deren landwirtschaftliche Nutzung kaum mehr ertragbringend ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, für die Strukturverbesserung ländlicher Problemgebiete Sondermaßnahmen zu treffen, um die Sicherung der Arbeitsplätze, insbesondere im Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft, zu stärken, damit auch die Erhaltung der Bevölkerungsdichte gewährleistet bleibt.

Präsident Probst: Danke. Der von den Abgeordneten Kern und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht damit auch zur Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Heinz **Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Kollegen der Österreichischen Volkspartei machen es sich in letzter Zeit in wachsendem Maße zur Gewohnheit, sich zu tatsächlichen Berichtigungen zu Wort zu melden. Dagegen wäre gar nichts einzuwenden, selbstverständlich, das ist so in der Geschäftsordnung vorgesehen. Wenngleich ich anmerken möchte: Wenn wir nach jedem ÖVP-Redner alles tatsächlich berichtigen würden, was da oft zu berichtigen ist, es müßten jedesmal drei oder vier tatsächliche Berichtigungen erfolgen und bei manchen Kollegen vielleicht sogar das Doppelte, beim Kollegen König etwa. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Dr. König hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet, um die Behauptung des Abgeordneten Hahn aus dem Wahlkampf — bitte, ich überlasse es Ihnen, ob Sie jetzt noch Behauptungen des Abgeordneten Hahn aus dem Wahlkampf besonders verteidigen wollen — zu stützen und zu unterstützen; die Behauptung nämlich, daß sich bei 6 Millionen Schilling Baukosten und 120.000 Quadratmeter verbaute Raum eine bestimmte Quadratmeterfläche ergäbe. *(Abg. Dr. K o r e n: Milliarden!)* Sechs Milliarden. Danke schön.

Dr. Heinz Fischer

Herr Kollege König! Ihre tatsächliche Berichtigung war falsch. Sie war deshalb falsch, weil Sie eine Nettofläche nehmen — 120.000 Quadratmeter verbauten Raum —, aber alle Folgeeinrichtungen, alles andere, was hier — wie Sie selbst gesagt haben — an Verkehrsbauwerken, Parkplätzen, Leitungsbauten et cetera, vorhanden ist, wegfallen lassen, aber dann Bruttobaukosten damit vergleichen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. König.)* Da ist die schriftliche Unterlage.

Herr Kollege! Der Abgeordnete Hahn hat behauptet — so lautet diese schriftliche Information, die ich von der IAKW habe —, daß „bei 6000 Millionen Schilling Baukosten und 120.000 verbauten Quadratmetern sich Baukosten von 50.000 S pro Quadratmeter ergeben, denen beim sozialen Wohnbau solche von ...“ und so weiter „gegenüberstehen“.

Abgesehen von der Tatsache, daß die Berechnungen, was es im sozialen Wohnbau kostet, falsch sind, ist folgendes festzuhalten.

„Beide Komponenten der Rechnung des Abgeordneten Hahn sind unrichtig.

1. Die Bruttofläche beträgt nicht 120.000 m², sondern 275.000 m², verteilt auf die Amtssitzgebäude, die Konferenzräume und die gemeinsamen Einrichtungen“ et cetera ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. König.)*

Die Gesamtkosten et cetera sind gleichfalls falsch. In dem von Hahn genannten Plan „sind nicht nur die Kosten der Gebäude, sondern auch jene für die Straßen (!), Wege und den Fußgängersteg zum Donaupark, die Parkplätze, des Leitungsbauwerks zur UNO-City und alle Übergabebauwerke sowie Teilkosten der U-Bahnstation und die Grünanlagen“ et cetera „enthalten“.

Das heißt, Sie rechnen die Kosten für das alles, und bei den Quadratmetern rechnen Sie das nicht.

Hohes Haus! Da ich persönlich gerne meine vereinbarte, wenn auch von vielen nicht eingehaltene Redezeit einhalten möchte, habe ich das nur als Beispiel angeführt. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, die IAKW-Frage zu diskutieren.

Ich möchte noch etwas zweites — und das wird mich ein bißchen länger beschäftigen — zur IAKW-Frage sagen. Der Abgeordnete König hat heute den Ausdruck der Verleumdung zurückgewiesen. Es bleibt ihm ja gar nichts anderes übrig. Der Herr Präsident hat sogar einen Ordnungsruf erteilt, und mit dem Präsidenten gibt es keine Diskussion.

Aber, Hohes Haus, es gibt Fakten, die man hier vorlegen kann. Faktum Nummer 1 ist natürlich, daß der Vorwurf einer gigantischen Schiebung, den Sie erhoben haben, eine Verleumdung war. Daran kann sich nichts ändern. Das steht fest, Hohes Haus! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Faktum Nummer 2 ist, daß der Abgeordnete Dr. König, nachdem dieser Vorwurf der Schiebung zusammengebrochen ist — und man kommt ja auf ÖVP-Seite aus guten Gründen nicht mehr darauf zurück —, im „ÖVP-Presse-dienst“ vom 7. 6. dann von — ich zitiere wörtlich — „neuen Unzukömmlichkeiten und Verdachtsmomenten im Zuge der Untersuchung über die Vergabe beim geplanten Bau des Internationalen Konferenzzentrums“ gesprochen hat.

König hat behauptet, daß von den Professoren Veder und Borowicka — ich kenne die Herren Professoren nicht, ich habe nie mit ihnen geredet — eine Tiefgründung vorgeschlagen wird, obwohl von Experten bei den geologischen Verhältnissen im Donaupark eine sogenannte Flachgründung vorgeschlagen wurde und diese um mindestens 200 Millionen Schilling billiger sei.

Soweit die Behauptung des Herrn Abgeordneten König. Es sind nun diese Professoren, die sich gegen diese Behauptung, die sie als Verleumdung bezeichnet haben, zur Wehr setzen, und es war Ihre Immunität, die Sie geschützt hat, daß das nicht vor Gericht ausgetragen werden konnte.

Und darum, Hohes Haus, werde ich jetzt einige Fakten aus der Klageschrift dieser Professoren hier anführen. *(Abg. Dr. König: Herr Abgeordneter Fischer! Das ist falsch! Sie haben die Zivilklage zurückgezogen!)* Hören Sie sich an, was in der Zivilklage steht. Das ist nicht sehr erfreulich für Sie.

Herr Professor Borowicka schreibt: „Diese Behauptungen“ — des Abgeordneten König — „sind zur Gänze unwahr. Sie sind für mich schwer beleidigend.“

Er sagt wörtlich weiter: „Geradezu grotesk sind die Behauptungen über die Mehrkosten einer Tieffundierung gegenüber einer Flachfundierung. Die in der Aussendung angegebene Summe entspricht nämlich den Gesamtkosten der Tieffundierung beziehungsweise übersteigt diese sogar.“

Der Abgeordnete König setzt im ÖVP-Presse-dienst mit seinen Thesen fort, hinsichtlich welcher er sich wehrt, daß man sie als Verleumdung qualifiziert: „In eingeweihten Kreisen“ — ich weiß nicht, ob Sie da dazu-

Dr. Heinz Fischer

gehören — „glaubt man, zwischen dem Erstellen des Gutachtens und den mit der Ausführung befaßten Firmen Zusammenhänge erkennen zu können, die die Erstellung des Gutachtens beeinflußt haben könnten.“

Wissen Sie, was Sie da überhaupt ausgesprochen haben, Herr Kollege König? Das soll keine Verleumdung sein? Daß man einem Universitätsprofessor sagt, die Erstellung des Gutachtens wurde dadurch beeinflußt, daß bestimmte Firmen mit dieser Sache befaßt wurden? Ich kann Ihnen nur zugute rechnen, daß Sie vielleicht nicht wissen, was Sie da gesagt haben.

Jedenfalls hat Professor Borowicka mit Recht in seiner Klage wörtlich ausgeführt: „Diese Behauptungen“ — des Abgeordneten König — „stellen nicht nur einen schweren Affront und eine Bruskierung meiner eigenen Person, sondern auch der österreichischen Technischen Hochschulen und des mir unterstehenden Institutes dar. Sie sind geeignet, den weltweiten Ruf des Institutes im In- und Ausland auf das schwerste zu schädigen.“

Sie wissen, welchen Beschluß das Professorenkollegium der Technischen Hochschule gefaßt hat und wie es diese Vorgangsweise qualifiziert hat. Aber Sie weisen den Ausdruck der Verleumdung zurück, denn das ist ja sehr bequem. Vor irgendeinem Gremium muß man sich ja damit nicht auseinandersetzen. *(Abg. Dr. König: Herr Abgeordneter Fischer! Wie bezeichnen Sie es, wenn Gutachter und Ausführer in einer Person vereinigt sind?)*

Es gibt da einen zweiten Professor, Professor Dr. Ing. Christian Veder. Er erklärt folgendes:

„Der Beschuldigte König brachte bei der genannten Pressekonferenz folgende Äußerungen vor:

„1. Es liege“ — so König — „eine Verflechtung zwischen der Lizenzfirma, der Bau- firma und Herrn Professor Dr. Veder vor; weiters: Es liege eine Verflechtung des Privatanklägers mit Firmeninteressen vor. Die Empfehlung des Herrn Professors Dr. Veder in seinem Gutachten, nämlich eine sogenannte Tiefgründung vorzunehmen, sei entweder ein technischer Fehler oder aus Gründen der Lizenzvergabe der beteiligten Firmen erfolgt.“

Professor Veder dazu: „Damit hat der Beschuldigte dem Privatankläger unterstellt, daß entweder die technischen Kenntnisse und Fähigkeiten des Privatklägers nicht ausreichend seien und daß er die Bodenverhältnisse falsch beurteilt habe oder daß der Privat-

ankläger mit der Lizenzfirma beziehungsweise mit der Baufirma zu eigenem Vorteil beziehungsweise zum Vorteil dieser Firmen zusammenarbeite, um durch die von ihm geforderte Tiefgründung diesen Firmen und sich selbst finanzielle Vorteile zu verschaffen.“ *(Abg. Dr. König: Das „entweder“ stimmt! Dafür gibt es Professorengutachten!)*

Aber Sie weisen den Vorwurf der Verleumdung natürlich zurück, weil Sie genau wissen, daß Sie ihn unter dem Schutze der Immunität erheben können! *(Abg. Dr. König: Nein, nein! Das werden wir schon beweisen im Untersuchungsausschuß!)*

Professor Veder weiter — und ich bin froh, daß diese Sache hier einmal ausgesprochen wird, was ansonsten nur in den Akten vergraben wäre —:

„2. Die Bodentests des Professors Doktor Veder“ — so der Abgeordnete König — „sien nach dessen eigenen Aussagen gar nicht repräsentativ; ausländische Kapazitäten, darunter die Professoren Jelinek, München, de Beer, Gent, und Kerisel, Paris, hätten das Gutachten des Professors Dr. Veder nicht gerade wohlwollend behandelt.“

Bitte, weiter hinten wird dann festgestellt, daß eine Rückfrage bei den Professoren de Beer in Gent und Kerisel in Paris ergab, daß diese das Gutachten des Professors Veder überhaupt nie gesehen haben, es daher auch gar nicht „nicht gerade wohlwollend“ behandeln konnten. *(Abg. Dr. König: Die wurden nicht genannt, sondern Jelinek!)*

Soweit einmal diese Klarstellung. Aber Sie weisen den Vorwurf der Verleumdung natürlich zurück. Ich frage Sie: Was denn dann als eine Verleumdung ist das, was hier praktiziert wird? *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kotzina: Herr Dr. Fischer! Sie wissen als Jurist genauso wie andere, daß es sich um eine Privatanklageschrift handelt!)*

„Damit hat der Beschuldigte das berufliche Ansehen des Professors Dr. Veder in ehrenwürdiger Weise herabgesetzt beziehungsweise beeinträchtigt und den Privatankläger beleidigt, denn es wird durch diese Äußerung zum Ausdruck gebracht, daß das Gutachten des Herrn Professors Dr. Veder unrichtig ist und von ausländischen Kapazitäten als fachlich unrichtig bezeichnet wurde beziehungsweise sogar als ‚wahnsinnig‘ klassifiziert wurde.“

„3.“ — wieder aus der Klage —: „Es sei die sogenannte Brennersee-Straße von Herrn Professor Veder untersucht worden und habe in der Folge enorme Baukosten verursacht.“

Dr. Heinz Fischer

Dazu Professor Veder — ich zitiere wörtlich —: „Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung — ebenso wie die Behauptung zu 1. und 2. — rein sachlich falsch ist, ist sie ebenfalls wieder dazu angetan, das berufliche Ansehen des Privatanklägers in der Öffentlichkeit herabzusetzen und stellt somit eine Beleidigung der beruflichen Ehre des Privatanklägers dar.“

Aber Sie wehren sich gegen den Vorwurf der Verleumdung, damit Sie eleganter Ihre Vorwürfe unter dem Deckmantel der Immunität aufrechterhalten können.

„4. Der Grund für die Verteuerung des UNO-City-Projektes“ — so Dr. König — „um einen Betrag von 230 bis 560 Millionen Schilling sei die Bauweise, die von Herrn Professor Veder in seinem Gutachten empfohlen wurde.“

Professor Veder dazu: „Auch diese Behauptung ist ehrenrührig und setzt das berufliche Ansehen des Privatanklägers herab“ et cetera. Es wird dann dargelegt, daß diese Ziffern gar nicht richtig sind.

Es werden dann einige weitere Punkte angeführt, zum Beispiel daß an der Projektierung der Brennersee-Straße der Privatankläger überhaupt nie und in keiner Weise beteiligt war.

So schauen die wahren Fakten aus, Herr Abgeordneter König und Herr Professor Ermacora! In Wahrheit ist Ihnen folgendes passiert: Der Vorwurf mit der gigantischen Schiebung ist schiefgegangen. Der Untersuchungsausschuß, den wir daraufhin eingesetzt haben, erbringt nichts. Sie selber haben den Termin verschoben, weil Ihnen am Beginn der Herbstsession die Sache auf einmal nicht so wichtig war. Der Rechnungshof ist beauftragt worden, diese Sache zu überprüfen. Aber Sie vertrauen auch nicht auf das Gutachten des Rechnungshofes. Irgend jemand von Ihrer Fraktion — ich glaube, es war Professor Ermacora — hat gesagt, er wird sich entschuldigen von diesem Pult aus, sobald das Gutachten des Rechnungshofes vorliegt, wenn der Vorwurf der gigantischen Schiebung nicht bestätigt ist.

Aber weil Sie selber nicht mehr daran glauben, was Sie da vor einem Jahr behauptet haben, setzen Sie jetzt in den Budgetdebatten das fort, was Sie voriges Jahr getan haben und vor zwei Jahren getan haben, indem Sie diese Behauptungen — und ich bleibe dabei, daß es Verleumdungen sind — immer wieder aufs neue ausgraben.

Präsident Probst (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter! Ich muß auch hier

sagen: Der Ausdruck „Verleumdung“ ist schon einmal mit einem Ordnungsruf bedacht worden! Ich bitte, man muß ihn nicht wiederholen!

Abgeordneter Dr. Fischer (fortsetzend): Herr Präsident! Es ist schwer, einen Sachverhalt anders zu umschreiben als so, wie ich ihn empfinde. Es ist ja auch der Ausdruck „Schiebung“ hier in diesem Haus gefallen, der von uns als wirklich schwere Beleidigung empfunden wurde und weiter empfunden wird. (Abg. Dr. König: Das ist im Minderheitsbericht gestanden!)

Aber ich schließe dieses Thema schon ab, Hohes Haus. Ich sage nur eines, und daran kann ja niemand etwas rütteln: Der Beschluß, die UNO-City zu bauen, ist von einer ÖVP-Regierung gefaßt worden. Es geht darum, ob man aus diesem Beschluß, zu dem Sie ja immer noch stehen, meine Damen und Herren, eine ordentliche Lösung macht oder eine kleinkarierte Lösung. (Abg. Dr. Kotzina: Aber nicht um 10 Milliarden bauen, darum geht es!) Wir überlassen es Ihnen, auf der Bahn der kleinkarierten Lösung zu bleiben. Ich habe mich auch gar nicht gewundert, daß Ihre Partei diese kleinkarierte Lösung weiterhin bevorzugt. Das ist das Faktum. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Ich habe schon gesagt, daß diese Dinge, die da immer wieder ausgegraben werden bezüglich der UNO-City — ich würde Ihnen den Rat geben: beim Handelsbudget könnten wir eine UNO-City-Debatte führen, beim Finanzbudget könnten wir eine UNO-City-Debatte führen, beim Justizkapitel könnten wir vielleicht über die Frage der Klagefähigkeit solcher Dinge reden (Abg. Doktor Kotzina: Beim Bautenbudget!), beim Bautenkapitel können wir auch darüber reden —, nicht neu sind, aber glaubwürdiger, meine Damen und Herren, oder gar wahrhaftiger wird das, was Sie sagen, durch ständige Wiederholungen nicht.

Ihre Oppositionsstrategie, die angeblich eine neue sein soll, ist halt genau dieselbe — darauf werde ich ja noch zurückkommen — wie im Vorjahr und wie vor zwei Jahren. Wir empfinden ja eigentlich eine gewisse Genugtuung, daß der Opposition überhaupt nichts Neues einfällt. Als ich gestern die Rede des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Schleinzer gehört habe, da ist mir das alles so schrecklich bekannt vorgekommen: Er hat mit der Preisentwicklung begonnen, dann ist er zu der verstaatlichten Industrie übergegangen, dann hat er über das angebliche Versagen der Regierung im Bereich der Landesverteidigung

8494

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Dr. Heinz Fischer

gesprachen, die Ortstafelfrage darf nicht fehlen, dann kommt die Rundfunkreform und dann kommt irgendein pathetischer Schluß.

Und jetzt weiß ich auch, wieso mir das so bekannt vorgekommen ist: Ich nehme das Protokoll der vorjährigen Budgetdebatte vom 4. Dezember 1972 zur Hand, wo der Abgeordnete Dr. Schleinzler die Budgetdebatte so wie heuer eröffnet hat. Er hat begonnen mit dem Preisauftrieb, er hat fortgesetzt mit den Problemen der verstaatlichten Industrie, er hat sich dann mit dem Versagen der Regierung im Bereich der Landesverteidigung beschäftigt (*Abg. Ofenböck: Das ist auch das gleiche geblieben!*), er hat über den Rundfunk gesprochen und hat dann einen pathetischen Schluß gebracht. Nur hat der Herr Abgeordnete Doktor Schleinzler wörtlich auf Seite 43 erklärt (*Abg. Dr. Schwimmer: Wissen Sie, was da gleichgeblieben ist? Die schlechte Regierung ist gleichgeblieben!*) „Das, Hohes Haus, ist leider alles nicht neu.“ — Das hat er schon voriges Jahr gesagt. Und heute ist es halt schon gar nicht mehr neu, Hohes Haus!

Es sind ewig die gleichen Angriffe, die Sie vorbringen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Die Preissteigerungen sind auch noch immer, Herr Dr. Fischer!*) Höchstens eines ist neu — ich komme schon darauf — beziehungsweise eines hat der Herr Abgeordnete Schleinzler verschwiegen: Voriges Jahr hat er sich mit Entschiedenheit gegen den Vorwurf gewehrt, den ich erhoben habe, daß die ÖVP ein Junktim zwischen Volksanwaltschaft und Rundfunkgesetz herstellt. (*Abg. Glaser: Die teuerste Regierung, die es je gab!*) „Behaupten Sie nicht etwas, was Sie nicht beweisen können und was nicht den Tatsachen entspricht!“ (*Abg. Glaser: Was hat Dr. Kreisky wegen dem Rundfunk versprochen?*), hat Herr Dr. Schleinzler voriges Jahr gesagt. Und ich frage mich, ob er heuer auch noch dieses Junktim leugnet (*Abg. Doktor Schwimmer: Was hat der Bundeskanzler wegen des Rundfunks versprochen? Keine Änderung!*), das Sie zwischen Volksanwaltschaft und Rundfunkgesetz auf dem Rücken der österreichischen Bevölkerung praktizieren wollen. Denn Sie wissen ganz genau, daß Sie den rechtsuchenden Staatsbürgern weh tun und nicht der Regierungspartei (*Abg. Doktor Schwimmer: Die regiert auf dem Rücken der Österreicher, Herr Dr. Fischer!*), wenn Sie die Volksanwaltschaft bekämpfen.

Der zweite Redner der ÖVP war der Herr Abgeordnete Dr. Prader. Er hat sich — und jetzt Kollege Schwimmer, werden alle Zwischenrufe auf Sie zurückfallen, die Sie eben gemacht haben — nämlich redlich bemüht,

gegen das Image der ÖVP als Neinsagerpartei anzukämpfen. Er hat einige Initiativanträge aufgezählt, die die ÖVP eingebracht hat. Studieren Sie einmal diese Initiativanträge und stellen Sie fest, in wie vielen dieser Anträge man es sich sehr leicht gemacht hat, indem man Entschließungsanträge eingebracht hat, in denen steht: Die Regierung wird aufgefordert, das und das Gesetz vorzulegen oder das und das zu tun. (*Abg. Dr. Schwimmer: Herr Dr. Fischer! Warum verhindert die SPÖ die Behandlung des Teilzeitbeschäftigungsgesetzes?*) Herr Kollege Schwimmer! Von den Initiativanträgen der ÖVP wurden in dieser Legislaturperiode bisher jedenfalls mehr behandelt, als sozialistische Initiativanträge unter der ÖVP-Alleinregierung behandelt wurden. Denn mit zwei oder drei Ausnahmen, wie der Abschaffung der Todesstrafe im standrechtlichen Verfahren, dem Forschungsratgesetz, haben Sie überhaupt keine Anträge von uns behandelt, als Sie die Mehrheit im Parlament gehabt haben. Das ist der Unterschied zwischen den Parteien! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Im Sozialausschuß bleibt alles liegen!*)

Hohes Haus! Ich will Sie, die Sie mir so erfreulich mit Zwischenrufen folgen und mir die Rede leichter machen ... (*Abg. Doktor Schwimmer: Weiterhelfen, sonst könnten Sie nicht reden!*) Selbstverständlich, ich danke ausdrücklich dafür. Ich will Ihnen erklären, daß es gar nicht darauf ankommt, was Kollege Dr. Prader mit Initiativanträgen für die Vergangenheit hat beweisen wollen. Dem Herrn Dr. Prader kann ich nur sagen, daß nicht einmal Klubobmann Koren davon überzeugt ist, daß die Initiativanträge der ÖVP ausreichen, um die ÖVP als glaubhafte Alternative erscheinen zu lassen.

Es war Ihr eigener Klubobmann, meine Damen und Herren von der ÖVP, der bei Ihrer Klubtagung in Gastein erklärt hat, daß die Opposition vor diesem Herbst ihre Verhaltensalternative erneut durchdenken muß. (*Ruf bei der SPÖ: Sie haben zum Denken keine Zeit!*) Ich glaube, er hat völlig recht damit, nur haben Sie nichts durchdacht, sondern spielen dieselbe Budgetdebattenwalze wieder ab, die Sie im Vorjahr gespielt haben.

Auch Parteiobmann Dr. Schleinzler, der dann die Rede des Klubobmannes Koren — wie soll ich sagen — nachempfunden hat, hat in seinem Beitrag auf der ÖVP-Tagung gesagt — ich zitiere wörtlich aus dem „ÖVP-Pressedienst“ —: Dr. Schleinzler hat erklärt: Wir wollen „durch Zielklarheit in der Sache und durch konkrete Pläne der Bevölkerung vor Augen führen, daß die Volkspartei die bessere und glaubwürdi-

Dr. Heinz Fischer

gere Alternative für die Zukunft ist.“ — „Das wird uns nur gelingen, wenn wir in Zukunft noch mehr als bisher eine differenzierte und auf die wesentlichen Schwerpunkte konzentrierte Oppositionspolitik betreiben.“ Und die Antwort ist, daß Sie mir in Zwischenrufen erklären, weshalb Sie genau dieselbe Oppositionspolitik wie im Vorjahr, wie vor zwei und vor drei Jahren heuer wieder ablaufen lassen.

Dr. Prader will uns im Gegensatz zu Koren beweisen, daß in der Vergangenheit ohnehin alles in Ordnung war: Die ÖVP hat ihre Initiativanträge eingebracht, alles ist in bester Ordnung. Die gesamte ÖVP-Fraktion demonstriert, was sie von den guten Vorsätzen hält, indem sie die Budgetdebatte mit den gleichen alten Ladenhütern führt wie im Vorjahr. Wir warten schon mit einem gewissen Interesse, wer denn eigentlich von der ÖVP-Führung dann im nächsten und im übernächsten Jahr vor die Öffentlichkeit treten und sagen wird: In der Vergangenheit war es leider schlecht, da haben wir es nicht gut gemacht — auch heuer haben Sie es nicht gut gemacht, sage ich Ihnen zwischen Gedankenstrichen —, aber in der Zukunft wird es eine neue, eine differenzierte, eine glanzvolle ÖVP geben. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Der dritte Redner der ÖVP war der liebe Kollege Dr. Kohlmaier. Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat sich — ich gebe das zu — sehr angestrengt, um die SPÖ zu kritisieren und die Volkspartei als Partei erscheinen zu lassen, die auf Reformwünsche der Bevölkerung reagiert. Ich glaube, er hat in seiner ersten Wortmeldung 40 Minuten gebraucht, um das darzulegen und in einer zweiten Wortmeldung noch einmal 15 Minuten. *(Ruf bei der SPÖ: Es ist ihm nicht gelungen!)*

Ich kann mir das viel kürzer machen. Ich nehme den Bericht über ein Referat her, das Generalsekretär Dr. Kohlmaier vor der Internationalen Jugendkonferenz der ÖVP in Wien am 7. Oktober 1973 — das ist ja noch gar nicht so lange her — gehalten hat. In diesem Referat erklärt Kollege Kohlmaier — aber wenn Sie das im Hause auch einmal erklären würden, das wäre mutig, Herr Kollege Kohlmaier! — den jungen Christlichen, wieso die SPÖ die bessere Partei ist. Sie werden das nicht glauben. Er führte wörtlich aus:

„Als weitere Ursachen für den Aufschwung der Sozialdemokratie nannte der ÖVP-Generalsekretär:

„Straffer organisierter Parteiapparat.“ — Bitte, Ihre Kompetenz, den ÖVP-Apparat auch straff zu organisieren. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Er nannte weiter:

„Stärkeres Aufspüren und Reagieren auf Reformwünsche der Jugend.“ — Sie verkaufen also nur hier im Hause die ÖVP als Reformpartei. In Wirklichkeit bestätigen Sie uns, daß die SPÖ stärker auf Reformwünsche reagiert, und ich gehe mit Ihnen völlig konform, Herr Kollege Kohlmaier.

Und: „bessere internationale Zusammenarbeit der SPÖ.“ — Das ist auch Ihre Aufgabe. Sie fahren sehr viel in Europa herum, um eine christliche Internationale aufzubauen. Aber es funktioniert halt noch nicht so richtig, auch wenn Sie uns im Hohen Haus etwas anderes erklären wollen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wird schon werden!)*

Und dann sagt Kollege Dr. Kohlmaier folgendes: „Ich kann es nicht erklären. Aber die Sozialisten scheinen geeignetere Persönlichkeiten zu haben als wir, um schwierige Vorgänge in den Massenmedien besser zu erklären.“ *(Abg. Dr. Tull: Das stimmt! — Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn die SPÖ die besseren Persönlichkeiten hat, dann schließe ich daraus, daß die ÖVP die schlechteren Persönlichkeiten hat. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Diesen Satz haben Sie aber gekürzt!)* Und wenn die ÖVP schlechtere Persönlichkeiten hat, schließe ich daraus, Kollege Kohlmaier, daß es nicht fair wäre, wenn Sie sich da völlig ausschließen würden von diesen schlechteren Persönlichkeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir glauben, daß die Bevölkerung ein gutes „Gespür“ und recht damit hat, wenn sie die besseren Persönlichkeiten in die Regierung schickt und die schlechteren Persönlichkeiten auf diesen Bänken noch für einige Zeit sitzen läßt. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wenn man schon zitiert, soll man komplett zitieren!)*

Herr Kollege Dr. Kohlmaier, ich habe ganz komplett zitiert, vor der ersten gemeinsamen Tagung christdemokratischer konservativer Jugendorganisationen Europas. Ich lese es Ihnen noch einmal vor. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Was zitieren Sie da?)* Ich kann nichts dafür! Ich zitiere den „Kurier“ — Photokopie. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Oje!)* Oje, sagen Sie jetzt auf einmal. *(Heiterkeit. — Abg. Doktor Kohlmaier: Wenn Sie nichts Authentisches haben, Herr Kollege, sollten Sie nicht zitieren!)* Also gut, Herr Kollege, ich erspare es uns, daß ich es noch einmal vorlese, aber ich gebe es Ihnen nachher, damit Sie selber nachlesen können.

Meine Damen und Herren! So möchte ich zusammenfassen, was wir in dieser Budgetdebatte sagen wollen: Herr Professor Koren hat in seiner Rede vor der ÖVP-Klubtagung

Dr. Heinz Fischer

davon gesprochen, daß die SPÖ im Frühjahr 1973 — jetzt zitiere ich den „OVP-Presse-dienst“ — zum ersten Mal seit 1970 Schwächen, Spannungen und Störungen et cetera, aufgezeigt hat. Daraus schließe ich, daß alles, was Sie uns im Herbst 1972 an Schwächen, Spannungen und Störungen andichten wollten, daß das alles, was Sie hier drei Wochen lang in der Budgetdebatte vorgetragen haben, offenbar falsch ist (*Abg. Dr. Kohlmaier: Kühne Schlüsse!*), denn laut Koren hat es ja die „ersten Schwächen“ erst im Frühjahr 1973 gegeben.

Hohes Haus! Ich glaube, die Zukunft wird zeigen, daß auch das, was Sie jetzt unter beträchtlicher Anstrengung von diesem Pult aus an Argumenten und Scheinargumenten gegen die Regierung zusammentragen, in der Zukunft den Wahrheitsbeweis nicht wird standhalten können. Das ist uns eine große Genugtuung!

Hohes Haus! Wir haben uns für den Herbst vorgenommen, unsere Arbeit fortzusetzen.

Wir haben uns vorgenommen, das Strafrecht zu beschließen. Wir haben es auch beschlossen!

Ferner haben wir uns vorgenommen, die Gewerbeordnung zu beschließen, und wir haben sie auch beschlossen!

Wir haben uns vorgenommen, die Arbeitsverfassung zu regeln. Wir werden dieses Gesetz ebenfalls beschließen.

Und viertens: Wir werden in diesem Herbst die Pensionsverbesserung zugunsten Hunderttausender älterer Mitbürger beschließen. (*Abg. Graf: Sie haben die Abtreibung vergessen, Herr Kollege Fischer!*) Die Abtreibung ist im Strafgesetz enthalten, und wir sind auf diese menschliche Strafbestimmung stolz. Das werde ich immer wieder auch von diesem Pult aus sagen, Kollege Graf! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben die Buntmetallfusion beschlossen, und wir werden das Budget, das Bundesfinanzgesetz, so wie in den vergangenen Jahren beschließen. (*Abg. Glaser: Sie haben sich auch vorgenommen, die Preise in den Griff zu bekommen!*)

Wir werden im nächsten Jahr unsere Arbeit mit der gleichen Konsequenz fortsetzen. Die Lohnfortzahlung, Verbesserung des Karenzurlaubes und die Erhöhung der Geburtenbeihilfen stehen auf dem Programm, ferner alle jene Vorlagen, die Sie ja selber kennen, bei denen Sie nur nicht wissen, sollen Sie sagen: Es kommt zuviel ins Parlament — was Sie

manchmal gerne sagen —, oder sollen Sie sagen, es ist zuwenig, was die Regierung zur Verwirklichung des Regierungsprogramms tut. (*Abg. Offenböck: Keine Stabilität! Keine Preisbekämpfung!*)

Wir überlassen es Ihnen, Ihre Neinsager-Politik fortzusetzen. Wir warten nicht ohne Spannung und nicht ohne ein gewisses Amusement darauf, wie Sie im nächsten Jahr erklären werden, daß die SPÖ auch im Jahr 1973 die bessere Partei für dieses Land war. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Überheblicher geht es nicht mehr!*)

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Professor Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Sie halten sich zugute, eine kontinuierliche Politik zu betreiben. Aber bei dieser kontinuierlichen Politik geht es eben um Probleme, die immer wiederkehren. Es geht um die Demontage des Bundesheeres, es geht um die ORF-Reform als Element Ihrer Meinungsbildung und es geht um die UNO-City, bei der es in diesem Jahr eine Kostensteigerung von 3 Milliarden auf 10 Milliarden gab.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Sind das denn keine Probleme, die es immer wieder zu diskutieren gilt? Ich meine doch, diese Probleme berühren den Österreicher so sehr, daß es sich eine parlamentarische Fraktion nicht leisten könnte, nicht immer wieder auf diese Probleme, die mit zu Ihren Stammthemen gehören, einzugehen und sie zu kritisieren.

Herr Dr. Fischer! Ich habe mit Interesse Ihre Darstellungen zur Frage der Intervention des Herrn Dr. König gehört. Sie hatten sich zunächst einmal so gegeben, als würden Sie in bezug auf die Art und Weise tatsächlicher Berichtigungen in diesem Hause Vorschriften machen können. Ich glaube, es steht Ihnen nicht zu, jemandem vorzuschreiben, wie man tatsächliche Berichtigungen zu gestalten hat.

Sie haben von einer gigantischen Schiebung gesprochen, Herr Dr. Fischer. Der Ausdruck „gigantische Schiebung“ war in den Formulierungen des Herrn Bundeskanzlers Kreisky zu finden. Das war s e i n e Formulierung.

Wir hatten im Untersuchungsausschuß das Problem der „gigantischen Schiebung“ besprochen. Es liegen auch Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers über die Frage der „gigantischen Schiebung“ vor. Wenn Sie im Besitz der Protokolle des Untersuchungsausschusses sind, können Sie — wie ich glaube — erken-

Dr. Ermacora

nen, daß das Wort „gigantische Schiebung“ eine Formulierung ist, mit der Sie sich an den Herrn Bundeskanzler zu wenden hätten.

Was nun die Ausführungen in bezug auf König betrifft, so bin ich informiert, daß Professor Veder die Zivilklage zurückgezogen hat, indem er erklärte, daß der Untersuchungsausschuß diese Fragen prüfen sollte.

Ich möchte weiter hinzufügen, daß Herr Doktor König, als er gestern und heute zu dieser Frage Stellung nahm, von namhaften Professoren gesprochen hat, aber Namen wie Kerisel und de Beer nicht erwähnt hat. Er hat sie möglicherweise in einem anderen Zusammenhang erwähnt, aber jedenfalls nicht in der Diskussion von gestern und von heute.

Herr Dr. König hat mit Recht auf namhafte Professoren hingewiesen, und ich darf diese nennen. Dies sind Herr Professor Jelinek aus München und Herr Professor Krapfenbauer, Professor für Statik, hier in Wien, die in ihren Fundierungsgutachten zu zeigen bereit wären, welche Fehlleistungen erbracht wurden. Sie werden als Zeugen im Untersuchungsausschuß gehört werden.

Sie stellen die Frage, Herr Dr. Fischer, warum diese Probleme, die in den Reden meiner Klubkollegen angeschnitten wurden, überhaupt und warum gerade hier bei diesem Kapitel aufgeworfen werden. Ich möchte Ihnen darauf nur antworten: Der Herr Bundeskanzler hat, obwohl möglicherweise nach der Verfassung gar nicht zuständig, immer wieder erklärt, daß er für dieses und für jenes die volle Verantwortung übernehme. Auf Grund der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die volle Verantwortung zu übernehmen, ist es für eine politische Fraktion — wie ich glaube — nur recht und billig, gerade diese Dinge immer wieder aufzugreifen, für die er die politische Verantwortung übernimmt.

Ich möchte in meinen nachstehenden Ausführungen drei Bereiche herausgreifen, in welchen die Politik des Herrn Bundeskanzlers auch bei aller Abstraktion von parteipolitischen Taktiken und Überlegungen nach meiner Meinung so verwundbar ist, daß der Herr Bundeskanzler die Widersprüche, Unterlassungen und — wie ich auch sagen möchte — Fehlleistungen von seinem hohen Amte aus nicht mehr erklären kann.

Der Herr Bundeskanzler schwankt in seinen Erklärungen zwischen Dogmatismus und Pragmatismus. Das jüngste Beispiel war der verzweifelte Versuch des Herrn Bundeskanzlers, hier der Öffentlichkeit die Fristenlösung zu erklären. Seine Erklärung war eher auf eine

verunsicherte Fraktion gemünzt. Das war mein Eindruck, als ich den Herrn Bundeskanzler vor einigen Tagen hier sprechen hörte.

Ich möchte drei Hauptfragen herausstellen, die die Widersprüche, die Unterlassungen und die Fehlleistungen so markant aufzeigen, daß es ihm schwerfallen muß, diese zu klären. Dies sind:

die Haltung in der österreichischen Sicherheitspolitik,

die Politik in der Koordination der Innenpolitik und

die Politik in den Verfassungsfragen.

In diesen drei Sachgebieten hat der Herr Bundeskanzler — diese Behauptung stelle ich auf — zur Beruhigung der Bevölkerung wenig beigetragen. Er hat zur Glaubwürdigkeit der Argumentationen wenig beigetragen. Ich habe den Eindruck, er hat in all diesen Angelegenheiten, für die er — wie er erklärte — die volle Verantwortung übernommen hatte, diese von sich gewiesen, da die einzelnen Bundesminister die Verantwortung zu tragen haben. Eine solche oder ähnliche Äußerung hat er gemacht.

Ich möchte die Haltung zur Sicherheitspolitik hervorheben. Das wurde herausgestellt. Er hat die berühmte These aufgestellt, die ich fast als eine Gefährdung der Neutralitätspolitik ansehen will, nämlich, daß die erste Voraussetzung für eine gute Sicherheitspolitik eine gute Außenpolitik sei. Er sagte, sie habe die Aufgabe, für das Land, das sie betreffe, jene Verhältnisse zu schaffen, die ihm ein Maximum an Ruhe verschaffen; ebenso die Beziehungen mit seinen Nachbarn, die Situation am Kontinent und bei den Vereinten Nationen.

Es ist andererseits — hat er gesagt, das muß ich persönlich zugestehen — ebenso richtig, daß zum Wesen der Neutralitätspolitik auch die Bereitschaft gehört, diese mit angemessenen Mitteln zu verteidigen.

Ich teile mit dem Herrn Bundeskanzler die Auffassung, daß die gute Außenpolitik mit eine Voraussetzung der guten Sicherheitspolitik ist; sie ist ein Element. Aber von primär kann hier nicht die Rede sein, so wie das der Herr Bundeskanzler in der Fragebeantwortung über die Wehrpolitik im Juli dieses Jahres ausgeführt hat. Es kann nur ein Zugleich geben: eine gute Außenpolitik und eine gute Wehrpolitik machen die gute Sicherheitspolitik aus.

Ich möchte deutlich hervorheben, daß die Lehren aus dem letzten Nahostkonflikt die Wehrpolitiker und die Außenpolitiker be-

8498

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Dr. Ermacora

schäftigen. Hier muß deutlich herausgestellt werden, daß eine Bedrohung nach den jüngsten Erfahrungen in einem bestimmten Kräftefeld ohne Vorwarnung eintritt. Ich würde dafür plädieren, daß dieser Gedanke, der nicht von mir stammt, sondern von den Experten geäußert wurde, ein wichtiger Gedanke ist, um dem Herrn Bundeskanzler mit seiner These der guten Außenpolitik und guten Wehrpolitik nachher schließlich die Argumente wegzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte weiter hinzufügen, daß die gute Außenpolitik sicherlich in der Schönau-Affäre Schiffbruch erlitten hat. Nun will der Herr Bundeskanzler an die Stelle von Schönau Wöllersdorf setzen und erweckt damit den Anschein, als würde er seine Entscheidung über Schönau im Prinzip zurückziehen. Es hat Äußerungen gegeben, daß mit dem Roten Kreuz Diskussionen aufgenommen wurden. Niemand hat aber erklärt, um welches Rote Kreuz es sich handelte. Die Öffentlichkeit müßte ja wissen, daß es verschiedene Typen der Organisation gibt. In Pressegesprächen hat er sich über diesen Gegenstand ausgelassen. Wir wissen aber endgültig nicht, was er für seine Entscheidungen Beschönigendes hinzugefügt hat. Aber jedenfalls hat er in einer gewissen Situation die These von der vollen Verantwortung gebraucht, die er übernehmen wolle. Und am Ende tragen die Verantwortung möglicherweise der Herr Bundesminister für Inneres und der Herr Bundesminister für Justiz.

Herr Bundeskanzler! Sie haben als Koordinator in der Innenpolitik nach meiner Meinung bis heute versagt. Sie haben in einem Pressebrief, den Sie an die Presse geschrieben haben und der vom 21. Juli dieses Jahres stammt, gesagt, daß die Mitglieder der Bundesregierung den Bundeskanzler über die Besorgung der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Geschäfte laufend und zeitgerecht zu informieren haben werden, was in den letzten Jahren bereits immer erfolgt ist.

Ich stelle an Sie, Herr Bundeskanzler, nur die Frage, ob Sie auch den umgekehrten Weg gegangen sind, das heißt, ob Sie auch immer rechtzeitig die Herren Bundesminister über Ihre Alleingänge informiert haben.

Herr Bundeskanzler, ich möchte in bezug auf die umfassende Landesverteidigung und Ihre Koordination sagen, daß Sie recht hilflos gewirkt haben, als Sie im Budgetausschuß gefragt wurden, wie Sie diese umfassende Landesverteidigung besorgen wollen. Sie haben praktisch überhaupt keine Antwort darauf gegeben und keine gewußt. Sie mußten wohl

erst Ihre Ratgeber befragen, wie man kompetenzmäßig die umfassende Landesverteidigung in Ihrem Ressort wahrnehmen würde.

Ich möchte zu der umfassenden Landesverteidigung auch fragen: Welchen Einfluß haben Sie denn auf die Versorgungsplanung gehabt und genommen? Ich nehme an, bis jetzt überhaupt keinen. Sie müßten doch dem Parlament Antwort darauf geben, was bei dem Treffen Brandt-Palme-Kreisky besprochen wurde. Ich glaube, das Parlament hätte doch ein Recht, darauf eine Antwort zu bekommen.

Was nun Ihre Koordinationstätigkeit angeht, so berichtete die Presseagentur Tanjug vor einigen Tagen, daß in diplomatischen Kreisen zu Anfang dieses Jahres Besprechungen über die Forderung nach Rückgabe des jugoslawischen Archivmaterials an Österreich stattgefunden hätten. Herr Bundeskanzler! Wir haben über diese Fragen überhaupt nichts gehört. Es handelt sich, um Sie vielleicht hier unterrichten zu können, um den Vertrag BGBl. Nr. 602/1923.

Herr Bundeskanzler und Herr Abgeordneter Dr. Fischer, Ihre Frage in bezug auf die ORF-Politik: Ihre Erklärungen gestern, Herr Bundeskanzler, waren in einem Punkt frappierend. Der Herr Bundeskanzler hat nämlich die Auffassung vertreten, daß er nur dann nicht von einer Rundfunkreform gesprochen hätte, wenn der Rundfunk Unabhängigkeit gewahrt hätte.

Hier ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine Beschuldigung ausgesprochen worden, die nach meiner Meinung ungeheuerlich ist, nämlich die Beschuldigung, daß der Österreichische Rundfunk seine Unabhängigkeit verletzt hätte. Wo liegen hier die Beweise vor? Herr Bundeskanzler! Verwechseln Sie bitte nicht Unabhängigkeit mit Parteinahme für die Regierung und maßen Sie sich nicht an, allein Richter über diese Unabhängigkeit zu sein *(Beifall bei der ÖVP)*, so wie Sie sich anmaßen, allein Richter in der Schönau-Affäre gewesen zu sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das sehr strapazierte Wort „Meinungsvielfalt“ hinweisen. Was verstehen Sie denn unter Meinungsvielfalt? Verstehen Sie die Meinungsvielfalt so, daß für jede Meinung eine bestimmte Organisation gefordert wird? Verstehen Sie das so?

Herr Blecha hat gesagt, er wolle den einzelnen vor Manipulation bewahren. Aber ich setze dem entgegen, daß der Rundfunk vor Manipulation zu bewahren ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Ermacora

Herr Bundeskanzler! Sie haben in Alpbach eine interessante Rede gehalten, die ich persönlich sehr geschätzt habe. Dort hatten Sie in bezug auf die Umweltschutzpolitik einen Schritt gesetzt, der darin bestanden hat, daß Sie erklärt haben, Sie wichen vom Verursachungsprinzip ab. Das ist eine grundlegende Aussage. Ich möchte nur die Frage in bezug auf den Umweltschutz etwas schärfer stellen: Was ist denn bis heute, abgesehen von dem Gerede über den Umweltschutz, tatsächlich geschehen? Welche Handlungen sind tatsächlich gesetzt worden? Wo liegt das Konzept über den Umweltschutz, wo liegt das Bemühen um die Herstellung einer Kompetenz, die es ermöglicht, den Umweltschutz in großen Zügen und relativ einheitlich zu gestalten?

Herr Bundeskanzler! Das UNO-City-Projekt, das heute angeschnitten wurde, ist ohne Vorausschau gesetzt worden: planlos in ein finanzielles Abenteuer. Wo liegen die Ursachen für diese Planlosigkeit? Einmal darin, daß Sie — und das getraue ich mich zu beweisen — die Vergabe an den Herrn Architekten Staber dadurch erkaufte haben, daß Sie gegenüber den internationalen Organisationen Zugeständnisse gemacht haben, die Sie heute in diesen Personalauftrieb führen, von dem das UNO-City-Projekt beherrscht ist.

Zum anderen, Herr Bundeskanzler, haben Sie die Koordination in dieser Frage außer acht gelassen, weil Sie und die zuständigen Bundesminister in dieser Frage es an jeder Aufsicht missen ließen. Es ist Ihnen die Koordination in dieser Frage, jedenfalls bis heute, nicht geglückt.

Das dritte Problem, die Verfassungspolitik: Die Vorgänge um die Besetzung der Richterposten des Verfassungsgerichtshofes haben dieses Haus sehr lebhaft beschäftigt. Ich möchte nur erwähnen, daß in diesem Zusammenhang Sie, Herr Bundeskanzler, die These vertreten haben, daß man doch eine Neuerung der Besetzungsvorgänge anstreben müßte. Nachdem für Sie die Frage Lotheissen beziehungsweise Vejborny geordnet war, sind Sie auf dieses Problem mit keinem Wort zurückgekommen.

Der Öffentlichkeit steht in wenigen Wochen eine neue Besetzung bevor, nämlich die Besetzung des Richterpostens nach dem Abgang des Herrn Dr. Korn. Werden Sie, Herr Bundeskanzler, im Sinne Ihrer Verfassungspolitik auch in diesem Zusammenhang die Frage der grundsätzlichen Neuerung der Besetzung der Richterposten aufwerfen? Das frage ich Sie, Herr Bundeskanzler! (*Bundeskanzler Doktor*

Kreisky: Parlamentssache!) Vejborny war auch eine Parlamentssache, Herr Bundeskanzler!

Herr Bundeskanzler! Was ist mit dem Gesetzesstaat und der Vollziehung des Ortstafelgesetzes? Warum haben Sie nicht den Mut, Herr Bundeskanzler, den Rechtsstaat zu vollziehen, indem Sie dieses Gesetz vollziehen? Das frage ich mich, Herr Bundeskanzler!

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Rede, die Sie vor dem Atlantikinstitut gehalten haben und die Sie mir dankenswerterweise zur Verfügung gestellt haben — eine interessante und geistreiche Rede, Herr Bundeskanzler! —, unter anderem gesagt, daß die Sozialdemokratie das höhere Maß an Mitbestimmung, das heißt das Eindringen demokratischer Grundsätze in andere als rein politische Bereiche fordere. Auch Herr Abgeordneter Blecha hat heute ähnliches ausgeführt.

Herr Bundeskanzler! Diese Frage ist eine so fundamentale Verfassungsfrage, daß sie sich nur vergleichen läßt mit der Frage der Stellung der politischen Parteien im Staate, vergleichen läßt mit der Stellung der Verbände im Staate, der Stellung der Grundrechte im Staate.

Herr Bundeskanzler! Das sind so grundsätzliche Fragen nach der Verfassungsreform in Österreich, daß ich an Sie die Frage richten muß: Wo liegt denn hier Ihre Zielsetzung in der Verfassungspolitik? Besteht sie vielleicht darin, daß Sie hergebrachte, festgefügte Begriffe unterwandern wollen? Ist das, Herr Bundeskanzler, Ihre Verfassungsreform, oder haben Sie nicht grundsätzlichere Gedanken zur Verfassungsreform?

Herr Bundeskanzler! Ich würde Ihre Verfassungs- und Staatspolitik, die Sie in diesem einen Jahr so manifest betrieben haben, so charakterisieren: Ihr Ideenreichtum führt dazu, daß Sie färbige Ideen in die Welt setzen, daß Sie sich aber um deren Schicksal nur dort kümmern, wo es nicht staatspolitisch, sondern parteipolitisch interessant ist. Sie koordinieren die anfänglich geäußerten Vorstellungen nicht mehr und lassen Ihre Politik wie färbige Seifenblasen ihren Weg gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

8500

Nationalrat XIII. GP — 86. Sitzung — 4. Dezember 1973

Präsident Probst

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe I abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 01, 02, 03, 04 und 06 in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. **Einstimmig angenommen.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 10 und 70 mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und **angenommen.**

Den vom Abgeordneten Kern eingebrachten Entschließungsantrag betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft werde ich nach der dritten Lesung zur Abstimmung bringen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bezügegesetz geändert wird.

Da es sich im gegenständlichen Fall um ein Bundesverfassungsgesetz handelt, stelle ich

zunächst gemäß § 61 der Geschäftsordnung die verfassungsmäßig vorgesehene Anzahl der Mitglieder fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 975 der Beilagen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. **Einstimmig angenommen.** Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Einwand wird keiner erhoben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. **Einstimmig angenommen** mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in dritter Lesung.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, den 4. Dezember, um 15 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe V.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 55 Minuten